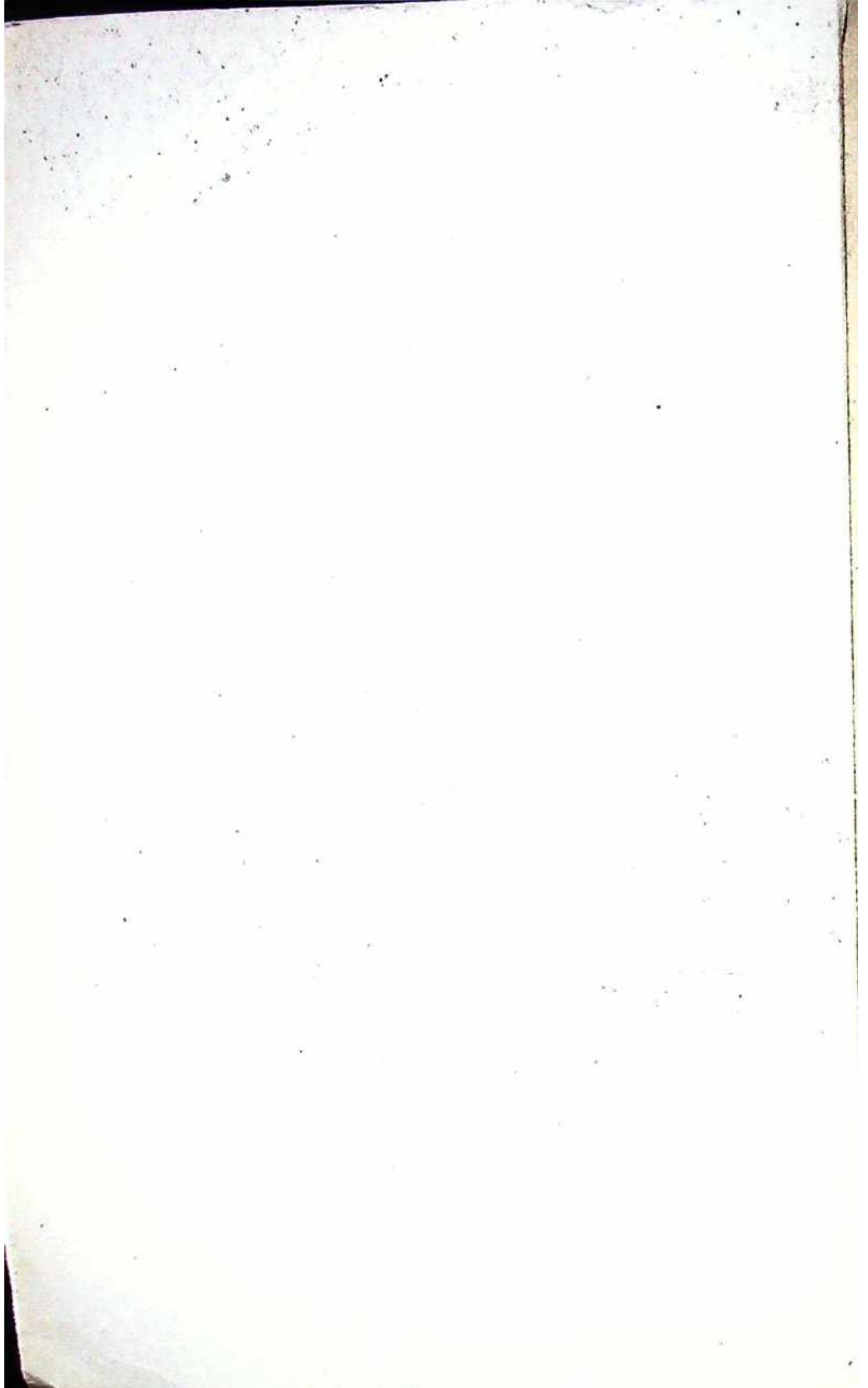


MinisterievanPropaganda.org

DDR

300 *Fragen*

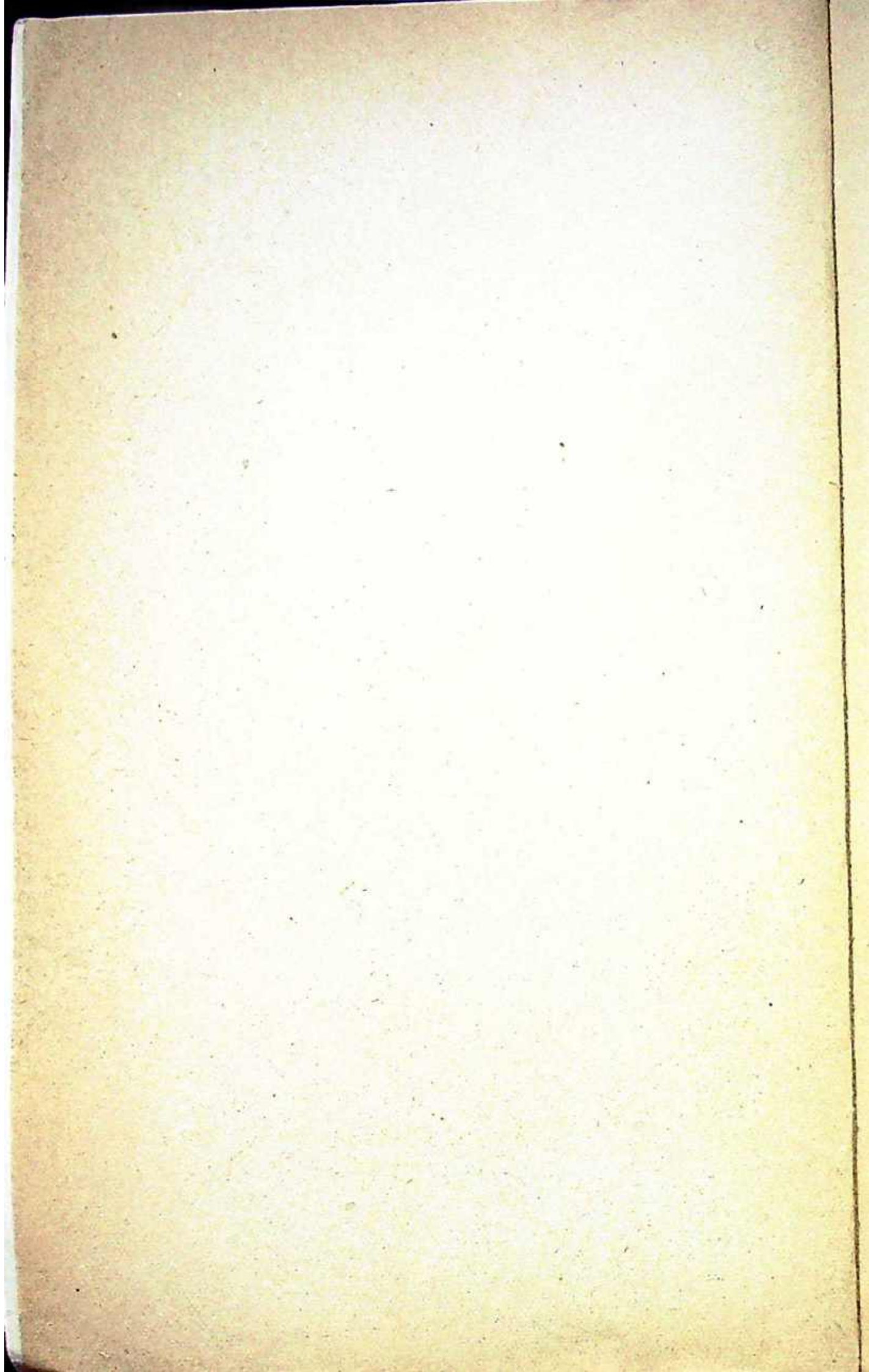
300 *Antworten*



DDR

300 FRAGEN

300 ANTWORTEN



DDR

300 *Fragen*

300 *Antworten*

3. stark veränderte Auflage

Herausgeber:

AUSSCHUSS FÜR DEUTSCHE EINHEIT

Verlag Die Wirtschaft, Berlin NO 18, Am Friedrichshain 22 (Verlagsleitung),
und Berlin W 8, Französische Straße 13/14 (Buchverlag)

1958 veröffentlicht — Lizenz-Nr. 122 — Druckgenehmigungs-Nr. 195/159/58

Karte der DDR: Mdl der DDR Nr. 3929

Fotos: Zentralbild (17), Nationale Forschungs- und Gedenkstätten in Weimar (2), Brieger (2),
Hass (1), Kolbe (1), Michel (1), H. J. Schmidt (1), Ukat (1), Wache (1), Werkfoto (2)

Alle Rechte vorbehalten — Typografie: Wirtschaftsgrafik — Einbandentwurf: Klann

Druck: VEB Landesdruckerei Sachsen, Dresden A 1 — 1500 Li III-9-5 1058 75

VORWORT ZUR DRITTEN AUFLAGE

Der V. Parteitag der SED hat festgestellt, daß die Grundlagen des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik im wesentlichen geschaffen sind. Das Ziel ist jetzt, den Sozialismus in der DDR in der nächsten Periode zum Siege zu führen.

Die ökonomische Hauptaufgabe besteht darin: „Die Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik innerhalb weniger Jahre so zu entwickeln, daß die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung der DDR gegenüber der Herrschaft der imperialistischen Kräfte im Bonner Staat eindeutig bewiesen wird und infolgedessen der Pro-Kopf-Verbrauch unserer werktätigen Bevölkerung mit allen wichtigen Lebensmitteln und Konsumgütern den Pro-Kopf-Verbrauch der Gesamtbevölkerung in Westdeutschland erreicht und übertrifft.“

Auf vielen Gebieten hat die DDR Westdeutschland bereits überholt. Das gibt allen Bürgern der DDR die feste Gewißheit, daß auch die weitgesteckten Ziele, die der V. Parteitag beschlossen hat, dank der Anstrengungen und Bemühungen der Werktätigen erreicht werden. Die Beschlüsse des V. Parteitages für den Sieg des Sozialismus in der DDR haben nicht nur für die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik, sondern auch für die Bevölkerung Westdeutschlands, vor allem für die Arbeiterklasse, entscheidende Bedeutung.

Gegenwärtig gibt es in Deutschland zwei selbständige Staaten, die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik.

Der eine dieser beiden Staaten, die Bundesrepublik, verkörpert die gleiche kapitalistische Gesellschaftsordnung, die schon der Herrschaft Wilhelm II., der Weimarer Republik und dem Hitlerstaat zugrunde lag. Diese Gesellschaftsordnung hat nicht nur umfassende Wirtschaftskrisen, sondern auch zwei Weltkriege hervorgebracht und sich damit selbst das Urteil gesprochen. Sie ist historisch überlebt und muß früher oder später abtreten.

Der andere deutsche Staat, die Deutsche Demokratische Republik, verkörpert die aufstrebende sozialistische Gesellschaftsordnung, die vor 40 Jahren zum erstenmal in einem einzelnen Land errichtet wurde und seitdem ihren Siegeszug angetreten hat. Durch tiefgreifende gesellschaftliche Umgestaltungen wurden in der Deutschen Demokratischen Republik die imperialistischen Wurzeln der Krisen und Kriege beseitigt sowie politische und soziale Errungenschaften erarbeitet und erkämpft, die niemals mehr rückgängig gemacht werden können und dürfen.

Die Feinde der friedlichen Wiedervereinigung versuchen nun, diesen deutschen Staat, die Deutsche Demokratische Republik, als Kinder-

schreck an die Wand zu malen, sie wollen den westdeutschen Menschen Furcht vor der Wiedervereinigung machen, indem sie die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in der Deutschen Demokratischen Republik verzerrt darstellen, indem sie den Arbeiter- und Bauern-Staat verleumdern. Damit wollen sie die Verständigung der Deutschen torpedieren.

Von der Verständigung der Deutschen aber hängt heute mehr denn je die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands ab, die nur auf dem Wege der schrittweisen Annäherung der beiden deutschen Staaten erreicht werden kann. Nichts ist deshalb im Interesse der deutschen Wiedervereinigung dringlicher, als die Wahrheit über den neuen deutschen Staat der Arbeiter und Bauern zu verbreiten und das Bonner Lügengestrüpp zu zerreißen. Das ist um so notwendiger, weil es keine friedliche Wiedervereinigung Deutschlands gibt und geben kann, ohne die großen historischen Umwälzungen zu berücksichtigen, die sich in der Deutschen Demokratischen Republik im Interesse ganz Deutschlands vollzogen haben. Die Geschichte schreitet nun einmal nicht rückwärts, sondern vorwärts.

Der Ausschuß für Deutsche Einheit hat es von Anfang an als sein besonderes Anliegen angesehen, die Wahrheit über die Deutsche Demokratische Republik zu verbreiten. Wie sehr wir damit den Bedürfnissen unserer westdeutschen Landsleute entgegenkamen, zeigte sich, als wir vor vier Jahren das Taschenbuch „250 Fragen – 250 Antworten über die Deutsche Demokratische Republik“ herausgaben. Binnen kurzem erlebte diese Veröffentlichung vier Neuauflagen und erreichte eine Gesamtauflage von 450 000 Exemplaren. Zahlreiche Briefe westdeutscher Bürger halfen uns dabei, den Inhalt umfassender, übersichtlicher und verständlicher zu gestalten.

Inzwischen sind auch die ersten beiden Auflagen des Taschenbuchs „DDR – 300 Fragen - 300 Antworten“ vergriffen. Nun liegt die dritte, verbesserte und erweiterte Auflage vor. Sie berücksichtigt alle Veränderungen, die seit Beginn des Jahres 1958 eingetreten sind, weist auf die Beschlüsse des V. Parteitages hin und stützt sich dabei auf die Bestimmungen der neuesten Gesetze und das neueste Zahlenmaterial.

Wie wir vor vier Jahren im Vorwort der ersten Auflage der „250 Fragen“ versprochen hatten, hat sich in der Deutschen Demokratischen Republik nichts zum Schlechteren verändert. Weder wurden die Preise erhöht noch die Löhne gesenkt. Genau das Gegenteil ist der Fall. Wenn einem der Leser unserer vorliegenden Veröffentlichung die erste Ausgabe der „250 Fragen“ in die Hand fallen sollte, so wird er mühelos die außergewöhnlichen Fortschritte feststellen können, die die Deutsche Demokratische Republik auf allen Gebieten des Lebens gemacht hat.

Diese Entwicklung hat sich auch im Jahre 1958 fortgesetzt. Anhand des Taschenbuchs ist leicht nachzuprüfen, wie sich die politische Macht der Arbeiter und Bauern gefestigt und der Lebensstandard der Bevölkerung auf allen Gebieten verbessert hat. Das Ansehen der Deutschen Demo-

kratischen Republik ist nicht nur bei der Bevölkerung in Westdeutschland, sondern auch im Ausland weiter gestiegen.

So wird es auch in Zukunft sein. Niemand in der Deutschen Demokratischen Republik kennt die Furcht vor Krise und Depression. Es geht bei uns rasch vorwärts, weil wir den Sozialismus aufbauen. Zahlen und Ziffern, die wir heute nennen, sind morgen bereits veraltet. Aber so bedauerlich es sonst für den Autor ist, zu wissen, daß sein Werk schon bald nach Erscheinen in mancher Hinsicht überholt sein wird – bei unserem Taschenbuch über die Deutsche Demokratische Republik freuen wir uns darüber. Denn es ist nur ein weiterer Beweis dafür, daß unserer Sache, der Sache des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus, in ganz Deutschland die Zukunft gehört.

Ausschuß für Deutsche Einheit

Im Oktober 1958

Ihre Zuschriften richten Sie bitte an

Ausschuß für Deutsche Einheit

Berlin W 3

Friedrichstraße 169

Kennwort: „300 Fragen“

Bezirke und Kreise der Deutschen Demokratischen Republik



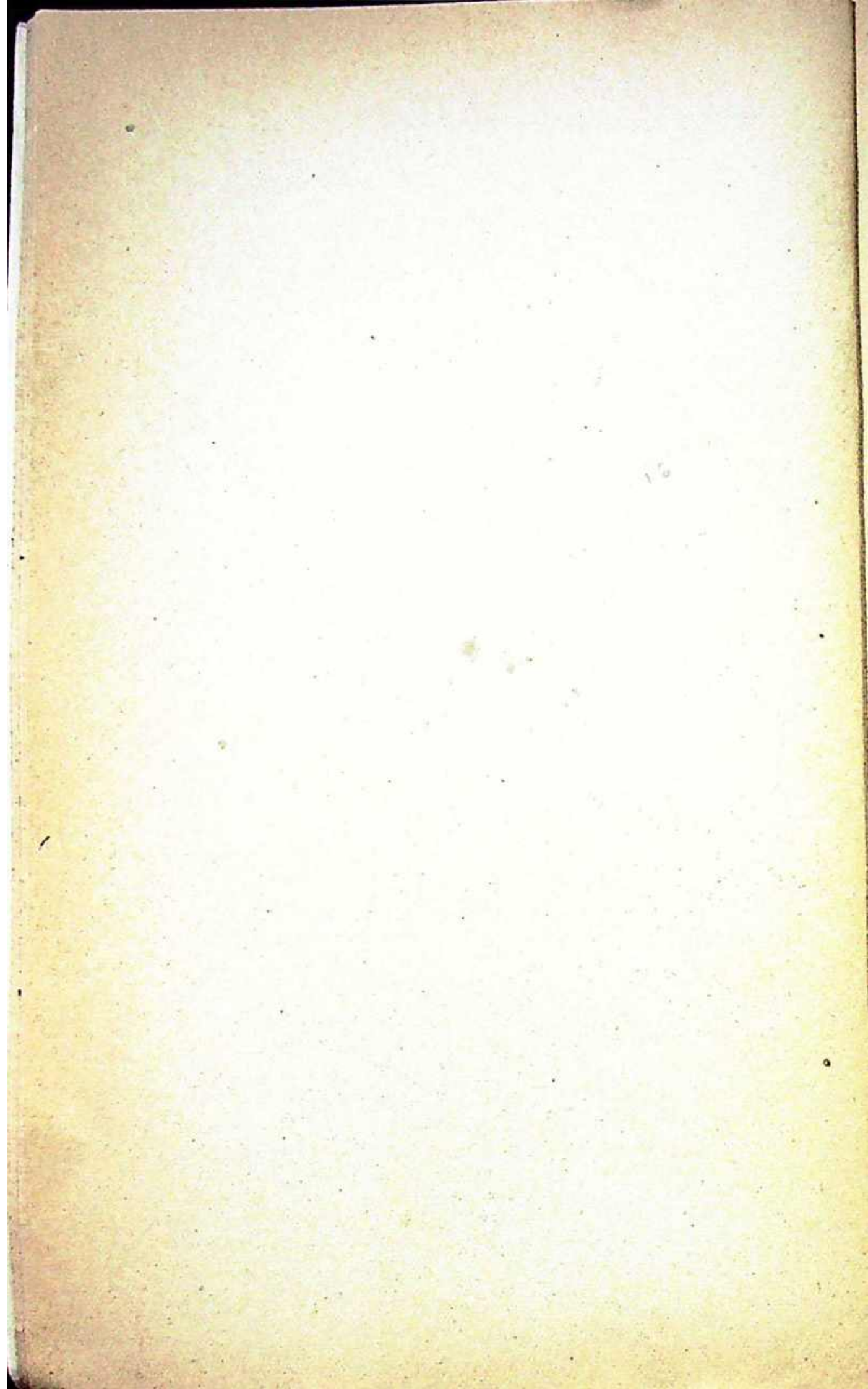
Territorium und Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik

Die DDR ist 107 862 qkm groß. Sie wird im Norden von der Ostsee begrenzt, und im Osten bilden die Oder und die Neiße die Friedensgrenze zur Volksrepublik Polen. Im Westen grenzt die DDR an die Bundesrepublik, und im Süden ist das Erzgebirge die Grenze zur Tschechoslowakischen Republik.

In der DDR leben 17,4 Millionen Einwohner (31. Dezember 1957). Die Bevölkerungsdichte beträgt rund 161 Einwohner je qkm.

Die Hauptstadt der DDR ist Berlin. Die DDR gliedert sich in 14 Bezirke: Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus im Land Brandenburg; Neubrandenburg, Rostock und Schwerin im Land Mecklenburg; Magdeburg und Halle im Land Sachsen-Anhalt; Erfurt, Suhl und Gera im Land Thüringen und Dresden, Leipzig und Karl-Marx-Stadt im Land Sachsen. Die Bezirke umfassen insgesamt 24 Stadt- und 192 Landkreise mit 9556 Gemeinden, wovon 213 Gemeinden mehr als 10 000 und 10 mehr als 100 000 Einwohner haben; Berlin ist eine Millionenstadt (Demokratischer Sektor rund 1,1 Millionen Einwohner).

Die DDR ist ein hochentwickelter Industriestaat. Der Anteil der Industrie, des Handels und des Verkehrs am gesellschaftlichen Gesamtprodukt beträgt rund 89 Prozent, der der Land-, Forst- und Wasserwirtschaft rund 11 Prozent. Rund 64 Prozent aller Beschäftigten sind in der Industrie, im Handel und im Verkehrswesen tätig und rund 21 Prozent in der Land-, Forst- und Wasserwirtschaft.



Das Staatswesen der Deutschen Demokratischen Republik

Die DDR wurde am 7. Oktober 1949 gegründet. Ihr Präsident ist Wilhelm Pieck.

Die DDR ist ein Staat, in dem die Arbeiterklasse im Bündnis mit der werktätigen Bauernschaft und anderen werktätigen Schichten die politische Macht ausübt und den Sozialismus zum Siege führt. Die arbeitenden Menschen sind die Herren der Wirtschaft und des Staates. Sie gestalten die politische und ökonomische Entwicklung nach dem Willen und im Interesse der Mehrheit der Bürger. Die wichtigsten Produktionsmittel, wie Fabriken, Bodenschätze, Verkehrseinrichtungen und große Güter, gehören dem Volke.

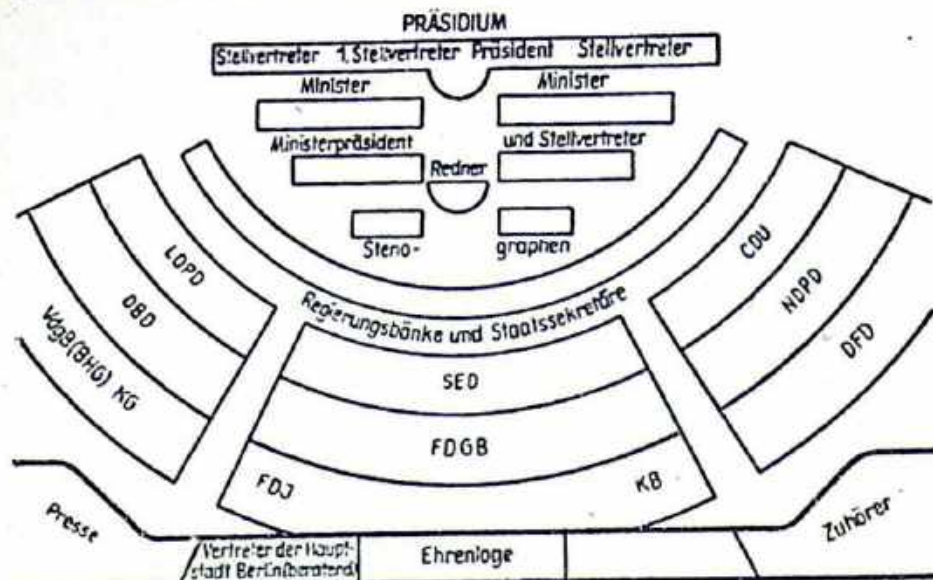
Die Arbeiter und Bauern üben die Macht mittels Volksvertretungen, Regierung und Verwaltung, Gerichten und Polizeiorganen usw. aus. Die Arbeiter-und-Bauern-Macht stützt sich auf die Kräfte der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, die die Kandidaten für die Volksvertretungen vorschlägt und für eine ständige Verbindung zwischen Staatsapparat und Bevölkerung sorgt. Die Bürger haben darüber hinaus weitgehende Rechte, sich unmittelbar an der staatlichen Arbeit zu beteiligen.

Die Gründung der DDR war ein Akt der nationalen Selbsthilfe der demokratischen Kräfte Deutschlands. Sie antworteten damit auf die Spaltung Deutschlands, die entgegen den von den vier Großmächten beschlossenen Grundsätzen des Potsdamer Abkommens am 7. September 1949 durch die Gründung der Bundesrepublik vollendet wurde. In dieser Situation war die Bildung eines demokratischen und friedliebenden deutschen Staates zu einer Lebensfrage des deutschen Volkes geworden.

Es ging darum, den Versuchen der Westmächte, ganz Deutschland dem damals wiedererstarkenden deutschen Imperialismus auszuliefern, den Weg zu versperren und den demokratischen Kräften in Deutschland eine sichere staatliche Basis zu geben. Deshalb war die Staatsgründung der DDR auch von einer breiten Volksbewegung getragen, die alle Schichten unserer Nation umfaßte.

Die Deutsche Demokratische Republik ist ein souveräner Staat, der frei nach eigenem Ermessen über seine inneren und äußeren Angelegenheiten entscheidet, ohne die Rechte anderer Staaten und die allgemein anerkannten Normen des Völkerrechts zu verletzen. Durch die allseitige Mitarbeit der Bevölkerung an allen politischen und wirtschaftlichen Aufgaben, durch ihre Einflußnahme auf die Gesetzgebung, Verwaltung

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik



PRÄSIDIUM: Präsident, 1 Stellvertreter und 6 Stellvertreter

ALTESTENRAT: Präsidium der Volkskammer und Vorsitzende der Fraktionen

STÄNDIGE AUSSCHÜSSE

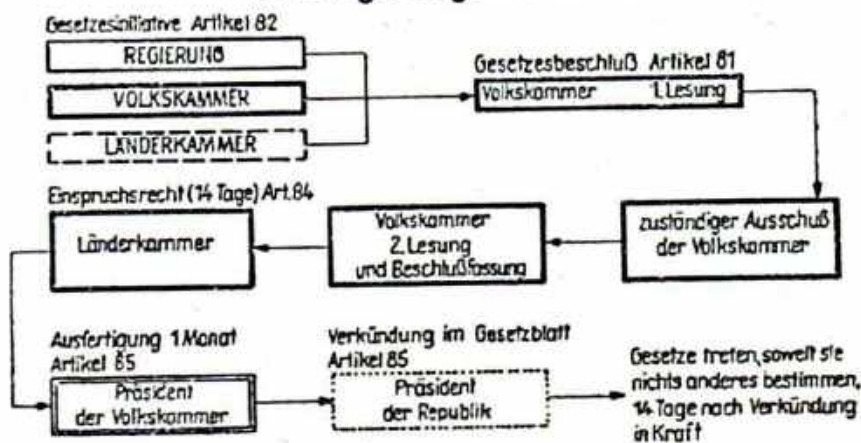
- Ständiger Ausschuss f. Allgem. Angelegenheiten
- Ständiger Ausschuss f. Wirtschafts- u. Finanzfragen
- Ständiger Ausschuss zugleich Ausschuss für Auswärt. Angelegenheiten
- Ständiger Ausschuss für die örtlichen Volksvertretungen

- AUSSCHÜSSE
- Geschäftsbearbeitungsausschuss
 - Wahlprüfungsausschuss
 - Verfassungsausschuss
 - Grenzausschuss
 - Rechtsausschuss

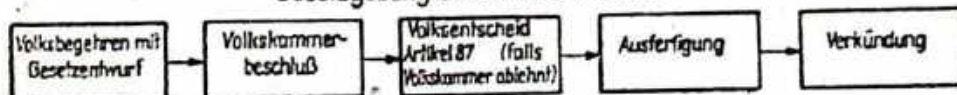
- Justizausschuss
- Haushalts- u. Finanzausschuss
- Wirtschaftsausschuss
- Ausschuss für Eingaben der Bürger

- Ausschuss f. Land- u. Forstwirtschaft
- Ausschuss f. Arbeit und Sozialpolitik
- Volksbildungsausschuss
- Jugendausschuss
- Ausschuss für Gesundheitswesen

Gesetzgebungs-Verfahren



Gesetzgebung durch Volksentscheid



und Justiz ist in der DDR auch zum ersten Mal in der Geschichte Deutschlands die Volkssouveränität voll verwirklicht.

Die Voraussetzung für den Sieg der sozialistischen und demokratischen Kräfte in der DDR war die Einheit der Arbeiterklasse, die ihren sichtbarsten Ausdruck in der Bildung einheitlicher Gewerkschaften und in der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien, der Kommunistischen Partei Deutschlands und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands am 21. April 1946 fand.

Die Volkskammer

Welche Befugnisse hat die Volkskammer?

Das höchste Staatsorgan der DDR ist die Volkskammer, die von den wahlberechtigten Einwohnern in allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlen gewählt wird. Kein anderes Organ kann der obersten Volksvertretung irgendwelche Vorschriften machen oder in ihre Tätigkeit eingreifen. Vielmehr sind alle anderen Staatsorgane an die Beschlüsse der Volkskammer gebunden und unterliegen ihrer Kontrolle. Eine sogenannte Gewaltenteilung, die die Justiz und Verwaltung der Kontrolle der Volksvertretung weitestgehend entzieht oder die ihnen das Recht gibt, Beschlüsse des gewählten Parlaments abzuändern oder aufzuheben oder gar das Parlament aufzulösen, gibt es in der DDR nicht. Eine Auflösung der Volkskammer vor Ablauf ihrer Wahlperiode ist nur durch eigenen Beschluß oder durch einen Volksentscheid der Wähler möglich.

Die Volkskammer ist für folgende Aufgaben zuständig:

Sie legt die Richtlinien für die Regierungspolitik fest und bestimmt die Grundsätze, wie diese zu verwirklichen sind;

sie bestätigt und überwacht die Regierung und kann sie abberufen;

sie bestimmt die Grundsätze, nach denen die Verwaltung zu arbeiten hat, und überwacht die gesamte Tätigkeit des Staates;

nur sie hat das Recht zur Gesetzgebung, soweit nicht ein Volksentscheid stattfindet;

sie beschließt den Staatshaushalt und den Volkswirtschaftsplan, Anleihen und Staatskredite der Republik, und sie ratifiziert Staatsverträge;

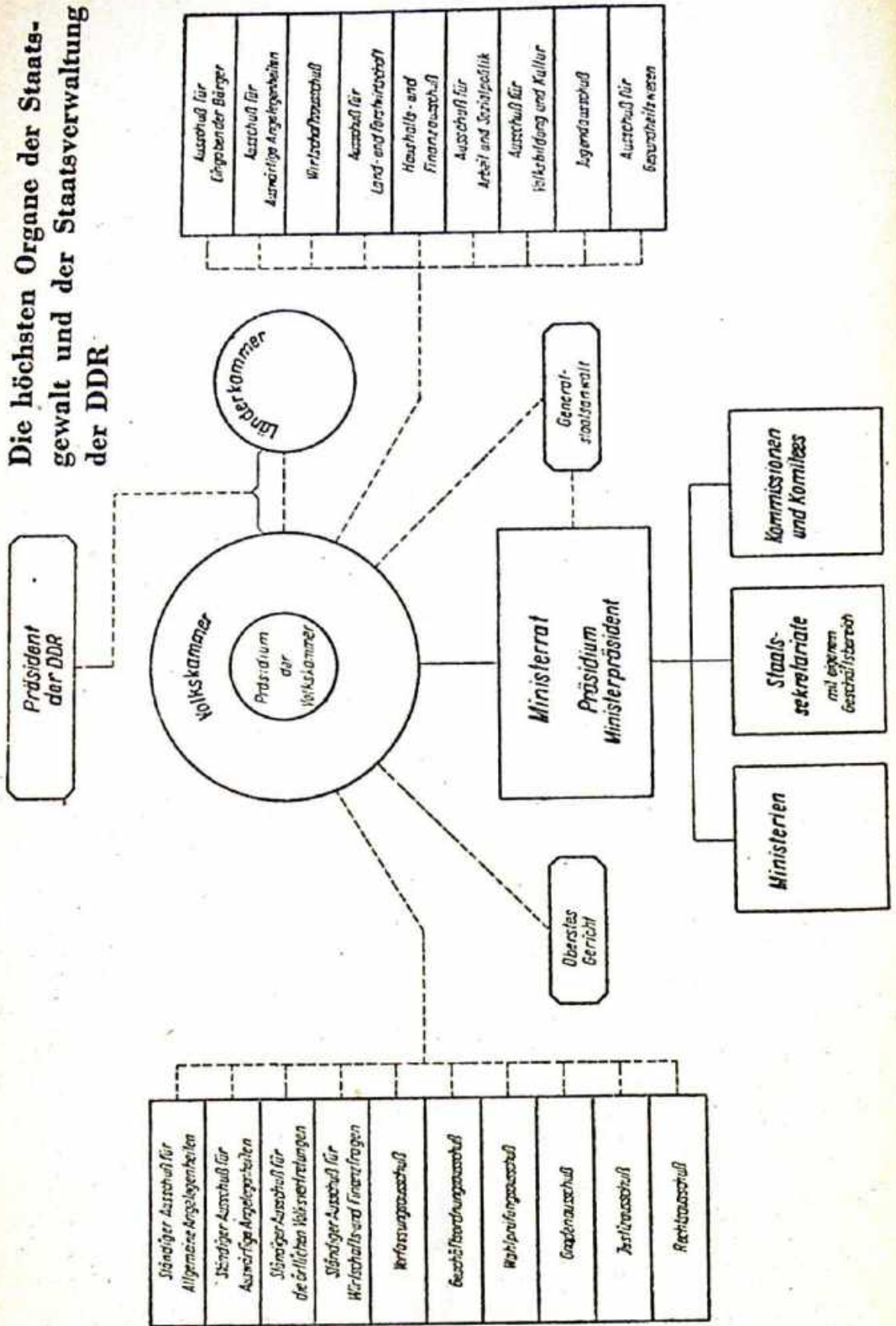
sie kann Amnestien erlassen;

sie wählt gemeinsam mit der Länderkammer den Präsidenten der Republik;

sie wählt die Mitglieder des Obersten Gerichts der Republik und den Generalstaatsanwalt der Republik, überwacht deren Tätigkeit und kann sie abberufen;

sie beaufsichtigt die örtlichen Volksvertretungen und leitet sie in ihrer Arbeit an.

Die höchsten Organe der Staatsgewalt und der Staatsverwaltung der DDR



Somit hat das vom Volke gewählte Parlament die umfassendsten Befugnisse und verkörpert die einheitliche Staatsgewalt.

Die Volkskammer betrachtet es als ihre Aufgabe, für die Erhaltung des Friedens zu sorgen, unablässig für ein wiedervereinigtes, friedliches und demokratisches Deutschland einzutreten und die sozialistische Demokratie in der DDR zu gewährleisten und zu fördern.

So unterbreitete die Volkskammer als Parlament des ersten deutschen Staates der Arbeiter und Bauern in den zurückliegenden Jahren dem Bundestag ständig Vorschläge für die Wiedervereinigung Deutschlands. Sie ratifizierte eine Reihe von wichtigen völkerrechtlichen Verträgen, z. B. den Warschauer Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand vom 14. Mai 1955, der die Sicherheit und das internationale Ansehen der DDR stärkte. Von besonderer Bedeutung war auch die Zustimmung der Volkskammer zum Abschluß des Staatsvertrages zwischen der Sowjetunion und der DDR am 26. September 1955. Diese Vereinbarung brachte der DDR die uneingeschränkte staatliche Souveränität.

Wie arbeitet die Volkskammer?

Die Volkskammer trifft in ihren Plenartagungen alle wichtigen Entscheidungen. Zur Vorbereitung dieser Entscheidungen und zur Unterstützung ihrer Arbeit bildet die Volkskammer Ausschüsse. Diese Ausschüsse sind aber nicht befugt, an Stelle des Volkskammerplenums selbständig zu handeln.

Die Arbeit der Volkskammerabgeordneten ist selbstverständlich nicht nur auf die Mitarbeit in den Ausschüssen und im Plenum beschränkt. Sie führen Versammlungen und Sprechstunden mit der Bevölkerung durch, erledigen Wähleraufträge und bereiten Gesetze vor.

Das Gesetzgebungsverfahren entspricht dem demokratischen Charakter der DDR. Gesetzesanträge können von der Regierung, der Länderkammer oder aus der Mitte der Volkskammer eingebracht werden. In der Regel finden zwei Lesungen statt, zwischen denen der Antrag von den zuständigen Fachausschüssen der Volkskammer beraten wird. Oft wird ein Gesetzentwurf, bevor er von der Volkskammer verabschiedet wird, in Tausenden Versammlungen mit der Bevölkerung diskutiert. Dabei werden von den Bürgern häufig Vorschläge zum Gesetzentwurf gemacht, die alle sorgfältig geprüft und, wenn sie brauchbar sind, selbstverständlich berücksichtigt werden.

So ist es zu verstehen, daß das große Gesetzgebungswerk der Volkskammer die Interessen der Bevölkerung ausdrückt und beispielgebend für das künftige demokratische Gesamtdeutschland ist. Es wurden u. a. Gesetze geschaffen, die – als Widerspiegelung veränderter ökonomischer und politischer Verhältnisse – die demokratischen Rechte der Bürger erweitern. Dazu gehören vor allem das Gesetz der Arbeit, das das Recht auf Arbeit garantiert, das volle Mitbestimmungsrecht der Werktätigen

verwirklicht, die Förderung der Arbeitskräfte und die ständige Verbesserung der materiellen und kulturellen Lage der Arbeiter und Angestellten umfaßt; das Gesetz über die Rechte der Jugend; das Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau, das die volle Gleichberechtigung der Frau auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens garantiert. Die Volkskammer beschloß auch das Gesetz über die Verkürzung der Arbeitszeit vom 19. Januar 1957 und nicht zuletzt das Gesetz zum Schutze des Friedens.

Wie wird in der DDR gewählt?

Die Abgeordneten der Volkskammer und der örtlichen Volksvertretungen werden entsprechend den Bestimmungen der Verfassung in allgemeiner, gleicher, geheimer und unmittelbarer Wahl auf die Dauer von vier Jahren gewählt. Wahlberechtigt ist jeder Bürger, der das 18., wählbar jeder, der das 21. Lebensjahr vollendet hat.

Wesentlich ist, daß die Kandidatenaufstellung unter entscheidender Mitwirkung der Wähler erfolgt. Zunächst werden von den demokratischen Parteien und Massenorganisationen, die sich auf der Grundlage eines gemeinsam ausgearbeiteten Programms in der „Nationalen Front des demokratischen Deutschland“ zusammengeschlossen haben, Kandidaten aller Parteien und Organisationen benannt. Die Kandidaten sind verpflichtet, sich ihren Wählern persönlich vorzustellen und in Versammlungen über ihre Tätigkeit und über ihre Pläne für die künftige Arbeit als Abgeordnete zu berichten. Dabei sind die Wähler berechtigt, Fragen an die Kandidaten zu stellen und diejenigen abzulehnen, denen sie kein Vertrauen schenken.

Diese Aufstellung und Prüfung der Kandidaten durch die Wähler selbst ist in der deutschen Wahlrechtsentwicklung etwas grundlegend Neues. Die Wähler geben also nicht mehr ihre Stimme für Kandidaten, die ihnen vorgesetzt werden, sondern sie bestimmen nun selbst, wer auf die Kandidatenliste kommt. Bei diesem Verfahren ist gewährleistet, daß die Abgeordneten in der DDR wirkliche Vertreter des Volkes sind.

Die Wahlhandlung selbst erfolgt unter den üblichen demokratischen Bedingungen. Jeder Wähler kann geheim abstimmen. Aber diese Stimmabgabe am Wahltag hat eine ganz andere Bedeutung als beispielsweise in den bürgerlich-kapitalistischen Ländern. Sie ist Höhepunkt in einem längeren demokratischen Wahlprozeß. Sie ist die feierliche Unterschrift des Wählers unter die Liste der Kandidaten, die er bereits vorher ausgewählt und gutgeheißen hat.

Die letzte Wahl zur Volkskammer fand am 17. Oktober 1954 statt. Das Wahlergebnis zeigte, daß die Bewohner der DDR in ihrer übergroßen Mehrheit die Programmforderungen der Nationalen Front als ihre eigenen anerkennen. Die Wahlbeteiligung betrug 98,4 Prozent, von denen 99,46 Prozent für die Kandidaten der Nationalen Front des demokratischen Deutschland stimmten.

Wem sind die Abgeordneten verantwortlich?

Da die Abgeordneten in der DDR die gewählten Vertreter des Volkes sind, haben sie den Willen ihrer Wähler zu verwirklichen und sind nur ihnen, und nicht etwa einigen Monopolherren, unmittelbar verantwortlich. Das erfordert, daß sie ständige und enge Verbindung mit ihren Wählern halten müssen, um ihre Meinung zu kennen, ihnen die staatliche Politik und die Gesetze zu erläutern und sie zur aktiven Mitarbeit für die Lösung der staatlichen Aufgaben zu gewinnen.

Die Abgeordneten sind ihren Wählern gegenüber verpflichtet, regelmäßig öffentliche Sprechstunden abzuhalten, Wähleraufträge und Empfehlungen entgegenzunehmen und sie schnell und gewissenhaft zu prüfen. Ferner haben sie über ihre gesamte Tätigkeit den Bürgern ihres Wahlbereichs periodisch Rechenschaft zu legen. Dabei müssen sie insbesondere darüber berichten, wie sie die Wähleraufträge erfüllt haben und was aus den Vorschlägen und Beschwerden der Bevölkerung geworden ist. Folglich ist es in der DDR unmöglich, daß die Abgeordneten vor der Wahl große Versprechungen machen, die sie später nicht einhalten. Die Wähler können ihre Abgeordneten vielmehr ständig kontrollieren. Stellen sie fest, daß einer ihrer gewählten Vertreter das in ihn gesetzte Vertrauen nicht rechtfertigt oder seine Pflichten als Abgeordneter nicht erfüllt, so können sie in einer Wählerversammlung seine Abberufung verlangen.

Wer sind die Mitglieder der Volkskammer?

Dem Präsidium der Volkskammer gehören an: der Präsident der Volkskammer, Dr. Johannes Dieckmann (LDPD), der 1. Stellvertreter des Präsidenten der Volkskammer, Hermann Matern (SED), und die Stellvertreter des Präsidenten der Volkskammer Ernst Goldenbaum (DBD), Gerald Götting (CDU), Heinrich Homann (NDPD), Friedrich Ebert (SED), Wilhelmine Schirmer-Pröscher (DFD), Grete Groh-Kummerlöw (FDGB). Der Präsident der Volkskammer vertritt im Falle der Verhinderung den Präsidenten der Republik.

Die Mitglieder der Volkskammer sind keine Berufsparlamentarier, sondern sie stehen alle in einem festen Arbeitsverhältnis. Für die Wahrnehmung der Rechte und Pflichten als gewählte Vertreter des Volkes erhalten sie von den Betrieben und Verwaltungen die erforderliche Freizeit.

Zusammensetzung der Volkskammer (ohne Vertreter Berlins; Stand vom Januar 1958)

Fraktionen:

SED.....	100	FDGB	45
LDPD	45	FDJ	25
CDU	45	DFD	25
NDPD.....	45	Deutscher Kulturbund	15
DBD	45	VdgB/Genossenschaften	10
			<hr/> 400

Soziale Herkunft:			
Arbeiter.....	202	Intelligenz	38
Bauern	39	Handwerker/ Gewerbetreibende	38
Angestellte	63		<u>490</u>
Altersgruppen:			
bis 25 Jahre	7	41 bis 50 Jahre	123
26 bis 30 Jahre	45	51 bis 60 Jahre	111
31 bis 40 Jahre	74	über 60 Jahre	40
			<u>400</u>

Die soziale Zusammensetzung der Volkskammer bringt zum Ausdruck, daß die Arbeiter die Staatsmacht ausüben. Da sie die zahlenmäßig stärkste Klasse sind, haben sie im Parlament die Mehrheit. Für Konzernvertreter, Großunternehmer und Junker gibt es in der Volkskammer keinen Platz.

Die Frauen sind in der Volkskammer durch 108 Abgeordnete vertreten. Das heißt, jeder vierte Abgeordnete ist eine Frau. Die Zahl der jungen Abgeordneten, die die Interessen der Jugend wahrnehmen, ist ebenfalls höher als in irgendeinem kapitalistischen Land.

Welche Bedeutung hat die Länderkammer?

Aufgabe der Länderkammer ist es, die besonderen Interessen der Länder im Gesetzgebungsverfahren zu vertreten. Die Länder bestehen auch nach der Verwaltungsreform des Jahres 1952 als territoriale Glieder der Republik in Form der Bezirke, die ihr Gebiet einnehmen, weiter.

Die Länderkammer hat das Recht, der Volkskammer Gesetzesanträge vorzulegen. Sie kann auch gegen Gesetzesbeschlüsse der Volkskammer Einspruch erheben, über den die Volkskammer als oberstes staatliches Organ jedoch endgültig entscheidet.

Daraus geht schon hervor, daß die Länderkammer, wie das die Verfassung eindeutig festlegt, keine über dem Parlament stehende zweite Kammer im Sinne des üblichen Systems in den bürgerlichen Staaten ist. Ihre Aufgabe besteht nicht darin, die Volksvertretung zu hemmen oder ihre Rechte zu schmälern. Die Stellung der Volkskammer als oberstes staatliches Organ wird durch die Länderkammer in keiner Weise eingeschränkt.

Die Abgeordneten der Länderkammer werden seit dem Jahre 1952 von den Bezirkstagen des jeweiligen Landes gewählt, die zu diesem Zweck zu einer gemeinsamen Sitzung zusammentreten. Präsident der Länderkammer ist August Bach (CDU).

Die Regierung

Wer ernennt die Regierung der DDR?

Die Regierung ist das oberste Verwaltungsorgan der Republik. Sie leitet auf der Grundlage der von der Volkskammer verabschiedeten Gesetze

und des von ihr gebilligten Regierungsprogramms die gesamte Innen- und Außenpolitik.

Nach den Bestimmungen der Verfassung benennt die stärkste Fraktion der Volkskammer den Ministerpräsidenten, der dann die Regierung bildet. Um alle demokratischen Kräfte verschiedener politischer Richtungen an der Leitung des Staates zu beteiligen, müssen gemäß der Verfassung der DDR alle Fraktionen, soweit sie mindestens 40 Mitglieder haben, im Verhältnis ihrer Stärke durch Minister und Staatssekretäre in der Regierung vertreten sein.

Die Regierung wird durch den Präsidenten der Republik auf die Verfassung vereidigt. Sie bedarf des Vertrauens der Volkskammer und ist ihr gegenüber rechenschaftspflichtig. Entsprechend den demokratischen Prinzipien kann die Volkskammer durch Beschluß einem Minister oder auch mehreren Regierungsmitgliedern – und nicht nur dem Kanzler, wie in der Bundesrepublik – das Vertrauen entziehen und sie zum Rücktritt veranlassen.

Wer gehört der Regierung der DDR an?

Der Regierung der DDR gehören an der Ministerpräsident, die Stellvertreter des Ministerpräsidenten, der Vorsitzende und einzelne Abteilungsleiter der Staatlichen Plankommission, die Minister, der Vorsitzende der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle, der Vorsitzende des Staatlichen Komitees für Arbeit und Löhne, die Staatssekretäre mit eigenem Geschäftsbereich und der Präsident der Deutschen Notenbank. Der Ministerpräsident und seine Stellvertreter sowie einige Fachminister bilden das Präsidium des Ministerrates.

Entsprechend dem Charakter des Staates setzt sich die Regierung aus Vertretern der Werktätigen zusammen. Die Mehrzahl der Regierungsmitglieder kommt aus der Arbeiterklasse (rund 60 Prozent). Die anderen Schichten, die im Bündnis mit der Arbeiterklasse die Macht ausüben, sind entsprechend ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung vertreten.

Zur Regierung gehören solche Persönlichkeiten wie Ministerpräsident Otto Grotewohl, von Beruf Buchdrucker, langjähriger Arbeiterfunktionär und Reichstagsabgeordneter der SPD. Nach 1933 kämpfte er illegal gegen den Faschismus. Nach 1945 wirkte er entscheidend mit an der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien.

Der Erste Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Walter Ulbricht, ist von Beruf Tischler und seit 1908 in der Arbeiterbewegung tätig. In Leipzig war er Mitgründer der dortigen Organisation der KPD, deren Reichstagsfraktion er ab 1928 angehörte. Nach der Machtergreifung durch den Faschismus arbeitete er illegal als leitender KPD-Funktionär. Später, in der politischen Emigration, beteiligte er sich an der antimilitaristischen Aufklärungsarbeit unter den deutschen Truppen an der Ostfront, u. a. bei Stalingrad.

Paul Scholz, Stellvertreter des Ministerpräsidenten, war früher Landarbeiter. Wegen seiner illegalen antifaschistischen Tätigkeit wurde er verhaftet. Nach 1945 arbeitete er als stellvertretender Chefredakteur der Zeitung „Der Freie Bauer“. Im Jahre 1948 gründete er die Demokratische Bauernpartei Deutschlands mit.

Am 11. Februar 1958 beschloß die Volkskammer der DDR das „Gesetz über die Vervollkommnung und Vereinfachung der Arbeit des Staatsapparates in der Deutschen Demokratischen Republik“. Damit wurde der fortschreitenden sozialistischen Umgestaltung der DDR Rechnung getragen, die immer höhere Aufgaben an die Organe der Arbeiter-und-Bauern-Macht stellt und eine ständige Entwicklung und Vervollkommnung des Staatsapparates, seiner Organe und seiner Arbeitsweise bedingt.

Entsprechend dem neuen Gesetz wird die gesamte zentrale Planung der Volkswirtschaft der Staatlichen Plankommission übertragen. Gleichzeitig wurde die Mehrzahl der Industrieministerien aufgelöst. An ihre Stelle treten Vereinigungen Volkseigener Betriebe (VVB), um die Leitung der Wirtschaft näher an die Produktion heranzubringen.

Nach dem Gesetz, das am 15. Februar 1958 in Kraft trat, setzt sich der Ministerrat der DDR nach Auflösung der Industrieministerien u. a. aus folgenden Mitgliedern zusammen:

Ministerpräsident.....	Otto Grotewohl
Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates	Walter Ulbricht
Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates	Dr. Hans Loch
Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates	Max Seifrin
Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates	Paul Scholz
Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Vorsitzender der Staatlichen Plankommission	Bruno Leuschner
Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Auswärtige Angelegenheiten.....	Dr. Lothar Bolz
Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel	Heinrich Rau
Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Nationale Verteidigung.....	Willi Stoph
Minister des Innern	Karl Maron
Minister für Staatssicherheit	Erich Mielke

Minister der Finanzen.....	Willy Rumpf
Minister für Land- und Forstwirtschaft ..	Hans Reichelt
Minister für Handel und Versorgung	Curt Wach
Minister für Gesundheitswesen	Luitpold Steidle
Minister für Verkehrswesen	Erwin Kramer
Minister für Post- und Fernmeldewesen ..	Friedrich Burmeister
Minister für Bauwesen	Ernst Scholz
Minister für Kultur	Dr. h. c. Johannes R. Becher
Minister für Volksbildung	Fritz Lange
Minister der Justiz	Dr. h. c. Hilde Benjamin
Präsident der Deutschen Notenbank	Prof. Dr. Martin Schmidt
Staatssekretär für Erfassung und Aufkauf	Hermann Streit
Staatssekretär für Hoch- und Fachschul-	
wesen	Dr. Wilhelm Girnus
Vorsitzender der Zentralen Kommission für	
Staatliche Kontrolle	(i. V. Ernst Wabra)
Vorsitzender des Staatlichen Komitees für	
Arbeit und Löhne	Walter Heinicke

Welche Aufgaben haben der Ministerrat und die Ministerien?

Die Aufgaben des Ministerrates (= Regierung) sind umfassend und vielfältig. Er bildet die Spitze der staatlichen Verwaltungsorgane und leitet diese Organe an. Im diplomatischen Verkehr zwischen den Staaten vertritt der Ministerrat die Republik nach außen. Er sorgt für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Inneren des Landes und schützt die sozialistischen Errungenschaften der Werktätigen gegen alle Angriffe von innen und außen. Zu diesem Zweck unterstehen ihm die Organe der Volkspolizei, der Staatssicherheit und der Nationalen Volksarmee.

Von besonderer Bedeutung sind jedoch seine Aufgaben auf wirtschaftlichem, kulturellem und sozialem Gebiet, die sich grundsätzlich von den Funktionen anderer Regierungen in Deutschland unterscheiden. Der sozialistische Staat plant und leitet die gesamte Volkswirtschaft und die Entwicklung des kulturellen und sozialen Lebens. Dazu ist die Regierung der DDR in der Lage, weil sich die wesentlichen Produktionsmittel in den Händen des Volkes befinden und die nur auf Erzielung von großen Profiten aufgebaute anarchische kapitalistische Produktionsweise kaum noch Einfluß auf das wirtschaftliche Geschehen der DDR hat.

Auf der Grundlage des von der Volkskammer beschlossenen Volkswirtschaftsplanes beschließt der Ministerrat die konkreten Maßnahmen zur Entwicklung der Wirtschaft, der Kultur und des Sozialwesens und trifft generelle Festlegungen zur Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung.

Zu diesem Zweck stehen ihm die Staatliche Plankommission, die Ministerien und sonstigen wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Institutionen zur Verfügung.

Nach der Verfassung hat der Ministerrat das Recht, der Volkskammer Gesetzesanträge zu unterbreiten. Darüber hinaus kann er selbst Verordnungen erlassen, die sich natürlich im Rahmen der Gesetze und Beschlüsse der Volkskammer halten müssen.

Welchen Einfluß haben die Werktätigen auf die Tätigkeit der Regierung?

Wie jeder Abgeordnete in der DDR sind auch die Regierungsmitglieder verpflichtet, über ihre Arbeit vor der Bevölkerung Bericht zu erstatten und Beschlüsse zusammen mit der Bevölkerung vorzubereiten. Mit den Arbeitern wurden beispielsweise solche Beschlüsse wie die „Verordnung über die Verbesserung der Lebenslage der Werktätigen und über die Rechte der Gewerkschaften“ sowie der Gesetzentwurf über die Verkürzung der Arbeitszeit auf 45 Stunden beraten, bevor sie allgemeine Gültigkeit erlangten. Ministerratsbeschlüsse über die Entwicklung der Landwirtschaft wurden auf Konferenzen mit Mitgliedern landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften und mit Einzelbauern vorbereitet. Der Beschluß über die Bildung eines Forschungsrates in der DDR ist nach vorherigem Erfahrungsaustausch mit vielen Wissenschaftlern entstanden. Daneben hat jeder Bürger das Recht, sich mit Vorschlägen und Kritiken schriftlich oder mündlich an die Regierung oder einzelne Minister, an die Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle oder an andere Organe, wie die Volkskammer, den Generalstaatsanwalt usw., zu wenden.

Den wesentlichen Einfluß auf die Regierung üben die Werktätigen über ihre Parteien und Organisationen aus, die in der Regierung vertreten sind (z. B. die SED und die Gewerkschaften).

Darüber hinaus haben die Gewerkschaften aber noch besondere Rechte. So können sie z. B. entsprechend der genannten Verordnung über die Rechte der Gewerkschaften vom 10. Dezember 1953 über alle Maßnahmen, die die Interessen der Arbeiter berühren, von den Ministern und anderen Funktionären Rechenschaft verlangen.

Die Werktätigen und ihre Gewerkschaftsorgane haben ferner das Recht, bei der Ausarbeitung der Planvorschläge mit zu entscheiden, insbesondere über jene Teile des Planes, die sich mit den Löhnen, der Arbeitsproduktivität und den sozialen und kulturellen Einrichtungen befassen.

Das Gesetz zur Vervollkommnung und Vereinfachung der Arbeit des Staatsapparates vom 11. Februar 1958 erweitert den Einfluß der Werktätigen und ihrer Gewerkschaften auf die Produktion und die Planung. Es verpflichtet die Planungsorgane und Wirtschaftsleitungen, in allen Fragen mit den Gewerkschaften zusammenzuarbeiten.

Die örtlichen Organe der Staatsmacht

Welche Aufgaben haben die örtlichen Volksvertretungen?

Zu den örtlichen Volksvertretungen zählen die Gemeindevertretungen, die Stadtverordnetenversammlungen, die Kreistage und die Bezirkstage. Entsprechend der Verfassung der DDR sind diese von der gesamten Bevölkerung gewählten Volksvertretungen in ihrem jeweiligen Bereich die höchsten staatlichen Organe.

Die Rechte dieser örtlichen Volksvertretungen sind bedeutend größer als in einem beliebigen bürgerlichen Staat. Auf ihrem Territorium leiten sie die gesamte staatliche Arbeit. In ihrem Bereich planen und leiten sie die Entwicklung der Wirtschaft und kontrollieren die Arbeit der örtlichen volkseigenen Industriebetriebe und der landwirtschaftlichen Betriebe. Sie sind für die Entscheidung kultureller und sozialer Fragen ihres Gebietes verantwortlich, und sie kontrollieren die Versorgung der Bevölkerung.

Die örtlichen Volksvertretungen haben die Pflicht, in regelmäßigen Zeitabständen zu Tagungen zusammenzutreten, in denen alle wichtigen Fragen ihres Gebietes erörtert werden. Unter den Beschlüssen sind die alljährlichen Haushalts- und Volkswirtschaftspläne von besonderer Bedeutung.

Um eine zentrale Leitung in Grundsatzfragen zu gewährleisten, sind die örtlichen Volksvertretungen an die Gesetze der Volkskammer und an die Verordnungen und Beschlüsse des Ministerrats gebunden. Die Beschlüsse und Gesetze der zentralen Organe lassen den Gemeinden, Städten, Kreisen und Bezirken jedoch genügend Spielraum für eigene Projekte und Arbeiten, damit die jeweiligen örtlichen Besonderheiten weitgehend berücksichtigt werden können.

Jede Volksvertretung bildet zur Unterstützung ihrer Arbeit bestimmte Fachausschüsse, Ständige Kommissionen genannt. Die Kommissionen wirken, ähnlich wie die Ausschüsse der Volkskammer, bei der Vorbereitung der Beschlüsse der Gemeinde-, Kreis- und Bezirksparlamente mit. Sie haben u. a. das Recht, ihrer Volksvertretung und den Räten Vorschläge zu unterbreiten und sind befugt, die Verwaltung zu kontrollieren. Die örtlichen Parlamente wählen die Leitung der Verwaltung (Räte) und können sie abberufen. Die Räte haben die Beschlüsse ihrer Volksvertretung und der übergeordneten Organe auszuführen und sind für ihre gesamte Tätigkeit ihren Parlamenten rechenschaftspflichtig.

Die Rechte und Pflichten der Abgeordneten der örtlichen Volksvertretungen entsprechen im Prinzip denen der Mitglieder der Volkskammer (siehe Seite 17).

Was versteht man in der DDR unter „weiterer Demokratisierung“?

Am 17. Januar 1957 beschloß die Volkskammer das Gesetz über die örtlichen Organe der Staatsmacht, das auch als Gesetz über die weitere

Demokratisierung bezeichnet wird. Es ist nach der Verfassung das wichtigste Gesetz auf staatsrechtlichem Gebiet. Ziel dieses Gesetzes ist es, den Bewohnern der DDR die Möglichkeit zu geben, in noch größerem Umfang an der staatlichen Arbeit teilzunehmen. Den Bezirken, Kreisen und Gemeinden wurden zugleich Entscheidungsbefugnisse übertragen, wie sie die Kommunen bis dahin in Deutschland noch nie hatten.

Eine konsequente Fortsetzung des Gesetzes vom Januar 1957 ist das Gesetz über die Vervollkommnung und Vereinfachung der Arbeit des Staatsapparates vom 11. Februar 1958. Dieses Gesetzeswerk überträgt den örtlichen Organen weitere neue Aufgaben insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet und fordert von ihnen, der Initiative der Bevölkerung noch breiteren Raum zu geben.

Die zentralen Organe, z. B. die Ministerien in der Hauptstadt, treffen heute fast nur noch Grundsatzentscheidungen generellen Inhalts. Den örtlichen Organen obliegen heute alle Einzelentscheidungen. Das fördert die gesellschaftliche Aktivität der Bevölkerung, sich in ihrem Ort oder ihrem Kreis an der Erledigung öffentlicher Aufgaben zu beteiligen. Darin liegt die Gewähr, daß Beschlüsse nicht bürokratisch am grünen Tisch gefaßt werden, sondern die Interessen der Bevölkerung Berücksichtigung finden.

In den ersten Jahren des Bestehens der DDR konnten den örtlichen Organen so umfassende Rechte nicht zuerkannt werden, da die angespannte wirtschaftliche Lage und der konzentrierte Aufbau eine stärkere zentrale Leitung erforderten und auch ausreichend geschulte Mitarbeiter den Gemeinden, Kreisen und Bezirken nicht im genügenden Maße zur Verfügung standen.

Weitere Demokratisierung heißt demnach: immer größere Kreise der Bevölkerung für die Mitarbeit an staatlichen Aufgaben zu gewinnen. Ohne diese tatkräftige Mitarbeit gibt es keine Demokratie.

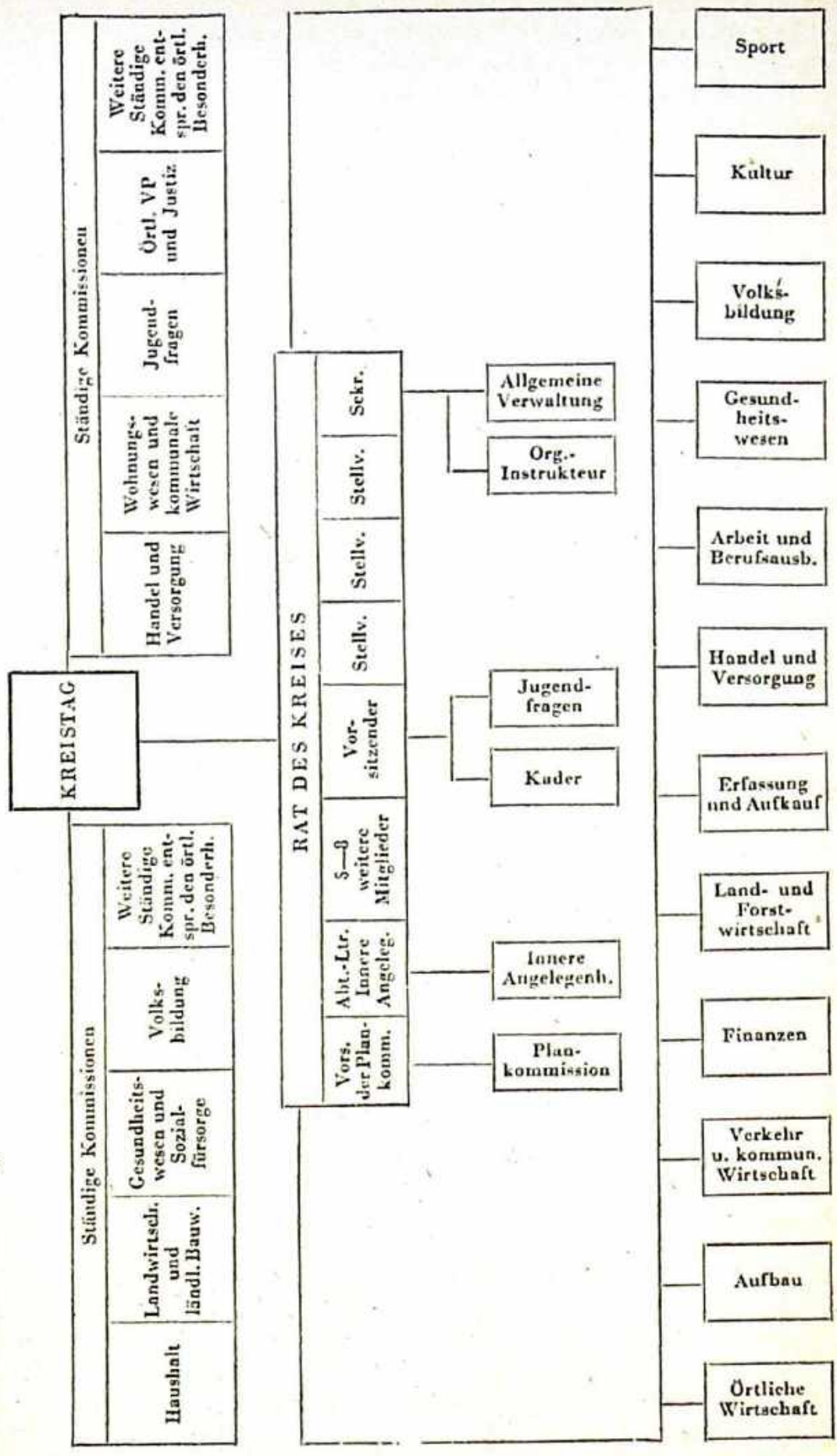
Wie können sich die Bürger in den Städten und Gemeinden an der staatlichen Arbeit beteiligen?

Die Bevölkerung der DDR hat viele gesetzlich garantierte Möglichkeiten, an der Gestaltung des öffentlichen Lebens direkt oder indirekt mitzuwirken.

An erster Stelle ist die Tätigkeit als Abgeordneter in den Parlamenten zu nennen. Rund 270 000 Männer und Frauen sind Mitglieder oder gewählte Nachfolgekandidaten der örtlichen Volksvertretungen. Das heißt, etwa jeder fünfzigste Wahlberechtigte ist Abgeordneter oder Nachfolgekandidat. Durch diese gewählten Vertreter und in engster Zusammenarbeit mit ihnen entscheidet die Bevölkerung selbst, was in der Gemeinde, in der Stadt, im Kreis oder im Bezirk gemacht werden soll.

Um jedoch die Erfahrungen und Kenntnisse auch anderer Bürger, die nicht Abgeordnete sind, für die Arbeit der Volksvertretungen nutzbar zu machen, bilden deren Ständige Kommissionen noch besondere Aktivs.

Struktur des Kreistages



In diesen sind solche Menschen ehrenamtlich vertreten, die auf speziellen Fachgebieten (z. B. Gesundheitswesen, Verkehr, Volksbildung) Kenntnisse besitzen und befähigt sind, die entsprechenden Kommissionen in ihrer Arbeit zu unterstützen. Die Aktivmitglieder sind berechtigt, an den Sitzungen der Kommissionen teilzunehmen und Vorschläge zu unterbreiten.

Ebenso wie die Volksvertretungen sind auch die Räte als Verwaltungsorgane gesetzlich verpflichtet, mit der Bevölkerung zusammenzuarbeiten, ihre Erfahrungen, Anregungen und Kritiken zu beachten und für die Verbesserung der Arbeit auszuwerten. So bestehen bei den Räten z. B. Verwaltungskommissionen (nicht zu verwechseln mit den Ständigen Kommissionen der Volksvertretungen), die sich aus ehrenamtlichen Mitgliedern zusammensetzen und die den Rat bei der Lösung einzelner Fragen unterstützen. Als Beispiel seien die Wohnungskommissionen bei den Räten der Städte und Gemeinden genannt, die u. a. vorschlagen, wer eine Wohnung bekommen soll.

Eine andere Möglichkeit zur Einflußnahme auf die Verwaltung bieten die Haus- und Straßenvertrauensleute, die von der Bevölkerung gewählt werden. Sie sind ein Bindeglied zwischen den Räten und der Bevölkerung und haben insbesondere die Aufgabe, die Verwaltung von Anregungen und Wünschen der Bürger in Kenntnis zu setzen. Andererseits sind die Räte der Städte und Gemeinden verpflichtet, die gewählten Vertrauensleute zur ständigen Mitarbeit heranzuziehen.

Daneben gibt es Elternbeiräte an den Schulen und Kindergärten, Theaterbeiräte, verschiedene ehrenamtliche Kontrolleinrichtungen und andere Formen, die ermöglichen, die Bevölkerung an der Gestaltung des öffentlichen Lebens mitarbeiten zu lassen.

Schließlich ist in diesem Zusammenhang noch das allgemeine Vorschlags- und Beschwerderecht zu nennen. Jeder Bürger hat das Recht, schriftlich und mündlich allen staatlichen Stellen sowie den Abgeordneten Vorschläge, Kritiken und Beschwerden jeder Art zu unterbreiten. Die staatlichen Organe haben die Pflicht, diese Anregungen sorgfältig zu prüfen und auszuwerten, wofür ganz bestimmte Fristen vorgeschrieben sind.

Wie setzen sich die örtlichen Volksvertretungen zusammen?

Auch aus der sozialen Zusammensetzung der örtlichen Volksvertretungen geht hervor, daß die DDR ein Staat der Arbeiter und Bauern ist. Die Abgeordneten, die aus der Arbeiterklasse kommen, nehmen 65,6 Prozent der Sitze ein. Rund 20 Prozent kommen aus der Bauernschaft. Die restlichen 14,4 Prozent der Sitze verteilen sich unter Abgeordnete, die ihrer sozialen Herkunft nach der Intelligenz, Angestellten- und Handwerkerkreisen und anderen Schichten der Bevölkerung angehören. Von den Abgeordneten der örtlichen Parlamente sind 7 Prozent Jugendliche.

Das Rechtswesen

Nach welchen Prinzipien wird in der DDR Recht gesprochen?

Staatsanwaltschaft und Gerichte der DDR schützen die bestehende Gesellschaftsordnung, den volksdemokratischen Staat. Sie sind Machtorgane der Arbeiter und Bauern und haben die Aufgabe, die verfassungsmäßigen Rechte der demokratischen Parteien, der gesellschaftlichen Organisationen und aller Bürger zu wahren. Dabei arbeiten Gerichte und Staatsanwaltschaft auf der Grundlage der Verfassung, der Gesetze der Volkskammer und der Verordnungen des Ministerrats. Diese Gesetze und Verordnungen nehmen bewußt Partei für die Interessen der arbeitenden Menschen und richten sich gegen Agenten, Militaristen und Vertreter des Monopolkapitals und der imperialistischen Kriegspolitik.

Die Verfahrensweise der Gerichte der DDR ist wahrhaft demokratisch. So nehmen an allen Verfahren erster Instanz Schöffen teil, die von der Bevölkerung bzw. von den Bezirkstagen gewählt werden. Die Rechte des Angeklagten auf Verteidigung und die Unabhängigkeit der Richter sind gewahrt. Alle Gerichtsverhandlungen finden unter Kontrolle der Öffentlichkeit statt, die nur ausgeschlossen werden kann, wenn das sittliche Empfinden der Zuhörer verletzt werden würde oder wenn Staatsgeheimnisse an die Öffentlichkeit dringen könnten.

Sondergerichte oder — wie in der Bundesrepublik — politische Sonderstrafkammern gibt es in der DDR nicht. Alle Bürger sind vor dem Gesetz gleich. Die Vorschriften über Verhaftungen und vorläufige Festnahme entsprechen ebenfalls demokratischen Grundsätzen (siehe S. 28).

Wer kann Richter oder Staatsanwalt werden?

Nach 1945 wurde in der DDR der faschistische Justizapparat beseitigt, und alle belasteten Richter und Staatsanwälte wurden abgesetzt. Völlig neue Gerichte und Staatsanwaltschaften wurden aufgebaut. Neue Menschen aus dem Volk, Antifaschisten, Arbeiter, Bauern und viele Frauen, sind seitdem als Richter und Staatsanwälte tätig. Heute kommen rund zwei Drittel von ihnen aus der Arbeiterklasse und der Bauernschaft. Diese Justizreform erforderte gleichzeitig, den Kindern der Arbeiter, Bauern und Handwerker zu ermöglichen, sich auf Universitäten und Akademien das zum Richteramt notwendige Fachwissen anzueignen. Das wurde durch die demokratische Schulreform gewährleistet.

Nach Artikel 128 der Verfassung der DDR kann nur derjenige Richter oder Staatsanwalt sein, der nach seiner Persönlichkeit und Tätigkeit die Gewähr dafür bietet, daß er sein Amt gemäß den Grundsätzen der Verfassung des Arbeiter-und-Bauern-Staates ausübt. Das heißt, daß er sich vorbehaltlos für die Ziele der DDR einsetzen und die Interessen der Werktätigen wahren und ihren Staat schützen muß. Angehörige der Großbourgeoisie, der Junkerkaste oder frühere Nazirichter, die zu den Stützen der Terrorjustiz des Hitlerstaates gehörten, können in der DDR keine Justiztätigkeit ausüben.

Nach dem Gerichtsverfassungsgesetz soll jeder Richter mindestens 23 Jahre alt sein. In diesem Gesetz heißt es ferner: „Voraussetzung für die Tätigkeit als Richter ist der Erwerb einer juristischen Ausbildung auf einer dazu bestimmten Ausbildungsstätte.“ Für Staatsanwälte gilt im Prinzip das gleiche.

Während die Schöffen (Laienrichter), die die gleichen Rechte wie die Berufsrichter haben, schon heute von der Bevölkerung bzw. von den Bezirkstagen gewählt werden, wurden die Berufsrichter der Kreis- und Bezirksgerichte bisher vom Ministerium der Justiz ernannt. Die Richter am Obersten Gericht werden von der Volkskammer gewählt. Auf Vorschlag des V. Parteitages der SED sollen zur weiteren demokratischen Umgestaltung der Justiz künftig *alle* Richter, Berufsrichter wie Schöffen, gewählt werden, und zwar die der Kreisgerichte von der Bevölkerung direkt und die der oberen Gerichte von den entsprechenden Volksvertretungen.

Ist der Richterstand unabhängig?

Artikel 127 der Verfassung der DDR bestimmt: „Die Richter sind in ihrer Rechtsprechung unabhängig und nur der Verfassung und dem Gesetz unterworfen“. Demnach darf keine staatliche oder sonstige Stelle in die Rechtsprechung eingreifen und Weisungen erteilen, wie auch kein Richter von irgendeiner Seite in der Rechtsprechung eine Anweisung entgegennehmen darf. Eine solche Handlung ist strafbar und würde sofort vom Staatsanwalt verfolgt. Dagegen ist der Richter nicht von der Verfassung und den Gesetzen der obersten Volksvertretung unabhängig und kann diese auch nicht auf ihre „Rechtmäßigkeit“ hin prüfen. Da die Richter und Staatsanwälte im Auftrage der werktätigen Menschen Recht sprechen, sind sie ihnen moralisch und politisch für ihre Tätigkeit verantwortlich.

Ist in der DDR eine Verhaftung ohne Haftbefehl möglich?

Eine Verhaftung ist in der DDR nur statthaft, wenn der Haftbefehl eines Richters, in dem auch der Grund der Verhaftung anzugeben ist, vorliegt. Die Bekanntgabe des Haftbefehls muß sogar vom Beschuldigten unter genauer Angabe des Datums und der Tageszeit schriftlich bestätigt werden. Auf seinen Wunsch hin sind Angehörige binnen 24 Stunden nach der ersten richterlichen Vernehmung von der Verhaftung zu benachrichtigen. Spätestens am Tage nach der Verhaftung muß der Beschuldigte dem zuständigen Richter vorgeführt werden, wo ihm Gelegenheit zur Rechtfertigung geboten wird. Der Staatsanwalt und das Gericht, dem die Strafsache zugeleitet wird, haben jederzeit zu prüfen, ob die Gründe der Haft noch vorliegen.

Eine vorläufige Festnahme ist – wie überall – zulässig, wenn jemand bei einer strafbaren Handlung auf frischer Tat angetroffen wird und Fluchtverdacht besteht.

Wer wird in der DDR strafrechtlich verfolgt?

In der DDR wird nach rechtsstaatlichen Prinzipien derjenige bestraft, der Handlungen begeht, die durch Strafgesetze für verboten erklärt sind. Wie überall auf der Welt werden Gewaltverbrecher, Diebe, Betrüger und andere kriminelle Personen vor Gericht gestellt.

Besonders scharf werden von den Gerichten Agenten zur Verantwortung gezogen, die im Dienste fremder, arbeiterfeindlicher Geheimorganisationen versuchen, die Aufbauarbeit und die Staatsmacht der DDR zunichte zu machen oder zu stören. Ob es sich um Mittelsmänner der westlichen Geheimdienste, um Mitarbeiter der Ostbüros der westdeutschen Parteien und Organisationen oder um Agenten der zahlreichen Organisationen handelt, die Spionage und Sabotageakte in der DDR verüben – sie werden unnachsichtig und hart bestraft. Ebenso haben Propagandisten militaristischer und imperialistischer Kriegspolitik nicht mit einer Milde der Gerichte zu rechnen.

Daß sich die DDR gerade gegen die Handlanger des kalten Krieges besonders energisch wehren muß, geht z. B. aus folgendem hervor: Schon im Juli 1954 gab es nach Angaben der Abt. V der politischen Polizei Westberlins – und auch lt. Veröffentlichungen Westberliner Zeitungen – allein in Westberlin 83 Geheimdienste, darunter eine große Zahl ausländischer Organisationen. Daraus ergibt sich, daß die in der DDR gegen Agenten und Spione durchgeführten Gerichtsverfahren zum Schutze des Staates notwendig sind.

Der sozialistische Staat sieht seine Aufgabe bei der Verbrechensbekämpfung vor allem in der Erziehung des Rechtsbrechers. Das gilt insbesondere für solche Personen, die kleinere Straftaten begangen haben oder deren Schuld geringfügig ist. Zu diesem Zweck beschloß die Volkskammer im Dezember 1957 zwei neue Strafarten, die im besonderen Maße der Erziehung des Gestrauchelten dienen. Es sind dies der Öffentliche Tadel und die Bedingte Verurteilung. In diesen Strafarten kommt deutlich der humanistische Charakter des sozialistischen Strafrechts zum Ausdruck. Beim Öffentlichen Tadel, der nicht mit einer Geld- oder Freiheitsstrafe verbunden ist, handelt es sich um die öffentliche Bekanntgabe eines vom Gericht auszusprechenden Tadels für eine leichte Gesetzesverletzung. Bei der Bedingten Verurteilung wird eine Geld- oder Freiheitsstrafe ausgesprochen. Sie wird jedoch nur dann wirksam, wenn der Verurteilte während einer bestimmten Bewährungsfrist erneut straffällig wird. Führt er sich gut, so gilt er als nicht bestraft. Es tritt dann wieder der Zustand ein, als hätte der Verurteilte nie vor Gericht gestanden.

Der humanistische Grundsatz des Strafrechts der DDR gilt auch für den Strafvollzug. Auch er dient der Erziehung der Verurteilten. Deshalb können die Strafgefangenen, wenn sie wollen, während des Strafvollzuges in ihrem erlernten oder einem verwandten Beruf arbeiten. Sie werden dafür wie jeder andere Arbeiter nach den geltenden Tarifbestimmungen entlohnt. Von ihrem Verdienst können sie zusätzliche Lebensmittel erwerben und ihre Familienangehörigen unterstützen. Ein anderer Teil des

vordienten Geldes wird zugunsten des Angeklagten gespart und bei der Entlassung ausgezahlt. Für gute Arbeit gibt es Haftzeitverkürzungen und Prämien. Die allgemeinen Arbeitsschutzbestimmungen haben ebenfalls volle Gültigkeit. Die Arbeit während des Strafvollzuges bietet den Strafgefangenen ferner den Vorteil, daß ihre Kenntnisse und Fähigkeiten nicht brachliegen. Das erleichtert ihnen die Wiedereingliederung in das gesellschaftliche Leben nach ihrer Entlassung.

Wie entwickelt sich die Kriminalität?

Die Anzahl der kriminellen Vergehen und Verbrechen gegen die Person und das Vermögen nehmen in der DDR ebenso beständig ab, wie sie in der Bundesrepublik zunehmen. Laut amtlichen Statistiken wurden durch die Gerichte rechtskräftig verurteilt:

in der DDR	Prozent gegenüber 1949	in Westdeutschland	Prozent gegenüber 1949	
1949	106 499	100	394 895	100
1952	84 188	79,1	463 418	117
1954	67 911	63,8	502 211	127
1955	62 058	58,3	530 655	134
1956	50 747	47,6	546 819	138

Besonders deutlich wird der Erfolg der DDR in der Strafrechtspflege, wenn man bedenkt, daß 1956 auf 100 000 Strafmündige in der DDR 377 Verurteilte entfielen, in Westdeutschland aber 1342. Das heißt, daß der Anteil der strafrechtlichen Verurteilungen auf je 100 000 Einwohner heute in der DDR nur den vierten Teil gegenüber Westdeutschland ausmacht.

Bemerkenswert ist ferner, daß schon im Jahre 1956 82 Prozent aller von den Gerichten der DDR ausgesprochenen Strafen unter einem Jahr Freiheitsentziehung lagen.

Ist die Staatsanwaltschaft nur Anklagebehörde?

Die Staatsanwaltschaft hat neben ihrer Funktion als Anklagebehörde noch die Aufgabe, die Einhaltung der Gesetzlichkeit zu kontrollieren.

Der Generalstaatsanwalt wird von der Volkskammer gewählt. Er untersteht unmittelbar dem Ministerrat und ist außer von der Volkskammer und dem Ministerrat von allen Staatsorganen unabhängig. In ihrer Tätigkeit stützt sich die Staatsanwaltschaft weitestgehend auf die Mitarbeit der Bevölkerung. Jeder kann sich, wo immer er Verstöße gegen die Gesetze und Verordnungen der DDR feststellt, unmittelbar an die Staatsanwaltschaft wenden. Die Staatsanwälte halten Sprechstunden

ab, besuchen Betriebe, nehmen Kontrollen vor, sprechen auf Einwohner- und Betriebsversammlungen usw., um der Bevölkerung zu ihrem Recht zu verhelfen und Gesetzesverstöße festzustellen und zu beseitigen.

Die politischen Kräfte

Wieviele Parteien gibt es?

In der DDR gibt es fünf Parteien, und zwar die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED), die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD), die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD), die Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDU), die National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD).

Die einzelnen Parteien vertreten die Interessen bestimmter Klassen oder Schichten. Die SED ist die Partei der Arbeiterklasse. Die DBD vertritt vor allem die Interessen der werktätigen Genossenschafts- und Einzelbauern. Die für Frieden und Fortschritt eintretenden Christen vereinigt insbesondere die CDU. Der LDPD gehören vor allem fortschrittliche Kräfte der klein- und mittelbürgerlichen Schichten an. Die NDPD wendet sich an verschiedene Kreise des Mittelstandes, wie Handwerker und Einzelhändler, und an ehemalige Berufssoldaten, die mit ihrer Vergangenheit gebrochen haben.

Gibt es Vereine und Organisationen?

Es gibt in der DDR auf der Grundlage der Verfassung eine Reihe von Organisationen, Verbänden und Vereinen, die bestimmte Bevölkerungs- oder Interessenskreise vereinigen.

Die umfassendste Organisation, der der größte Teil der Werktätigen angehört, ist der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB). Er hat weitgehende Rechte zur Mitentscheidung in allen Fragen des öffentlichen Lebens, hat eine eigene Fraktion in der Volkskammer, stellt einige Mitglieder der Regierung und eigene Kandidaten in den Bezirken, Kreisen und Gemeinden. Außerdem verfügen noch folgende Organisationen über Mandate in der Volks- und in der Länderkammer und den örtlichen Volksvertretungen: Freie Deutsche Jugend (FDJ), Demokratischer Frauenbund Deutschlands (DFD), Deutscher Kulturbund (DKB) und die Genossenschaften (VdgB/BHG und Konsumgenossenschaften).

Darüber hinaus gibt es noch andere Massenorganisationen und Berufsverbände, wie z. B. die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, den Deutschen Turn- und Sportbund (DTSB), die Gesellschaft für Sport und Technik (GST), das Deutsche Rote Kreuz (DRK), den Verband bildender Künstler, den Schriftstellerverband, den Verband der Deutschen Presse u. a.

Selbstverständlich gibt es in der DDR auch Vereinigungen ganz spezieller Interessenten, wie Kleingärtner- und Tierzüchtervereine, Philatelie- und Naturkundegemeinschaften, Sing- und Laienspielzirkel und viele andere.

Was ist der „Demokratische Block“?

Der „Demokratische Block“ ist der Zusammenschluß aller demokratischen Parteien und politischen Massenorganisationen der DDR zur Erfüllung der gemeinsamen Aufgaben beim Aufbau des Sozialismus und zur Lösung der nationalen Aufgaben des deutschen Volkes. In ihm kommt das Bündnis der Arbeiterklasse mit den anderen werktätigen Schichten zum Ausdruck. Dem „Demokratischen Block“ gehören, ungeachtet der Tatsache, daß sie verschiedene Schichten der Bevölkerung vertreten und unterschiedliche weltanschauliche Ansichten haben, folgende Parteien und Organisationen an: SED, CDU, LDPD, DBD, NDPD, FDGB, FDJ und DFD.

Die Bildung des Blocks erfolgte am 14. Juli 1945 auf Beschluß der in der damaligen sowjetischen Besatzungszone bestehenden Parteien KPD, SPD, CDU und LDPD. Die später gegründeten Parteien und die anderen Organisationen schlossen sich an.

Der Block der demokratischen Parteien wurde geschaffen, um die Zersplitterung der demokratischen Kräfte, die sich 1933 für Deutschland so verhängnisvoll auswirkte, endlich zu beseitigen. Ferner war notwendig, alle Kräfte zusammenzufassen, um die ungeheuren Schwierigkeiten in der Nachkriegsperiode und beim Neuaufbau zu überwinden. In dieser Zeit bewährte sich das Bündnis und die Zusammenarbeit aller Parteien und der Organisationen im Block so gut, daß er heute zu den grundlegenden politischen Einrichtungen der DDR gehört und auf allen Gebieten wirksam wird.

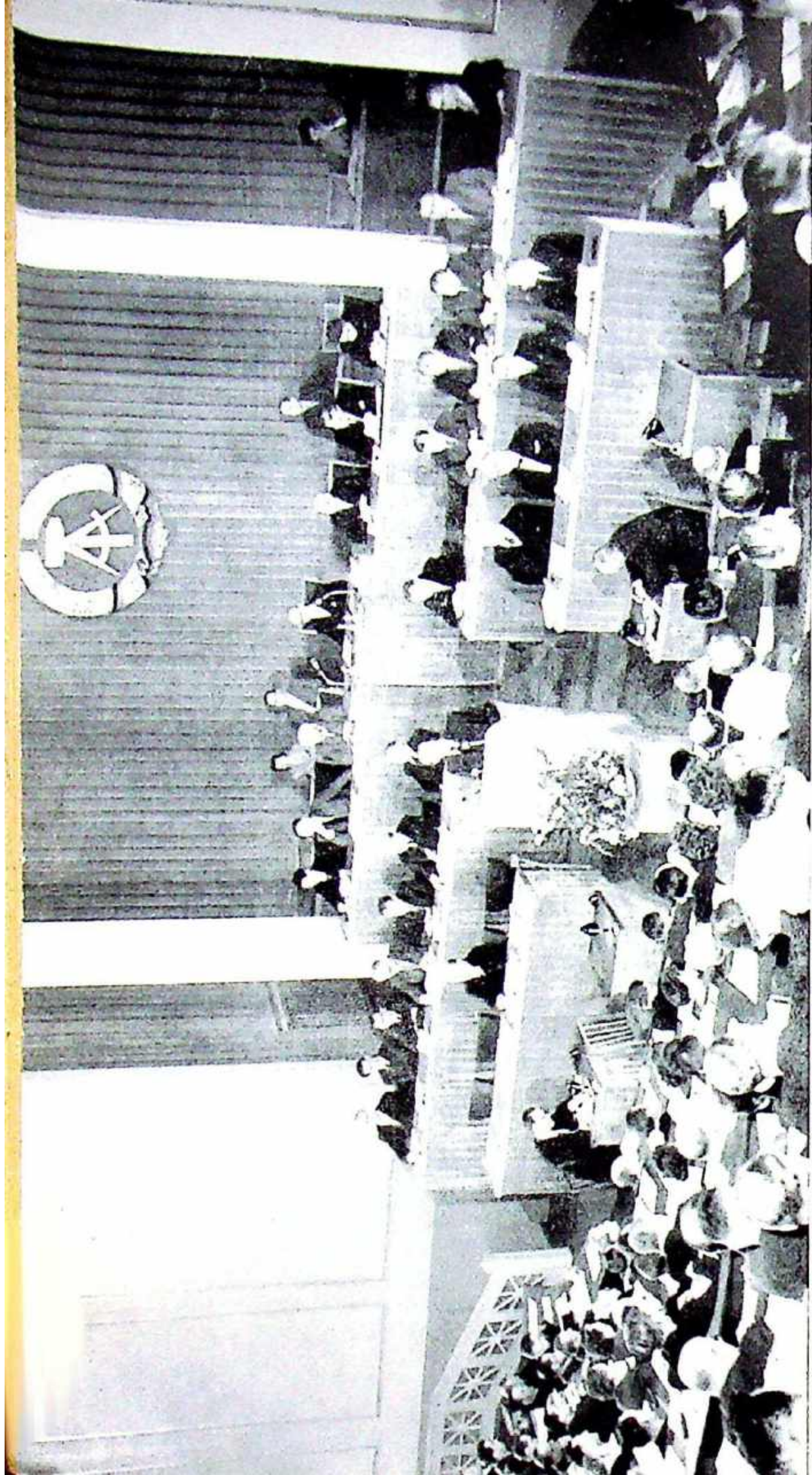
Der Block tritt vor allen wichtigen innen- und außenpolitischen Entscheidungen der Regierung oder der Volkskammer zusammen und diskutiert deren künftige Politik. Die Beschlußfassung beruht auf dem Prinzip der Einmütigkeit, das heißt, alle Fragen werden so lange beraten, bis über die Grundsätze Übereinstimmung erzielt ist. Dadurch wird gewährleistet, daß alle politisch wirksamen Kräfte des Volkes an der gemeinsamen Aufbauarbeit teilnehmen.

Was ist die Nationale Front des demokratischen Deutschland?

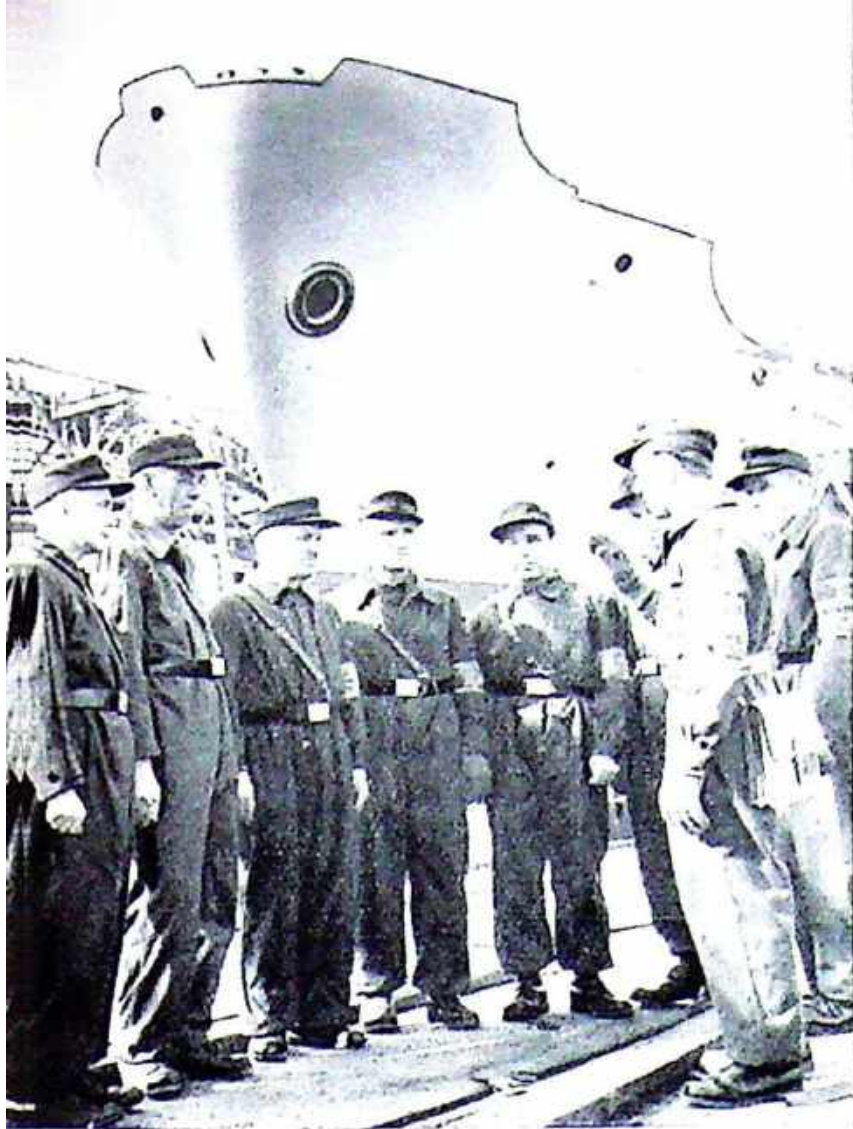
Die Nationale Front des demokratischen Deutschland ist eine umfassende überparteiliche Bewegung in ganz Deutschland. In ihr schlossen sich Bürger aus dem Osten und dem Westen Deutschlands, Angehörige aller Bevölkerungsschichten und Weltanschauungen, Mitglieder der verschiedensten Parteien und Organisationen zusammen, deren Ziel die friedliche demokratische Wiedervereinigung Deutschlands ist. Da diese Zielsetzung den Bestrebungen der herrschenden Kreise der Bundes-



Der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck

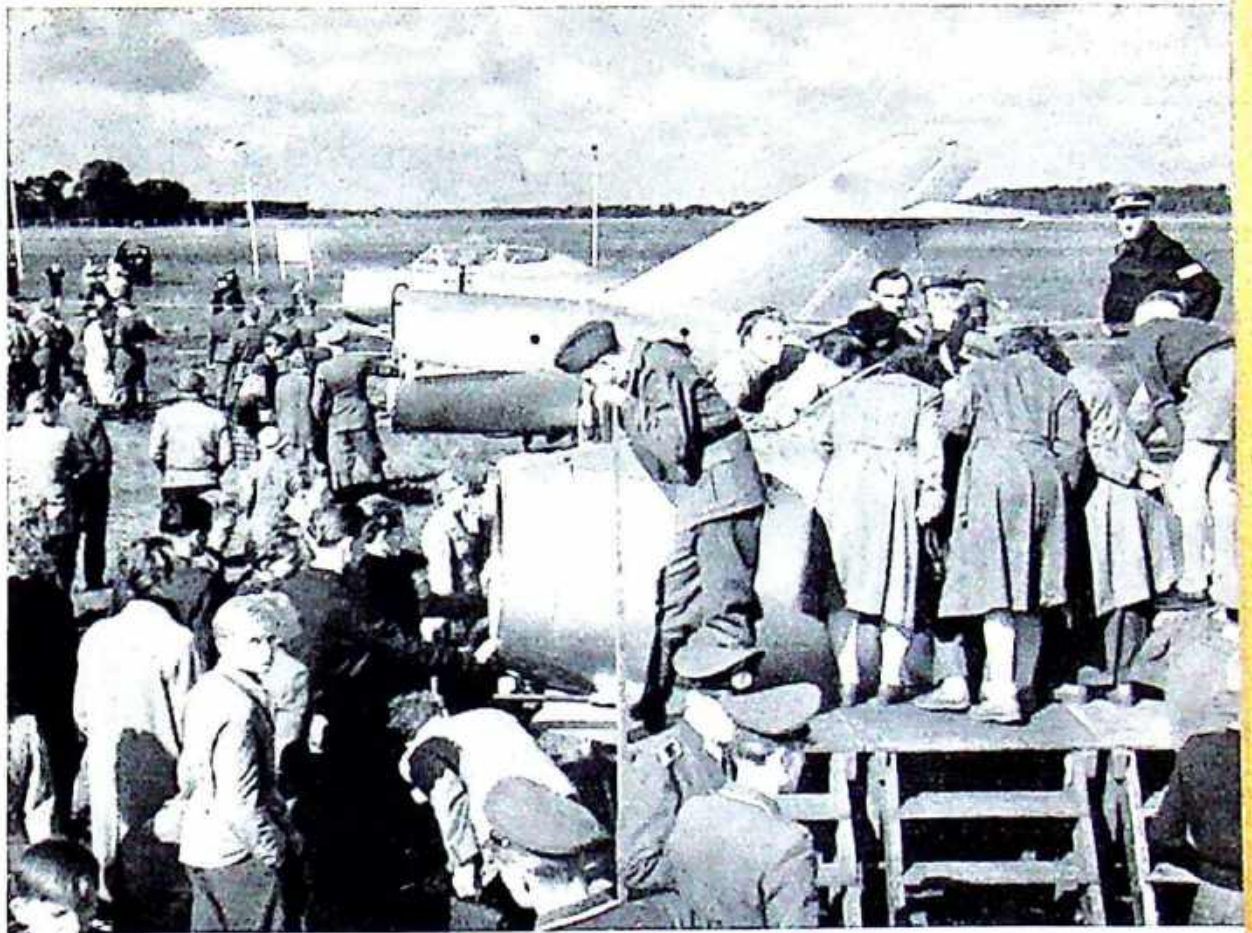


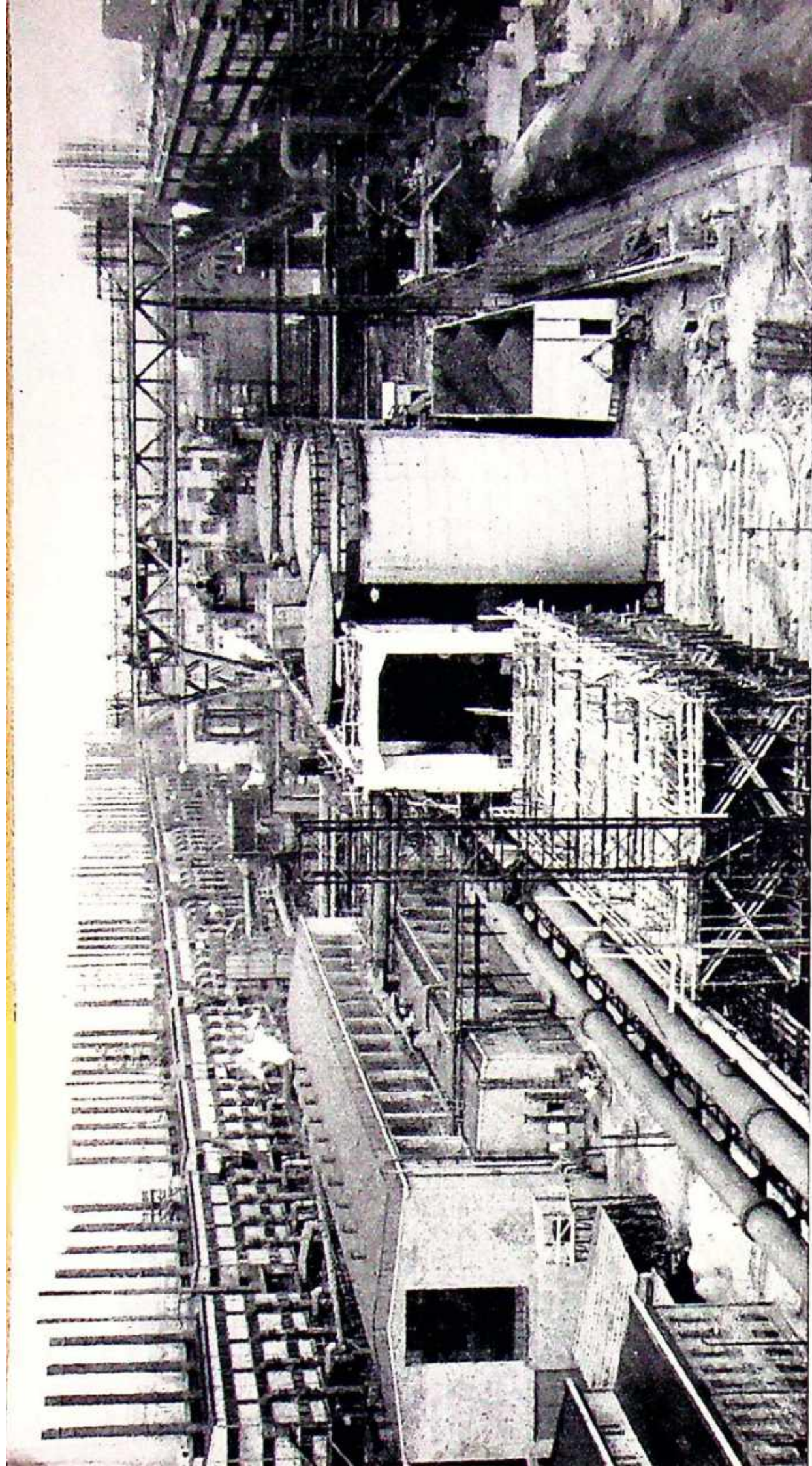
Ministerpräsident Otto Grotewohl spricht vor der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik



*Angehörige der
Kampfgruppe der
Neptunwerft in Rostock
beraten Schutzmaß-
nahmen für wichtige
Objekte der Werft*

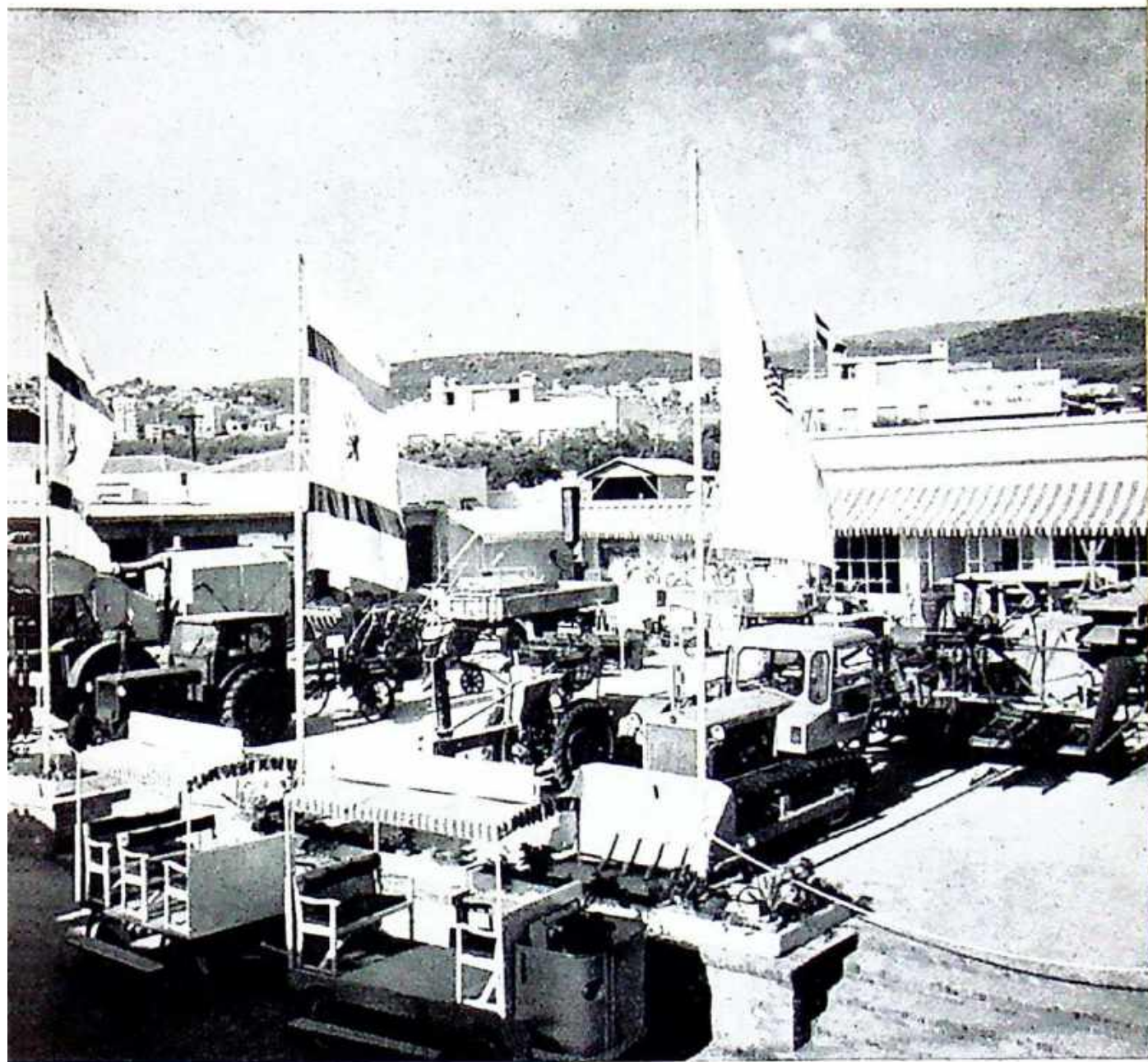
*Besucher des
II. Kultur- und Sport-
festes der Luftstreitkräfte
in Cottbus besichtigen die
modernen Düsenflugzeuge
der Nationalen Volks-
armee der Deutschen
Demokratischen Republik*





Eine Pionierarbeit der Wissenschaftler der Deutschen Demokratischen Republik: In der neubauten Großkokerei Lauchhammer wird hüttenfähiger Koks aus Braunkohle gewonnen

Auf dem Freigelände der Messe Salonikis ist die Deutsche Demokratische Republik u. a. mit einem großen Angebot landwirtschaftlicher Maschinen vertreten



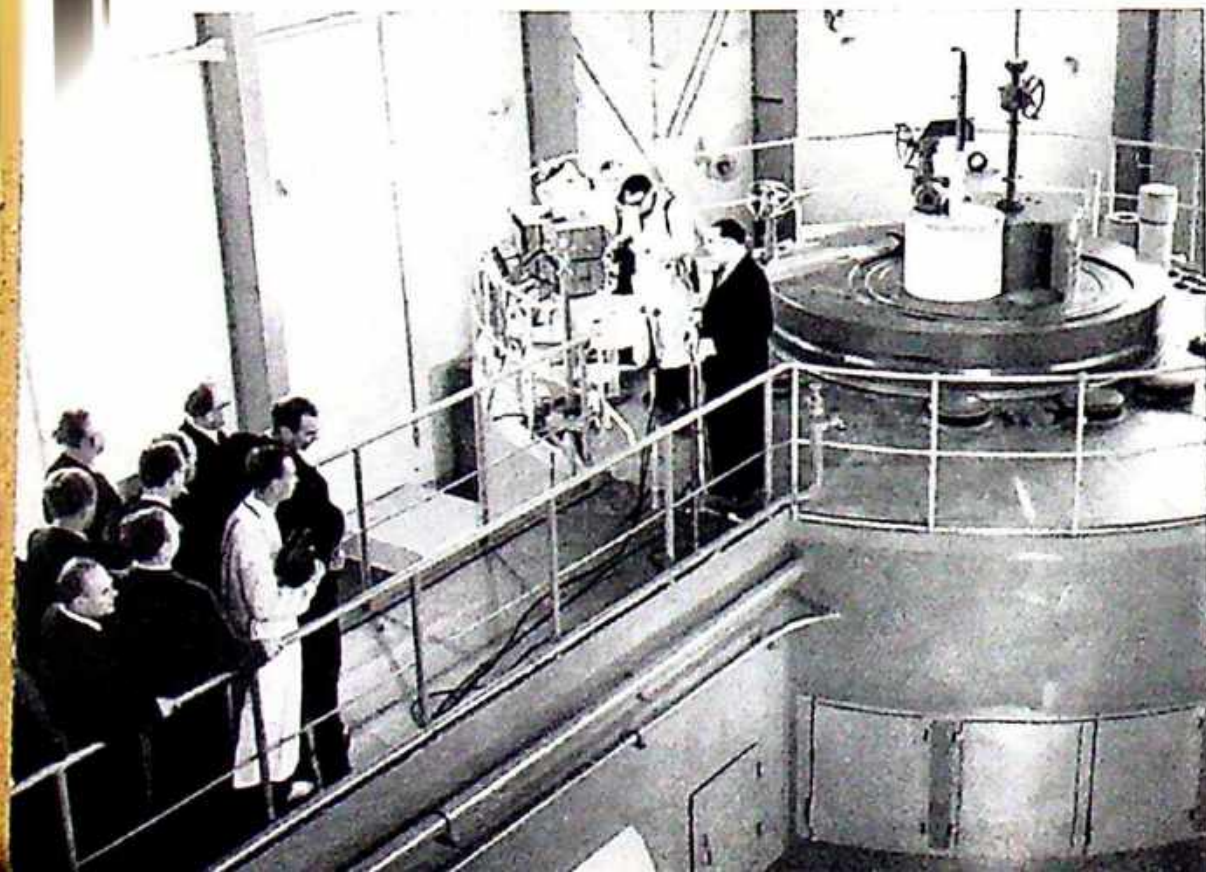


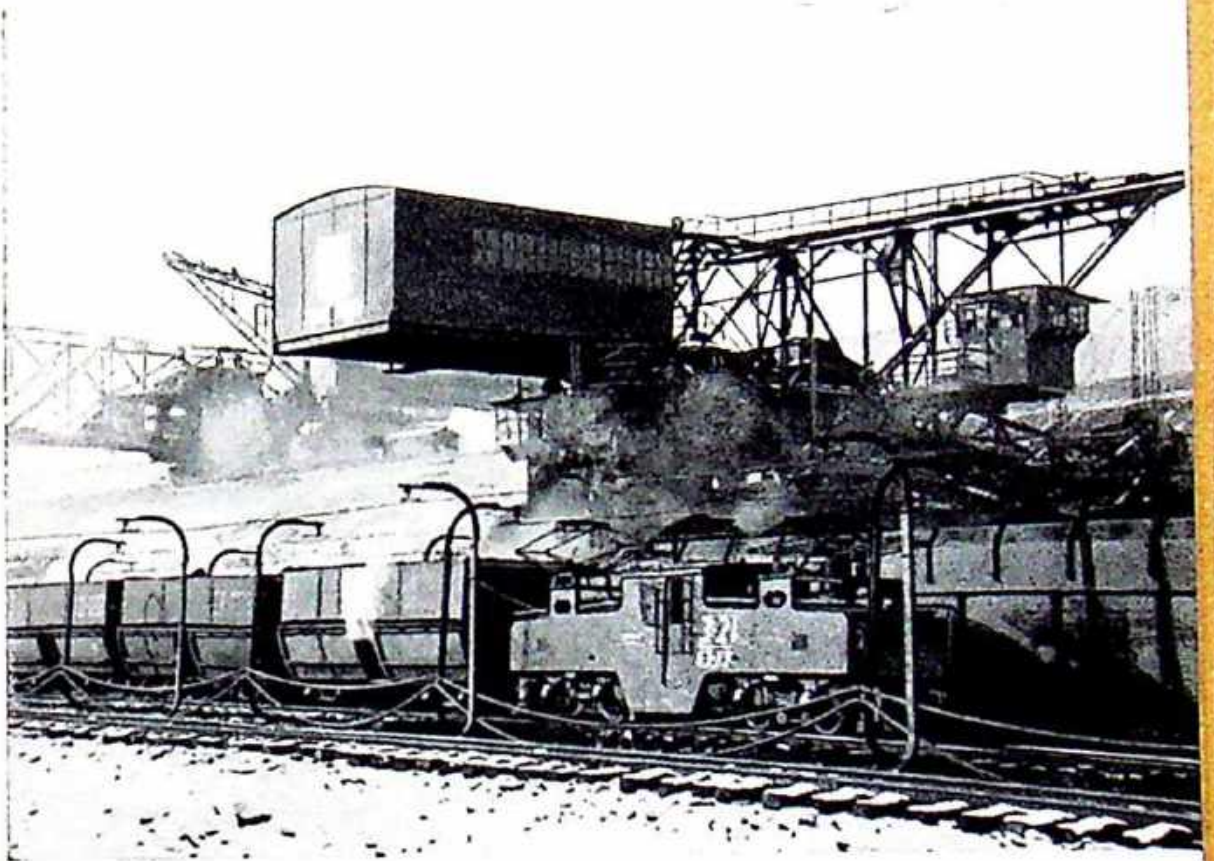
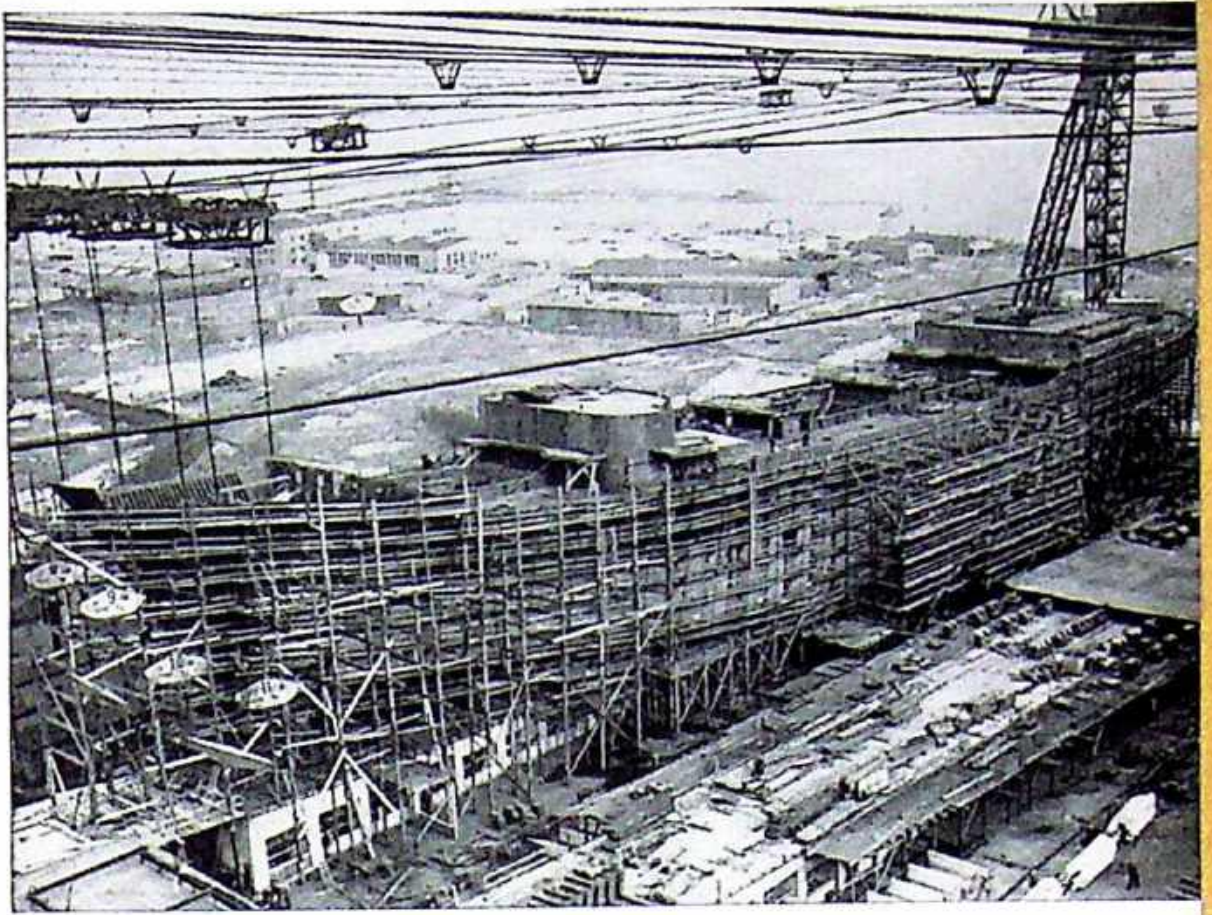
Der „Gläserne Mensch“ zählt zu jenen Exportgütern der Deutschen Demokratischen Republik, die Weltniveau besitzen

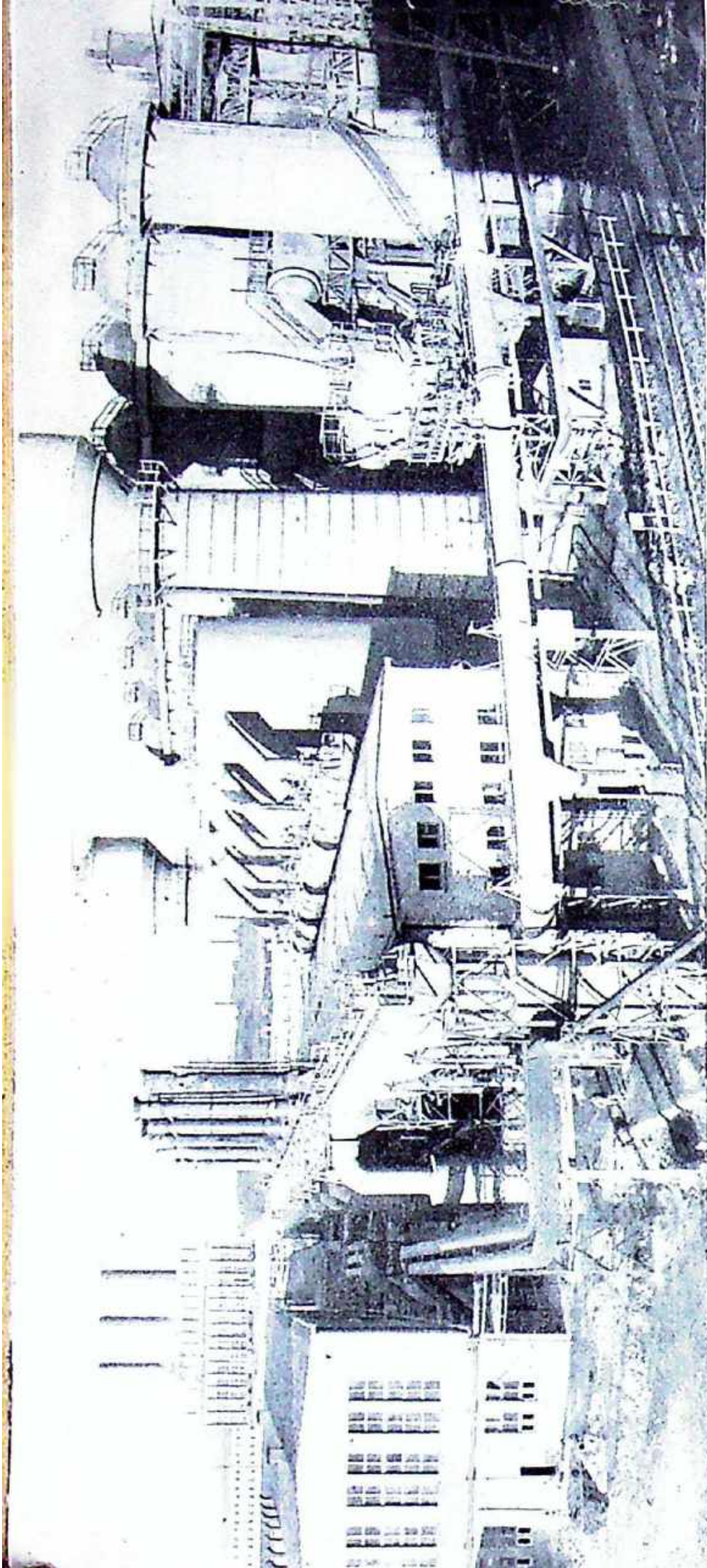
Am 16. Dezember 1957 wurde in der Deutschen Demokratischen Republik der erste Atomreaktor Deutschlands in Betrieb genommen

Bis Ende 1957 haben bereits sieben 10 000-Tonnen-Frachter die Helling der Warnow-Werft verlassen

Mit Hilfe neuer Arbeitsmethoden fördern die Kumpel des Braunkohlen-Tagebaubetriebes Scado auch bei Temperaturen bis minus 30° ohne Störung







In Calbe wurde das erste Hüttenkombinat der Welt, das nur mit Niederschächtofen arbeitet, errichtet. Damit wurde die Verhüttung von armen und sauren Erzen in der Deutschen Demokratischen Republik ermöglicht

republik widerspricht, verboten die Bundes- bzw. die Landesregierungen Westdeutschlands diese Bewegung. Ihre Anhänger wurden und werden durch die Gerichtsorgane verfolgt.

Die Nationale Front wurde im Januar 1950 gegründet und ist – unter gleichzeitiger Erweiterung der Aufgaben – aus den damaligen Volksausschüssen für Einheit und gerechten Frieden hervorgegangen. An der Spitze der Nationalen Front steht der vom III. Nationalkongreß 1958 neu gewählte Nationalrat und sein Präsidium. Vorsitzender des Präsidiums wurde wiederum der Nationalpreisträger Prof. Dr. Dr. h. c. Erich Correns.

Die Nationale Front ist keine Organisation wie etwa die Gewerkschaften. Deshalb hat sie auch keine eingetragenen Mitglieder und erhebt keine Beiträge. Sie finanziert ihre Arbeit durch Spenden aus der Bevölkerung. Sie gliedert sich in 15 Bezirks-, 221 Kreis- und 17 000 Orts-, Stadtbezirks-, Wohnbezirks- und Dorfausschüsse, in denen alle Bevölkerungsschichten vertreten sind. Im Jahre 1956 wurden die Ausschüsse, denen gegenwärtig rund 300 000 Mitglieder angehören, von der Bevölkerung neu gewählt.

Welche Ziele hat die Nationale Front?

Die Nationale Front setzt sich für die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes und für eine demokratische Entwicklung in ganz Deutschland ein. In ihrem Aufruf zu den Wahlen für die Volkskammer und die Bezirkstage am 16. November 1958, der vom III. Nationalkongreß im September 1958 beschlossen wurde, heißt es:

„Die Nationale Front des demokratischen Deutschland ruft Euch, Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, zum Kampf um die nationale Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender und demokratischer Staat.“

In diesem Sinne macht die Nationale Front die Bevölkerung in beiden Teilen Deutschlands mit Problemen der Wiedervereinigung vertraut und organisiert und unterstützt Aktionen, die der Herstellung der Einheit und dem Kampf gegen Remilitarisierung, Faschisierung und Atomrüstung Westdeutschlands dienen.

In der DDR unterstützt die Nationale Front den Aufbau des Sozialismus. Ihr Ziel ist es, den schaffenden Menschen ein Leben frei von materiellen Nöten in Frieden zu sichern. Die Forderung des V. Parteitages der SED, den Pro-Kopf-Verbrauch der Bevölkerung in allen wichtigen Lebensmitteln und Konsumgütern bis zum Jahre 1961 so zu steigern, daß er den Pro-Kopf-Verbrauch der Gesamtbevölkerung in Westdeutschland erreicht und übertrifft, wurde vom III. Nationalkongreß begrüßt und ihrer Verwirklichung die volle Unterstützung zugesagt.

Zur schnelleren Verwirklichung des Aufbaus in der DDR organisiert die Nationale Front das Nationale Aufbauwerk. Im Nationalen Aufbauwerk werden durch freiwillige Arbeitsleistungen der Bevölkerung über die

staatlichen Volkswirtschaftspläne hinaus zusätzliche Werte geschaffen, die der Bevölkerung unmittelbar zugute kommen. Die von den Luftbombardements des 2. Weltkrieges hinterlassenen Ruinenplätze werden entrümmert und Grünanlagen, Sportplätze, Freibäder und Kinderspielplätze errichtet. Allein im Jahre 1957 leistete die Bevölkerung 48 146 251 freiwillige Aufbaustunden. Der Wert der im gleichen Jahr im Nationalen Aufbauwerk geschaffenen Objekte betrug 155 820 899 DM.

Eine besondere Bedeutung liegt darin, daß die Nationale Front der Träger der Wahlen zur Volkskammer und zu den örtlichen Volksvertretungen ist. Sie schlägt in Zusammenarbeit mit dem Block der demokratischen Parteien und Organisationen die Kandidaten vor, organisiert die Versammlungen zur Vorstellung der Kandidaten und zur Rechenschaftslegung der Abgeordneten und der Verwaltungsfunktionäre. Ferner veranstaltet sie Aussprachabende über geplante Maßnahmen der Volkskammer und der Regierung, auf denen die Bevölkerung ihre Meinung und ihre Vorschläge vortragen kann. So nahmen im Jahre 1956 über 4,5 Millionen Bürger der DDR an Aussprachen über den Gesetzentwurf zur weiteren Demokratisierung teil und unterbreiteten rund 10 000 Vorschläge zur Verbesserung der staatlichen Arbeit. Durch diese Tätigkeit wurde die Nationale Front immer mehr zum Bindeglied zwischen der Verwaltung und der Bevölkerung.

Welche Rolle spielt die SED?

Die SED ist die Partei der Arbeiterklasse. Als Partei der zahlenmäßig größten, am besten organisierten und im Kampf um Frieden und Fortschritt konsequentesten Klasse hat sie die führende Rolle im politischen Leben der DDR inne. Auch nach der Zahl ihrer Mitglieder und ihrer Anhänger ist sie die stärkste Partei, wie schon die Wahlen des Jahres 1946 erwiesen (Brandenburg 43,9 Prozent, Mecklenburg 49,5 Prozent, Sachsen-Anhalt 45,8 Prozent, Thüringen 49,3 Prozent, Sachsen 46,1 Prozent).

Als sozialistische Partei verwirklicht die SED systematisch die alten Forderungen der sozialistischen Arbeiterbewegung. Auf ihre Initiative sind die wichtigsten Maßnahmen beim Aufbau des Sozialismus zurückzuführen. Sie arbeitete z. B. die Entwürfe der Fünfjahrpläne, die Richtlinien für die weitere Demokratisierung und zur Hebung des Lebensstandards aus. Auf dem V. Parteitag der SED im Juli 1958 wurde beschlossen, Westdeutschland im Pro-Kopf-Verbrauch an Lebensmitteln und Industriewaren bis 1961 zu übertreffen und den Sozialismus in der nächsten Periode in der DDR zum Siege zu führen. Ferner entwickelte sie zahlreiche wichtige Vorschläge über den friedlichen Weg zur Wiedervereinigung. An vielen leitenden staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Positionen stehen Mitglieder dieser Partei.

Die anderen Parteien und Organisationen in der DDR haben aus diesen Gründen die führende Rolle der Partei der Arbeiterklasse anerkannt und arbeiten als unabhängige und selbständige Parteien eng mit ihr zusammen.

Wurden in der DDR Parteien verboten?

Nein, in der DDR ist keine Partei verboten worden.

Die Behauptung, die Sozialdemokratische Partei sei verboten, entspricht nicht den Tatsachen. Vielmehr hat die 1945 in der damaligen sowjetischen Besatzungszone zugelassene SPD nach demokratischer Abstimmung unter ihren Mitgliedern beschlossen, sich mit der KPD zu vereinigen. Einen entsprechenden Beschluß, sich mit der SPD zu vereinigen, faßte auch die KPD. Die Arbeiterklasse hatte damit aus der Vergangenheit die Lehre gezogen, daß die faschistische und militaristische Gefahr nur beseitigt und eine neue sozialistische Ordnung nur aufgebaut werden kann, wenn die Arbeiter gemeinsam handeln.

Seit dem Vereinigungsparteitag am 21. April 1946, auf dem sich KPD und SPD zusammenschlossen, besteht in der DDR die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands als einheitliche Partei der Arbeiterklasse. Im demokratischen Sektor von Groß-Berlin gibt es in allen Stadtteilen Büros der SPD. Obwohl sich 1946 der weitaus größte Teil der Berliner SPD-Mitglieder für eine enge Zusammenarbeit zwischen beiden Arbeiterparteien entschieden hatte, wurde die vollständige Vereinigung von den imperialistischen Besatzungsmächten hintertrieben.

Selbstverständlich ist die Bildung von militaristischen und faschistischen Organisationen oder solchen Parteien, die sich gegen das friedliche Zusammenleben der Völker richten, nicht erlaubt.

Die Arbeiter und Bauern schützen ihren Staat

Warum wurde die Nationale Volksarmee gebildet?

Am 18. Januar 1956 beschloß die Volkskammer das „Gesetz über die Schaffung der Nationalen Volksarmee und des Ministeriums für Nationale Verteidigung“. In diesem Gesetz wird begründend darauf hingewiesen, daß die Wiedererrichtung des aggressiven Militarismus in Westdeutschland und die Aufstellung einer Soldnerarmee eine ständige Bedrohung des deutschen Volkes und aller Völker Europas darstellen und deshalb die Aufstellung nationaler Streitkräfte in der Deutschen Demokratischen Republik erforderlich machen.

Im Potsdamer Abkommen vom August 1945 wurden die Richtlinien für eine gemeinsame Viermächtepolitik der Alliierten in der Deutschlandfrage festgelegt. Sie sahen unter anderem auch die Entmilitarisierung in allen vier Besatzungszonen vor. Unter gröblicher Verletzung dieser völkerrechtlich verbindlichen Vereinbarung wurde in den Westzonen bald nach der Unterzeichnung des Potsdamer Abkommens der Aufbau einer neuen Armee in Angriff genommen.

Schon lange vor dem Abschluß der Pariser Kriegsverträge wurden in Westdeutschland in der Bereitschaftspolizei, im Bundesgrenzschutz und

in den sogenannten Dienstgruppen bei den Besatzungsmächten die Kader für das westdeutsche NATO-Kontingent aufgestellt. Über 1100 Traditions- und Soldatenverbände, mit staatlicher Hilfe ins Leben gerufen, betätigen sich seit Jahren als Wegbereiter der Remilitarisierung und als Verkünder chauvinistischer Ideen. Die Remilitarisierungsbestrebungen erstreckten sich auf alle Zweige des öffentlichen Lebens.

Um Westdeutschland an das aggressive NATO-Paktsystem anzuschließen, wurde schließlich der separate Weststaat gegründet. Zur Überwindung des dadurch eingetretenen nationalen Notstandes erfolgte die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik. In ihren Bemühungen, in der deutschen Frage eine Verständigung zu erzielen, machte die Regierung der DDR der Bundesregierung am 31. Januar 1951 zum ersten Mal den Vorschlag, gemeinsam über die Stärke, Bewaffnung und Stationierung der bewaffneten Kräfte zu beraten und für beide Teile Deutschlands gemeinsame Festlegungen zu treffen. Diese Vorschläge, die im Laufe der Jahre achtmal wiederholt wurden, verfielen der Ablehnung oder blieben unbeantwortet.

Dagegen erklärten die revanchelüsteren Kräfte Westdeutschlands, unter ihnen Vertreter der Bundesregierung, immer häufiger, daß das deutsche Problem nur durch die „Angliederung“ der DDR an die Bundesrepublik und durch die Beseitigung der sozialistischen Errungenschaften zu lösen sei.

Zur Abwehr dieser Pläne und zur Verteidigung der DDR wurde die Nationale Volksarmee geschaffen.

Wie setzt sich die Nationale Volksarmee zusammen?

In der DDR gibt es keine allgemeine Wehrpflicht; die Nationale Volksarmee besteht ausschließlich aus Freiwilligen. Viele junge Menschen sehen es als Ehrenpflicht an, nach Abschluß ihrer Lehrzeit oder nach dem Abitur in die Reihen der Volksarmee einzutreten, um sich die Kenntnisse und Fähigkeiten anzueignen, die notwendig sind, um die Erfolge des sozialistischen Aufbaus zu verteidigen.

In der Bundesrepublik wurde dagegen am 7. Juli 1956 für alle männlichen Personen im Alter von 18 bis 45 Jahren die allgemeine Wehrpflicht eingeführt. Damit wurde die westdeutsche Jugend den ehemaligen Generalen und Offizieren der Hitlerwehrmacht ausgeliefert, die sie für einen neuen Angriffskrieg drillen.

Die Führung der Nationalen Volksarmee liegt in den Händen alter bewährter Funktionäre der Arbeiterbewegung, die die Soldaten zur Friedensliebe und Völkerfreundschaft, zu bewußter sozialistischer Disziplin und Einsatzbereitschaft erziehen. Ihrer sozialen Herkunft nach sind von den Offizieren der Nationalen Volksarmee 72 Prozent Industriearbeiter, 8 Prozent Landarbeiter, 3 Prozent werktätige Bauern, 12 Prozent Angestellte und 5 Prozent Angehörige anderer Schichten.

Wie stark ist die Nationale Volksarmee?

Die Nationale Volksarmee ist eine schlagkräftige Armee. Sie setzt sich aus Land-, Luft- und Seestreitkräften zusammen und ist mit modernen

Waffen ausgerüstet. Die Gliederung der Verbände und Truppenteile der Land-, Luft- und Seestreitkräfte sowie der Kräfte der Luftverteidigung entsprechen den Anforderungen moderner Operationen und Gefechte. Als Beitrag zur Entspannung der internationalen Lage und zur Lösung der Abrüstungsfrage beschloß die Regierung der DDR am 30. Juni 1956, die Stärke der Nationalen Volksarmee auf 90 000 Mann zu beschränken.

Für die Schlagkraft einer Armee sind natürlich nicht nur ihre zahlenmäßige Stärke, ihre Bewaffnung und Ausrüstung maßgebend. Die Stärke der Nationalen Volksarmee beruht im Klassenbewußtsein ihrer Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere, die im Sinne der sozialistischen Weltanschauung zur Ergebenheit gegenüber der DDR und zur festen Waffenbrüderschaft mit den Armeen des sozialistischen Lagers erzogen werden. Die Angehörigen der Nationalen Volksarmee wissen, daß sie für die gerechteste Sache der Welt kämpfen. Sie sind mit der werktätigen Bevölkerung der DDR auf Grund ihrer gemeinsamen Interessen eng verbunden. In der Nationalen Volksarmee gibt es zwischen Soldaten und Offizieren keine Klassengegensätze. Sie alle sind Söhne des werktätigen Volkes und haben daher die gleichen Interessen.

Die führende Kraft in der Nationalen Volksarmee ist die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands. Sie erzieht alle Armeeingehörigen im Geiste der Arbeiterklasse, indem sie die Soldaten mit der wissenschaftlichen Lehre des Marxismus-Leninismus vertraut macht. Die SED verwirklicht ihre führende Rolle in der Nationalen Volksarmee durch die Polit-Organen, die Parteiorganisationen und durch die vorbildliche Haltung ihrer Mitglieder und Kandidaten.

Welche Aufgaben hat die Nationale Volksarmee zu erfüllen?

Als Armee eines Arbeiter-und-Bauern-Staates, der eine sozialistische Gesellschaftsordnung aufbaut und niemals Angriffsabsichten hegen kann, ist die Nationale Volksarmee eine Verteidigungsarmee. Die Deutsche Demokratische Republik, deren Souveränität auch in dem am 20. September 1955 mit der Regierung der UdSSR abgeschlossenen Staatsvertrag ihren sichtbaren Ausdruck fand, hat das Recht und die Pflicht, den Schutz des sozialistischen Aufbaus, die Sicherung des Territoriums und der Grenzen gegen die imperialistischen Feinde in die eigenen Hände zu nehmen.

Die Erfahrungen der Geschichte lehren, daß jeder Staat, der den Sozialismus aufbaut, nicht nur den Widerstand der ehemaligen Ausbeuter brechen muß, sondern sich auch gegen die äußeren Feinde, das internationale Monopolkapital, verteidigen muß. Darum besteht die Hauptaufgabe der Nationalen Volksarmee darin, die friedliche und freie Arbeit des Volkes und das sozialistische Eigentum zu hüten.

Die Nationale Volksarmee ist auf das engste mit der Bevölkerung und den Organen der Staatsmacht verbunden. Darum betätigen sich die Einheiten der Nationalen Volksarmee aktiv am politischen und gesell-

schaftlichen Leben und leisten tatkräftige Hilfe bei der Einbringung der Ernte, im Nationalen Aufbauwerk, bei Naturkatastrophen und bei wichtigen staatlichen Aktionen. Acht Angehörige der Nationalen Volksarmee sind als Abgeordnete in der Volkskammer und 176 als Volksvertreter in den örtlichen Organen der Staatsmacht tätig.

Welche Verpflichtungen ergeben sich für die Nationale Volksarmee aus dem Warschauer Vertrag?

Am 14. Mai 1955 wurde in Warschau der Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der Volksrepublik Albanien, der Volksrepublik Bulgarien, der Ungarischen Volksrepublik, der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik Polen, der Rumänischen Volksrepublik, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Tschechoslowakischen Republik abgeschlossen. Der Warschauer Vertrag verpflichtet alle Teilnehmerstaaten, im Falle eines bewaffneten Überfalles auf einen oder mehrere Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages mit allen Mitteln sofortigen Beistand zu leisten, einschließlich der Anwendung von militärischer Gewalt.

Auf der Moskauer Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages wurde am 24. Mai 1958 die Einbeziehung der Nationalen Volksarmee in das vereinigte Oberkommando der dem Warschauer Vertrag angeschlossenen Staaten bestätigt. Damit wurde die Nationale Volksarmee zu einem untrennbaren Bestandteil der Streitkräfte des sozialistischen Lagers, an deren Spitze die ruhmreiche Sowjetarmee steht. Die Nationale Volksarmee trägt im Rahmen des Warschauer Vertrages gemeinsam mit der Sowjetarmee und den anderen sozialistischen Armeen für die Sicherung der Grenzen der DDR und der Westgrenze des gesamten sozialistischen Lagers überhaupt eine große Verantwortung.

Die Bedeutung des Warschauer Vertrages erschöpft sich nicht in der festen Entschlossenheit der Signatarstaaten, jedem Aggressor entschlossen entgegenzutreten. Aus dem Text des Vertrages ist die Bereitschaft der Mitglieder zu erkennen, den weiteren Bestand des Vertrages nicht mehr als unumgänglich zu betrachten, falls es zur Schaffung eines gesamteuropäischen Systems der kollektiven Sicherheit kommt.

Ist die Nationale Volksarmee mit atomaren Waffen ausgerüstet?

Nein. Auf dem Territorium der DDR werden keine atomaren Waffen gelagert oder hergestellt. Die Regierung der DDR hat der deutschen Bundesrepublik mehrfach vorgeschlagen, sich auf ein generelles Verbot der Lagerung und Herstellung von Atombomben und -waffen auf dem Boden Deutschlands zu einigen und eine atomwaffenfreie Zone unter Einschluß der beiden deutschen Staaten zu schaffen (siehe S. 47).

Trotz dieser Vorschläge der Regierung der DDR faßte die reaktionäre Mehrheit des Bundestages am 25. März 1958 den verhängnisvollen Beschluß, die Bundeswehr mit Atomwaffen auszurüsten.

Welche Aufgaben hat die Volkspolizei?

Den bewaffneten Organen des Ministeriums des Innern obliegt der Schutz der inneren Ordnung und Sicherheit, der sozialistischen Errungenschaften und der Grenzen des volksdemokratischen Staates. Sie schützen darüber hinaus das Leben, die Gesundheit, das persönliche Eigentum und die Wohnstätten aller Bewohner der Deutschen Demokratischen Republik. Es entspricht dem Wesen des Arbeiter-und-Bauern-Staates, daß die Volkspolizei ihre Aufgaben mit und für die Werktätigen und nicht gegen sie löst. Gegen Verbrecher und Feinde der Republik, die den friedlichen Aufbau zu stören versuchen, tritt sie hart und unerbittlich auf. Zu den bewaffneten Organen des Ministeriums des Innern zählen die Deutsche Volkspolizei, die Deutsche Grenzpolizei, die Bereitschaftspolizei und die Strafvollzugsorgane. 90 Prozent aller Generale, Offiziere, Wachtmeister und Grenzsoldaten der DDR sind Arbeiter- und Bauernsöhne.

Oberstes Prinzip der bewaffneten Organe des Ministeriums des Innern ist eine enge Zusammenarbeit mit der werktätigen Bevölkerung. Sowohl durch die Mitarbeit in den Gruppen der freiwilligen Helfer der Volkspolizei und der Grenzpolizei als auch durch zahlreiche Hinweise und aktive Mithilfe bei der Bekämpfung von Verbrechen bekräftigen die Werktätigen ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit und ihre enge Verbundenheit mit den bewaffneten Organen des Ministeriums des Innern.

Welche Bedeutung haben die Betriebskampfgruppen?

Im März 1954 rief die Partei der Arbeiterklasse in den volkseigenen Betrieben und Verwaltungen zur Bildung bewaffneter Kampfgruppen auf. Diese Maßnahme wurde notwendig, weil die in der Bundesrepublik und in Westberlin bestehenden Sabotage- und Agentenzentralen immer stärker versuchten, das Leben in der DDR durch Brandstiftungen und Sabotage in den Betrieben und im Versorgungs- und Verkehrswesen und durch die Anzettelung von Provokationen zu stören. Die Aufgabe der Kampfgruppen ist es, die Betriebe und Einrichtungen des Volkes gegen alle Anschläge zu schützen und die Errungenschaften in der DDR zu verteidigen.

Warum gibt es einen Luftschutz in der DDR?

Die Politik der Deutschen Demokratischen Republik ist stets auf die Erhaltung des Friedens gerichtet. Sie geht davon aus, daß die Friedenskräfte in der Welt unter Führung der Sowjetunion stark genug sind, den Frieden zu erhalten. Das schließt nicht aus, angesichts der Atomkriegsvorbereitungen der Imperialisten und der aggressiven Politik des westdeutschen Imperialismus die notwendigen Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung der DDR vor allen etwaigen aggressiven Überfällen zu treffen. Dazu gehört auch der Luftschutz.

Der Luftschutz in der DDR nutzt die wissenschaftlichen Forschungsergebnisse der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten auf

dem Gebiet des Atomschutzes weitgehend aus, um der Bevölkerung für den Fall, daß die Imperialisten die Anwendung von Atom- und Massenvernichtungsmitteln wagen sollten, auch dagegen soweit wie möglich Schutz zu bieten.

Diejenigen Bürger, die freiwillig beim Aufbau des Luftschutzes mitwirken und sich die dazu notwendigen Kenntnisse aneignen wollen, können in der Organisation freiwilliger Luftschutzhelfer mitarbeiten.

Die Organisation freiwilliger Luftschutzhelfer klärt die Bevölkerung über den Luftschutz auf und organisiert die Mitarbeit der Bürger im Selbstschutz zur Sicherung der eigenen Person und des persönlichen Eigentums.

Kirche und Staat

Welche Stellung hat die Kirche in der DDR?

In der DDR ist die Glaubens- und Gewissensfreiheit durch die Verfassung gewährleistet. Die Religionsgemeinschaften und ihre Angehörigen sind jedoch ebenso wie alle Bürger und Vereinigungen verpflichtet, die geltenden Gesetze und Verordnungen der DDR einzuhalten.

Im Rahmen der Gesetze regeln die Religionsgemeinschaften ihre Obliegenheiten selbständig. In der DDR besteht keine Staatskirche.

Die Kirchen sind berechtigt, Religionsunterricht zu erteilen. Die Teilnahme ist freiwillig. Einrichtungen von Religionsgemeinschaften, religiöse Handlungen und der Religionsunterricht dürfen nicht für verfassungswidrige oder parteipolitische Zwecke mißbraucht werden. Das Eigentum der Religionsgemeinschaften ist gewährleistet.

Erhalten die Kirchen vom Staat materielle und finanzielle Unterstützung?

Die staatlichen Zuschüsse allein für Zwecke der Kirchenleitungen und zur Bestreitung der Pastoren- und Pfarrergehälter belaufen sich seit Bestehen der DDR auf über 132 Millionen DM. Außerdem stellte der Staat für die Wiederherstellung historisch wertvoller kirchlicher Bauten in den Jahren 1950 bis 1957 insgesamt 8,4 Millionen DM zur Verfügung. Zur Beseitigung der schweren Zerstörungen am Magdeburger Dom wurden außerdem zwei Millionen DM aus staatlichen Mitteln bewilligt.

Insgesamt wurden mit Hilfe der Regierung und der Gemeinden von 1947 bis 1956 1400 der 2678 durch anglo-amerikanische Bombenangriffe zum Teil schwer beschädigten Kirchen wiederaufgebaut und über 50 Kirchen neu errichtet.

Der Staat finanziert auch die Ausbildung des Pastoren- und Pfarrernachwuchses an den Universitäten. So erhalten die Theologiestudenten Stipendien wie die anderen Studenten. Für die sechs Theologischen Fakultäten in der DDR werden jährlich vier Millionen DM Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt. Das bedeutet, daß bei etwa 1000 theologischen Nachwuchskräften der Staat für den einzelnen Studierenden während der Dauer seines Studiums rund 20 000 DM ausgibt.

Die Deutsche Demokratische Republik und die Wiedervereinigung

Welche Stellung nimmt die DDR zum Deutschlandproblem ein?

Die Politik der Regierung der DDR ist auf die Erhaltung des Friedens gerichtet. Sie erstrebt die Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlichem Wege.

Dieser Weg kann nur erfolgreich beschritten werden, wenn sich beide deutschen Staaten verständigen und Maßnahmen zur gegenseitigen Annäherung treffen.

Die Regierung der DDR ist der Auffassung, daß eine Wiedervereinigung ohne Verständigung, durch gewaltsame „Eingliederung“ des einen deutschen Staates in den anderen, zum Krieg führen würde. Angesichts der bestehenden militärischen Pakte würde sich aber ein solcher Konflikt zu einem Weltkrieg ausweiten. Von Deutschland würde dann nicht viel übrigbleiben.

Deshalb erklärte der Ministerpräsident der DDR, Otto Grotewohl, am 12. September 1957: „Die Regierung der DDR wird weiterhin ihre höchste Pflicht darin sehen, das deutsche Volk vor einer neuen Katastrophe zu bewahren, und darum konsequent ihre Politik fortsetzen, die auf die Sicherung des Friedens, auf die Entspannung der Lage in Deutschland, die Annäherung und Verständigung beider deutscher Staaten gerichtet ist.“

Was hat die DDR für die Wiedervereinigung getan?

Seit ihrem Bestehen haben Volkskammer und Regierung der DDR bis Ende 1957 dem deutschen Volk nicht weniger als 100 Vorschläge zur friedlichen Wiedervereinigung unterbreitet. Außerdem wurden viele Vorschläge ausgearbeitet, die den Weg zu einem Friedensvertrag mit Deutschland darlegen.

Am 30. November 1950 unterbreitete Ministerpräsident Otto Grotewohl Dr. Adenauer den ersten Vorschlag über die Vorbereitung gesamtdeutscher freier Wahlen. In einer Reihe weiterer Vorschläge erklärte die Regierung der DDR ihre Bereitschaft, über diese Frage zu verhandeln. Am 14. März 1951 forderte die Regierung der DDR eine Volksabstimmung über die Errichtung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates sowie über den Abschluß eines Friedensvertrages.

Vor der Volkskammer erklärte der amtierende Ministerpräsident Walter Ulbricht am 25. November 1953, daß die Regierung der DDR bereit sei, sofort Verhandlungen mit der Bundesregierung über lebenswichtige Fragen des deutschen Volkes aufzunehmen.

Am 2. März 1955 schlug die Volkskammer die Durchführung einer Volksbefragung in ganz Deutschland über die Frage vor: „Sind Sie für friedliche Wiedervereinigung Deutschlands durch freie gesamtdeutsche Wahlen im Jahre 1955 und für das in der Frankfurter Paulskirche angenommene deutsche Manifest oder für die Pariser Kriegsverträge?“

Am 29. Mai 1956 wurde das Angebot zu vorbehaltlosen Verhandlungen mit der Bundesregierung wiederholt. Gleichzeitig unterbreiteten Regierung und Volkskammer der DDR neun Vorschläge zur Entspannung der Lage in Deutschland, z. B.

keine Einführung der Wehrpflicht,
Verbot der Stationierung von Atomwaffen auf deutschem Boden,
weitere Entwicklung handelsökonomischer, kultureller und wissenschaftlicher Beziehungen sowie
Förderung persönlicher Kontakte und Austausch von Delegationen.

Die Regierung der DDR stimmte ebenfalls den von der Volksrepublik Polen und der Tschechoslowakischen Republik am 3. Oktober 1957 in der UNO unterbreiteten Vorschlägen auf Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa zu. Zum gleichen Problem schlug die DDR einen Volksentscheid in beiden deutschen Staaten vor.

Die Vorschläge der DDR waren jeweils den politischen Bedingungen angepaßt. Sie gingen immer von den Interessen der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes aus.

Warum schlägt die DDR einen Staatenbund vor?

Am 27. Juli 1957 unterbreitete die Regierung der DDR der Öffentlichkeit einen Vorschlag über die „Bildung eines Staatenbundes zwischen der DDR und der Bundesrepublik auf der Grundlage eines völkerrechtlichen Vertrages“.

Darin wird festgestellt, daß ein Staatenbund der einzige Weg zur Wiedervereinigung ist, der heute noch offenbleibt. Nachdem Westdeutschland der NATO beigetreten ist und mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht den Weg beschleunigter Aufrüstung beschritten hat, ist die Lösung der deutschen Frage bedeutend schwieriger geworden. Mit der im März 1958 beschlossenen atomaren Aufrüstung Westdeutschlands will die Bonner Regierung eine unüberwindliche Schranke für die friedliche Wiedervereinigung errichten. Eine Vereinigung beider deutscher Staaten durch freie Wahlen ist unter diesen Bedingungen völlig unmöglich.

Eine Konföderation hingegen würde eine allmähliche Annäherung ermöglichen, ohne daß der eine oder der andere Staat übervorteilt werden kann. Beide Staaten behalten ihre Souveränitätsrechte, sie werden in ihren inneren Angelegenheiten nicht beeinträchtigt. Auch über die Schritte zur Annäherung und Verständigung entscheiden sie völlig frei und selbständig.

Die Regierung der DDR geht dabei davon aus, daß sich die Regierungen beider Staaten zunächst über solche Fragen einigen sollten, in denen

unabhängig von allen weltanschaulichen Unterschieden die Mehrheit der deutschen Menschen einig ist. Die DDR schlägt deshalb ein Abkommen beider Staaten über folgende drei Fragen vor:

Ein Verbot der Lagerung und der Herstellung von Atombomben und Atoinwaffen auf dem Boden Deutschlands sowie ein Verbot der Propagierung des Atomkrieges.

Ausscheiden der beiden deutschen Staaten aus der NATO und aus dem Warschauer Vertrag. Aufhebung der Wehrpflicht und Vereinbarung über die beiderseitige Truppenstärke.

Gemeinsames oder einzelnes Ersuchen an die vier Mächte auf baldige schrittweise Zurückziehung ihrer Truppen aus ganz Deutschland.

Ein solches Abkommen zwischen den beiden deutschen Regierungen würde es den gesamtdeutschen Gremien der Konföderation ermöglichen, eine Reihe Maßnahmen zur Annäherung der beiden deutschen Staaten und der Vorbereitung ihrer schließlichen Verschmelzung zu beraten und vorzuschlagen. Das könnten Absprachen auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Verbindungen, der Zoll- und Währungsangelegenheiten, des Verkehrs- und Nachrichtenwesens sowie der Regelung der mit dem Status von Berlin verbundenen Fragen sein. Damit würden Schritt für Schritt Hindernisse, die den Weg zur Wiedervereinigung versperren, abgebaut.

Stellt die DDR Bedingungen für Verhandlungen zur Wiedervereinigung?

Die Regierung der DDR stellt keine Bedingungen über eventuelle Änderungen des Staatsaufbaus der Bundesrepublik, sie stellt auch keine Bedingung, die dort bestehende Gesellschaftsordnung zu verändern. Ausdrücklich verzichtet sie gegenwärtig auf die Verhandlung von innerstaatlichen Fragen, die mit der weiteren Entwicklung der Bundesrepublik oder der DDR zusammenhängen.

Der Erste Sekretär des ZK der SED, Walter Ulbricht, erklärte auf dem V. Parteitag der SED erneut, daß mit der Wiedervereinigung keine Forderungen verbunden werden können, wonach entweder die DDR auf die Bundesrepublik oder die Bundesrepublik auf die DDR ausgedehnt werden sollen.

Obwohl sich die DDR mit der Entwicklung in der Bundesrepublik nicht einverstanden erklären kann, macht sie also eine Enteignung der Monopole oder eine Bodenreform nicht zur Bedingung. Das würde lediglich ein Abkommen über die gegenwärtig wichtigsten Fragen erschweren.

Andererseits jedoch darf selbstverständlich die Bundesregierung keine Forderungen auf Preisgabe der sozialistischen Errungenschaften in der DDR stellen.

Für Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten ist jedoch der Verzicht Westdeutschlands auf Atomwaffen notwendig. Walter Ulbricht erklärte dazu:

„Solange aus Westdeutschland Atomkanonen gegen die DDR gerichtet werden ... fehlt das notwendige Klima für eine Annäherung und Verständigung.“

Die Regierung der DDR betrachtet als den realen Weg zur Sicherung des Friedens und zur Wiedervereinigung die Bildung einer bürgerlich-demokratischen Ordnung in Westdeutschland, die auf imperialistische Bestrebungen und Forderungen verzichtet.

Die Vorschläge der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Regierung der DDR zur Bildung einer Konföderation der beiden deutschen Staaten sind für die westdeutsche Regierung durchaus annehmbar.

Warum ist die Wiedervereinigung allein Sache des deutschen Volkes?

An der Wiedervereinigung kann niemand so brennend interessiert sein wie das deutsche Volk. Daher muß es die deutsche Frage selbst lösen. Die Verantwortung für die Wiedervereinigung kann nicht auf die Großmächte abgeschoben werden. Natürlich müssen sie mithelfen, den Weg zur Einheit zu ebnen. Eine Möglichkeit für die vier Großmächte, dem deutschen Volk zu helfen und ihrer Verantwortung entsprechend dem Potsdamer Abkommen gerecht zu werden, sieht die Deutsche Demokratische Republik in dem baldigen Abschluß eines Friedensvortrages mit Deutschland.

Die vier Mächte sollen den deutschen Staaten helfen, aus den einseitigen Militärpakten herauszukommen. Eine Einigung der vier Mächte über ein System der kollektiven Sicherheit hätte die Auflösung der NATO und des Warschauer Paktes zur Folge. Das wäre eine sehr wertvolle Hilfe für die Wiedervereinigung unsres Vaterlandes. Weiterhin könnten sich die vier Mächte für den Abzug der fremden Truppen vom deutschen Boden einsetzen.

Wie aber ein künftiges Gesamtdeutschland aussehen soll, darüber kann nur das deutsche Volk selbst, vor allem die deutsche Arbeiterklasse, entscheiden.

Ist die DDR für freie Wahlen?

Das hat die Regierung der DDR oft genug unter Beweis gestellt. Insgesamt machte sie 23 Vorschläge und Angebote an Bonn, freie gesamtdeutsche Wahlen durchzuführen.

Angefangen mit dem 30. November 1950, an dem die Regierung der DDR den Vorschlag unterbreitete, gesamtdeutsche Wahlen für eine Nationalversammlung vorzubereiten, wurden auch in den folgenden Jahren ähnliche Angebote an die Bundesregierung gerichtet.

Noch am 18. Februar 1955 wandte sich die Volkskammer in letzter Stunde vor der Ratifizierung der Pariser Vorträge mit einem Angebot

an den Bundestag. Sie schlug vor, daß eine bevollmächtigte Delegation der Volkskammer am 24. Februar 1955 im Bundestag die Grundgedanken der DDR über freie, demokratische, gesamtdeutsche Wahlen, über das Wahlgesetz und eine internationale Kontrolle darlegt. Adenauer zog den Beitritt zur NATO vor und lehnte alle Vorschläge rundweg ab.

Inzwischen hat sich die Situation grundlegend verändert. Adenauer unterzeichnete die Pariser Verträge und veräußerte damit das Recht, über die Wiedervereinigung zu verhandeln. Er öffnete der Remilitarisierung Westdeutschlands Tür und Tor, führte die allgemeine Wehrpflicht ein und rüstet die Bundeswehr mit Atomwaffen aus. Adenauer ließ die Kommunistische Partei Deutschlands verbieten und gewährt den militaristischen und faschistischen Organisationen, u. a. der SS, volle Betätigungsfreiheit. Sogar das Verbot der Hitler-Partei, der NSDAP und ihrer Gliederungen, wurde aufgehoben. Unter diesen Bedingungen können keine gesamtdeutschen Wahlen durchgeführt werden. Das wäre lediglich ein Versuch, die Herrschaft des Militarismus auf ganz Deutschland auszudehnen.

Zuerst müssen sich die beiden deutschen Staaten durch eine Konföderation näherkommen. Sie ermöglicht, die Hindernisse auf dem Wege zur Einheit nach und nach zu beseitigen. Erst dann kann ein gesamtdeutsches Gremium wirklich freie, gesamtdeutsche Wahlen vorbereiten.

Wie steht die DDR zu einem Friedensvertrag?

Seit ihrem Bestehen appellierten Volkskammer und Regierung der DDR wiederholt an den Bonner Bundestag, die Bundesregierung sowie die Großmächte, in Verhandlungen mit beiden deutschen Staaten einen Friedensvertrag auszuarbeiten.

Bereits im Februar 1952 haben die Regierung der UdSSR sowie die Volkskammer und die Regierung der DDR Grundsätze für einen Friedensvertrag mit Deutschland vorgeschlagen. Die Westmächte und die Bundesregierung lehnten jedoch Verhandlungen ab. Am 4. September 1958 richtete die Regierung der DDR an die Regierungen der UdSSR, der USA, Englands und Frankreichs eine Note über den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland. Die Deutsche Demokratische Republik geht hierin davon aus, daß die Frage des Friedensvertrages der Teil des deutschen Problems ist, dessen Lösung in die Zuständigkeit aller ehemals kriegführenden Staaten fällt, wobei auf den vier Mächten gemeinsam mit beiden deutschen Staaten die Hauptverantwortung liegt. Die Regierung der DDR schlägt daher vor, eine Kommission der vier Mächte zu bilden, die sich mit der Frage des Abschlusses eines Friedensvertrages beschäftigen soll. Gleichzeitig richtete die Regierung der DDR eine Note an die Bundesregierung, in der vorgeschlagen wird, eine Kommission aus Vertretern beider deutscher Staaten zu bilden, die sich mit den Fragen beschäftigen soll, die mit der Vorbereitung des Friedensvertrages mit Deutschland zusammenhängen.

Die Regierung der UdSSR hat sich bereit erklärt, die Frage eines Friedensvertrages unter Hinzuziehung von Vertretern beider deutscher Regierungen auf einer Konferenz der Regierungschefs der Großmächte zu erörtern.

Der Erste Stellvertreter des Ministerpräsidenten der DDR, Walter Ulbricht, hat auf dem V. Parteitag der SED die Grundlagen für einen Friedensvertrag mit Deutschland dargelegt:

- „1. Deutschland wird auf dem Wege der Herstellung der Konföderation der beiden deutschen Staaten ein friedliebender, demokratischer und unabhängiger Staat.
2. Deutschland wird ein souveräner Staat, der an keine militärischen Blocks oder an wirtschaftliche Vereinigungen, wie z. B. die Montanunion, gebunden ist. Das bedeutet den Austritt Westdeutschlands aus der NATO und den Austritt der Deutschen Demokratischen Republik aus dem Warschauer Vertrag.
3. Im wiedervereinigten Deutschland werden dem deutschen Volk, werden allen deutschen Bürgern ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts und der Religion die Menschenrechte und Grundfreiheiten gewährleistet. Die demokratischen Parteien und Organisationen haben das Recht der freien Betätigung und der freien Entscheidung über ihre Angelegenheiten. Sie genießen Presse- und Publikationsfreiheit. ... Es dürfen im friedliebenden, demokratischen Deutschland keine Organisationen geduldet werden, die der Sache des Friedens und der Demokratie feindlich gesinnt sind.
4. Deutschland wird die volle Entwicklung seiner friedlichen Wirtschaft und der unbehinderte Zugang zu den Weltmärkten gewährleistet.
5. Das Territorium Deutschlands wird durch die Grenzen bestimmt, die durch die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz der vier Großmächte festgelegt wurden ...
6. Deutschland wird gestattet, eigene nationale Streitkräfte (Land-, Luft- und Seestreitkräfte) zu Verteidigungszwecken zu besitzen. Die Vorbereitung für die Festsetzung der militärischen Streitkräfte erfolgt durch Vereinbarungen zwischen den beiden deutschen Staaten über die Feststellung der Zahl, Ausrüstung und Standorte der militärischen Streitkräfte.“

Ein Friedensvertrag, der von diesen Grundsätzen ausgeht, würde Deutschland als friedliebenden, demokratischen und unabhängigen Staat eine geachtete Rolle unter den Völkern einräumen und garantieren, daß Deutschland nicht wieder zu einem Ausgangspunkt der Aggression wird.

Was unternimmt die DDR gegen die Gefahr eines Atomkrieges?

Die Regierung der DDR ist der Auffassung, daß die vordringlichste Aufgabe aller Deutschen darin besteht, die Gefahren eines Atomkrieges von Deutschland abzuwenden.

Sie hat bisher alle Vorschläge unterstützt, die ein Verbot der atomaren Rüstung und die Einstellung aller Versuche mit Atom- und Wasserstoffwaffen vorsehen. Sie hat dem von 65 kommunistischen und Arbeiterparteien unterzeichneten Friedensmanifest zugestimmt, in dem das bedingungslose Verbot der Atomwaffen gefordert wird. Sie begrüßt die Aussetzung der Versuchsexplosionen mit Atom- und Wasserstoffwaffen durch die Sowjetunion und fordert von den USA und England, diesem Beispiel zu folgen.

Obwohl die DDR Mitglied des Warschauer Vertrages ist, wurden die Nationalen Streitkräfte der DDR nicht mit Atomwaffen ausgerüstet. In der DDR lagern auch keine Atomwaffen anderer Staaten.

Am 11. Dezember 1957 unterbreitete die Volkskammer der DDR dem westdeutschen Bundestag den Vorschlag, dafür einzutreten, daß sich beide Staaten über folgende Punkte einigen:

1. Keine Stationierung und Lagerung von Atombomben und Raketenwaffen dritter Mächte auf ihren Territorien zuzulassen.
2. Keine Atombomben oder Raketen selbst herzustellen oder sie von anderen Staaten durch Kauf oder auf andere Weise zu erwerben.
3. Ihre Streitkräfte nicht mit Atomwaffen und Raketen, unabhängig von ihrer Herkunft, auszurüsten.
4. In Verhandlungen der Bundesrepublik mit den Stationierungsmächten den Abtransport der bereits in Westdeutschland befindlichen Massenvernichtungswaffen zu erreichen.

Würde die Bundesrepublik auf diese Vorschläge eingehen, dann wäre ein großer Schritt auf dem Wege zur Sicherung des Friedens getan.

Wie steht die DDR zur atomwaffenfreien Zone?

Die Regierung der DDR erklärte sich unmittelbar nach der Unterbreitung des polnischen Vorschlages vom 2. Oktober 1957 mit dem Beitritt zu einer atomwaffenfreien Zone einverstanden. Eine solche Zone, der Polen, die CSR, die DDR sowie Westdeutschland angehören sollen, entspricht weitgehend den eigenen Vorschlägen der Regierung der DDR, eine Entspannung der Lage in Europa herbeizuführen.

Die Bildung einer atomwaffenfreien Zone entspricht den ureigensten Interessen des deutschen Volkes, denn nur ohne Atomwaffen und in einer Atmosphäre der Entspannung kann es zu einer friedlichen und demokratischen Wiedervereinigung Deutschlands kommen.

Um der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, sich zu dieser für Deutschland lebenswichtigen Frage zu äußern, schlug Ministerpräsident Otto Grotewohl in einer Rundfunkansprache am 22. Januar 1958 vor,

„in beiden deutschen Staaten einen Volksentscheid darüber durchzuführen, ob die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik einer atomwaffenfreien Zone angehören sollen oder nicht“.

Die Adenauer-Regierung jedoch lehnte entgegen dem erklärten Willen des deutschen Volkes als einziges Land den Beitritt zur atomwaffenfreien Zone ab und verbietet die Volksbefragung.

Warum ist die DDR für ein kollektives Sicherheitssystem?

Die DDR ist für die Teilnahme beider deutscher Staaten an einem europäischen Sicherheitssystem, weil das ein wertvoller Beitrag für die Erhaltung des Friedens wäre und gleichzeitig die Herstellung der Einheit Deutschlands begünstigen würde. Gehören erst beide Teilstaaten gemeinsam einem solchen System an, dann gibt es viele Möglichkeiten der gegenseitigen Annäherung und Verständigung.

Gegenwärtig gehört die Bundesrepublik dem Nordatlantikpakt an, und die DDR ist Mitglied des Warschauer Vertrages.

Die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO ist für die Herstellung der Einheit Deutschlands ein großes Hindernis. Im Falle einer Wiedervereinigung soll Gesamtdeutschland in diesen aggressiven Pakt einbezogen werden (Art. 7 des Deutschlandvertrages). Außerdem behalten sich die Westmächte das Recht vor, die Bundesrepublik in bezug auf die Wiedervereinigung zu bevormunden (Art. 2 des Deutschlandvertrages).

Vertragswerke wie die NATO und das Pariser Abkommen verhindern eine friedliche Wiedervereinigung; denn sie sehen eine gewaltsame Eingliederung der DDR in die Bundesrepublik vor.

Der Warschauer Vertrag dagegen behindert in keiner Weise die friedliche Wiedervereinigung. Bei seiner Unterzeichnung gab Ministerpräsident Otto Grotewohl, von allen Teilnehmerstaaten gebilligt, eine Erklärung ab, wonach „das wiedervereinigte Deutschland von den Verpflichtungen frei sein wird, die ein Teil Deutschlands in militärpolitischen Verträgen und Abkommen, die vor der Wiedervereinigung abgeschlossen wurden, eingegangen ist“.

Die Regierung der DDR ist der Meinung, daß es für die Wiedervereinigung und den Frieden besser wäre, wenn beide deutschen Staaten schon jetzt aus diesen Pakten austreten würden. Statt dessen sollten sie einem kollektiven Sicherheitssystem, dem alle europäischen Staaten sowie auch die USA angehören könnten, beitreten.

Für das Zustandekommen eines solchen Systems müßten sich auch die beiden deutschen Staaten einsetzen. Die Regierung der DDR hat sich

bereits vierzehn Mal an die Bundesregierung gewandt und sie ersucht, ihre Bereitschaft zum Beitritt in solch ein Sicherheitssystem zu erklären.

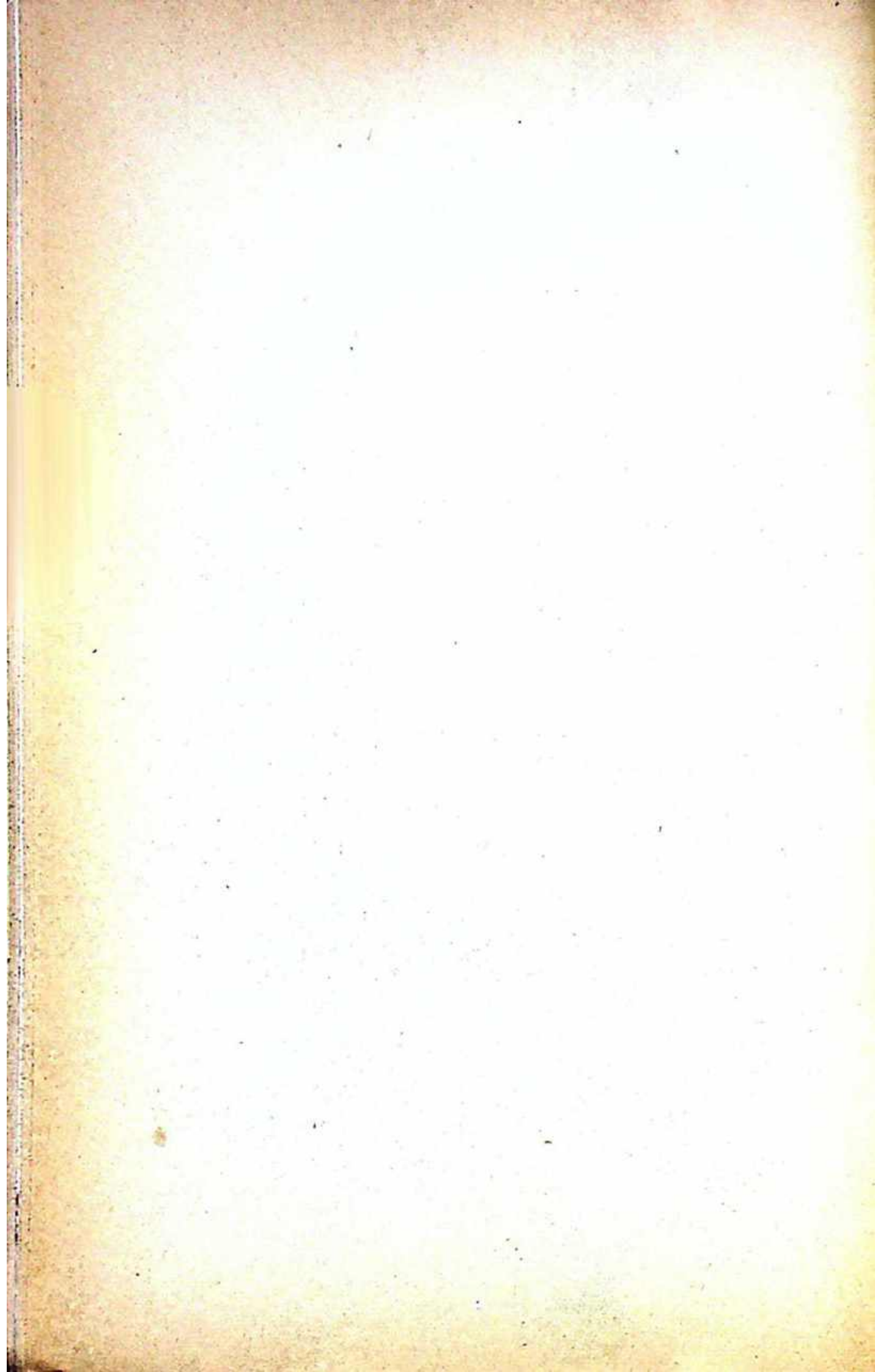
Wie steht die DDR zur Abrüstung?

Seit 1951 bemüht sich die Regierung der DDR ständig um ein Übereinkommen mit der Bundesregierung in diesen Fragen. So unterbreitete sie folgende Angebote und Vorschläge:

1. Gemeinsam die Stärke und Bewaffnung der Streitkräfte in beiden Teilen Deutschlands festzulegen;
2. sich für den Abzug der Besatzungstruppen einzusetzen;
3. sich feierlich zu verpflichten, jedwede Anwendung von Gewalt gegeneinander zu unterlassen;
4. die allgemeine Wehrpflicht nicht einzuführen;
5. die Schaffung einer Zone der begrenzten Rüstungen in Europa zu unterstützen;
6. sich für ein Verbot der Stationierung von Atomwaffen auf deutschem Boden einzusetzen;
7. die deutschen Streitkräfte nicht mit Atomwaffen auszurüsten;
8. auf deutschem Boden keine atomaren Waffen herzustellen;
9. für eine atomwaffenfreie Zone in Europa einzutreten;
10. sich für den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt einzusetzen.

Um ein solches Übereinkommen zu erleichtern, hat die Regierung der DDR den ersten Schritt getan und beschlossen, die allgemeine Wehrpflicht nicht einzuführen. Außerdem wurden am 30. Juni 1956 auf Beschluß des Ministerrates die Streitkräfte der DDR um 30 000 Mann reduziert und auf insgesamt 90 000 Mann begrenzt.

Diese Vorschläge und Maßnahmen charakterisieren die friedliebende Politik der DDR in den Fragen der Abrüstung.



Die Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik

Von welchen Grundsätzen wird die Außenpolitik der DDR bestimmt?

Mit der Gründung des Arbeiter-und-Bauern-Staates auf deutschem Boden entstand erstmalig eine deutsche Regierung, die eine demokratische Außenpolitik betreibt. Sie tritt für offene diplomatische Verhandlungen mit anderen Ländern ein und lehnt die Geheimdiplomatie, die bei den kapitalistischen Staaten vorherrscht, ab. Die Regierung der DDR hat es nicht nötig, ihre Politik geheimzuhalten, weil diese den Interessen aller Bürger entspricht.

Oberster Grundsatz der deutschen Außenpolitik ist der Kampf um den Frieden. Er entspringt dem inneren Wesen der DDR, in der der Sozialismus aufgebaut wird und in der sich keine Klassen entfalten können, die sich am Krieg bereichern.

Die außenpolitischen Beziehungen der DDR zu den sozialistischen Ländern beruhen auf der brüderlichen Freundschaft, der gegenseitigen Hilfe, der Zusammenarbeit und dem friedlichen Wettbewerb.

In den sozialistischen Ländern wird die Außenpolitik von den Arbeitern und Bauern bestimmt, von den Kräften, die schon immer für die Freiheit der Völker und für friedliche Beziehungen zwischen ihnen eingetreten sind.

Ein bedeutender Grundsatz der Außenpolitik der DDR ist die ständige und unermüdliche Festigung der freundschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion, zur Volksrepublik China und zu den anderen volksdemokratischen Staaten. Die engen Beziehungen der DDR zur Sowjetunion sind für das deutsche Volk von besonderer Bedeutung, weil die Sowjetunion als das erste sozialistische Land der Welt die stärkste und mächtigste Kraft im Friedenslager ist und das deutsche Volk im Kampf gegen den westdeutschen Militarismus und für ein einheitliches, demokratisches Deutschland unterstützt.

Die außenpolitischen Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten gehen von der Gleichheit der Ziele und Interessen aus.

In den Beziehungen zu den kapitalistischen Ländern läßt sich die DDR von den Grundsätzen der friedlichen Koexistenz leiten: Gegenseitige Achtung der territorialen Integrität und Souveränität, gegenseitiger Nichtangriff, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen Landes, Beziehungen der Gleichberechtigung und des beiderseitigen Vorteils.

Diese Grundsätze garantieren, sofern sie eingehalten werden, das friedliche Nebeneinanderbestehen der kapitalistischen und der sozialistischen Staaten, und sie stehen in völliger Übereinstimmung mit denen der Charta der Vereinten Nationen. -

Ein weiterer Grundsatz der Außenpolitik der DDR ist die Unterstützung der Völker, die einen gerechten nationalen Befreiungskampf führen oder Opfer einer Aggression geworden sind.

Die Regierung der DDR hilft besonders jungen Nationalstaaten, wie Indien, Indonesien und der Vereinigten Arabischen Republik, indem sie mit ihnen Handelsabkommen auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils abschließt. Sie denkt andererseits nicht daran, bei Handelsabkommen auf politische, militärische oder andere Bedingungen einzugehen, und mutet solche Bedingungen auch anderen Ländern nicht zu.

Ein wichtiger Grundsatz der Außenpolitik der DDR ist die Zusammenarbeit mit den friedliebenden, demokratischen Kräften in allen Ländern und vor allem die Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse mit der internationalen Arbeiterklasse.

Mit welchen Staaten unterhält die DDR diplomatische Beziehungen?

Die DDR unterhält zu zwölf Staaten diplomatische Beziehungen, zu denen solch mächtige Länder wie die Sowjetunion und die Volksrepublik China gehören, in denen ein Drittel der gesamten Erdbevölkerung lebt:

Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken,
Volksrepublik China,
Tschechoslowakische Republik,
Volksrepublik Polen,
Ungarische Volksrepublik,
Rumänische Volksrepublik,
Volksrepublik Bulgarien,
Volksrepublik Albanien,
Koreanische Volksdemokratische Republik,
Demokratische Republik Vietnam,
Mongolische Volksrepublik,
Föderative Volksrepublik Jugoslawien.

Trotz der Versuche Bonner Stellen, die diplomatische Anerkennung und die Errichtung offizieller Handelsvertretungen der DDR zu verhindern, wurden in der Vereinigten Arabischen Republik, in Burma, Finnland, Indien, Indonesien, Libanon, Sudan und Syrien offizielle Handelsvertretungen errichtet.

In welchen internationalen Organisationen arbeitet die DDR mit?

Trotz ständiger Versuche einiger kapitalistischer Staaten, besonders Westdeutschlands, die Bedeutung und Anerkennung der DDR zu negieren, arbeitet sie in mehr als 180 internationalen Organisationen mit und ist

in 129 internationalen Organisationen bereits als Mitglied aufgenommen worden. Sie ist in diesen 129 internationalen Organisationen durch ihre staatlichen Organe, gesellschaftlichen Einrichtungen oder durch einzelne Bürger Mitglied.

So arbeiten z. B. Vertreter der DDR gleichberechtigt mit

im Vereinigten Institut für Kernforschung,
in der Liga der Rot-Kreuz-Gesellschaften,
im PEN-Club,
im Internationalen Olympischen Komitee und
in der Union für Internationale Messen.

Im Rahmen der Vereinten Nationen unterhält die DDR seit Jahren Beziehungen zu den Spezialorganisationen der Vereinten Nationen, wie

zur Weltorganisation für Meteorologie (WMO),
zur Internationalen Arbeitsorganisation (ILO),
zur Weltgesundheitsorganisation (WHO),
zum Hauptquartier der UNO und insbesondere
zur Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa.

Die DDR arbeitet in neun Spezialkomitees dieser Wirtschaftskommission und ihrer Arbeitsgruppen aktiv mit.

Die Beziehungen zum Hauptquartier der Vereinten Nationen in New York finden ihren Ausdruck u. a. in der Mitarbeit der DDR am Jahrbuch der Menschenrechte und am Statistischen Jahrbuch der UNO.

Auch die gesellschaftlichen Organisationen der DDR finden internationale Anerkennung. So ist der FDGB Mitglied des Weltgewerkschaftsbundes, der DFD gehört der Internationalen Frauenföderation und die FDJ dem Weltbund der Demokratischen Jugend an.

Welche internationale Abkommen hat die DDR unterzeichnet?

Die DDR ist, die bestehenden Handelsverträge einbezogen, an rund 400 internationalen Verträgen beteiligt.

Der *Staatsvertrag* ist eines der wichtigsten völkerrechtlichen Dokumente. Solche Verträge hat die DDR mit den sozialistischen Staaten abgeschlossen. Sie vertiefen die brüderlichen und freundschaftlichen Beziehungen und die gegenseitige Zusammenarbeit der vertragschließenden Staaten. Als Beispiel sei der zwischen der UdSSR und der DDR abgeschlossene Staatsvertrag vom 20. September 1955 genannt. Die geschichtliche Rolle des Vertrages besteht in der völkerrechtlichen Bestätigung der Souveränität der DDR und der vertraglichen Garantie ihrer Unabhängigkeit durch die Sowjetunion.

Verträge der gleichen Art wurden von der DDR mit folgenden Staaten abgeschlossen:

Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit mit der Volksrepublik China vom 25. Dezember 1955;

Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit mit der Mongolischen Volksrepublik vom 22. August 1957.

Zu solchen Verträgen gehört auch der Warschauer Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand vom 14. Mai 1955.

Die dargelegten völkerrechtlichen Vertragsgrundsätze finden in diesem Friedenspakt der acht europäischen Staaten ihren Ausdruck. In dem Vertrag garantieren die Teilnehmerstaaten der DDR ihre Unabhängigkeit und die völkerrechtliche Anerkennung der Souveränität. Dadurch wird eine festere Einbeziehung der DDR in das Lager der Länder des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus erreicht. Das höchste Ziel des Warschauer Vertrages ist die Erhaltung des Weltfriedens. Dies zeigt sich deutlich im Artikel 2 des Vertrages, in dem es heißt: „Die Vertragsschließenden Seiten erklären ihre Bereitschaft, sich im Geiste aufrichtiger Zusammenarbeit an allen internationalen Handlungen zu beteiligen, deren Ziel die Gewährleistung des Weltfriedens und der Sicherheit ist und werden alle ihre Kräfte für die Verwirklichung dieser Ziele einsetzen.“

Die Mitgliedschaft im Warschauer Vertrag erhöht das internationale Gewicht und Ansehen der DDR. Die Volksrepublik China mit ihrem 600-Millionen-Volk ist ebenfalls bereit, mit uns gemeinsam den Frieden zu verteidigen.

Die DDR ist durch den Abschluß solcher Verträge bemüht, ihren Beitrag zum friedlichen Zusammenleben der Völker und zur Sicherung des Weltfriedens zu leisten.

Zur Gruppe der Staatsverträge gehören ferner die Konsularverträge. In diesen besonderen zweiseitigen internationalen Verträgen legen die Staaten den Kompetenzbereich und die Rechte ihrer Konsuln fest. Solche Konsularverträge hat die DDR z. B. mit der UdSSR, CSR, Ungarn, Rumänien und Albanien abgeschlossen.

Konventionen sind Übereinkommen zwischen mehreren Staaten, in denen konsularrechtliche Bestimmungen z. B. über Handel und Schifffahrt, Beistand in Zivilangelegenheiten usw. festgelegt werden. Die DDR nimmt an folgenden Konventionen teil:

Internationales Übereinkommen zur einheitlichen Feststellung von Regeln über den Zusammenstoß von Schiffen;

Internationales Übereinkommen zur einheitlichen Feststellung von Regeln über die Hilfeleistung und Bergung in Seenot;

Berner Übereinkunft zum Schutze der Urheberrechte von Werken der Literatur und Kunst;

Pariser Verbandsübereinkunft und Nebenabkommen zum Schutze des gewerblichen Eigentums;

Vier Genfer Rot-Kreuz-Konventionen zum Schutze der Kriegsoffer;
Abkommen zur Vereinheitlichung von Regeln über die Beförderung
im internationalen Luftverkehr (Warschauer Luftverkehrsabkom-
men).

Auch in den *Kulturabkommen*, die von der DDR abgeschlossen werden, zeigt sich der neue Charakter unserer Verträge. In der DDR hat der Kulturaustausch eine neue Grundlage erhalten. Er ist zum Bestandteil einer Außenpolitik der Völkerverständigung und der Völkerfreundschaft geworden. Für die volksdemokratischen Staaten bilden die Kulturabkommen die Grundlage des gesamten kulturellen Austausches. Kulturabkommen wurden mit allen sozialistischen Staaten abgeschlossen.

In den *Abkommen über technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit* kommt ein völlig neuer Grundsatz in den Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten zum Ausdruck. Solche gegenseitigen Vereinbarungen geben den sozialistischen Ländern die Möglichkeit, schneller beim Aufbau ihrer Wirtschaft voranzukommen. Dabei erhält die Forschungstätigkeit, die bewußt zum Wohle der Menschen entwickelt wird, echten völkerverbindenden Charakter. Die Ergebnisse solcher Arbeit werden nicht ängstlich geheimgehalten. Im Gegenteil, es entspricht den natürlichen Zielen der sozialistischen Staaten, möglichst vielen diese Erkenntnisse nutzbar zu machen. Solche Verträge wurden von der DDR z. B. mit der Sowjetunion, den Volksrepubliken China, Korea, Bulgarien, Albanien, Rumänien und der Demokratischen Republik Vietnam abgeschlossen.

Warum ist die Oder-Neiße-Grenze die endgültige Friedensgrenze?

Die Oder-Neiße-Grenze wurde am 2. August 1945 von den vier Großmächten in voller Übereinstimmung festgelegt.

Die entscheidende Ursache für diese Grenzveränderung im Osten nach 1945 war der am 1. September 1939 begonnene Raubkrieg des deutschen faschistischen Imperialismus. Dieser Krieg hatte zur Folge, daß in Polen fast sechs Millionen Menschen außerhalb jeder Kampfhandlungen ermordet wurden; fünf Millionen polnische Kinder verloren die Eltern. Die Hauptstadt Warschau wurde zu 93 Prozent zerstört, 84 Prozent der polnischen Eisenbahnanlagen wurden vernichtet, und die polnische Industrie erlitt Zerstörungen, die eine Höhe von fast 130 Milliarden Mark erreichten.

Das Recht Polens auf Wiedergutmachung und Sicherheit erkannten alle alliierten Mächte an. Die neue Grenze wurde festgelegt und die Aussiedlung der deutschen Einwohner jener Gebiete beschlossen.

Das Potsdamer Abkommen wurde von den Regierungschefs der USA, Englands und der Sowjetunion unterzeichnet und nachträglich von der französischen Regierung gebilligt.

Auch strategische Gesichtspunkte spielten bei der Grenzziehung eine Rolle, da die deutschen Imperialisten ihre vorgeschobene Stellung an der

südlichen und nördlichen Grenzo Polens für militärische Angriffe ausnutzten.

Der Hinweis auf eine endgültige Festlegung der Grenze bei Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland, wie er in dem Potsdamer Abkommen enthalten ist, betrifft nur die exakte kartographische Festlegung des Grenzverlaufs an der Oder und der Neiße. Eine andere Folgerung ist völlig ausgeschlossen, da die Aussiedlung von Millionen Menschen nicht mit der Absicht vorgenommen werden konnte, diese nach geraumer Zeit wieder rückgängig zu machen.

Die DDR hat die einzig mögliche Konsequenz aus der Vergangenheit gezogen, indem sie am 6. Juli 1950 ein Abkommen über die Markierung der festgelegten und bestehenden Staatsgrenze zwischen Deutschland und Polen unterzeichnete.

Diese Grenze ist ein Unterpfand des friedlichen und freundschaftlichen Zusammenlebens mit dem polnischen Nachbarvolk. In der DDR wird die Oder-Neiße-Grenze als Friedensgrenze bezeichnet und jede Propaganda einer Revision mit Recht als Kriegshetze betrachtet. Der verhängnisvolle „Drang nach dem Osten“, der über unsere Nachbarvölker und vor allem über das polnische Volk so namenloses Unglück gebracht hat, war dem deutschen Volk zu keiner Zeit von Nutzen. Die entscheidende Voraussetzung für ein neues Verhältnis zwischen Deutschland und Polen war die Entmachtung der Träger dieser Ideen, der Junker und Monopolisten, in Deutschland.

Das ist in der DDR geschehen. Beginnend mit dem Tage der militärischen Zerschlagung des Hitlerstaats wurde ein neues Verhältnis zu Polen geschaffen. Die Festlegung der Oder-Neiße-Grenze ist die endgültige Bestattung des deutschen Dranges nach dem Osten. Sie wurde als eine Grenze gegen die Aggression, vor allem zum Schutze des polnischen Volkes, geschaffen.

Die Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik

Die Eigentumsverhältnisse

Nach dem Zusammenbruch des Faschismus waren es vor allem die Arbeiter, die in den von den Monopolherren und Kriegsverbrechern im Stich gelassenen Betrieben die Produktion wieder aufnahmen. Praktisch waren schon 1945 die Arbeiter die Herren dieser Betriebe.

An dem am 30. Juni 1946 in Sachsen durchgeführten Volksentscheid über die Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher in der Wirtschaft beteiligten sich 94 Prozent aller Wahlberechtigten. Davon stimmten 77,7 Prozent für die Enteignung. Auf Grund des Volksentscheides wurde die Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher in der Wirtschaft und die Überführung ihrer Betriebe in Volkseigentum gesetzlich festgelegt.

Auch auf dem Lande wurde der reaktionäre Großgrundbesitz enteignet und die demokratische Bodenreform durchgeführt. Entsprechend der Verordnung über die demokratische Bodenreform bildeten sich in allen Gemeinden und auf Kreis- und Länderebene Bodenkommissionen. Sie stellten fest und entschieden, welche Großbetriebe (über 100 ha) oder Betriebe von Nazi- und Kriegsverbrechern zu enteignen und an landlose und landarme Bauern, Landarbeiter und Umsiedler aufzuteilen waren. Damit wurde eine breite Grundlage für eine demokratische Entwicklung auf dem Lande geschaffen.

Diese Tatsachen widerlegen eindeutig die Behauptung der Verleumder der DDR und des Sozialismus, die Schaffung des Volkseigentums in der DDR sei ein Akt der Gewalt und der Rechtlosigkeit unter dem Schutz sowjetischer Waffen gewesen.

Es muß daran erinnert werden: Die umwälzende Neugestaltung des gesellschaftlichen Lebens und seiner wirtschaftlichen Grundlagen vollzog sich auf dem Gebiet der DDR in voller Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen. Durch die Überführung der Fabriken und Güter, der Versicherungskonzerne und Banken in Volkseigentum wurde den Junkern und Monopolisten die ökonomische und politische Machtgrundlage entzogen. Das Volkseigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln wurde die Grundlage der neuen gesellschaftlichen Ordnung des Arbeiter- und Bauern-Staates.

Auch im Westen Deutschlands hatte die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung die politische und wirtschaftliche Entmachtung der Rüstungskonzerne gefordert. Am 1. Dezember 1946 sprachen sich bei dem Volksentscheid in Hessen 67 Prozent der Bevölkerung für die Über-

führung der Grundstoffindustrie in Gemeineigentum aus. Aber diese Entscheidung des Volkes stand im Gegensatz zu den Plänen der amerikanischen Imperialisten, die Herrschaft des Monopolkapitals in Deutschland wiederherzustellen. So verbot General Clay, der damalige Oberbefehlshaber der amerikanischen Besatzungstruppen in Deutschland, kurzerhand die vom Volk beschlossene Enteignung der Konzerne.

Nach der im Jahre 1946 erfolgten Enteignung der Monopolherren und Junker, Kriegsverbrecher und Naziaktivisten wurden in der DDR keine Enteignungen mehr vorgenommen, es sei denn, daß Eigentümer von Betrieben republikflüchtig wurden oder sich gegen Gesetze der DDR vergangen haben.

Welche Wirtschaftspolitik betreibt der Staat gegenüber den verschiedenen Sektoren der Volkswirtschaft?

Nachdem die Grundlagen des Sozialismus in der DDR im wesentlichen geschaffen sind, beschloß der V. Parteitag der SED, den Aufbau des Sozialismus in der DDR in der nächsten Periode zu vollenden. Um die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung gegenüber der kapitalistischen Herrschaft umfassend zu beweisen, soll der Pro-Kopf-Verbrauch der werktätigen Bevölkerung in der DDR an allen wichtigen Lebensmitteln und Konsumgütern bereits in den nächsten Jahren den Pro-Kopf-Verbrauch der Gesamtbevölkerung in Westdeutschland übertreffen.

Zur Erreichung dieses Zieles ist eine rasche Steigerung der Arbeitsproduktivität notwendig. Die Einführung der modernsten Technik und der große Arbeitsenthusiasmus der Arbeiter in den sozialistischen Betrieben geben die Gewähr, daß die Arbeitsproduktivität im sozialistischen Sektor der Wirtschaft schnell ansteigen wird. Der Staat lenkt den Großteil seiner Investitionsmittel in den sozialistischen Sektor, sowohl in der Industrie als auch in der Landwirtschaft.

Anders ist es jedoch in den kleinen und mittleren privaten Industriebetrieben, den Einzelbetrieben des Handwerks und den Einzelwirtschaften der Bauern. Dank der großzügigen Förderung des Staates war diesen Betrieben in den vergangenen Jahren eine volle Ausnutzung ihrer Produktionskapazitäten und damit eine bedeutende Steigerung ihrer Produktion möglich. Weitere erhebliche Steigerungen der Produktion des privaten Sektors sind jedoch unmöglich, weil der rationelle Einsatz der modernsten Technik in den Klein- und Mittelbetrieben des Handwerks, der Industrie und der Landwirtschaft auf unüberwindbare Schranken stößt. Deshalb liegt die Einbeziehung der vielen zersplitterten Klein- und Mittelbetriebe in die sozialistische Großproduktion im Interesse der gesamten Bevölkerung und auch der derzeitigen Eigentümer dieser Einzelbetriebe.

Um eine rasche Weiterentwicklung der Produktion in allen Wirtschaftszweigen zu gewährleisten, versucht der Staat mit wachsendem Erfolg, die Einzelbauern und Handwerker von den Vorteilen der Produktions-

genossenschaften zu überzeugen und sie bei strengster Einhaltung des Prinzips der Freiwilligkeit für die Genossenschaft zu gewinnen.

Die ökonomische Politik gegenüber dem privatkapitalistischen Sektor der Industrie besteht darin, diese Betriebe mit der sozialistischen Industrie eng zu verbinden und die privaten Unternehmer in den Aufbau des Sozialismus einzubeziehen.

Die zielstrebige Veränderung der sozialökonomischen Struktur macht die staatliche Beteiligung an den privatkapitalistischen Betrieben erforderlich. Um den Betrieben mit staatlicher Beteiligung zu helfen, nach sozialistischen Wirtschaftsprinzipien zu arbeiten, übernehmen volkseigene Betriebe die Patenschaft über diese Betriebe. Durch den Abschluß von Liefer- und Produktionsverträgen mit volkseigenen Betrieben lösen die halbstaatlichen Betriebe wichtige Teilaufgaben der sozialistischen Wirtschaft.

Eine Gegenüberstellung der DDR mit der Bundesrepublik beweist, daß dort, wo der Sozialismus aufgebaut wird, alle Schichten der Bevölkerung eine krisenfreie, gesunde Entwicklung haben, während ihre Existenz dort, wo das Monopolkapital herrscht, immer neuen Erschütterungen ausgesetzt wird.

Wie entwickelte sich der volkseigene Sektor der Wirtschaft?

Die volkseigenen Betriebe sind zum wichtigsten Bestandteil der Volkswirtschaft der DDR geworden. Das schnelle Anwachsen des Anteils der volkseigenen Betriebe an der gesamten Industrieproduktion der DDR ist auf die hervorragenden Leistungen der Werktätigen in den volkseigenen Betrieben und auf die sozialistische Wirtschaftspolitik des Arbeiter-und-Bauern-Staates zurückzuführen. Große Mittel wurden für den Neubau von Werken und Kombinat und für den Ausbau bestehender Betriebe bereitgestellt. Der sozialistische Sektor in der Industrie entwickelte sich seit 1950 wie folgt:

	1950	1957
Industrielle Bruttoproduktion, insgesamt	100	100
sozialistische Betriebe	76,5	88,7
darunter VEB	74,9	84,4
darunter Genossenschaftsbetriebe	1,6	4,3
halbstaatliche Betriebe	—	1,2
kapitalistische Betriebe	23,5	10,1

Wie entwickelte sich das Nationaleinkommen?

Die sozialökonomische Struktur in der Deutschen Demokratischen Republik zeigt, daß dank der Initiative der Arbeiterklasse, der Bauern und anderen Schichten der Werktätigen die Grundlagen des Sozialismus

im wesentlichen geschaffen sind. Als Ergebnis der Erhöhung der Arbeitsproduktivität stieg das Nationaleinkommen seit 1950 auf 182 Prozent. Der individuelle Verbrauch je Kopf stieg auf 186 Prozent, während der Verbrauch an Industriewaren auf 236 Prozent anwuchs. Diese Zahlen unterstreichen die Politik des Arbeiter-und-Bauern-Staates, die Lebenslage der Bevölkerung ständig zu verbessern.

Das Nationaleinkommen entwickelte sich wie folgt:

	1950	1957	Steigerung auf Prozent
absolut (in Mill. DM)	30 829	56 035	182
je Kopf der Bevölkerung	1 677 DM	3 199 DM	190
Individuelle Konsumtion je Kopf	1 336 DM	2 483 DM	186
darunter Industriewaren	365 DM	861 DM	236
Staatliche Ausgaben für Er- ziehung, Berufsausbildung, und Sport je Kopf	103 DM	144 DM	140
Staatliche Ausgaben für Gesundheits- und Sozial- wesen je Kopf	420 DM	541 DM	129

Wem fließen die Gewinne der volkseigenen Betriebe zu?

Die volkseigenen Betriebe in der DDR arbeiten nicht für die Profitinteressen einzelner Monopolherren. Die Gewinne der volkseigenen Betriebe kommen der gesamten Bevölkerung zugute. Sie werden in erster Linie verwandt, um die Produktion zu erweitern und zu modernisieren, die Bevölkerung sozial und kulturell zu betreuen und den Lebensstandard der Werktätigen zu erhöhen. Die Gewinne der volkseigenen Wirtschaft ermöglichen einen vorbildlichen Arbeitsschutz und solch mannigfaltige soziale Einrichtungen wie Kinderkrippen, Kindertagesstätten, Kurverschickungen, Ferienreisen, die in diesem Ausmaß in der kapitalistischen Wirtschaft der Bundesrepublik undenkbar sind.

Die Planung der Wirtschaft

Warum wird die Wirtschaft geplant?

In der kapitalistischen Wirtschaft sind das Schwanken der Marktpreise, der Profitrate, des Zinsfußes, der Aktienkurse die Barometer, von denen sich die einzelnen kapitalistischen Unternehmen leiten lassen, ihr Kapital für die Fertigung dieser oder jener Erzeugnisse anzulegen. Die Aus-

wirkungen rücksichtslosen Konkurrenzkampfes, die Anarchie in der Produktion verursachen ständig Arbeitslosigkeit, allgemeine Existenzunsicherheit und Wirtschaftskrisen.

Der sozialistische Aufbau ist undenkbar ohne planmäßige Abstimmung der Industrie mit der Landwirtschaft, der Rohstoff- und Energieversorgung mit der Fertigwarenproduktion und des Lebensmittel- und Industriewarenangebotes mit dem Verbrauch. Die planmäßige Koordinierung aller Wirtschaftszweige macht es möglich, die Arbeitskräfte und die materiellen und finanziellen Mittel weit nutzbringender und rationeller einzusetzen, als es die kapitalistische Wirtschaft vermag. Die Planwirtschaft auf der Grundlage des Volkseigentums garantiert eine krisenfreie Entwicklung ohne Arbeitslosigkeit.

Die werktätigen Menschen, denen die sozialistischen Betriebe in der DDR gehören, stellen selbst die Wirtschaftspläne auf, verwirklichen sie und kontrollieren ihre Erfüllung.

Wie wird die Volkswirtschaft geplant?

Der Fünfjahrplan der DDR legt die Entwicklung für einen Zeitraum von fünf Jahren fest, während der Volkswirtschaftsplan die konkreten Planaufgaben für das laufende Jahr bestimmt. Zur Erfüllung der Planaufgaben hat jeder Wirtschaftszweig, jeder Kreis und Bezirk, jeder Betrieb als Bestandteil der sozialistischen Volkswirtschaft einen bestimmten Teil der wirtschaftlichen Aufgaben zu lösen. Dazu stellen diese Organe auf der Grundlage des Fünfjahrplanes und des Volkswirtschaftsplanes eigene Perspektiv- und Operativpläne auf.

Die Planung der Volkswirtschaft umfaßt Aufgaben von gesamtstaatlicher und örtlicher Bedeutung. Dementsprechend sind auch die Aufgaben zwischen den zentralen und den regionalen Staatsorganen aufgeteilt.

In den letzten Jahren wurde eine gewisse übermäßige Zentralisation der Planung beseitigt. Zur Zeit werden nur noch 440 Positionen von der Staatlichen Plankommission als oberstem Planungsorgan der DDR geplant. Für diese 440 Positionen, wie Elektroenergie, Braunkohle, Briquettes, Walzstahl, wichtige chemische Grundstoffe u. ä., arbeitet die Staatliche Plankommission die Kennziffern aus. Alle nicht zentralen Aufgaben werden von den Räten der Bezirke und der Kreise in eigener Verantwortung erarbeitet.

Die Planung der Produktion und die Erfassung der echten wirtschaftlichen Leistungen der Betriebe beschränken sich nicht nur auf die Bruttoproduktion und auf die Mengeneinheiten (z. B. Tonnen), sondern umfassen gleichzeitig solche Kennziffern, die eine qualitäts- und bedarfsgerechte Produktion gewährleisten. Der Betriebsvergleich zwischen gleichartigen Betrieben ist zu einer bewährten Methode der Planung und Wirtschaftsführung geworden.

Eine wichtige Aufgabe der verschiedenen Planungsorgane ist es, besonders die Entwicklung und Produktion der neuesten technischen Erzeugnisse zu fördern.

Die Planaufstellung und Planerfüllung wird ergänzt durch eine systematische Plankontrolle, die ständig beobachtet, ob alle Wirtschaftszweige und Betriebe rhythmisch arbeiten und ihre Plankennziffern erreichen. Ein wichtiges Mittel der Plankontrolle ist die statistische Berichterstattung, die von den regionalen Organen der staatlichen Statistik und der statistischen Zentralverwaltung ausgewertet wird. Andere Formen der Plankontrolle werden verwirklicht durch die Finanzorgane, durch die leitenden Wirtschaftsfunktionäre und vor allem durch die Arbeiter und Angestellten in den Betrieben.

Wie arbeiten die örtlichen Planungsorgane?

Für die Planung auf regionaler Ebene wurden Wirtschaftsräte bei den Räten der Bezirke und Plankommissionen bei den Räten der Kreise geschaffen. Sie sind insbesondere dafür verantwortlich, die planmäßige Entwicklung innerhalb ihres Gebietes zu sichern, hierfür Perspektiv- und Jahrespläne zu erarbeiten und die ihnen unterstellten Betriebe anzuleiten und zu unterstützen.

Mit der Erweiterung der Rechte der örtlichen Volksvertretungen haben sich die Rechte der örtlichen Planungsorgane ebenfalls bedeutend erhöht. So werden z. B. den Räten der Bezirke für die industrielle Produktion ihres Gebietes nur eine wertmäßige Gesamtsumme und jeweils Kennziffern für einige wenige wichtige Einzelerzeugnisse angegeben. Gleichzeitig erhalten sie vom Staat nur die Gesamtzahl der Beschäftigten und die Gesamtlohnsumme genannt. Außerdem teilt ihnen die Plankommission noch den Gesamtumfang der staatlichen Investitionen mit, wobei nur die Mittel für den Wohnungsbau und für die Landwirtschaft zentral festgelegt werden.

Welchen Einfluß haben die Arbeiter auf die Planung?

Bei der Planaufstellung beschränken sich die regionalen Planungsorgane auf ihre wesentlichen Aufgaben, so daß die Betriebe nur die wichtigsten Plandispositionen erhalten.

Den Betrieben ist damit genügend Selbständigkeit und Bewegungsfreiheit gelassen. In Diskussionen der Betriebsleitung mit den Arbeitern und Angestellten des Betriebes werden die Planaufgaben entsprechend den betrieblichen Produktions- und Absatzmöglichkeiten aufgeteilt bzw. Veränderungen vorgeschlagen.

Nach weitgehender Berücksichtigung und Bilanzierung aller Vorschläge werden die endgültigen Zahlen des Volkswirtschaftsplanes festgelegt und von der Volkskammer beschlossen. Auf der Grundlage der bestätigten Planpositionen des Volkswirtschaftsplanes verabschieden die regionalen Organe und die Betriebe den Plan für ihren Bereich.

Nachdem Millionen Arbeiter und Angestellte an der Aufstellung des Planes aktiven Anteil genommen haben, ist auch die Erfüllung des Planes das Ergebnis der Arbeitsleistung von Millionen Menschen.

So zeigte z. B. die Vorbereitung des V. Parteitages der SED, daß die Werktätigen der DDR eine große Initiative entfalteten, um ihre Produktionsleistungen erheblich zu steigern. Dank dieser guten Arbeitsergebnisse der Werktätigen und der engen wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den volksdemokratischen Ländern konnten die Planaufgaben um mehr als sechs Milliarden Mark gegenüber den ursprünglichen Zahlen des zweiten Fünfjahrplanes erhöht werden.

Gegenüber den ursprünglichen Zahlen des zweiten Fünfjahrplanes für die Jahre 1959 bis 1960 wird die Produktion in folgendem Umfang gesteigert:

Chemie	um insgesamt 1,9 Milliarden,
Leichtindustrie	um insgesamt 2,0 Milliarden,
metallverarbeitende Industrie	um insgesamt 2,2 Milliarden.

Warum wird die Grundstoffindustrie vorrangig entwickelt?

Oberstes Ziel der Planung ist es, die Lebenslage der Bevölkerung entsprechend ihren wachsenden Bedürfnissen ständig zu verbessern. Um jedoch in immer größerem Umfang Konsumgüter herstellen zu können, müssen alle örtlichen und betrieblichen Reserven ausgenutzt und mehr Rohstoffe beschafft werden.

Die Rohstoffversorgung unserer Industrie hängt hauptsächlich von der wachsenden Produktion der Grundstoffindustrie ab. Das Tempo der Entwicklung der Grundstoffindustrie, zu der u. a. der Bergbau, die Energieversorgung, die Hüttenindustrie, die Chemie, die Erdölförderung und -verarbeitung und die Baustoffindustrie gehören, ist deshalb entscheidend für das Wachstumstempo der übrigen Zweige der Volkswirtschaft. Deshalb wird die Grundstoffindustrie in der DDR vorrangig entwickelt, wobei insbesondere alle eigenen Rohstoffreserven rationell ausgenutzt werden.

Die Industrie

Unter welchen Bedingungen vollzog sich der Wiederaufbau der Industrie?

Die 1945 in der Industrie erfolgte Bestandsaufnahme der Hinterlassenschaft des verbrecherischen Hitlerkrieges auf dem Gebiet der heutigen DDR gab eine geradezu erschreckende Bilanz. Das Ausmaß der Katastrophe war ohne Beispiel in der Geschichte. Kein früherer Krieg hatte solche Zerstörungen hinterlassen. Die Industriebetriebe in der damaligen sowjetischen Besatzungszone waren zu einem großen Teil völlig vernichtet. Alle Rohstoffe und die wichtigsten Hilfsmaterialien fehlten vollständig.

Bald kamen die durch die Spaltung Deutschlands bedingten Schwierigkeiten der Rohstoffversorgung hinzu, denn fast die gesamte Stahlerzeugung und Steinkohlenförderung Deutschlands war in Westdeutschland konzentriert, während die DDR als einzigen Rohstoff in genügendem Umfang nur Braunkohle besaß. Erschwerend wirkte außerdem die Tatsache, daß die übernommene Industrie in erster Linie Fertigwaren produzierte.

Trotz dieser äußerst schwierigen Startbedingungen hatte die Volkswirtschaft ein großes Plus aufzuweisen: die schöpferische Initiative der von der Ausbeutung durch das Monopolkapital befreiten Werktätigen.

1948 wurde der erste Plan für einen längeren Zeitraum, der Zweijahrplan zur Wiederherstellung der Volkswirtschaft 1949 bis 1950, aufgestellt. Der erste Fünfjahrplan wurde 1951 verkündet und durch die aufopfernde Arbeit der Werktätigen erfolgreich erfüllt.

Im Jahre 1957 erreichte die Industrieproduktion einen Stand von 217 Prozent gegenüber 1950 und von 240 Prozent gegenüber 1936. Die bisherige Entwicklung der Volkswirtschaft garantiert, daß der Beschluß des V. Parteitages der SED, den Aufbau des Sozialismus in der nächsten Periode zu vollenden, erfolgreich gelöst werden wird. Gegenüber 1957 wird sich die Industrieproduktion im Jahre 1965 fast verdoppeln und damit das Fünffache des Vorkriegsstandes erreichen.

Wie haben sich die einzelnen Industriezweige entwickelt?

Im Jahre 1936 wurden auf dem Gebiet der heutigen DDR 101 Millionen Tonnen Rohbraunkohle gefördert. Das war schon damals die höchste Braunkohlenförderung der Welt. 1957 wurden rund 213 Millionen Tonnen Rohbraunkohle gewonnen. Das ist ungefähr die Hälfte der Braunkohlenproduktion der Welt. Um mehr als doppelt soviel Braunkohle als 1936 zu fördern, entwickelten Betriebe der DDR die größten und modernsten Förderanlagen. Viele braunkohlefördernde Länder der Welt studieren diese Anlagen und lassen sie in ihren Ländern durch Betriebe der DDR aufbauen.

Eine der größten Schwierigkeiten in der industriellen Entwicklung ergab sich daraus, daß hüttenfähiger Koks völlig fehlte. Die Wissenschaftler der DDR vollbrachten eine Pioniertat. Ihnen gelang ein Verfahren, diesen hüttenfähigen Koks aus Braunkohle herzustellen. Er wird jetzt in großindustriellem Umfang in der neubaute Großkokerei Lauchhammer gewonnen.

1957 produzierte die DDR 32,7 Milliarden Kilowattstunden Elektroenergie. Das ist ungefähr die Menge, die Belgien, Holland, Dänemark und Finnland zusammen erzeugen.

Im dritten Fünfjahrplan werden in der DDR zwei hochmoderne Großkraftwerke, Lübbenau und Vetschau, aufgebaut. Das werden die größten Kraftwerke auf Braunkohlenbasis in der Welt sein. In diesen beiden

Kraftwerken werden etwa 15 Milliarden Kilowattstunden erzeugt; das ist die Hälfte der gesamten Elektroenergieerzeugung der DDR im Jahre 1957 und mehr als die Elektroenergieerzeugung Hollands und Luxemburgs (1956 = 13,2 Mrd. KWh).

Vor dem Kriege besaß der Schiffbau auf dem Gebiet der heutigen DDR fast keine Bedeutung. In den letzten Jahren aber entstanden an der Ostsee moderne Werften. Vor dem Krieg arbeiteten in Rostock 3000 Werftarbeiter; heute sind es sechsmal soviel. Die Volkswerft in Stralsund beschäftigt 6000 und die Matthias-Thesen-Werft in Wismar 8000 Arbeiter. Während der Schiffbau im ersten Fünfjahrplan eine Leistung von 324000 BRT erreichte, wird sie im zweiten Fünfjahrplan auf 950000 BRT steigen. Die Warnow-Werft hat die größte Schiffbauhalle in Europa. Sieben 10000-Tonnen-Motorfrachtschiffe sind hier schon bis Ende 1957 vom Stapel gelaufen. Die Hochseewerft in Stralsund wird ab 1961 an Stelle der bisherigen kleinen und mittleren Fischereifahrzeuge größere, den ökonomischen Forderungen der Fischwirtschaft entsprechende Schiffstypen produzieren. Diese Schiffstypen besitzen einen wesentlich größeren Aktionsradius, ermöglichen die sofortige Verarbeitung des Fanges und werden in bedeutendem Maße für den Export und für den eigenen Bedarf gebaut.

Anlässlich des V. Parteitages verpflichteten sich die Arbeiter der Matthias-Thesen-Werft, zusätzlich ein Hochseepassagierschiff als Urlauberschiff für den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund zu bauen.

Für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Landes ist die Chemieproduktion ein wichtiger Gradmesser. Sie hat in der DDR einen großen Aufschwung genommen und den Vorkriegsstand bei weitem überschritten. 1957 wurden 522000 Tonnen Schwefelsäure erzeugt, was ungefähr das Doppelte der Produktion von 1950 ist. Große Erfolge erzielten die Chemiker der DDR auf dem Gebiet der Herstellung synthetischer Fasern (Perlon, Wolcrylon, Lanon). Durch den Aufbau neuer Anlagen in Staßfurt und Bernburg stieg wesentlich die Produktion von Ätznatron und Soda. Die Leuna-Werke, nach dem Kriege ein großer Trümmerhaufen, produzieren heute weit mehr als vor dem Kriege. Mit 28000 Beschäftigten sind sie der größte Betrieb der DDR.

Die chemische Industrie wird die Grund- und Werkstoffbasis der verarbeitenden Industrie, insbesondere die des Maschinenbaues und der Leichtindustrie, erweitern. Deswegen liegt der Schwerpunkt des weiteren Aufbaus der chemischen Industrie auf dem Gebiet der Kunststoffe und der vollsynthetischen Fasern. Im dritten Fünfjahrplan wird die Produktion von Kunststoffen auf 250 Prozent anwachsen. Die Pro-Kopf-Produktion wird von 7 Kilo im Jahre 1960 auf 16 Kilo im Jahre 1965 gesteigert.

Besonders stark werden die Produktionskapazitäten für PVC (Polyvinylchlorid) ausgebaut, für dessen Herstellung die DDR besonders günstige natürliche und ökonomische Voraussetzungen besitzt. Um die umfangreichen Investitionen – ihr Gesamtvolumen beträgt etwa 230 Millionen DM – vornehmen zu können, wird die Sowjetunion außerhalb der nor-

malen Handelsabkommen wichtige Materialien liefern, darunter allein etwa 95000 Tonnen Walzstahl sowie nichtrostenden Stahl, Hüttenaluminium, Kupferwalzerzeugnisse, Schnittholz und andere. Die DDR wird die Kredite der Sowjetunion durch entsprechende Gegenlieferungen von PVC und anderen Kunststoffen zurückerstatten.

In der Rohstoffbasis der chemischen Industrie werden sich in Zukunft starke Veränderungen ergeben. Neben der Braunkohle als wichtigstem Rohstoff der chemischen Industrie wird in zunehmendem Maße das Erdöl treten. Im dritten Fünfjahrplan wird in der DDR eigenes Erdöl gefördert und der Erdölimport aus der Sowjetunion von jetzt 1,5 Millionen Tonnen auf 4,8 Millionen Tonnen erhöht. Der Transport solch großer Mengen Erdöl kann rationell nur mit Hilfe von Erdölleitungen erfolgen. Deswegen wird im dritten Fünfjahrplan als gemeinsames Projekt der Sowjetunion und der interessierten sozialistischen Länder eine Erdölleitung zur Versorgung der DDR und anderer sozialistischer Länder gebaut. Ein großes Erdölverarbeitungswerk wird in der DDR entstehen.

Die DDR war angesichts der Stahlblockade durch die Bundesrepublik gezwungen, eine eigene metallurgische Basis zu schaffen. Auch diese schwere Aufgabe wurde gelöst! Die metallurgische Industrie erzielte die größten Produktionssteigerungen. Betrug 1947 die Produktion von Stahl rund 200000 Tonnen, so waren es 1957 2890000 Tonnen. Die Erzeugung von Eisen erhöhte sich 1957 auf das Fünffache gegenüber 1950.

Als Voraussetzung für die großen Aufgaben der metallverarbeitenden Industrie, hochwertige Erzeugnisse herzustellen und den Metallverbrauch zu senken, wird die Verfeinerung und Veredelung der eigenen Walzstahl- und Buntmetallerzeugnisse vorrangig entwickelt. Insbesondere wird die Produktion von Erzeugnissen der zweiten Verarbeitungsstufe, d. h. von Rohren, Blankstahl und Kaltband, auf das Zweieinhalbfache erhöht.

Durch Ausnutzung der eigenen Rohstoffvorkommen wird die Nickel- und Zinkproduktion wesentlich erhöht. Die Kupferproduktion wird maximal gesteigert. Auf der Basis der Kali-Endlauge wird eine eigene Magnesiumproduktion aufgebaut.

Hunderte neuer Maschinentypen wurden im Maschinenbau der DDR im ersten Fünfjahrplan in die Produktion aufgenommen. Verschiedene Typen, z. B. auf Teilgebieten des polygraphischen Maschinenbaus, stehen in Qualität und Konstruktion an der Spitze des Weltniveaus.

Die Entwicklung der metallverarbeitenden Industrie wird auf die Zweige mit hohem Veredelungsgrad gerichtet. In erster Linie werden der Werkzeugmaschinenbau, die Feinmechanik und Optik, bestimmte Zweige der Elektrotechnik, die Meß- und Regeltechnik, der Textil- und polygraphische Maschinenbau sowie der Bau von Verpackungsmaschinen gesteigert. Der Maschinenbau soll 1960 150 Prozent gegenüber 1955 erreichen. Die Elektroindustrie der DDR produziert heute mehr, als die gesamte deutsche Elektroindustrie vor dem Kriege erzeugt hatte.

Wie entwickelt sich die Leichtindustrie?

Im ersten Fünfjahrplan war der Industrie die Aufgabe gestellt, nach Beseitigung der infolge der faschistischen Kriegswirtschaft und der Spaltung Deutschlands noch bestehenden Disproportionen die Bruttoproduktion auf mehr als das Doppelte gegenüber dem Vorkriegsstand zu erhöhen. Dazu war erforderlich, vor allem die Schwerindustrie und den Schwermaschinenbau schnell zu entwickeln. Milliardenbeträge waren erforderlich, eine metallurgische Basis zu schaffen, große Werften zu errichten, die Braunkohlenförderung zu erhöhen. Es war notwendig, einen sehr großen Teil des Produktionsergebnisses in der Industrie selbst zu investieren.

Ab 1953 konnte auf der Grundlage der neugeschaffenen mächtigen Grundstoffindustrie dazu übergegangen werden, auf die Produktion von Konsumgütern größeres Gewicht zu legen. So hat sich die Produktion z. B. von Woll- und Baumwollgeweben in den letzten Jahren mehr als verdoppelt. Der Wert der Produktion elektrischer Haushaltsgeräte erhöhte sich von 87,6 Millionen DM 1955 auf 111,9 Millionen DM 1957. Wurden 1955 19000 Mopeds hergestellt, so waren es 1957 schon 130300 Stück. Die Perlonproduktion stieg in der Periode des ersten Fünfjahrplanes nahezu auf das Zehnfache.

Die Produktion anderer wichtiger Industriewaren für die Bevölkerung entwickelte sich wie folgt:

	1950	1957
Rundfunkempfänger	277 000 Stück	664 000 Stück
Fotoapparate	143 000 Stück	631 000 Stück
Fahrräder	338 000 Stück	587 000 Stück
Lederschuhe	7 958 000 Paar	17 635 000 Paar

Um den steigenden Bedarf der Bevölkerung noch besser zu befriedigen, wird die gesamte Leichtindustrie bis 1960 ihre Produktion um mehr als ein Drittel erhöhen (siehe Seite 63). In Übereinstimmung mit dem stürmischen Wachstum der gesamten Industrieproduktion wird die Leichtindustrie im dritten Fünfjahrplan einen noch rascheren Aufschwung nehmen als bisher.

Welche Spitzenleistungen industrieller Erzeugnisse hat die DDR aufzuweisen?

Die Erzeugnisse vieler Industriezweige der DDR haben nicht nur das Weltniveau erreicht, sondern stehen darüber hinaus an der Spitze der Entwicklung. Berühmt sind in der ganzen Welt die Erzeugnisse des VEB Carl Zeiss, Jena. Heute werden in den Zeiss-Werken 17600 Menschen beschäftigt, ihre Produktion hat den Vorkriegsstand weit überschritten.

Die Zeiss-Werke weisen ein ausgedehntes Produktionsprogramm an optischen Geräten und Meßinstrumenten und eine Vielzahl von Neuentwicklungen auf, die dem höchsten technischen Entwicklungsstand entsprechen.

Optische und mechanische Präzisionsgeräte aus Jena sind weltbekannt und in insgesamt 90 Ländern in Gebrauch; das gleiche gilt für die Erzeugnisse des Dresdner Kamerabaus. Insbesondere sind es die Kleinbild-Spiegelreflextypen der dortigen Betriebe, die allerorts als Maßstab für den hochqualifizierten Apparatebau angesehen werden. Es sei nur an den Ozeanographen Dr. Hans Hass erinnert, der gegenwärtig wiederum mit Geräten aus Jena und Dresden die Meereswelt erforscht.

Büromaschinen und Bürohilfsmaschinen aus der DDR gehören ebenfalls zu den technischen Spitzenleistungen. Sie wurden auf der Konferenz in Bandung ebenso benutzt wie heute in der Administration der Vereinten Nationen in Genf und nicht zuletzt natürlich auch in zahlreichen westdeutschen Büros.

In der DDR befinden sich die größten Uranvorkommen Europas. Die Regierung der DDR hat keine Mittel gescheut, um so schnell wie möglich die Atomenergie praktisch für die Volkswirtschaft zu nutzen. Das erste Atomkraftwerk der DDR ist im Bau und soll schon 1960 elektrischen Strom liefern. Der erste Atomreaktor wurde am 16. Dezember 1957 seiner Bestimmung übergeben und das erste Zyklotron am 1. August 1958 in Betrieb gesetzt. Die DDR ist in der Atomforschung und in der friedlichen Anwendung der Atomenergie weiter als alle kontinentalen westeuropäischen Länder einschließlich der Bundesrepublik.

Eine Pionierarbeit internationalen Ranges vollbrachten Metallurgen der DDR unter der Leitung von Prof. Säuberlich. Sie errichteten in Calbe das erste Hüttenkombinat der Welt, das nur mit Niederschachtöfen arbeitet. Damit wurde in der DDR die Verhüttung von armen und sauren Erzen ermöglicht, die infolge des hohen Schlackenfalls nicht in Hochöfen verarbeitet werden konnten.

Nach seiner Fertigstellung wird das Braunkohlenkombinat „Schwarze Pumpe“ die größte Anlage ihrer Art in der Welt sein. Dieses gewaltige Unternehmen des zweiten Fünfjahrplanes erfordert viele Milliarden an Investitionen. Die Braunkohle wird dort nach modernsten Produktionsverfahren veredelt werden und der Volkswirtschaft in Form von Elektrizität, Gas und chemischen Grundstoffen zur Verfügung stehen.

Welche Stellung nimmt die DDR unter den Industrieländern ein?

Die Industrie der DDR produziert heute mehr als doppelt soviel wie vor dem Kriege. Im Vergleich zu 1936 betrug die Industrieproduktion 1957 240 Prozent; im Vergleich zu 1950 217 Prozent. Heute liegt die DDR ihrer industriellen Produktion nach an fünfter Stelle in Europa, d. h. hinter der Sowjetunion, England, der Bundesrepublik und Frankreich. Die DDR hat sich trotz großer wirtschaftlicher Schwierigkeiten zu einem der stärksten Industriestaaten der Welt entwickelt.

Der kontinuierliche Aufstieg der Wirtschaft der DDR ist auch im zweiten Fünfjahrplan gesichert. So werden gegenüber dem ersten Fünfjahrplan die Gesamtinvestitionen auf 187,7 Prozent ansteigen. Damit erreichen sie in den Jahren 1956 bis 1960 eine Höhe von über 55 Milliarden DM. Davon sind 22 Milliarden DM für die Industrie bereitgestellt worden. 1960 wird der Wert der industriellen Produktion 68 Milliarden DM betragen.

Die Finanzpolitik

Welche Aufgaben hat der Staatshaushalt?

Der Staatshaushalt ist der Hauptfinanzplan der DDR, in dem die staatlichen Mittel für die Volkswirtschaft und für kulturelle und soziale Aufgaben geplant und dementsprechend eingenommen und verteilt werden. Alle Aufgaben des Volkswirtschaftsplanes spiegeln sich als Geldeinnahmen oder -ausgaben im Staatshaushaltsplan wider. Wenn z. B. gemäß den Beschlüssen des V. Parteitages der SED der Pro-Kopf-Verbrauch der werktätigen Bevölkerung der DDR den Pro-Kopf-Verbrauch der Gesamtbevölkerung in Westdeutschland übersteigen soll, wird dies auch in den betreffenden Positionen des Staatshaushaltsplanes entsprechend berücksichtigt. Wenn der Volkswirtschaftsplan andererseits eine Erhöhung der Industrieproduktion und des Gewinns der volkseigenen Wirtschaft vorsieht, wird dies im Staatshaushaltsplan als erhöhte Einnahme berücksichtigt.

Es gibt in der DDR kein Haushaltsdefizit wie in der Bundesrepublik und in den anderen kapitalistischen Ländern. Der Staatshaushaltsplan 1958 schließt mit einem Überschuß von 8 Millionen DM ab.

Was sind die Haupteinnahmen des Staatshaushalts?

Die Haupteinnahmen des Staatshaushalts der DDR kommen aus der sozialistischen Wirtschaft. Sie umfassen vor allem das Einkommen aus den volkseigenen Betrieben. Im Jahre 1958 betragen die Einnahmen aus der volkseigenen Wirtschaft 54 Prozent der Gesamteinnahmen. Der Anteil der Einnahmen des Staatshaushalts aus der privaten Wirtschaft beträgt 6,6 Prozent.

Der Anteil der Lohnsteuer erreicht in der DDR nur 4 Prozent der staatlichen Einnahmen, während in der Bundesrepublik im Jahre 1957 13 Prozent der Staatseinnahmen (ohne Gemeindehaushalte) aus der Lohnsteuer stammen.

Wie hoch ist die Lohnsteuer?

Für die Berechnung der Steuer gelten folgende Steuerklassen:

1. Steuerklasse I:

Unverheiratete (ledige, geschiedene, verwitwete) Männer und Frauen, soweit sie nicht in die Steuerklasse II oder III einzustufen sind.

2. Steuerklasse II:

- a) Verheiratete Männer und Frauen;
- b) unverheiratete Männer, wenn sie das 60. Lebensjahr und
- c) unverheiratete Frauen, wenn sie das 40. Lebensjahr vollendet haben und nicht in die Steuerklasse III einzustufen sind.

Die Steuerermäßigung beträgt in der Steuerklasse II durchschnittlich 10,— DM.

3. Steuerklasse III:

Männer und Frauen, denen Kinderermäßigung zusteht oder auf Antrag gewährt wird.

Für das erste Kind beträgt die Steuerermäßigung etwa 20,— DM, und für jedes weitere Kind kommen etwa 10,— DM dazu.

Die Lohnsteuer beträgt z. B. in der Steuerklasse I (bis 181,99 DM steuerfrei) bei einem Bruttolohn

von 300,— DM	18,— DM,
von 400,— DM	38,— DM,
von 500,— DM	62,— DM,
von 600,— DM	92,— DM,
von 700,— DM	126,— DM;

bei 1258,— DM und mehr beträgt die Lohnsteuer 20 Prozent des Bruttolohnes.

Erwerbsgeminderten sind bei der Vorlage des amtlichen Beschädigtenausweises vor Berechnung der Steuer vom Lohnschuldner folgende steuerfreie Beträge vom steuerpflichtigen Arbeitseinkommen abzusetzen:

Stufe I (25 bis 45 Prozent)	monatlich 70,— DM,
Stufe II (50 bis 75 Prozent)	monatlich 140,— DM,
Stufe III (80 bis 100 Prozent)	monatlich 200,— DM.
Empfänger von Pflegegeld und Blinde	monatlich 400,—DM.

Anerkannte Verfolgte des Naziregimes erhalten einen steuerfreien Betrag wie Erwerbsgeminderte der Stufe III. Sind sie gleichzeitig erwerbsgemindert, so wird nur der höhere steuerfreie Betrag berücksichtigt.

Wofür werden die Einnahmen des Staatshaushalts verwendet?

An der Spitze aller Aufgaben des Staatshaushalts stehen die Ausgaben für die Entwicklung der einzelnen Wirtschaftszweige: Industrie, Landwirtschaft, Verkehrswesen, Handel usw. Eine solche Aufgabenstellung, wie die Entwicklung der Friedenswirtschaft, gibt es im Staatshaushalt der kapitalistischen Länder nicht. Dort stehen die Ausgaben für die Rüstung, Bewaffnung und den Unterhalt des Militärs u. ä. an der Spitze der Ausgabepositionen.

Sehr bedeutend sind die Ausgaben des Staatshaushalts der DDR für Volksbildung und für kulturelle und gesundheitliche Zwecke. Sie betragen gegenwärtig 37 Prozent der Gesamtausgaben, darunter für Renten

und Sozialfürsorgeleistungen 11,9 Prozent. An zweiter Stelle stehen die Investitionsmittel (15 Prozent) für die Wirtschaft. Sie dienen der Erweiterung und dem Neubau von Betrieben und damit der Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung. Die Investitionstätigkeit in der DDR wird insbesondere auf die Erweiterung der Kapazitäten in der Kohle- und Energiewirtschaft und auf die Steigerung des Wohnungsbauprogramms konzentriert. Weiterhin werden 14,3 Prozent aller Ausgaben zur Mechanisierung und Förderung der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt.

Demgegenüber betragen die Ausgaben für den Unterhalt der staatlichen Verwaltungen nur 6,7 Prozent der Gesamtausgaben.

Wieviel gibt die DDR für die Nationale Volksarmee aus?

1957 wurden für die Nationale Volksarmee 976,2 Millionen DM, d. h. 2,6 Prozent der Gesamtausgaben des Staatshaushalts, ausgegeben.

Nachdem der finanzielle Kostenbeitrag für den Unterhalt sowjetischer Truppen in der DDR bereits mehrfach gekürzt worden ist, verzichtet die Sowjetunion ab 1959 auf die Zahlung jeglicher Stationierungskosten. Demgegenüber sieht der Haushalt der Bundesrepublik 1958 nach offiziellen Angaben rund 10,7 Milliarden DM für die Aufrüstung vor, das sind 27 Prozent der gesamten Ausgaben des ordentlichen Haushalts. In der Praxis wird diese Summe, zu der noch unter anderem die Stationierungskosten für ausländische Besatzungstruppen kommen, erheblich überschritten.

Welche Aufgaben haben die Banken?

Mit der Enteignung der Kriegsverbrecherkonzerne in der damaligen sowjetischen Besatzungszone wurden auch die Großbanken in Volkseigentum übergeführt, da sie an der Vorbereitung und Organisierung des faschistischen Überfalls auf die Nachbarvölker maßgeblich beteiligt waren.

So wurde die Grundlage für das volkseigene Geld- und Kreditwesen geschaffen.

Die wichtigste Bank ist die Deutsche Notenbank. Sie hat als einziges Kreditinstitut das Recht, Banknoten in Umlauf zu geben. Sie reguliert den Geldumlauf und führt für die sozialistischen Betriebe und für die staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen den Kassendienst aus. Sie gibt den Betrieben und Wirtschaftsorganisationen kurzfristige Kredite, regelt den Zahlungsverkehr zwischen den Betrieben und Organisationen, übernimmt die Kassenführung des Staatshaushalts und wickelt in Zusammenarbeit mit der Außenhandelsbank der DDR, der Deutschen Handelsbank AG, einen Teil des Verrechnungsverkehrs mit dem Ausland ab.

Außerdem gibt es in der DDR mehrere staatliche und genossenschaftliche Spezialbanken, wie die Deutsche Investitionsbank, die Bank für Handwerk und Gewerbe und die Deutsche Bauernbank.

Die staatlichen Banken haben die wichtige Aufgabe, das ständige Wachstum der sozialistischen Produktionsverhältnisse zu sichern und insbesondere die sozialistische Umgestaltung auf dem Gebiete der Landwirtschaft, des Handwerks und des übrigen privaten Sektors zu unterstützen.

Darüber hinaus haben die staatlichen Sparkassen ihre Zweigstellen in nahezu allen Orten der DDR eröffnet, um die Spareinlagen der Bevölkerung entgegenzunehmen und andererseits Kredite an Einzelpersonen (z. B. Teilzahlungskredite) auszugeben und den Zahlungsverkehr der Bevölkerung zu erleichtern.

Wie arbeitet die Sach- und Personenversicherung?

Die Sach- und Personenversicherung bietet der Bevölkerung, allen Betrieben, Einrichtungen usw. mannigfaltige Möglichkeiten, ihr Vermögen gegen Zufallsschäden zu versichern bzw. individuell für die Wechselfälle des Lebens und für das Alter vorzusorgen. Dafür ist die volkseigene „Deutsche Versicherungs-Anstalt“ (DVA, für Berlin: „Vereinigte Großberliner Versicherungsanstalt“) und als spezielle Institution die „Deutsche Auslands- und Rückversicherungs-Aktiengesellschaft“ eingerichtet. Die DVA ist in allen Kreisen durch Dienststellen vertreten und unterhält ein sehr engmaschiges Netz von Vertretern für Werbung, Inkasso und Betreuung der Versicherungsnehmer.

Der Bevölkerung wird zu niedrigen Beiträgen ein guter Versicherungsschutz für den Hausrat und für die gesetzliche Haftpflicht geboten. Vorwiegend jedoch lenkt sie ihre Aufmerksamkeit auf den Abschluß von Lebens-, Unfall- und Rentenversicherungen. Besonders die Spar-Rentenversicherung, durch die sich die Werktätigen eine zusätzliche Altersrente verschaffen können, hat große Bedeutung erlangt.

Besondere Aufmerksamkeit wird auch dem Versicherungsschutz für die Landwirtschaft gewidmet. Der Landwirtschaft dient neben der Feuer-, Haftpflicht- und Hagelversicherung die weitverbreitete Tierversicherung. Durch die weitgehende Dezentralisierung der Verwaltung der Anstalt wird die Schadenregulierung zügig und unbürokratisch vorgenommen. Die DVA bildet aus Gründen der Liquidität eine Sicherheitsrücklage bis zur Höhe eines Jahresbeitragsaufkommens der Sach-, Unfall- und freiwilligen Krankenversicherung. Die vorübergehend freien Mittel sind sicher als Festgelder bei den staatlichen Banken und in Hypotheken angelegt.

Der Außenhandel und innerdeutsche Handel

Von welchen Aufgaben und Grundsätzen wird der Außenhandel der DDR bestimmt?

Es gibt in der Welt kein zweites Land, das eine so hochentwickelte Industrieproduktion wie die DDR besitzt und gleichzeitig nur über eine so außerordentlich schmale eigene Rohstoffbasis verfügt. Um

den vorgesehenen jährlichen Produktionszuwachs der Industrie von 6 bis 9 Prozent zu erreichen, ist eine ständig steigende Versorgung der verarbeitenden Betriebe mit Rohstoffen und Halbfabrikaten notwendig. Obwohl die Arbeiter in der Grundstoffindustrie große Anstrengungen machen, die Eigenproduktion erheblich zu steigern, ist die verarbeitende Industrie dennoch auf erhöhte Importe, z. B. an Walzstahl, Steinkohle, Erdöl, metallurgischem Koks, Eisenerz, Buntmetallen, Baumwolle, Wolle, Häuten angewiesen. Ohne Importe des Außenhandels ist auch bei einer Reihe von Nahrungs- und Genußmitteln keine ausreichende Versorgung der Bevölkerung möglich. Aus diesen Gründen besitzt der Außenhandel eine außerordentliche Bedeutung für die Entwicklung der Wirtschaft der DDR.

Daneben hat die DDR auf Grund ihres hohen Produktionsstandes und der vorhandenen Erfahrungen der Facharbeiter, Ingenieure und Wissenschaftler die Verpflichtung, nach Kräften am gemeinsamen Aufbauwerk der sozialistischen Länder mitzuwirken, insbesondere durch erhöhte Außenhandelslieferungen von Erzeugnissen der metallverarbeitenden und der chemischen Industrie. Dafür decken diese Länder unseren hauptsächlichsten Einfuhrbedarf an den wichtigsten Grundstoffen.

Von nicht geringer Bedeutung ist die Ausweitung des Außenhandels der DDR mit den antiimperialistischen Nationalstaaten, der beiden Seiten bedeutende Vorteile bringt und zur wirtschaftlichen Festigung dieser Staaten beiträgt.

Der Außenhandel der DDR mit dem übrigen kapitalistischen Ausland dient insbesondere der Ergänzung wichtiger Einfuhrgüter und fördert die friedliche Verständigung mit diesen Ländern.

Allen Handelsbeziehungen der DDR liegt grundsätzlich die völlige Gleichberechtigung der Handelspartner zugrunde. Es gibt keine diskriminierenden Forderungen, es wird das Prinzip der ausgeglichenen Zahlungsbilanz angewandt; es gibt keine Dumpingpreise, und der gegenseitige Vorteil beider Handelspartner ist und bleibt gewahrt.

Die Regierung der DDR geht auch im Außenhandel von den Prinzipien der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Systemen aus.

Wozu dient das Außenhandelsmonopol?

Das staatliche Außenhandelsmonopol ist für den sozialistischen Aufbau eine wirtschaftliche und politische Notwendigkeit, um die zentrale Leitung und Planung des Außenhandels in Übereinstimmung mit den gesamtwirtschaftlichen Planzielen zu gewährleisten. Ein wesentliches Merkmal des Außenhandelsmonopols besteht in der Trennung von Produktion und Außenhandel und der Durchführung von Außenhandelsoperationen durch selbständige, vom sozialistischen Staat dazu ermächtigte staatliche Außenhandelsunternehmen. Das Außenhandelsmonopol wird ergänzt und unterstützt durch das Valutamonopol und das Außen-

handels-transportmonopol. Zur weiteren Sicherung des Außenhandels wurde 1952 das Amt für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs gebildet und damit die Voraussetzung zur einheitlichen Bekämpfung des organisierten Schmuggels mit Waren und Zahlungsmitteln gegeben.

Die wichtigsten Aufgaben des Außenhandelsmonopols der DDR sind:

die Erfüllung des Außenhandelsplanes und damit des planmäßigen sozialistischen Reproduktionsprozesses der gesamten Volkswirtschaft zu sichern,

die handelspolitischen Grundsätze in Übereinstimmung mit der Außenhandelspolitik der DDR durchzusetzen,

gegenüber den sozialistischen Ländern die planmäßige Warenbewegung auf Grund der sozialistischen internationalen Arbeitsteilung zu sichern und auf die Weiterentwicklung der internationalen Arbeitsteilung im sozialistischen Lager Einfluß zu nehmen,

gegenüber den kapitalistischen Ländern die geplante volkswirtschaftliche Entwicklung vor den störenden Einflüssen der Anarchie, der Krisenerscheinungen, der handelspolitischen Diskriminierung, wie Embargopolitik, Ex- und Importbeschränkungen, Zollpolitik usw., zu schützen.

Welche Bedeutung

hat der Außenhandel der DDR mit dem sozialistischen Lager?

Entsprechend den Grundsätzen des proletarischen Internationalismus dient auch der Außenhandel mit den sozialistischen Ländern der ständigen Festigung und Stärkung des sozialistischen Weltsystems auf der Grundlage der internationalen Arbeitsteilung. Deshalb wächst der Anteil des sozialistischen Weltmarktes am Außenhandel der DDR ständig an und beträgt gegenwärtig etwa 75 Prozent. Im ersten Halbjahr 1958 stiegen die Umsätze auf 109 Prozent gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. Allein auf die Sowjetunion entfällt etwa die Hälfte des gesamten Außenhandelsumsatzes der DDR.

Ein neues langfristiges Handelsabkommen mit der UdSSR sieht Lieferungen an die DDR in fast allen wichtigen Grundstoffen wie Erdöl, Eisen, Walzstahl, Kupfer, Aluminium, Koks, Apatit, Holz, Zellstoff für die nächsten sieben Jahre vor. Es werden z. B. die Erdölimporte verfünffacht. Sie werden ab 1961 jährlich 4,8 Millionen Tonnen erreichen. Die Roh- und Walzstahlimporte bzw. Roheisenimporte werden nahezu verdoppelt bzw. erreichen das Anderthalbfache. Die Gegenlieferungen der DDR umfassen Maschinen, Leichtindustrienerzeugnisse und chemische Produkte. Sie werden in der Hauptsache erst nach 1962 erfolgen. Unter anderem stellt die Sowjetunion umfangreiche Investitionskredite und Material für die chemische Industrie zur Verfügung und arbeitet mit der DDR auf dem Gebiet der chemischen Forschung und Erzeugung eng zusammen. Im „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ arbeiten alle europäischen sozialistischen Länder zusammen, um in internationaler Arbeitsteilung die Wirtschaft ihres Landes planmäßig weiterzuentwickeln.

Das geschieht unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Erfordernisse und Gegebenheiten jedes einzelnen Landes im Interesse der Gesamtheit des sozialistischen Lagers.

Mit dem Jahre 1956 wurden die Volkswirtschaftspläne der Teilnehmerstaaten auf lange Sicht miteinander abgestimmt.

So hat z. B. die Volksrepublik Rumänien in ihrem zweiten Fünfjahrplan den Ausbau von Industriezweigen zur Verwertung einheimischer Rohstoffe vorgesehen, unter anderem die Zelluloseherstellung aus Schilf. Die DDR, die Volksrepublik Polen, die CSR und Rumänien werden zur Versorgung ihrer Länder mit Zellulose gemeinsam in Rumänien ein Schilfvorverarbeitungskombinat errichten.

Für die Produktion von Kraftfahrzeugen und Maschinen gibt es ähnliche Vereinbarungen. In den nächsten Jahren ist der gemeinsame Bau einer großen Erdölleitung aus der SU in die interessierten Länder und in die DDR vorgesehen. Gegenwärtig treten die Fragen der allseitigen Entwicklung der Rohstoffzweige der Volkswirtschaft und der Energiewirtschaft besonders in den Vordergrund. Es wird verstärkt an einer Spezialisierung und Kooperation der Produktion der Teilnehmerländer gearbeitet. Ständige Kommissionen auf dem Gebiete des Bau- und Transportwesens werden geschaffen.

Diese sozialistische internationale Arbeitsteilung gibt dem Außenhandel der DDR neue große Perspektiven und hilft ihm bei der Erfüllung seiner Hauptaufgabe, das Entwicklungstempo der gesamten Volkswirtschaft zu erhöhen und die weitere Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung zu fördern.

Welche Handelsbeziehungen bestehen zum kapitalistischen Ausland?

Die DDR treibt gegenwärtig mit etwa 100 kapitalistischen Ländern innerhalb und außerhalb Europas Handel. Mit 23 dieser Länder bestehen Handels- und Zahlungsabkommen mit unterschiedlichem Charakter. Von den erwähnten Abkommen wurden acht auf Regierungsebene mit den Regierungen antiimperialistischer Nationalstaaten abgeschlossen (Indien, VAR, Libanon, Sudan, Burma, Indonesien, Jemen, Finnland).

Die DDR ist als Arbeiter-und-Bauern-Macht besonders daran interessiert, gute Handelsbeziehungen zu den antiimperialistischen Nationalstaaten zu haben, weil sie ihnen auf diesem Wege Hilfe und Unterstützung in ihrem Kampfe um die nationale Selbständigkeit geben kann.

Der Gesamtumsatz im Außenhandel und innerdeutschen Handel stieg im 1. Halbjahr 1958 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres auf 110 Prozent. Der Umsatz mit den kapitalistischen Ländern in Übersee erhöhte sich auf 148 Prozent, darunter mit denen in Asien auf 153 Prozent und in Afrika auf 154 Prozent. Der Umsatz mit der Vereinigten Arabischen Republik erweiterte sich auf 162 Prozent.

Wer behindert den innerdeutschen Handel?

Die herrschenden Kreise der Bundesrepublik haben bisher mit allen Kräften versucht, den innerdeutschen Handel zum Erliegen zu bringen. Die Fülle der entsprechenden Maßnahmen reicht von der Unterbrechung des innerdeutschen Handels durch die Abriegelung der damaligen Zonengrenzen im Juni 1948 bis zu der Tatsache, daß es die Bundesregierung im März 1958 ablehnte, Bezugsgenehmigungen für Lieferungen aus der DDR laut dem Zweijahresabkommen zu geben. Offensichtlich versucht die Adenauer-Regierung damit, den erfolgreichen Aufbau des Sozialismus in der DDR zu stören. Dabei nützen die Imperialisten die Tatsache aus, daß die DDR von den wichtigen deutschen Rohstoffen, z. B. im Ruhrgebiet, getrennt ist. Dessenungeachtet schreitet die DDR unbeirrt weiter voran auf dem Wege zum Sozialismus. Die sichtbaren Erfolge der solidarischen Hilfe aller sozialistischen Länder, besonders der Sowjetunion, und der Anstrengungen der Werktätigen in der DDR beweisen anschaulich, daß sich das westdeutsche Monopolkapital verrechnet hat.

Auf Grund des wachsenden Interesses westdeutscher Wirtschaftskreise und der beharrlichen Bemühungen der Außenhandelsorgane der DDR erhöhten sich die Gesamtumsätze im innerdeutschen Handel von Jahr zu Jahr. Im Jahre 1952 hatte das Gesamtvolumen 282 Millionen Verrechnungseinheiten betragen. 1955 wurde die Milliardengrenze erreicht, und von 1956 bis 1957 gelang es, den Gesamtumsatz um etwa 29 Prozent zu steigern.

Das in Vergangenheit und Gegenwart größte Hindernis für die Ausdehnung des innerdeutschen Handels ist das von der Adenauer-Regierung – entgegen zahlloser Proteste und Vorstellungen von Wirtschaftskreisen aus beiden Teilen Deutschlands, so z. B. vom Ausschuß zur Förderung des deutschen Handels – weiterhin strikt angewandte handelsfremde Abwicklungsverfahren. Daher entspricht die Höhe des Gesamtumsatzes keineswegs den Möglichkeiten und Wünschen beider Partner.

Die Regierung der DDR, die in Verfolgung ihrer nationalen Politik auch auf dem Gebiete des innerdeutschen Handels weiterhin alle Anstrengungen macht, sowie diejenigen Kreise Westdeutschlands, die den innerdeutschen Handel fördern, leisten damit zugleich wertvolle Beiträge zur friedlichen Annäherung der beiden deutschen Staaten.

Durch ihre starre Politik der Störung des innerdeutschen Handels arbeitet die Adenauer-Regierung gleichzeitig gegen die Schaffung eines einheitlichen, friedliebenden und demokratischen Deutschlands.

Handel und Versorgung

Was kann man alles in der DDR kaufen?

Alle Waren, die schon früher auf dem Gebiet der DDR produziert wurden und einen internationalen Ruf in allen Teilen der Welt besaßen, sind auch heute wieder vorhanden. Darüber hinaus werden aber auch Waren produziert, die früher fast ausschließlich in Westdeutschland hergestellt wurden.

Außer den Erzeugnissen der eigenen Industrie und des Handwerks werden in den Verkaufsstellen des Einzelhandels umfangreiche Importwarensortimente aus vielen Ländern der Welt angeboten. Das Angebot an Importwaren wird ständig reichhaltiger.

Wie wird sich das Warenangebot verbessern?

Von Jahr zu Jahr ist die Versorgung der Bevölkerung erheblich verbessert worden. Ein unverkennbarer Maßstab dafür ist die Steigerung des Warenumsatzes im Einzelhandel, die nachstehende Übersicht zeigt:

1950	100	1954	172
1951	124	1955	183
1952	145	1956	189
1953	159	1957	202

Die Abschaffung der Reste der Rationierung und das ganze System von Maßnahmen der Regierung in diesem Zusammenhang haben zu einer umfassenden Verbesserung der Lebenslage aller Menschen in der DDR geführt. Die Bevölkerung der DDR kann auf Grund dieser Maßnahmen im Jahre 1958 für 1,7 Milliarden DM mehr Waren kaufen. Verschiedene Mängel, die in Sortiment und Qualität einzelner Waren auftreten, werden auf Grund offener Kritik schnell überwunden. Hierbei spielt die Tatsache, daß die DDR durch die Spaltung Deutschlands unter anderem von wichtigen Rohstoffquellen abgeschnitten ist, eine wesentliche Rolle. Sie ist gezwungen, den größten Teil ihrer Rohstoffe für die Industrie über den Außenhandel zu beschaffen, und muß deshalb die für den Export wichtigen Industriezweige neben dem Ausbau der eigenen Grundstoff- und Energiewirtschaft vorrangig entwickeln. Das beeinflußt das Warenangebot. Dafür einige Beispiele:

Obwohl sich die Produktion von Baumwollgeweben von 1951 bis 1957 verdreifacht hatte, konnte der Bedarf noch nicht voll gedeckt werden, weil Baumwolle infolge des vorrangigen Imports von Kohle und Stahl noch nicht in der notwendigen Menge eingeführt werden konnte.

Obwohl auch die Produktion der beliebten Perlonseidengewebe von 1955 bis 1957 verzehnfacht wurde, ist es z. Z. noch nicht möglich, den Bedarf voll zu decken.

Auf dem V. Parteitag der SED wurde der Beschluß gefaßt, die Volkswirtschaft innerhalb weniger Jahre so zu entwickeln, daß der Pro-Kopf-Verbrauch der werktätigen Bevölkerung an allen wichtigen Lebensmitteln und Konsumgütern höher liegt als der Pro-Kopf-Verbrauch der Gesamtbevölkerung in Westdeutschland. Die große Initiative der Werktätigen und die bedeutenden Produktionserfolge lassen schon heute erkennen, daß die ursprünglichen Ziele des zweiten Fünfjahrplanes vorfristig erreicht werden. Das war die reale Grundlage, um die Planziele bis 1960 umfassend zu erhöhen und damit die entscheidenden Voraussetzungen für die Lösung der ökonomischen Hauptaufgabe zu schaffen.

Nachdem die DDR Westdeutschland bereits jetzt im Verbrauch pro Kopf der Bevölkerung bei fast allen lebenswichtigen Nahrungsmitteln überholt hat, wird auf Grund dieser Produktionssteigerung bis 1961/62 auch bei den wichtigsten industriellen Konsumgütern der Pro-Kopf-Verbrauch Westdeutschlands erreicht und teilweise überschritten werden.

Um den erhöhten Verbrauch der Bevölkerung zu gewährleisten, sind für 1961 folgende Kontrollziffern vorgesehen:

	1957	1961
Lederschuhe	16,5 Mill. Paar	23,5 Mill. Paar
Wollene Gewebe	24,5 Mill. qm	48,7 Mill. qm
Wollene Obertrikotagen ..	3,2 Mill. Stück	10,1 Mill. Stück
Baumwollgewebe und baumwollartige Gewebe ..	217,0 Mill. qm	301,0 Mill. qm
Perlenseidengewebe	1,6 Mill. qm	8,4 Mill. qm
Teppiche und Läufer	3,9 Mill. qm	6,5 Mill. qm
Gardinen	19,0 Mill. qm	33,0 Mill. qm

Das Angebot an industriellen Konsumgütern für die Bevölkerung wird sich z. B. wie folgt erhöhen:

	1957	1961
Fernsehgeräte	von 100 000 Stück	auf 400 000 Stück
Haushaltskühlschränke ...	von 28 000 Stück	auf 130 000 Stück
Personenkraftwagen	von 21 500 Stück	auf 68 000 Stück

Die vorgeschlagene Steigerung unseres Außenhandels hat u. a. zum Ziel, die Versorgung in folgendem Umfang zu erhöhen:

	1957	1961
Röstkaffee	von 9 400 Tonnen	auf 28 800 Tonnen
Kakaoerzeugnisse ..	von 20 300 Tonnen	auf 45 000 Tonnen

Auch die Versorgung mit Südfrüchten soll im gesamten Zeitraum mehr als verdoppelt werden.

Im zweiten Fünfjahrplan soll der Pro-Kopf-Verbrauch an Fisch und Fischwaren von 14 Kilogramm auf 16,4 Kilogramm im Jahre 1960 erhöht werden.

Weitere große Arbeitsleistungen aller Werktätigen der DDR und die brüderliche Hilfe der Sowjetunion sowie der anderen Länder des sozialistischen Lagers geben die feste Gewißheit, daß dieses Ziel erreicht wird.

Was kosten Lebensmittel und Industriewaren?

Die folgenden Preise entsprechen dem Stand von Anfang Oktober 1958:

Lebensmittel

Butter (1 kg)	9,80 DM
Mischbrot (1 kg)	0,48 DM
Einkellerungskartoffeln (1 dz)	9,60 DM
Schweineschmalz (1 kg)	3,10 DM
Schweinefleisch, Bauch (1 kg)	4,60 DM
Speck, geräuchert (1 kg)	4,— DM
Rindfleisch, Brust ohne Knochen (1 kg)	7,80 DM
Vollmilch (1 Ltr.)	0,68 DM

Genußmittel

Zigaretten	0,06 bis 0,24 DM
Zigarren	0,12 bis 1,80 DM
China-Tee (50 gr.)	1,20 DM

Industriewaren

Anzugstoff, Somolanawolle (m)	28,50 bis 39,20 DM
Import	60,— bis 100,— DM
Herrenanzug, Somolanawolle	160,— bis 210,— DM
Herren- und Damenlederschuhe	17,50 bis 54,50 DM
Damenstrümpfe Monofil II	8,70 bis 9,50 DM
Perlon I	8,10 bis 9,95 DM
Herrenfahrrad	200,— bis 250,— DM
Fotoapparat „Werra“	177,— bis 199,— DM
Kleinbildfilm, Agfa (36 Aufnahmen) alle Gradationen	2,15 DM
Kleinbildfilm, Agfa-Color (36 Aufnahmen)	8,45 DM
Taschenuhren ohne Stein	ab 6,— DM

Sind die Preise stabil?

In der Wirtschaft der DDR werden die Preise vom Staat planmäßig festgesetzt. Grundlage der Preisgestaltung sind jeweils die ökonomischen Erfordernisse und Gegebenheiten des sozialistischen Aufbaus. Die Politik der planmäßigen Preissenkungen basiert auf der stetigen Steigerung der Arbeitsproduktivität in der gesamten Volkswirtschaft und ist grundsätzlich abhängig von ihrem jeweiligen Stand.

Diese Preise sind stabil und bewahren die Werktätigen vor spekulativen Preissteigerungen.

Auch bei einer schlechten Ernte oder bei einer plötzlich einsetzenden übermäßigen Nachfrage treten keine Verteuerungen ein. Unter diesem

Gesichtspunkt sind die festen Preise im allgemeinen und die niedrigen festen Preise für so wichtige Lebensmittel wie Kartoffeln und Brot von größtem Vorteil für die Bevölkerung. Für einige Waren, bei denen gegenwärtig das Angebot zur Deckung des Bedarfs noch nicht ausreicht oder die durch Import beschafft werden müssen, werden höhere Preise festgesetzt.

Was kosten Heizung und Licht?

Anfang 1958 kosteten	in der DDR	in Westberlin
Braunkohlenbriketts		
(50 kg)	1,92 DM	4,19 DM
Gas (cbm).....	0,16 DM	0,33 DM
Strom (kWh)	0,08 DM	0,24 DM

Wie hoch sind die Tarife der öffentlichen Beförderungsmittel?

Eisenbahn

1. Klasse	11,6 Pfennig je km
2. Klasse	8,0 Pfennig je km

Zuschlag für Eilzüge	1. Klasse	2. Klasse
1—300 km	3,— DM	1,50 DM
über 300 km	5,— DM	2,50 DM

Zuschlag für Schnellzüge	1. Klasse	2. Klasse
1—300 km	6,— DM	3,— DM
über 300 km	10,— DM	5,— DM

Arbeitermonatskarten	DDR	Bundesrepublik
(35 km)	18,60 DM	35,— DM

Straßenbahn	DDR	Bundesrepublik
einfache Fahrt	—,15, —,20 DM bis zur End- haltestelle	—,30 DM bis drei Teilstrecken, —,40 DM vier Teil- strecken usw.

in Berlin	Demokratischer Sektor	Westsektor
einfache Fahrt (auch für Autobus und U-Bahn)	—,20 DM	—,30 DM (Autobus —,35 DM)
Monatskarten		
U- oder Straßenbahn	9,— DM	13,50 DM
Autobus oder Obus.....	9,— DM	15,— DM

S-Bahn

	Berlin	Hamburg	
		1. Klasse	2. Klasse
Preisstufe 1	—,20 DM	—,45 DM	—,30 DM
Preisstufe 2	—,30 DM	—,60 DM	—,40 DM

Wie hoch ist der Verbrauch an den wichtigsten Grundnahrungsmitteln?

Das Angebot an Nahrungsmitteln konnte in der DDR in den letzten Jahren erheblich gesteigert werden. Ein Vergleich des Pro-Kopf-Verbrauchs der Bevölkerung der DDR mit der Bevölkerung der Bundesrepublik an Grundnahrungsmitteln zeigt folgendes Bild:

	1957	
	DDR	BR
Fleisch.....	48,0 kg	50,2 kg
Fette insgesamt	28,8 kg	25,8 kg
davon Butter	10,4 kg	7,2 kg
Schlachtfette	8,3 kg	5,9 kg
Margarine	10,1 kg	12,7 kg
Weißzucker	28,7 kg	28,3 kg

Obwohl in den Jahren 1956 und 1957 bei Fischen, Eiern und Eierzeugnissen die notwendigen Mengen noch nicht zu jeder Zeit genügend angeboten werden konnten, war trotzdem im Jahresdurchschnitt eine erhebliche Steigerung des Pro-Kopf-Verbrauchs möglich.

	1956		1957 DDR
	DDR	BR	
Fisch (Frischgewicht)	11,1 kg	12,5 kg	13,3 kg
Eier und Eierzeugnisse ..	144 Stück	144 Stück	163 Stück

Kann auf Teilzahlung gekauft werden?

Ja, viele langlebige Waren können auf Abzahlung gekauft werden. Dafür gibt es zwei Verfahren.

1. Der Käufer kann ein zweckgebundenes Darlehen von der Sparkasse in Anspruch nehmen. Er schließt mit der Sparkasse einen Vertrag ab, indem er sich verpflichtet, ein Viertel der beabsichtigten Kaufsumme in monatlichen Raten anzusparen. Zu dieser Summe zahlt die Sparkasse ein Darlehen in Höhe der restlichen Vertragssumme, das mit sechs Prozent verzinst wird. Die ratenweise Tilgung des Darlehns kann bis zu zwei Jahren festgelegt werden. Sie beträgt 10 bis 15 Prozent des Bruttoeinkommens. In Notfällen gewährt die Sparkasse eine Stundung der Zahlung.

Der Verkäufer erhält bei Abschluß des Kaufes von der Sparkasse die volle Kaufsumme überwiesen. Damit ist ein Pfänden der Waren bei stockender Ratenzahlung ausgeschlossen.

2. Im direkten Teilzahlungsverfahren schließt der Käufer mit dem staatlichen oder genossenschaftlichen Handel selbst einen Vertrag ab. Die Höhe der Abzahlungsraten und des Kredits richtet sich nach dem Nettoeinkommen des Käufers. Die Raten betragen im allgemeinen bei einem monatlichen Nettoeinkommen bis zu 700,— DM zehn Prozent und bei einem Einkommen, das darüber liegt, 15 Prozent des monatlichen Nettoeinkommens. Der Kreditbetrag (Kaufpreis abzüglich Abzahlung) soll 20 Prozent des Jahresnettoeinkommens nicht übersteigen. Seine Höchstgrenze liegt bei 3000 DM.

Während in der DDR beim Abschluß von Teilzahlungsverträgen dem Käufer für zusätzliche Verwaltungsarbeit, Verzinsung der Kredite und für die Zahlung von Versicherungsbeiträgen ein Kreditaufschlag von nur 0,35 Prozent pro Monat berechnet wird, erheben die westdeutschen Handelsunternehmen einen Kreditaufschlag von 1 Prozent pro Monat, also fast das Dreifache.

Kauft ein Kunde z. B. eine Ware im Werte von 712,— DM und zahlt 32,— DM an, so nimmt er einen Kredit von 680,— DM in Anspruch. Gesetzt den Fall, der Käufer will den Kredit in 23 Monaten abzahlen, so betrüge der Kreditaufschlag dann:

im sozialistischen Handel der DDR	53,94 DM
in Westdeutschland	154,10 DM

Wohnungsbau und Mieten

Wie fördert der Staat den Wohnungsbau?

Durch den ständigen Aufschwung der Volkswirtschaft ist es dem Staat möglich, immer größere Investitionsmittel für den Wohnungsbau bereitzustellen. In fast allen größeren Städten der DDR, wie Berlin, Magdeburg, Rostock, Dresden, wurden große neue Wohnviertel gebaut.

Im zweiten Fünfjahrplan sind die Mittel für den Wohnungsbau auf mehr als das Doppelte gegenüber dem ersten Fünfjahrplan erhöht worden. Allein für die Jahre 1958 bis 1960 werden annähernd 5,9 Milliarden DM für den Wohnungsbau aufgewendet. Mit dieser Summe werden 230 000 Wohnungseinheiten hergestellt.

Der V. Parteitag der SED entwickelte ein Wohnungsbauprogramm, das bis 1965 den Bau von mindestens 750 000 Wohnungen vorsieht. Bis zu diesem Zeitpunkt werden die Stadtzentren der zerstörten Städte neu aufgebaut sein. Auch für den Wohnungsbau gilt der sozialistische Grundsatz: „Im Mittelpunkt steht der arbeitende Mensch.“ Darum werden die alten Wohnviertel durch völlig neue Wohnkomplexe ersetzt, die den Werktätigen die günstigsten Bedingungen für ihr Leben bieten. Die Bau-

projekte werden mit der Bevölkerung diskutiert, deren Meinung und Vorschläge bei der Ausführung weitestgehend berücksichtigt werden.

Wie wird in der DDR der Wohnraum verteilt?

Wohnungsuchende Bürger der DDR und des demokratischen Sektors von Groß-Berlin wenden sich an die Abteilung Wohnungswesen beim Rat der Gemeinde bzw. des Kreises. Sie werden hier vorgemerkt und erhalten nach Dringlichkeit bzw. in der Reihenfolge der einlaufenden Anträge Wohnraum zugewiesen. Angehörige der Intelligenz und kinderreiche Familien werden dabei bevorzugt.

Größere volkseigene und ihnen gleichgestellte Betriebe erhalten ein bestimmtes Kontingent des freien bzw. neuerbauten Wohnraums von den jeweiligen Räten der Gemeinde oder des Kreises zugewiesen. Die Wohnungen werden dann von der Betriebswohnungskommission an die wohnungsuchenden Arbeiter und Angestellten des Betriebes vergeben.

Muß man einen Baukostenzuschuß zahlen?

Nein; Baukostenzuschüsse für Neubauwohnungen werden in der DDR und im demokratischen Sektor von Berlin nicht verlangt. Im Gegensatz zur Bundesrepublik ist es in der DDR nicht möglich, Wohnungsuchende für Spekulationen auszunutzen.

Wie hoch sind die Mieten?

In der DDR sind Mietpreiserhöhungen unbekannt. In Häusern, die bis 1945 gebaut wurden, zahlen die Mieter auch heute den gleichen Mietpreis wie 1945. In Neubauwohnungen beträgt der Mietpreis je Quadratmeter Wohnraumfläche 0,65 bis 0,90 DM, in Berlin bis 1,10 DM.

Die unterschiedliche Höhe der Mieten hängt in erster Linie von der Größe, dem Zustand und der Lage der Wohnung ab. So ist z. B. eine Wohnung in der Großstadt im allgemeinen teurer als eine ähnliche Wohnung in einem ländlichen Bezirk.

Die niedrigen Mieten für die volkseigenen Neubauwohnungen sind das Ergebnis der großzügigen Förderung des Wohnungsbaus durch den Staat.

Kann sich ein Bürger ein Eigenheim bauen?

Ja; der Ministerrat der DDR hat neben den Summen für den allgemeinen Wohnungsbau noch erhebliche Kredite für den individuellen Wohnungsbau bewilligt. Bis zu 75 Prozent der Baukosten für ein Eigenheim werden durch staatliche Kredite finanziert. Der Boden wird vom Staat kostenlos zur Verfügung gestellt. Weiterhin werden langfristige Kredite zu Vorzugsbedingungen für die Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften (AWG) gewährt.

Wie werden Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften (AWG) gebildet?

Der Ministerrat der DDR hat am 10. Dezember 1953 beschlossen: „Es ist erforderlich, Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften zu bilden und sie durch staatliche Hilfe zu fördern.“

Die Gewerkschaften – als Interessenvertretung der Werktätigen – haben auch die Organisierung der Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften übernommen. AWG können bei den Großbetrieben, den staatlichen Organen, den Verwaltungen der demokratischen Massenorganisationen, den Universitäten, Hochschulen, wissenschaftlichen Instituten und anderen staatlichen und ihnen gleichgestellten Einrichtungen gegründet werden. Mitarbeiter kleinerer Betriebe können in eine AWG eintreten, die auf Grund gegenseitiger Vereinbarung zwischen den Gewerkschaftsleitungen mehrerer Mittel- und Kleinbetriebe gegründet wurde.

Mitglied kann jeder Betriebsangehörige – gleich, ob Arbeiter, Angestellter, Wissenschaftler oder Techniker – werden.

Ist ein Arbeiter in der Lage, die Genossenschaftsanteile aufzubringen?

Jedes Mitglied, das sich am Bau von genossenschaftlichen Wohnungen beteiligen will, muß je nach der Größe der gewünschten Wohnung einige Genossenschaftsanteile übernehmen. Ein Genossenschaftsanteil beträgt 300,— DM.

Die einzubringenden Mittel sind

für eine 1-Zimmer-Wohnung	4 Anteile = 1200,— DM
für eine 1½-Zimmer-Wohnung	5 Anteile = 1500,— DM
für eine 2-Zimmer-Wohnung	6 Anteile = 1800,— DM
für eine 2½-Zimmer-Wohnung	7 Anteile = 2100,— DM
für jedes weitere Zimmer.....	2 Anteile
für jedes weitere halbe Zimmer	1 Anteil.

Die Genossenschaftsanteile können beim Eintritt in die AWG voll oder in monatlichen Teilbeträgen bezahlt werden, spätestens in 10 Jahren. 1 Anteil muß jedoch innerhalb eines Monats nach Beitritt gezahlt werden. Die Höhe der monatlichen Teilbeträge richtet sich nach dem Einkommen. Sie staffeln sich von 20,— DM bei 350,— DM Einkommen bis 100,— DM bei mehr als 900,— DM Einkommen.

Jeder Genossenschafter kann nach drei Jahren wieder aus der Genossenschaft ausscheiden. Die Wohnung steht dann wieder der Genossenschaft zur Verfügung. Die eingezahlten Genossenschaftsanteile werden dann voll zurückgezahlt. Im Todesfall haben der Ehegatte, die Kinder, die Eltern und die Geschwister des Verstorbenen das Recht, die Mitgliedschaft in der AWG zu übernehmen.

Wie werden die genossenschaftlichen Bauten finanziert?

Die AWG erhalten vom Staat zinslose Darlehen bis zu 85 Prozent der Baukosten. Das Darlehen wird bis zu einem Betrag von 24000,— DM je Wohnungseinheit gewährt.

Das Baugelände bekommt die AWG unentgeltlich und unbefristet vom Staat zur Verfügung gestellt.

Weiterhin unterstützen die Betriebe die Mitglieder ihrer AWG. Sie geben z. B. finanzielle Zuwendungen aus dem Kultur- und Sozialfonds oder andere betriebliche Mittel. Zahlreiche Betriebe setzen auch Fahrzeuge für den Transport von Erde und Baumaterial ein. Andere wieder stellen für bestimmte Arbeiten Betriebshandwerker zur Verfügung oder führen Aufträge für die Genossenschaft aus, die dadurch weniger Kosten verursachen.

Geringere Baukosten vermindern auch die Miete, die in den AWG mindestens fünf Prozent niedriger ist als die Miete für vergleichbare volkseigene Neubauwohnungen.

Wie wird das Darlehen zurückgezahlt?

Für jede zu bauende Wohnung geben die Sparkassen der DDR 5000 DM und einen weiteren Betrag in Höhe der von der Genossenschaft für den Bau aufgebrauchten Eigenleistungen als 1. Darlehen. Dieses Darlehen ist zinslos und unkündbar.

Das 2. Darlehen umfaßt den Rest des Gesamtkredits. Dieses Darlehen ist ebenfalls zinslos, jedoch mit 2 Prozent jährlich zu tilgen. Die Tilgung beginnt am 1. Tag des auf die Fertigstellung des Hauses folgenden Monats in vierteljährlichen Raten.

Die Lage der Arbeiter

Der Arbeiter und sein Betrieb

Wer leitet die volkseigene Wirtschaft?

Die Leitung der volkseigenen Betriebe liegt in den Händen der Arbeiterklasse. Sie leitet die volkseigene Wirtschaft durch ihre Vertreter in der Regierung, die von der Partei der Arbeiterklasse, der SED, und von den Gewerkschaften in die Regierung delegiert und von der Volkskammer bestätigt werden.

Für den einzelnen volkseigenen Betrieb ist der Werkleiter sowohl der Regierung als auch der Belegschaft für den ordnungsgemäßen Ablauf der Produktion und für die Erfüllung des Betriebsplanes verantwortlich. Er wird dabei von der Betriebsparteiorganisation der Sozialistischen Einheitspartei und der Gewerkschaftsorganisation des Betriebes unterstützt.

Werkleiter, Partei- und Gewerkschaftsleitung leiten gemeinsam – gestützt auf die Belegschaft – im Rahmen des Betriebsplanes und des jährlich abgeschlossenen Betriebskollektivvertrages den Betrieb und die Belegschaft.

Kann ein Arbeiter Werkleiter werden?

Die meisten Werkleiter der volkseigenen Betriebe kommen aus der Arbeiterklasse. Maßstab für die Einsetzung eines Arbeiters als Betriebsleiter ist sein fachliches Können, seine Eignung zur Menschenführung und sein Verhältnis zur Arbeiterklasse und zu ihrem Staat.

So ist z. B. der Direktor des Steinkohlenwerkes „Deutschland“ im Zwickau-Oelsnitzer Revier, Kurt Zierold, von Beruf Schmied. In der Weimarer Republik wurde er mehrmals gemaßregelt. Den Naziterror lernte er in den Gefängnissen der Gestapo am eigenen Leibe kennen. 1945, nach der Zerschlagung des Hitler-Faschismus, wählten ihn seine Kollegen vom Steinkohlenwerk „Deutschland“ zum 2. Vorsitzenden des Betriebsrates, 1948 wurde ihm die Leitung des Werkes übertragen. Dieser erfahrene Arbeiterfunktionär blieb auch in seiner leitenden Funktion der unermüdliche Kämpfer für den Sozialismus, dem seine Kollegen nach wie vor ihr volles Vertrauen entgegenbringen.

Welches Verhältnis besteht zwischen Belegschaft und Betriebsleitung volkseigener Betriebe?

Besitzer der Produktionsmittel, d. h. der Betriebe, Verkehrsanlagen, Bodenschätze usw., ist das Volk. Damit ist die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt. Der Gegensatz zwischen den Arbeitern und den Kapitalisten, wie er für die kapitalistische Gesellschaftsordnung typisch ist, wurde beseitigt. Der Arbeiter steht nicht mehr mit der Mütze in der Hand, wenn er mit dem Werkleiter spricht. Belegschaft und Betriebsleitung stehen zueinander im Verhältnis von Gleichen zu Gleichen und arbeiten gemeinsam am gleichen Ziel: den Plan zu erfüllen und den Lebensstandard ständig zu erhöhen.

Wie nehmen die Arbeiter an der Betriebs- und Produktionsleitung teil?

Entwicklung und Leistungen der volkseigenen Betriebe beruhen auf der bewußten Mitarbeit und Mitverantwortung aller Arbeiter. Jeder Arbeiter nimmt in seinem Betrieb durch seine Meinungsäußerung und seine Vorschläge in den Abteilungs- und Betriebsversammlungen und in den Produktionsberatungen in seinem Arbeitsbereich an der Leitung des Betriebes und der Produktion teil. Das „Gesetz der Arbeit“ vom 1. Mai 1950 bestimmt im § 7, Absatz 3:

„(3) Die Arbeiter und Angestellten der volkseigenen Betriebe üben ihr Mitbestimmungsrecht bei der Erörterung der VEB-Pläne auf den Belegschaftsversammlungen und in den Produktionsberatungen aus ...“.

In den Produktionsberatungen, die in den Abteilungen oder Brigaden von den Gewerkschaftsleitungen organisiert werden, helfen die Arbeiter, den Arbeitsablauf durch Vorschläge zu vereinfachen, Roh- und Hilfsstoffe einzusparen und die Qualität der Erzeugnisse zu erhöhen. Auf diese Weise nehmen die Arbeiter unmittelbar auf die Leitung der Betriebe Einfluß und machen zugleich eine praktische Schule zur Ausbildung in der Leitung der Betriebe und der Volkswirtschaft durch. Die Produktionsberatungen werden so zu Quellen für den ständig wachsenden Bedarf an Nachwuchs für die Wirtschaftsleitungen.

In den Betriebs- und den Abteilungsversammlungen müssen die Betriebs- und die Abteilungsleiter Rechenschaft über die Erfüllung ihrer Aufgaben und die Einhaltung ihrer Verpflichtungen ablegen. Die Arbeiter stellen an das fachliche Können ihrer Werkleiter hohe Ansprüche und verlangen von ihnen das eingehende Studium der neuesten Erkenntnisse und Erfahrungen der sozialistischen Betriebs- und Wirtschaftswissenschaft und ihre Anwendung im Betrieb. Sie beurteilen die Tätigkeit ihrer Werkleiter danach, ob diese den Anforderungen des sozialistischen Aufbaus gerecht wird.

Durch ihre Gewerkschaften nehmen die Arbeiter Einfluß auf alle wirtschaftlichen Fragen und auf den Staatsapparat. Die Gewerkschaften

„... haben das Recht, von den zuständigen Ministerien und von den Betriebsleitungen über die Einhaltung und Durchführung der Maßnahmen, die die unmittelbaren Interessen der Arbeiter berühren, Rechenschaft zu verlangen“,

heißt es in der „Verordnung über die weitere Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter und der Rechte der Gewerkschaften“ vom 10. Dezember 1953.

Die zuständigen Organe der staatlichen Verwaltung sind verpflichtet, ihre Wirtschaftspläne gemeinsam mit den zuständigen Industriegewerkschaften auszuarbeiten, besonders die Teile, die sich auf die Arbeitsproduktivität, die Arbeitskräfteplanung, die Durchschnittslöhne, die sozialen und kulturellen Einrichtungen und den Arbeitsschutz beziehen.

Wie verwirklicht der Arbeiter-und-Bauern-Staat das Recht auf Arbeit?

Die sozialistische Planwirtschaft hat die Arbeitslosigkeit beseitigt. Durch die Fünfjahrpläne und die Volkswirtschaftspläne wird gewährleistet, daß auch die Arbeitskräfte planmäßig eingesetzt und gefördert werden. Damit hat der Arbeiter-und-Bauern-Staat verwirklicht, was er in seiner Verfassung, Artikel 15, proklamiert: „Das Recht auf Arbeit wird verbürgt. Der Staat sichert durch Wirtschaftslenkung jedem Bürger Arbeit und Lebensunterhalt.“

Das Gesetz der Arbeit § 1 bestimmt: „Jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik hat das Recht auf Arbeit. Es muß ihm ein seinen Fähigkeiten entsprechender und zumutbarer Arbeitsplatz nachgewiesen werden.“

Werkstätige, die auf Grund organisatorischer Umstände oder Arbeitsplatzwechsel vorübergehend arbeitslos sind, erhalten Arbeitslosenunterstützung, sofern sie in der Sozialversicherung sind. Nichtversicherte Bürger, die durch bestimmte Familienverhältnisse oder Verkehrsverhältnisse längere Zeit verhindert sind zu arbeiten (alleinstehende Frauen mit Kindern, Bürger, die in entlegenen Dörfern wohnen u. a.), erhalten Unterstützung aus der staatlichen Sozialfürsorge.

Der Bau neuer Produktionsstätten und die Einrichtung von Kindertages- und Kinderwochenheimen haben dazu geführt, daß die Zahl der arbeitsfähigen Sozialfürsorgeempfänger von 231 301 im Jahre 1950 auf 29 931 im Jahre 1957 gesunken ist.

Gibt es einen ausreichenden Kündigungsschutz?

Die Verordnung über das Kündigungsrecht vom 7. Juni 1951 legt einheitlich für Arbeiter und Angestellte eine Kündigungsfrist von 14 Tagen fest. Kündigungen ohne Zustimmung der Betriebsgewerkschaftsleitung sind unwirksam. Bestimmte Gruppen von Werkstätigen genießen einen besonderen Kündigungsschutz. Unter anderem dürfen gekündigt werden:

- a) Mitglieder der BGL nur mit Zustimmung der nächsthöheren Gewerkschaftsleitung,
- b) Schwerbeschädigte und Tbc-Rekonvaleszenten nur mit Zustimmung der zuständigen Abteilung Arbeit und Berufsausbildung beim jeweiligen Rat des Kreises oder wenn ein anderer Arbeitsplatz zur Verfügung steht (bei vier Wochen Kündigungsfrist),
- c) Schwangere und Wöchnerinnen ohne ihre Zustimmung nicht in der Zeit vom 3. Monat der Schwangerschaft an bis sechs Wochen nach der Entbindung.

Die Sicherung des Arbeitsplatzes ist der sichtbarste Beweis der sozialen Sicherheit für die Werkstätigen in der DDR.

Wie werden Tarifverträge abgeschlossen?

Zur sozialen Sicherheit gehört auch das Recht auf gesicherte, gerechte Entlohnung. Unternehmervverbände, die das Risiko der privatkapitalistischen Produktion durch Lohnsenkung und Entlassungen auf die Arbeiter abwälzen, werden von der Arbeiter-und-Bauern-Macht nicht zugelassen.

Im kapitalistischen Westdeutschland nimmt der Kampf um Tarife, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen die Hauptkraft der Gewerkschaften in Anspruch. Erwähnt sei der vier Monate dauernde Streik der Metallarbeiter von Schleswig-Holstein 1956/57, der neunwöchige Textilarbeiterstreik in Niedersachsen, Bremen und Hessen im Frühjahr 1958 und der dreizehn Wochen währende Streik im rheinischen Schieferbergbau vom Mai bis zum Juli 1958.

In der DDR erspart der für alle Betriebe verbindliche Lohngruppenkatalog den Gewerkschaften, ihre Kraft an langwierigen Lohntarif-

verhandlungen zu verbrauchen. Sie können diese Kraft für den Kampf um die schnelle Entwicklung der Arbeitsproduktivität, des technischen Fortschritts, der sozialistischen Wettbewerbs- und Aktivistenbewegung einsetzen und so dazu beitragen, die vom V. Parteitag der SED gestellte Aufgabe, den westdeutschen Pro-Kopf-Verbrauch bis 1961 einzuholen und zu überflügeln, zu verwirklichen.

Die Grundlöhne bilden die Basis der Entlohnung und machen im allgemeinen etwa 60 Prozent der effektiven Verdienste aus. Wer im Leistungslohn arbeitet, erhält einen Leistungsgrundlohn, der um 15 Prozent höher als der tarifliche Grundlohn liegt.

Sind die Frauen bei der Entlohnung gleichberechtigt?

Die Gleichberechtigung der Frau – ebenso wie der Jugendlichen – erstreckt sich selbstverständlich auch auf die Entlohnung. Das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ist im Gesetz der Arbeit § 3 festgelegt:

„Allen Arbeitenden ist unabhängig von Geschlecht und Alter für gleiche Arbeit gleicher Lohn zu zahlen.“

Dieser Rechtsgrundsatz wurde in der Praxis verwirklicht. Es gibt keine besonderen Frauenlöhne oder besondere Tarifgruppen für Frauen bzw. Jugendliche. Die Tabelle über die Grundlöhne gilt im gleichen Maße für alle.

Wie wird der Leistungslohn berechnet?

Im Arbeiter-und-Bauern-Staat hat sich das sozialistische Prinzip „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung“ durchgesetzt. Die Entlohnung erfolgt nach der Menge und der Qualität der geleisteten Arbeit. Sie beruht grundsätzlich auf technisch begründeten Arbeitsnormen (TAN). Für ihre Errechnung werden nicht die Spitzenleistungen zugrunde gelegt, sondern das Mittel zwischen der Durchschnitts- und der Höchstleistung. Daß die Normen nicht zu hoch sind, geht daraus hervor, daß sie im Durchschnitt übererfüllt werden.

Bei 100 Prozent Erfüllung der Arbeitsnorm wird der Tarifgrundlohn plus 15 Prozent gezahlt. Das ergibt für einen Maschinenschlosser im Schwermaschinenbau der Lohngruppe VII bei 2,19 DM Grundlohn = 2,52 DM pro Stunde. Erfüllt er seine Arbeitsnorm mit 110 Prozent, erhält er 2,77 DM pro Stunde. So steigt sein Verdienst mit jedem weiteren Prozent Übererfüllung. Er hat dabei keine Nachteile zu befürchten, denn in den volkseigenen Betrieben gibt es keinen Akkord, also auch keine Akkordschere.

Nach den von der Regierung am 20. Mai 1952 erlassenen Richtlinien sind die Betriebsleitungen der volkseigenen Betriebe für die Einführung technisch begründeter Arbeitsnormen verantwortlich. Die Ausarbeitung erfolgt durch ein Kollektiv am Arbeitsplatz. Diesem Kollektiv gehören in der Regel an: der verantwortliche Meister, der Normenbearbeiter, der

Brigadier, Aktivisten und Arbeiter und Angehörige der technischen Intelligenz.

Es wird dabei nicht von der größeren Anspannung der Nerven und der Muskelkraft, sondern von der verbesserten Technik, der besseren Arbeitsorganisation und den besten erprobten Arbeitsmethoden ausgegangen.

Die Richtlinien zur Ausarbeitung und Einführung technisch begründeter Arbeitsnormen sagen im § 3 darüber:

„Bei der Ausarbeitung der technisch begründeten Arbeitsnormen ist von folgenden Grundsätzen auszugehen:

- a) von der Anwendung der fortgeschrittenen Technik,
- b) von der wirtschaftlichen Auslastung der Betriebseinrichtungen,
- c) von der besten Organisation der Arbeit und der vollen Ausnutzung des Arbeitstages,
- d) von der erforderlichen fachlichen Qualifikation der Arbeiter und den Arbeitsmethoden der Aktivisten.“

Die ausgearbeiteten technisch begründeten Arbeitsnormen treten nach Bestätigung durch den Direktor des Werkes in Kraft und gelten für die Dauer von 12 Monaten.

Verändert ein Arbeiter durch einen Verbesserungsvorschlag oder eine Erfindung den technischen Prozeß grundsätzlich, so wird eine neue Arbeitsnorm ausgearbeitet. Wird die neue Arbeitsnorm für alle Arbeiter verbindlich erklärt und eingeführt, so wird dieser Arbeiter nach der bisherigen Arbeitsnorm für die Dauer von vier Monaten entlohnt. Außerdem erhält er eine Geldprämie.

Welche Sonderzulagen werden gezahlt?

Für gesundheitsschädigende und besonders schmutzige Arbeiten wird zum Zeitgrundlohn bzw. Leistungsgrundlohn ein Sonderzuschlag gezahlt. Er wird für die Dauer der Erschwernis, differenziert nach ihrem Grade, gewährt und beträgt in der Regel 15 Prozent. Für Arbeiten unter Tage beträgt er 25 Prozent, für Arbeiten an Hochspannungsanlagen und elektrischen Leitungen, die die Bahnanlagen kreuzen, 50 Prozent, für Schmelzer, Walzer und Gichter 20 Prozent usw. Bergarbeiter unter Tage erhalten bei einem monatlichen Durchschnittsverdienst bis zu 1000,— DM einen Sonderzuschlag von 12,— DM netto.

Wie kommt der Arbeiter in eine höhere Lohngruppe?

Die Eingruppierung der Arbeiter in die Lohngruppen erfolgt nach ihrer Qualifikation. Zu den Nachwirkungen des Kapitalismus gehörte u. a. auch ein Übergewicht in den unteren Lohngruppen. Die Bedienung moderner technischer Anlagen in den sozialistischen Betrieben erfordert jedoch hohes Wissen und Können. Die Regierung schafft darum immer neue Möglichkeiten der Aus- und Weiterbildung, um die Arbeiter und Arbeiterinnen für eine höhere Lohngruppe zu qualifizieren.

Für Jugendliche und Arbeiterinnen werden jährlich in jedem volkseigenen Betrieb Jugend- und Frauenförderungspläne aufgestellt, die in den Betriebskollektivvertrag aufgenommen werden. Sie sehen die Qualifizierung der Frauen und Jugendlichen durch Arbeitsinstruktionen und fachliche Kurse und durch Erlernen komplizierter Arbeiten vor.

Auch die erwachsenen männlichen Arbeiter können sich in außerbetrieblichen Fachschulen größeres Fachwissen aneignen.

Verantwortlich für die betriebliche Ausbildung und Qualifizierung sind die Werkleiter und die Arbeitsdirektoren. Erreicht werden soll ein möglichst hohes fachliches und technisches Können bei allen Arbeitern, um die Ungelernten zu Angelernten, die Angelernten zu Facharbeitern auszubilden und das Niveau der Facharbeiter auf das der technischen Intelligenz zu heben.

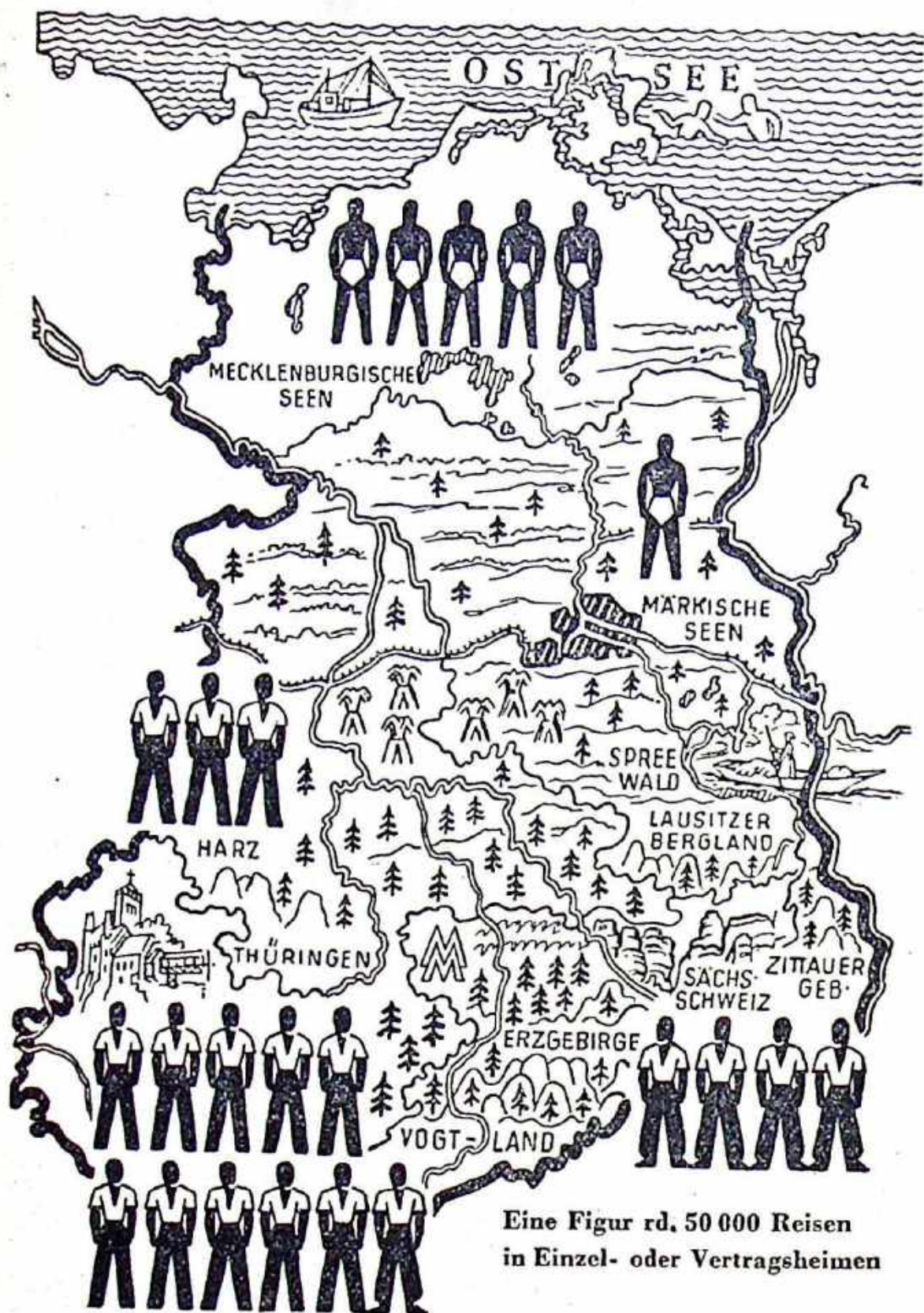
Wer die Voraussetzungen der höheren Lohngruppe erfüllt, wird vom Betrieb an einen entsprechenden Arbeitsplatz versetzt und höher entlohnt.

Ist das Recht auf Urlaub gesetzlich garantiert?

Urlaub und Erholung sind verfassungsmäßig und gesetzlich gewährleistet. Die Verfassung bestimmt im Artikel 16: „Jeder Arbeitende hat ein Recht auf Erholung, auf jährlichen Urlaub gegen Entgelt.“ Das Gesetz der Arbeit legt die Urlaubsdauer im § 34 folgendermaßen fest: „Zur Sicherstellung des verfassungsmäßigen Rechtes auf Erholung ist jedem Arbeitenden einmal im Kalenderjahr Urlaub gegen Entgelt nach folgenden Grundsätzen zu gewährleisten:

- a) Arbeiter und Angestellte erhalten einen Grundurlaub von gleicher Dauer, und zwar 12 Arbeitstage, Schwerbeschädigte und Verfolgte des Naziregimes erhalten 3 Arbeitstage zusätzlich Urlaub.
- b) Arbeiter, die heiße oder gesundheitsschädliche oder schwere Arbeit verrichten, erhalten einen Urlaub in Höhe von 18 bis 24 Arbeitstagen.
- c) Leitendes und technisches Personal mit verantwortlicher Tätigkeit erhält 18 bis 24 Arbeitstage Urlaub.
- d) Jugendliche im Alter von 14 bis 16 Jahren erhalten 21 Arbeitstage,
- e) Jugendliche im Alter von 16 bis 18 Jahren 18 Arbeitstage Urlaub.“

Zu dieser Urlaubsdauer wird in Betrieben der Grundstoffindustrie, der Eisenbahn, des Schwermaschinenbaus und der Post den Betriebsangehörigen mit mehrjähriger ununterbrochener Tätigkeit ein zusätzlicher Urlaub gewährt. Er beträgt bei dreijähriger Betriebszugehörigkeit einen Tag, bei fünfjähriger Betriebszugehörigkeit zwei Tage, bei zehnjähriger Betriebszugehörigkeit drei Tage.



Mehr als eine Million Ferienreisen des FDGB im Jahre 1957

Wie erfolgt die Bezahlung bei Urlaub?

Der für die Urlaubszeit zu zahlende Lohn wird aus dem Durchschnittsverdienst des Urlaubers in den letzten drei Monaten vor Beginn des Urlaubs errechnet.

Im Arbeiter-und-Bauern-Staat soll der Urlaub der Erholung dienen. Darum ist eine Abgeltung des Urlaubs durch Geld nicht zulässig.

Wie wird in der DDR das Recht auf Erholung verwirklicht?

Im Jahre 1957 erhielten über eine Million Gewerkschaftsmitglieder einen Ferienplatz vom FDGB, für den sie nur 30,— DM bei 13tägigem Aufenthalt zu entrichten brauchten. Dieser geringe Betrag wurde auch nach der Abschaffung der Lebensmittelkarten beibehalten. Zehntausende benutzen die Ferienheime ihrer Betriebe. Andere Ferienreisende nehmen die Ferienplatzvermittlung des Deutschen Reisebüros in Anspruch oder verbringen ihren Urlaub bei Verwandten auf dem Lande. Alle Urlauber erhalten $33\frac{1}{3}$ Prozent Fahrpreisermäßigung bei der Reichsbahn, wenn sie Mitglied einer Gewerkschaft des FDGB sind.

Die Zahl der Arbeiter und Angestellten, die Erholung und Urlaub durch Ferienreisen suchen und finden, wächst von Jahr zu Jahr. Nichtorganisierte Familienangehörige, die mit in die Ferien genommen werden, zahlen 75,— DM pro Ferienplatz mit voller Verpflegung für 13 Tage. Dagegen gilt z. B. für Hausfrauen, die nach Lösung des Arbeitsverhältnisses Mitglied ihrer Gewerkschaft geblieben sind (bei einem Monatsbeitrag von 0,50 DM), ebenfalls der Satz von 30,— DM.

Die Gewerkschaften besitzen in den früheren Kurorten und Erholungsstätten der Reichen 346 eigene Erholungsheime. Außerdem sind in 914 Vertragshäusern alle Möglichkeiten geschaffen, um den Urlaubern in den Ferienorten den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu machen.

Die bekanntesten Reisegebiete sind die Ostsee, Thüringen, der Harz und die Sächsische Schweiz. Neben vielen kleinen Orten stehen auch alle großen Kurorte den Werktätigen zur Verfügung; so an der Ostsee die bekannten Bäder Heringsdorf, Bansin, Zinnowitz, Kühlungsborn, die Insel Rügen, die Insel Hiddensee und andere. Im Harz ist Schierke eines der beliebtesten Urlaubsziele im Sommer und Winter. In Thüringen liegen besonders am Rennsteig viele Ferienheime der Gewerkschaften; in Oberhof, Schmiedefeld und Frauenwald sind jetzt die Werktätigen Feriengäste. Aber auch im Erzgebirge und in der Sächsischen Schweiz bieten gut ausgestattete Ferienheime der Gewerkschaften den Werktätigen frohen Urlaub und angenehme Ferientage.

Neben den Ferienheimen des Feriendienstes der Gewerkschaften haben fast alle großen volkseigenen Betriebe betriebseigene Erholungsheime.

Wie lang ist die tägliche Arbeitszeit?

Im Jahre 1957 wurde in der Industrie, im Bergbau und im Verkehr die 45-Stunden-Woche bzw. der $7\frac{1}{2}$ -Stunden-Tag ohne Lohneinbuße ein-

geführt. Die Arbeiter und Angestellten in Handel und Handwerk bereiten ebenfalls den Übergang zur kürzeren Arbeitszeit vor. Die 5-Tage-Woche wurde in der DDR nicht eingeführt, weil daraus eine gegenwärtig noch nicht zu bewältigende konzentrierte Belastung des Verkehrs und der Energieverteilung entstanden wäre.

Nicht zuletzt ist zu bedenken, daß der Übergang auf 45 Stunden Arbeitszeit in einer 5-Tage-Woche die tägliche Arbeitszeit auf 9 Stunden verlängert hätte. Die DDR legt aber Wert darauf, den Arbeitstag zu verkürzen und auf keinen Fall zu verlängern. Das Ziel ist, in den nächsten Jahren die Arbeitszeit weiter zu verkürzen.

Wie steht es mit den Überstunden?

Die „Verordnung zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter und der Rechte der Gewerkschaften“ vom 10. Dezember 1953 untersagt dem Betriebsleiter strengstens, Verstöße gegen die gesetzlich festgelegte Arbeitszeit zu dulden. Für Ausnahmefälle ist die Zustimmung der BGL notwendig. Ausnahmeregelungen für die Arbeitszeit ganzer Wirtschaftszweige dürfen nur durch den Zentralvorstand der zuständigen Industriegewerkschaft auf Antrag des zuständigen Organes der Staatlichen Plankommission getroffen werden. Die Zahl der Überstunden darf je Beschäftigten im Jahr 120 Stunden und an zwei hintereinanderfolgenden Tagen 4 Stunden nicht überschreiten.

Für Kraftfahrer und Beifahrer gelten die Fahr- und Wartezeit als Arbeitszeit. Die Überstunden dürfen ohne Einverständnis des Arbeiters nicht durch Freizeit abgegolten werden.

Werden aus besonderen Gründen (bei Katastrophen oder dringenden Reparaturarbeiten, um z. B. die Stilllegung von Betriebsteilen oder des ganzen Betriebes zu vermeiden) Überstunden notwendig, ist die Überstundenarbeit mit einem Zuschlag von 25 Prozent zum Zeitlohn oder Leistungsgrundlohn zu bezahlen, soweit nicht bisher bestehende Bestimmungen einen höheren Prozentsatz der Zuschläge vorsehen.

Wettbewerb und Aktivistebewegung

Warum sind die Arbeiter in der DDR an der ständigen Steigerung der Produktivität interessiert?

Weil die Produktivitätssteigerung die Voraussetzung für jede Verbesserung der Lebenshaltung ist und weil in der volkseigenen Wirtschaft jede Steigerung der Produktivität den Werktätigen selbst zugute kommt. Je höher die Arbeitsproduktivität ist, desto mehr und bessere Bedarfsgüter werden hergestellt. Die Weberin Frida Hockauf hat diese Erkenntnis bereits vor Jahren in die einfachen Worte gefaßt: „So wie wir heute arbeiten, werden wir morgen leben.“ Immer breitere Kreise der Werktätigen haben verstanden, wie richtig diese Worte sind. Die von Jahr

zu Jahr bessere Erfüllung der Wirtschaftspläne und ein steigender Lebensstandard durch allmähliches Anheben des Reallohnes sind ein Ergebnis dieser Erkenntnis.

Durch die Erhöhung der Arbeitsproduktivität stieg das National-einkommen von 1950 bis 1957 auf 182 Prozent.

Was ist sozialistischer Wettbewerb?

Der sozialistische Wettbewerb ist ein Mittel zur ständigen Steigerung der Produktivität und des Wohlstandes aller Werktätigen.

Der Wettbewerb der Kapitalisten heißt Konkurrenz und steigert die Arbeitsproduktivität auf Kosten der Arbeiter. Er führt außerdem zur Bereicherung der Großkapitalisten und zur Zusammenballung ihrer Macht in den Trusts und Monopolen auf Kosten der kleinen Unternehmen. Der sozialistische Wettbewerb jedoch steigert die Arbeitsproduktivität zum Nutzen aller Arbeiter und der ganzen Gesellschaft. Die Idee der Losung „Jeder eine gute Tat für die gemeinsame sozialistische Sache“ hat Millionen erfaßt.

So nahmen im Juni 1958 in den sozialistischen Betrieben der Volkswirtschaft 2 Millionen Produktionsarbeiter, das sind rund 76 Prozent aller Produktionsarbeiter, am sozialistischen Wettbewerb zu Ehren des V. Parteitages der SED teil. Fast 465 000 Werktätige gingen Einzel- und 1 350 000 gingen Kollektivverpflichtungen zur Steigerung der Produktion, der Leistungen bzw. des Umsatzes ein.

In der sozialistischen Industrie allein waren es 225 000 Werktätige mit Einzel- und über 825 000 mit Kollektivverpflichtungen. Durch die Erreichung der Wettbewerbsziele entstand ein bedeutender ökonomischer Nutzen. Zahlreiche Großbetriebe aus allen Industriezweigen erfüllten ihre Halbjahrpläne vorfristig.

Wer erhält Prämien?

Die Sieger im Wettbewerb erhalten hohe Prämien und werden hoch geehrt. Alljährlich werden am 1. Mai und bei besonderen Leistungen sofort neben der Verleihung von Ehrentiteln und anderen Auszeichnungen auch Geldprämien verteilt.

Siegerbetriebe im Wettbewerb erhalten Prämien in folgender Höhe:

in der Industrie und im Verkehr

für Betriebe mit einer Beschäftigtenzahl

bis 1000	2 000,— bis 10 000,— DM
über 1000 bis 10 000	8 000,— bis 100 000,— DM
über 10 000	60 000,— bis 200 000,— DM
<i>in der Land- und Forstwirtschaft</i>	3 000,— bis 40 000,— DM
<i>im Handel</i>	3 000,— bis 16 000,— DM

Die Höhe der Prämie wird von den Ergebnissen des Wettbewerbs, insbesondere von dem erarbeiteten überplanmäßigen Gewinn bestimmt. Bei

Betrieben, deren Eigenart der Produktion nicht zu überplanmäßigen Gewinnen führt, wird von der Unterschreitung der geplanten Kosten je Erzeugnis oder Leistung ausgegangen.

Von der Prämiensumme werden 70 Prozent für Einzelprämierungen verwendet, davon wiederum 75 Prozent für die Prämierung der Arbeiter (Prämien für Arbeiter, die im Kollektiv bzw. in der Brigade arbeiten, gelten als Einzelprämien). Die Restsumme ist dazu bestimmt, die soziale und kulturelle Betreuung der Werktätigen des Betriebes zu verbessern. Um einzelne Arbeitserfolge auf dem Gebiete des Neuererwesens, der Kleinmechanisierung, der Rationalisierung und im innerbetrieblichen Wettbewerb prämiieren zu können, verfügt jeder Betrieb über einen besonderen Prämienfonds, dessen Verwendung die Betriebsgewerkschaftsleitung mitbestimmt. Die Prämien sind steuerfrei.

Für jeden Verbesserungsvorschlag, den ein Arbeiter oder auch mehrere Arbeiter gemeinsam einbringen, wird eine Vergütung gezahlt, die dem Wert, der Bedeutung und dem volkswirtschaftlichen Nutzeffekt des Vorschlages entspricht. Diese Vergütung beträgt bei technischen Vervollkommnungen, die einer Erfindung nahekommen, bis zu 25 Prozent des errechenbaren Nutzens, bei Vorschlägen für Rationalisierungsmaßnahmen (z. B. Verfahren, die eine vorteilhaftere Ausnutzung der vorhandenen technischen Anlagen, Einrichtungen oder Materialien ermöglichen) bis zu 12,5 Prozent der voraussichtlichen Einsparung. Alle Vergütungen für Verbesserungsvorschläge bis zu 10 000,— DM sind steuerfrei.

Wofür gibt es in der DDR Auszeichnungen, Titel und Orden?

Auszeichnungen werden für hervorragende Produktionsleistungen der Arbeiter und Bauern ebenso wie für hervorragende Leistungen der technischen, wissenschaftlichen und künstlerischen Intelligenz gewährt.

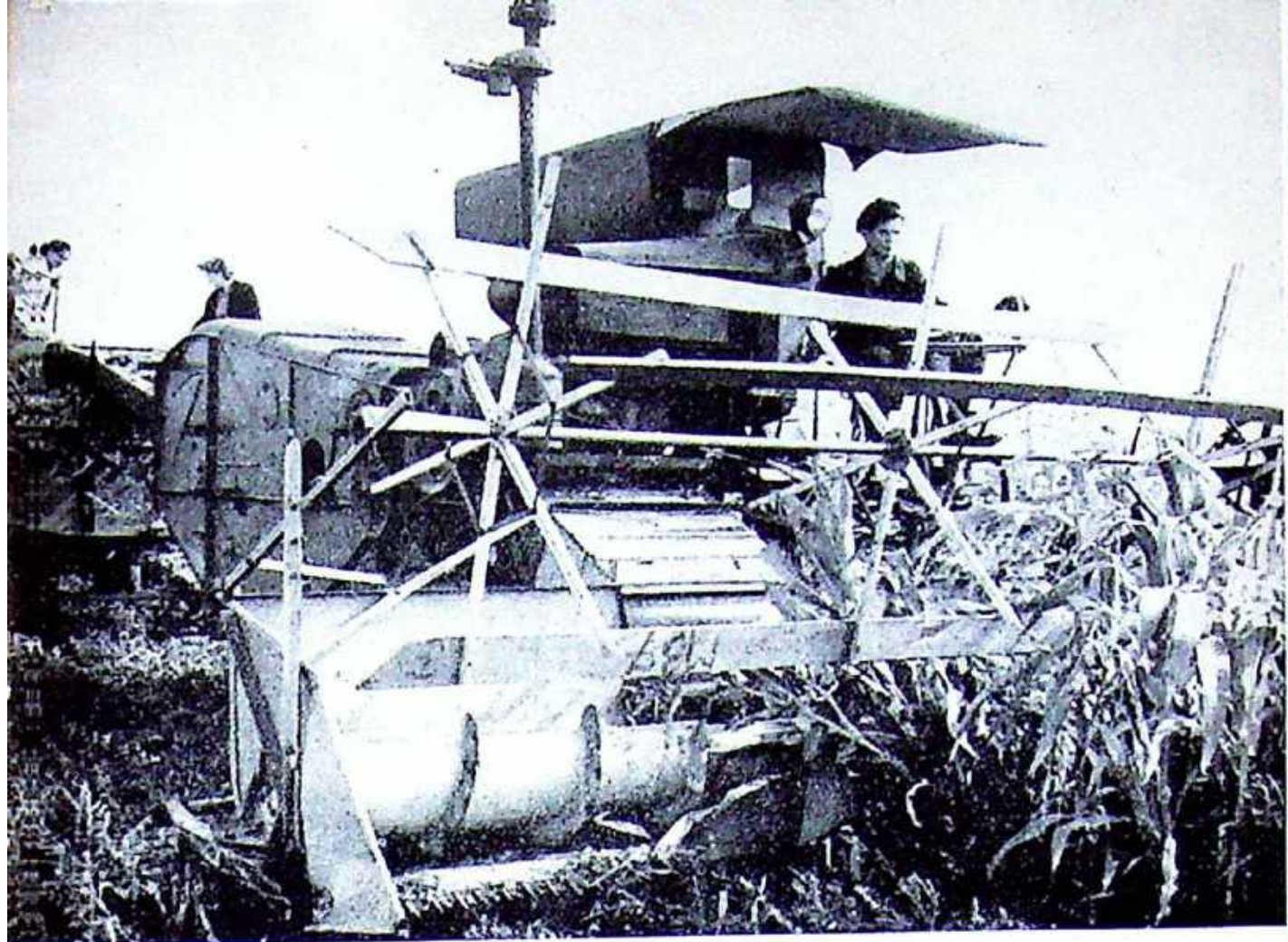
Sie werden geehrt und ausgezeichnet, weil sie der Gesamtheit hervorragende Dienste geleistet haben. Auszeichnungen erfolgen durch Verleihung von Orden, außerdem aber auch durch Geldprämien. Die Auszeichnungen spornen die anderen Arbeiter an, es den Neuerern, Aktivisten, Erfindern und Bestarbeitern gleichzutun.

Welche Arten von Auszeichnungen gibt es?

Kollektivauszeichnungen

Die Siegerbetriebe der zentralgeleiteten Wirtschaft erhalten die Wanderfahne des Ministerrates der DDR, die Siegerbetriebe der örtlichgeleiteten Wirtschaft die Wanderfahne des Rates des Bezirks.

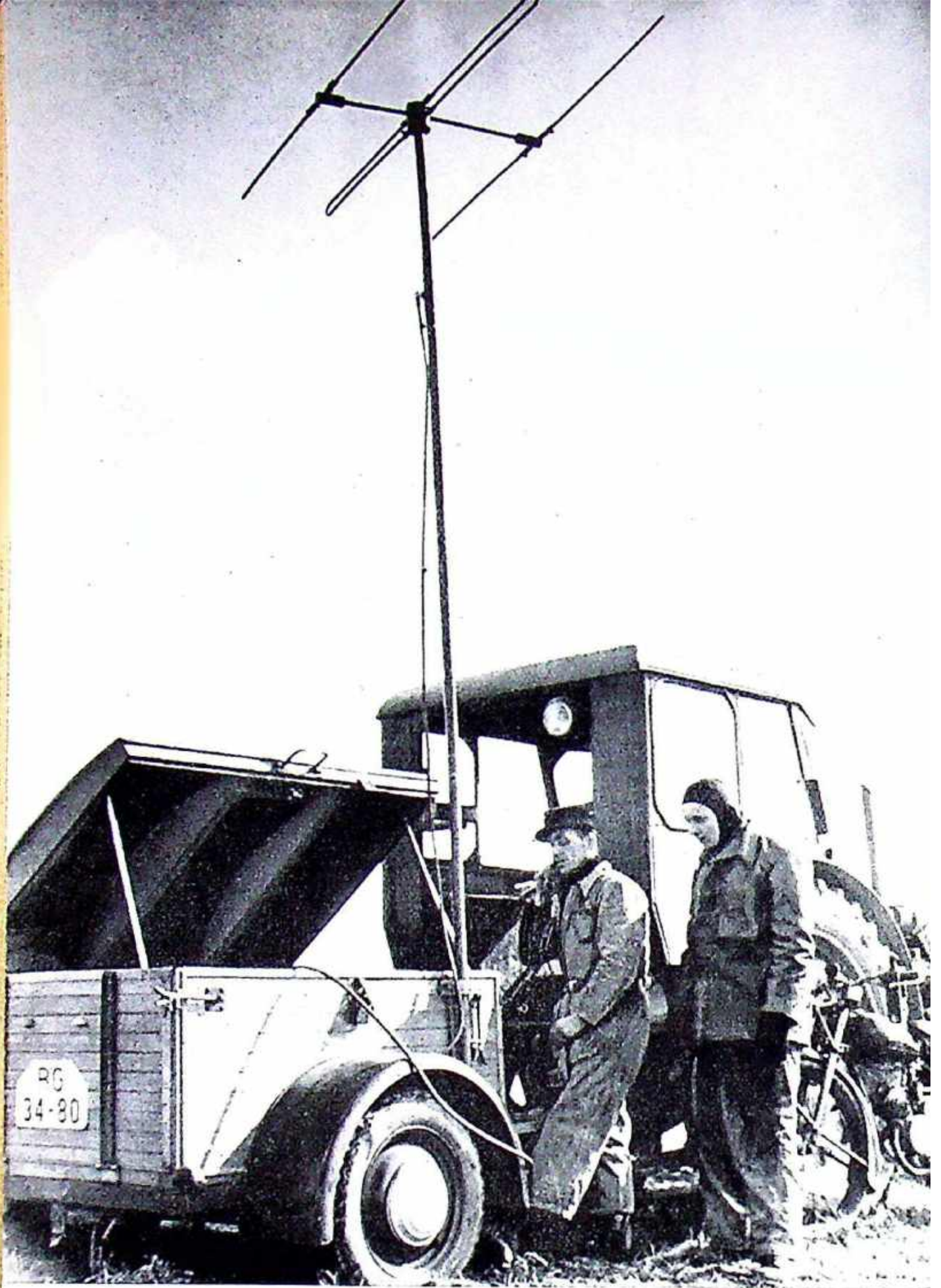
Im II. Quartal 1957 wurde 59 volkseigenen Betrieben der Ehrentitel „Republikssieger im Wettbewerb“ verliehen. Sie erhielten die Wanderfahne des Ministerrates und Geldprämien.



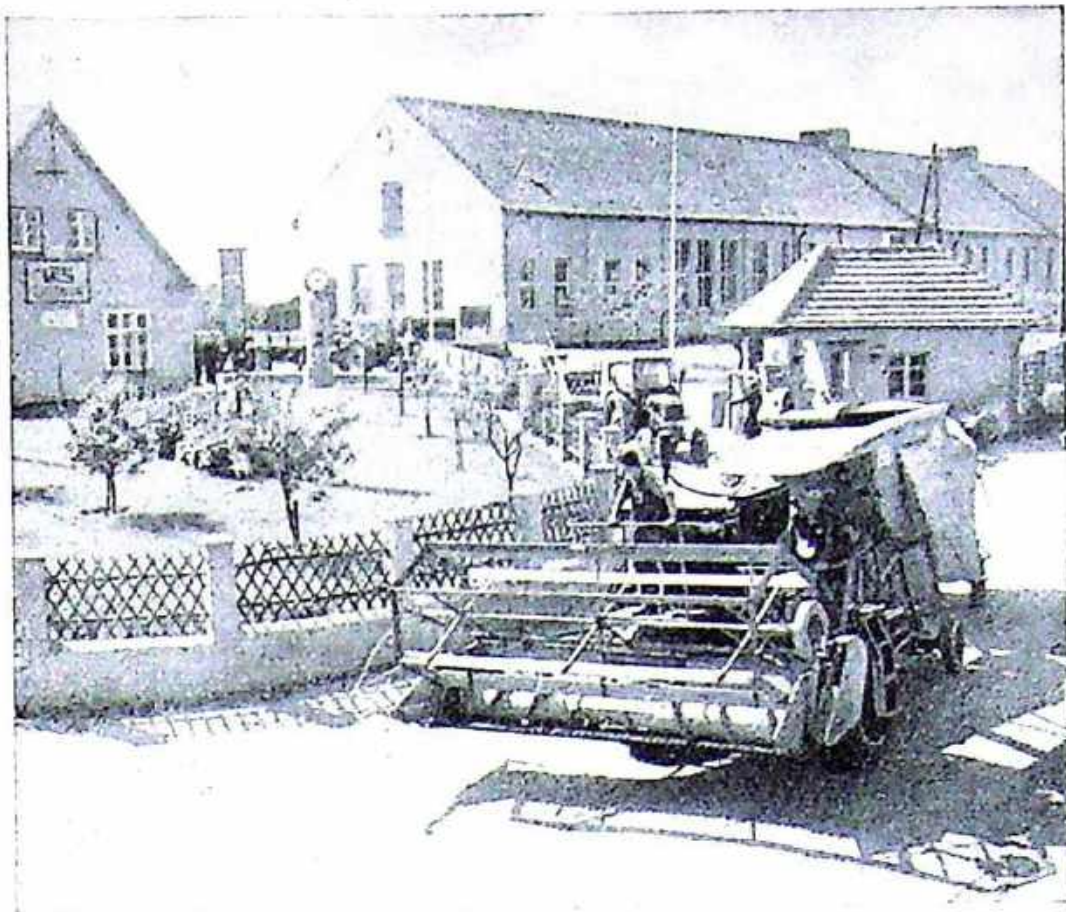
Der für die Maisernte umgebaute Mähdrescher S 4 erntet und häckselt etwa 2,5 ha je Schicht

Von der mit drei Arbeitskräften besetzten Rübenkombi E 710 werden 3 ha Zuckerrüben in 10 bis 12 Stunden geerntet. Bei der Ernte mit dem Gribbel wären für die gleiche Fläche in gleicher Zeit 60 Arbeitskräfte nötig





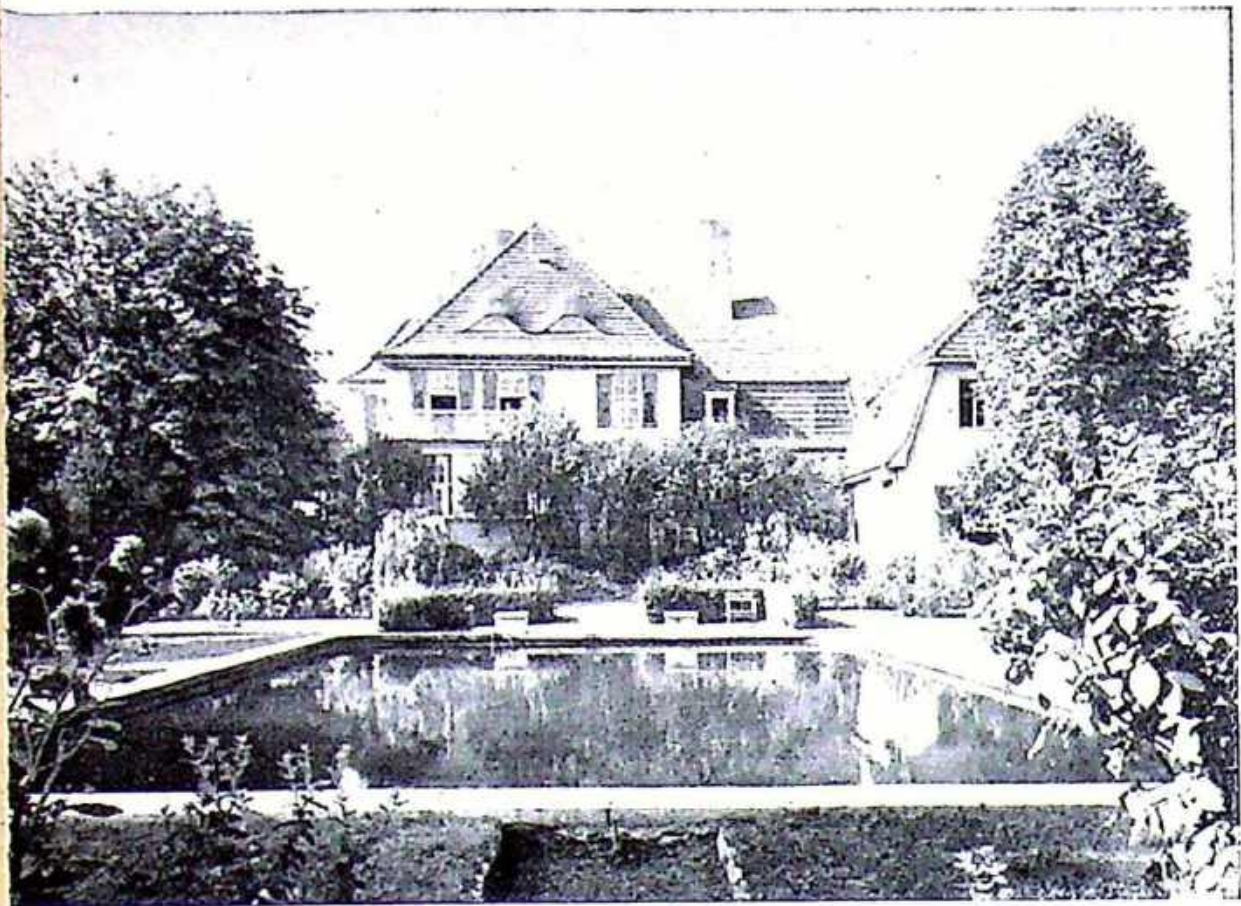
Eine der auf den vier Stützpunkten der MTS Strehla eingesetzten UKW-Sprechfunkanlagen



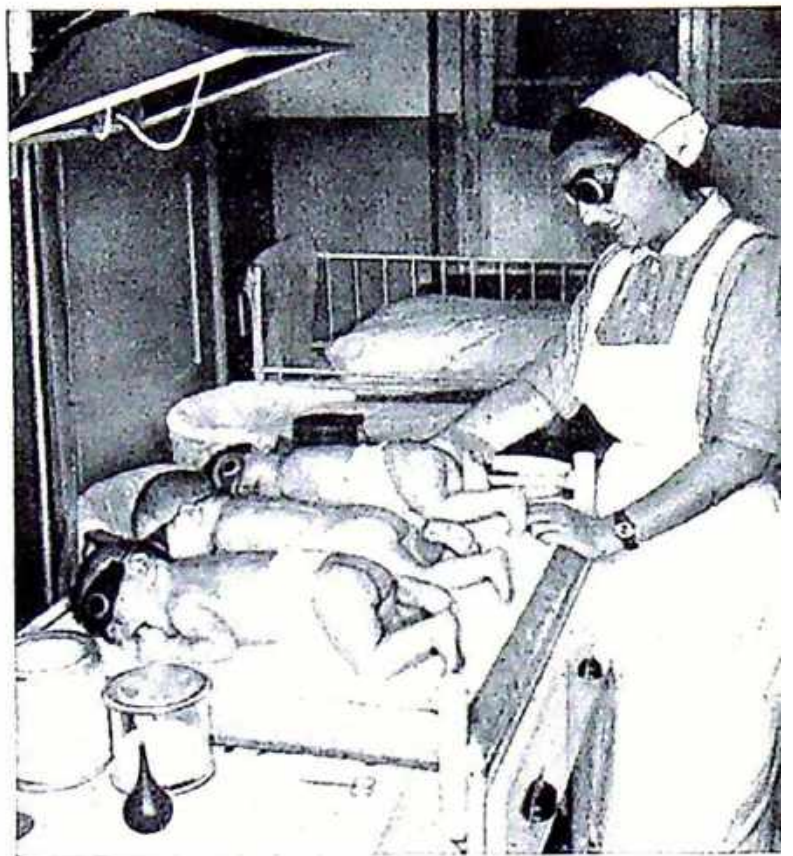
Eine Mahdrescherbrigade der MTS Thürkow fährt zur Getreidemahd



Die Arbeitsgemeinschaft „Junge Historiker“ der Mittelschule Karow erforscht die Vergangenheit ihres Dorfes



Das Nachtsanatorium in Schkopau dient den Buna-Arbeitern für vorbeugende Gesundheitspflege



Im Landambulatorium Neustadt-Körbitz erhalten die kleinen Erdenbürger zur Vorbeugung gegen Rachitis Höhensonnenbestrahlung



*Großblockbauweise
in Berlin-Karlshorst*

*Von Monat zu Monat wächst
die Zahl der Arbeiter-Wohnungs-
bau-Genossenschaften*

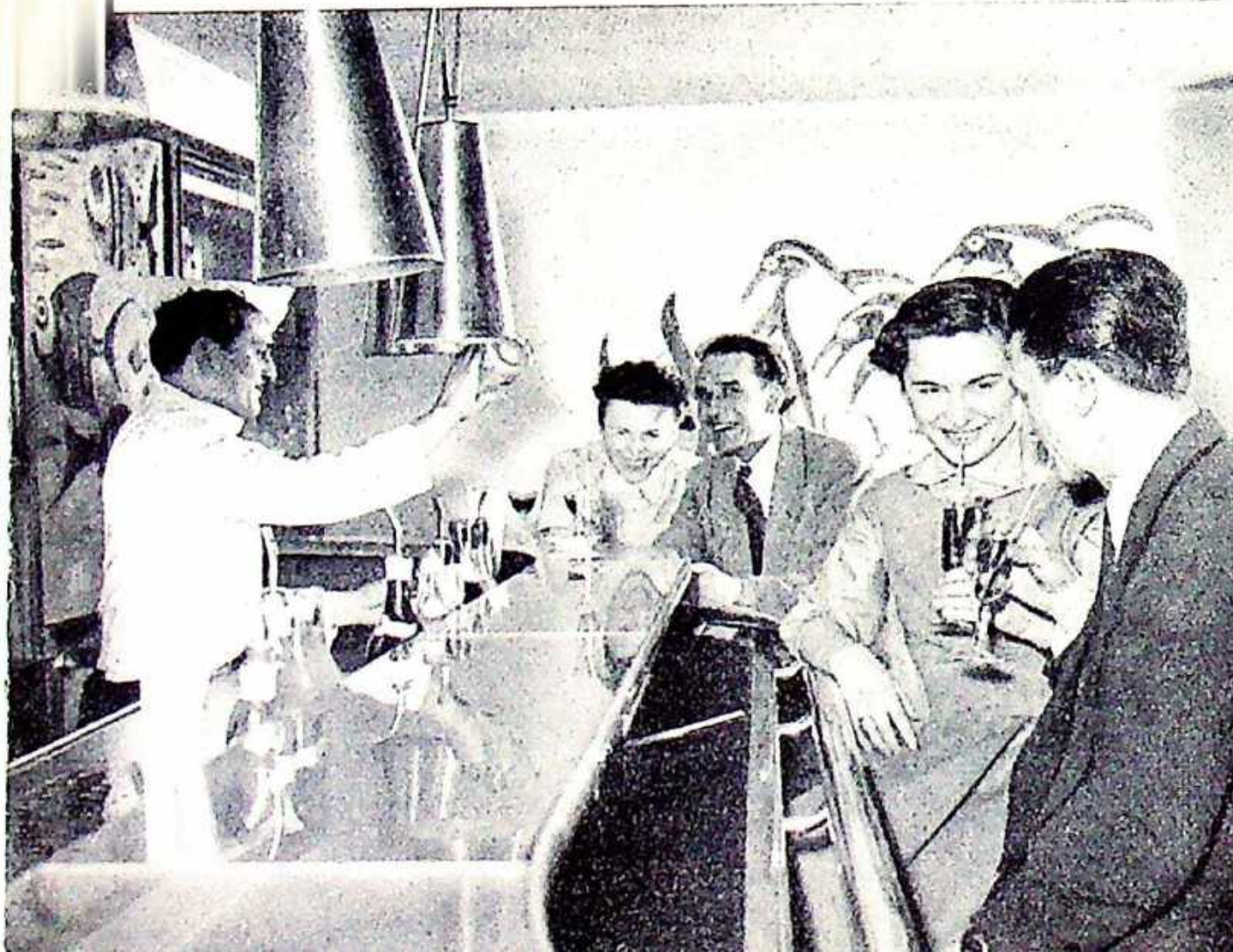
*800 zerstörte Wohnungen
wurden in der Martin-
Andersen-Nexö-Straße in
Magdeburg von einer Bau-
genossenschaft wieder instand
gesetzt*





*Im Lehlabor des VEB Laborchemie in Apolda erhalten die künftigen
Chemielaboranten eine vorzügliche Ausbildung*

*In der Bar des Klubhauses für Bergarbeiter im Ölsnitzer Steinkohlen-
revier ist immer Betrieb*



Arbeitsbrigaden, die im Wettbewerb besondere Erfolge in der qualitativen Verbesserung der Erzeugnisse erreichen, werden mit dem Ehrentitel „Brigade der besten Qualität“ ausgezeichnet.

In einigen Wirtschaftszweigen (z. B. im Steinkohlenbergbau) erhalten Brigaden, die mit Erfolg kollektiv neue Arbeitsmethoden anwenden, den Titel „Brigade der kollektiven Aktivistearbeit“; Jugendbrigaden mit hervorragenden Leistungen erhalten den Titel „Hervorragende Jugendbrigade der Deutschen Demokratischen Republik“. Insgesamt 88 Jugendbrigaden haben seit 1956 diesen Titel erworben.

Einzelauszeichnungen

Hervorragende Einzelleistungen, die für die Volkswirtschaft von besonderer Bedeutung sind, eine wesentliche Steigerung der Arbeitsproduktivität zur Folge haben und besondere Beharrlichkeit oder Mut erfordern, werden mit dem Titel „Held der Arbeit“ ausgezeichnet. Von 1950 bis 1957 wurde diese höchste Auszeichnung 321 Werktätigen, darunter 22 Frauen, zuteil.

So wurde z. B. am 13. Oktober 1956 die Weberin Rosa Hänsel aus dem VEB Leinen- und Baumwollweberei Wehrsdorf mit dieser hohen staatlichen Auszeichnung geehrt. Im ersten Fünfjahrplan stellte sie 60 000 qm Gewebe in erster Qualität her. Sie hat außerdem als Brigadeleiterin so viel Weberinnen für die Bedienung von Automaten qualifiziert, daß es dem Betrieb möglich war, bei der Automatisierung von zwei Websälen (90 Automaten) die Maschinen sofort zu besetzen.

Seit 1950 wurden 4287 Werktätige mit dem Ehrentitel „Verdienter Aktivist“ ausgezeichnet, davon 342 Frauen. So hat sich z. B. der Kollege Erich Weber, Baggerführer im VEB Braunkohlenwerk Großkayna, besondere Verdienste während der Frostperiode im Februar 1956 erworben. Durch eine erhöhte Ausnutzung des Baggers wurden hohe Schichtleistungen erreicht, die wesentlich zur Übererfüllung des Planes beitrugen. Besonders hervorzuheben ist seine Initiative bei der Organisation des Wettbewerbs von Mann zu Mann in der Grube Kayna-Süd.

541 Werktätige, davon drei Frauen, erhielten den Ehrentitel „Verdienter Erfinder“. Mit dem Ehrentitel „Verdienter Techniker des Volkes“ wurden 291 Techniker, die hervorragende Leistungen auf dem Gebiet der konstruktiven Entwicklung und der technischen Entwicklung von Verfahren vollbracht haben, ausgezeichnet.

In den Betrieben wurden in den letzten Jahren Tausende von Werktätigen mit dem Ehrentitel „Aktivist des Fünfjahrplans“ bzw. mit der Medaille „Für ausgezeichnete Leistungen“ geehrt. Von 1951 bis 1957 wurden z. B. 755 020 Werktätige, davon 96 165 Frauen, mit dem Ehrentitel „Aktivist des Fünfjahrplans“ ausgezeichnet.

Die höchste Auszeichnung ist der Nationalpreis. Er wird Betrieben, Arbeitsbrigaden und einzelnen Arbeitern, Technikern und Ingenieuren verliehen, die sich durch wichtige Erfindungen und durch umwälzende

Neuerungen in der Produktion ausgezeichnet haben, ebenso Männern und Frauen, die durch hervorragende wissenschaftliche Arbeiten und durch bedeutende Werke und Leistungen auf dem Gebiet der Kunst und Literatur die demokratische Entwicklung des deutschen Volkes in besonderem Maße fördern.

Wie wirkte sich die Erfüllung der Volkswirtschaftspläne auf das Einkommen der Werktätigen aus?

Durch die Steigerung der industriellen Produktion, an der die Aktivisten hervorragenden Anteil haben, ist das Angebot an industriellen Bedarfsgütern vergrößert und der Export und Import beträchtlich erweitert worden. Am 28. Mai 1958 wurde die Rationierung der Lebensmittel aufgehoben. Drei weitere Preissenkungen erfolgten.

Die Erhöhung der Gewinne und die Verminderung der Verluste ermöglichten es der Regierung auch, die Steuern für alle Werktätigen zu senken.

Die Regierung erließ 1950 eine Verordnung, die u. a. eine Lohnerhöhung von generell 8 Prozent vorsah; für 24 Wirtschaftsgruppen, z. B. Kohle und Metallurgie, wurde dabei der Lohn bis 50 Prozent erhöht. Im Jahre 1952 folgte wieder eine Lohnerhöhung für qualifizierte Arbeiter in den wichtigsten Industriezweigen (Lohngruppe V bis Lohngruppe VIII). Gleichfalls 1952 wurde in Verordnungen der Regierung u. a. festgelegt, daß die Gehälter der Meister in den volkseigenen und gleichgestellten Betrieben und die Gehälter für Wissenschaftler, Ingenieure und Techniker beträchtlich zu verbessern sind.

1953 bewirkte die Erhöhung des Arbeitslohnes der Arbeiter in den Lohngruppen I bis IV (sie machte insgesamt 366 Mill. DM bis zum Jahresende aus) eine weitere Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter in diesen unteren Lohngruppen. Um ein den Grundsätzen des Leistungslohnes entsprechendes Lohngefüge zu wahren, wurde im Dezember 1953 der Lohn für die Lohngruppen V bis VIII erhöht. Die Einkünfte des medizinischen Personals vergrößerten sich um 42,5 Millionen DM. Die Gewerkschaften schlossen in der Privatindustrie Tarifverträge ab, die Lohnerhöhungen von 183 Millionen DM brachten. 1956 wurden die Ortsklassen C und D abgeschafft; das bedeutet eine Erhöhung der jährlichen Gesamtlohnsumme um weitere 272,6 Millionen DM. Durch alle diese Maßnahmen erhöhte sich der Brutto Lohnindex von 1950 bis 1956 um 68,4 Prozent und der Reallohnindex bei Berücksichtigung der Preissenkungen bis 1955 um 125 Prozent. Gleichzeitig mit der Abschaffung der Lebensmittelkarten wurde der Verdienst in den unteren Lohngruppen, d. h. für alle Arbeiter und Angestellten mit einem monatlichen Durchschnittsverdienst bis zu 380,— DM, erhöht. Der niedrigste Monatsverdienst beträgt gegenwärtig 220,— DM.

Werktätige mit einem Monateinkommen bis zu 800,— DM erhalten seit der Aufhebung der Rationierung Nettozuschläge als Ausgleich.

Das wirkt sich so aus, daß z. B. ein Arbeiter mit einem bisherigen Monatseinkommen von 260,— DM insgesamt 30,— DM mehr erhält. Für die nicht berufstätige Ehefrau erhält der Mann einen monatlichen Zuschlag von 5,— DM netto, sofern diese kein eigenes Einkommen hat.

Ab 1. Juni 1958 wurden im Kupfer-, Erz- und Kohlenbergbau, in den Spinnereien, Wollkämmereien und Zwirnereien Schichtprämien eingeführt. Im Kupferbergbau erhält der Kumpel bei Planerfüllung beispielsweise einen Mehrverdienst von 65,— DM im Monat. Für Übererfüllung des Produktionsplans von mindestens 102 Prozent verdient er 91,— DM mehr im Monat. Weitere Lohnerhöhungen erfolgten für Arbeiter und Angestellte in der papiererzeugenden Industrie, den Betrieben der Energie- und Gasversorgung, der Wasserwirtschaft, für die gewerblichen Arbeiter im staatlichen Gesundheitswesen und in der Verwaltung. Auch die Gehälter der Meister wurden in allen Zweigen der Volkswirtschaft erhöht. Durch diese Maßnahmen der Regierung erhöht sich das Einkommen der betreffenden Arbeiter und Angestellten um insgesamt 120 Millionen DM jährlich!

Zu den Erfolgen, die durch die Planerfüllung ermöglicht wurden, gehört auch die gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit auf 45 Stunden wöchentlich in der Industrie, im Bergbau und im Verkehr.

Auch die Rentner hatten an den Produktionserfolgen teil: Die Rentenerhöhung ab 1. Dezember 1956 um insgesamt 1 Milliarde DM brachte jedem Rentner ein Mehr von 30,— DM im Monat. Außerdem erhalten alle Alters- und Invalidenrentner der Sozialversicherung, Sozialfürsorgeempfänger und Empfänger anderer Unterstützungen seit dem Wegfall der Lebensmittelkarten einen finanziellen Ausgleich. Er beträgt in der DDR 9,— DM, in Berlin 12,— DM pro Monat.

Die Aufgaben der Gewerkschaften

Welche Stellung nehmen die Gewerkschaften in den Betrieben ein?

Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) ist die größte und umfassendste Organisation der Arbeiterklasse, d. h. der herrschenden Klasse in der DDR. Daraus ergibt sich seine positive Stellung zum Arbeiter- und Bauern-Staat und seine Mitarbeit und Mitverantwortung an der Lösung der wirtschaftlichen Aufgaben des Staates. Der FDGB und die in ihm zusammengeschlossenen Gewerkschaften sind die Organe der Arbeiter und Angestellten zur Wahrung ihrer Interessen. Als Schulen des Sozialismus ist ihre Hauptaufgabe die Gewinnung aller Arbeiter und Angestellten für die bewußte Mitarbeit am sozialistischen Aufbau als der wichtigsten Voraussetzung für die Lösung der vom V. Parteitag der SED beschlossenen ökonomischen Hauptaufgabe, „die Volkswirtschaft innerhalb weniger Jahre so zu entwickeln, daß die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung gegenüber der kapitalistischen Herrschaft umfassend bewiesen wird“.

Die Gewerkschaften helfen ihren Mitgliedern bei der gegenseitigen Erziehung zum sozialistischen Bewußtsein.

In den Betrieben bestehen Gewerkschaftsleitungen. Sie werden in der Regel alle zwei Jahre demokratisch gewählt. An den Wahlen beteiligen sich meist alle Mitglieder. Die Mitgliederversammlung – in größeren Betrieben die Delegiertenkonferenz – ist die höchste gewerkschaftliche Körperschaft im Betrieb. Sie berät und beschließt über die Arbeit der Betriebsgewerkschaftsleitung. Die Betriebsgewerkschaftsleitung stützt sich in ihrer täglichen Arbeit auf die Vertrauensleute der Gewerkschaft, die in den Abteilungen gewählt werden. Die Vollversammlung der Vertrauensleute nimmt in regelmäßigen Abständen zu den Angelegenheiten der Belegschaft, insbesondere zur Erfüllung des laufenden und zur Vorbereitung des neuen Betriebsplanes Stellung und kontrolliert die Einhaltung des Betriebskollektivvertrages.

Die Betriebsgewerkschaftsleitungen sind die gesetzlich anerkannten Organe der Belegschaften. Das Gesetz der Arbeit vom 1. Mai 1950 bestimmt darüber im § 4 Absatz 2: „Die freien deutschen Gewerkschaften sind in den Betrieben und Verwaltungen die gesetzlichen Vertreter der Arbeiter und Angestellten zum Schutz ihrer Arbeitsrechte und Interessen in der Produktion, auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes, der Einhaltung der im Gesetz festgelegten Arbeitsbedingungen und des Lohnes.“

Die Betriebsgewerkschaftsleitung kontrolliert in den Betrieben, wie die Gesetze eingehalten werden. Bei Verstößen, z. B. gegen die Arbeitsschutzbestimmungen, steht ihnen gesetzlich das Recht zu, Strafantrag gegen schuldige Betriebs- und Wirtschaftsleiter zu stellen.

Was ist ein Betriebskollektivvertrag?

Im Betriebskollektivvertrag werden die gegenseitigen Verpflichtungen der Betriebsleitung und der Belegschaft bei der Lösung aller Aufgaben des laufenden Jahres festgelegt, die Produktionsaufgaben ebenso wie die Aufgaben, die die Verbesserung der sozialen und der Lebensbedingungen aller Belegschaftsangehörigen betreffen. Seine Ausarbeitung erfolgt deshalb auf der Grundlage des Betriebsplanes.

Der Betriebskollektivvertrag wird gemeinsam von Vertretern der Betriebsgewerkschaftsleitung und der Betriebsleitung ausgearbeitet. Sein Entwurf wird in allen Betriebsabteilungen von den Belegschaftsmitgliedern beraten. Nach Berücksichtigung aller Hinweise und Änderungsvorschläge entscheidet die Belegschaftsversammlung über seine Annahme. Jedes Belegschaftsmitglied erhält ein gedrucktes Exemplar des Betriebskollektivvertrages, um seine eigenen Aufgaben und Verpflichtungen wie die der Betriebsleitung kontrollieren zu können.

Über den Inhalt des Betriebskollektivvertrages geben am besten einige Auszüge Auskunft. Als Beispiel soll der Vertrag des „VEB Berliner Glühlampenwerk“ für das Jahr 1958 dienen.

Grundlöhne, Arbeitszeit und Urlaub werden durch Gesetz geregelt, sind also im Betriebskollektivvertrag nicht enthalten. Am Anfang steht naturgemäß das gemeinsame Ziel für alle Mitarbeiter im Laufe des Jahres:

- „a) Die Bruttoproduktion gegenüber dem Vorjahr auf 108,8 Prozent zu steigern;
- b) die Arbeitsproduktivität der Produktionsarbeiter gegenüber dem Vorjahr auf 111 Prozent zu steigern;
- c) die Selbstkosten gegenüber dem Vorjahr um sieben Prozent zu senken.“

Der Werkdirektor verpflichtet sich u. a., die Voraussetzungen zur Qualifizierung von 520 Kolleginnen und Kollegen entsprechend den Vorschlägen der Abteilungen zu schaffen; zu einer Literaturbeihilfe von 7000,— DM für Betriebsangehörige, die Fach-, Hoch- oder Abendschul- oder Fernstudenten sind; 39820,— DM für die Förderung der Jugend zur Verfügung zu stellen, außerdem zur Bereitstellung von 20 000,— DM für Beihilfen bei der Geburt eines Kindes, bei Eheschließungen und für Kollegen, die unverschuldet in eine Notlage geraten sind.

Die Betriebsgewerkschaftsleitung verpflichtet sich u. a., ständig die Einhaltung der Arbeitsschutzbestimmungen und Erfüllung der Verpflichtungen der Betriebsleitung aus dem Betriebskollektivvertrag und der Vereinbarung über den Arbeits- und Gesundheitsschutz zu kontrollieren und bei Verstößen die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen; aus der Gewerkschaftskasse für Kulturarbeit 31 500,— DM zur Verfügung zu stellen, und zwar für

Vortragswesen und produktionstechnische Propaganda.....	3 000,— DM
Arbeit mit dem Buch	1 000,— DM
Volkskunst, Kulturveranstaltungen, Theaterbesuche, Zirkelarbeit.....	17 000,— DM
kulturelle Betreuung der Kinder	7 500,— DM
Aktion „Frohe Ferientage für alle Kinder“	3 000,— DM

Der Betriebskollektivvertrag gilt für ein Jahr. Regelmäßig vierteljährlich haben Betriebsleitung und Betriebsgewerkschaftsleitung die Pflicht, in Belegschaftsversammlungen Rechenschaft über den Stand seiner Erfüllung abzulegen. Im Falle von Versäumnissen werden die Betriebsleiter von den Arbeitern scharf kritisiert und Maßnahmen von ihnen gefordert, die die Erfüllung des Vertrages sichern.

In den Betrieben der DDR herrscht volle Freiheit bei der Wahrnehmung der Arbeiterinteressen. Der Arbeiter-und-Bauern-Staat hat alle jene gewerkschaftlichen Grundrechte verwirklicht, ohne die keine Demokratie bestehen kann und die von den Gewerkschaften seit ihrer Entstehung gefordert werden.

Wie werden Differenzen

zwischen Betriebsleitung und Belegschaft beigelegt?

Auch in volkseigenen Betrieben können Differenzen zwischen der Belegschaft und der Betriebsleitung auftreten. Die auftretenden Widersprüche haben aber keinen feindlichen, unversöhnlichen Charakter, weil solche Widersprüche in einem volkseigenen Betrieb keinen Boden finden. Über Meinungsverschiedenheiten, die den ganzen Betrieb oder Betriebsabteilungen betreffen, verhandelt die Betriebsgewerkschaftsleitung mit der Betriebsleitung. Wird eine Einigung nicht erzielt, so greift die betreffende höhere Gewerkschaftsleitung ein. Streitfragen solcher Art werden dann zwischen dem Zentralvorstand der Gewerkschaft und der zuständigen Vereinigung Volkseigener Betriebe (VVB), nötigenfalls von der Kommission Arbeit und Löhne der Staatlichen Plankommission entschieden. Niemals wird eine Entscheidung gegen die Arbeiter getroffen.

Bei Differenzen zwischen der Betriebsleitung und einzelnen Arbeitern entscheidet die Konfliktkommission des Betriebes, die aus je zwei Mitgliedern der Belegschaft (von der Gewerkschaft benannt) und der Betriebsleitung gebildet wird. Wird in dieser Kommission keine Einigung erzielt, geht die Angelegenheit vor das Arbeitsgericht, dessen Richter überwiegend langjährige erfahrene Gewerkschafter sind.

Wie nehmen die Gewerkschaften

die Interessen der Arbeiter in den Privatbetrieben wahr?

An der gesamten Industrieproduktion der DDR sind die volkseigenen Betriebe mit rund 89 Prozent beteiligt. Ihr Produktionsergebnis gehört dem Staat. Das Produktionsergebnis der Privatbetriebe dagegen gehört ihren Eigentümern. Ausbeutung und Profit werden jedoch durch die Arbeits- und Steuergesetze weitgehend beschränkt. Vor allem sind die demokratischen Gewerkschaftsrechte auch in den Privatbetrieben gültig.

Die Betriebsgewerkschaftsleitung wendet das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Privatbetrieb im Interesse der Arbeiter, ihres Staates und seiner Wirtschaftsaufgaben an. Insbesondere kontrolliert sie die Erfüllung der Lieferverpflichtungen des Unternehmers gegenüber den volkseigenen Betrieben und die Einhaltung der Gesetze durch den Unternehmer.

Die Gewerkschaft kontrolliert die Einhaltung der Betriebs- und der Arbeitsschutzvereinbarung und der tariflichen Löhne.

Die Lage der Bauern

Die Agrarpolitik

Wie ist der Boden verteilt?

Die ökonomische Struktur der Landwirtschaft änderte sich nach 1945 grundlegend durch die demokratische Bodenreform. Das Land der Großgrundbesitzer wurde aufgeteilt. Insgesamt erhielten 544079 landlose und

landarme Bauern, Landarbeiter und Umsiedler eigenen Boden und damit die Möglichkeit, sich eine Existenz zu schaffen. Die Voraussetzung für diese demokratische Umgestaltung war das feste Bündnis der Arbeiter und Bauern, das die Grundlage der Agrarpolitik der Regierung bildet.

Durch die wirtschaftliche und politische Entmachtung der Junker und Großgrundbesitzer entstanden im Dorf neue, demokratische Verhältnisse. Nicht mehr der Gutsherr oder der Großgrundbesitzer entscheiden im Dorf, sondern die werktätigen Bauern. Die gesamte landwirtschaftliche Nutzfläche ist heute auf landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPG), volkseigene Güter (VEG) und Einzelwirtschaften verteilt.

Da sich seit 1952 immer mehr Bauern zu landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zusammenschließen und zur gemeinschaftlichen Arbeit übergehen, verändert sich das Verhältnis in der Bodenaufteilung weiter. Folgende Übersicht veranschaulicht die Entwicklung (in Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche = LN):

	VEG	LPG	Sonstige volkseigene und öffentliche Betriebe	Privatbetriebe
15. 6. 1950	2,7	—	3,0	94,3
15. 6. 1951	2,9	—	3,2	93,9
15. 6. 1952	3,6	3,3	3,2	89,9
15. 6. 1953	3,8	11,5	8,4	76,3
15. 6. 1954	4,3	14,3	7,4	74,0
15. 6. 1955	4,4	19,7	4,4	71,5
15. 6. 1956	4,4	23,1	3,6	68,9
15. 6. 1957	4,6	25,2	3,9	66,3
15. 6. 1958	5,8	29,4	2,6	62,2

Seitdem hat die Zahl der Einzelbauern, die sich von der Richtigkeit des sozialistischen Weges in der Landwirtschaft überzeugt haben und Mitglieder einer LPG geworden sind, weiter zugenommen. Bis zum 31. 8. 1958 waren 323 909 Bauern in 9296 LPG vereinigt. Die LPG bearbeiteten Ende August 34 Prozent der LN.

In mehr als 240 Gemeinden und Ortsteilen sind alle Bauern Mitglieder der LPG.

Im ersten Halbjahr 1958 stieg die Anzahl der Bauern, die in die LPG eintraten, um mehr als das 21fache gegenüber dem vollen Jahr 1957.

Bis zum 20. Juli hatten sich auch 39 gärtnerische Produktionsgenossenschaften gebildet.

Haben alle Bauern in der DDR eine gesicherte Zukunft?

Ja! Alle Bauern in der DDR haben eine erfolgversprechende Zukunft. Die Regierung der DDR garantiert durch ihre Agrarpolitik allen Bauern einen wachsenden Wohlstand, wovon auch die steigenden Einnahmen der letzten Jahre in den bäuerlichen Betrieben zeugen.

Die größten Aussichten bieten sich dabei den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, da die einzelbäuerlichen Betriebe auf ihren relativ kleinen Flächen die modernen technischen Geräte und auch die neuesten Erkenntnisse der Agrarwissenschaft nicht voll ausnutzen können.

Die auf genossenschaftlicher Basis arbeitenden Großbetriebe können mit Hilfe der Großmaschinen billiger produzieren, haben bessere Möglichkeiten, die Erträge zu steigern, die Arbeitsorganisation zu verbessern, die Vorteile der Spezialisierung auszunutzen und damit ihr Einkommen zu erhöhen.

Welche Mittel hat die Regierung bisher für die Landwirtschaft bereitgestellt?

Die von der Regierung für die Landwirtschaft zur Verfügung gestellten Mittel stiegen je Hektar LN von 60,— DM im Jahre 1951 auf 215,— DM im Jahre 1956.

Im ersten Fünfjahrplan (1951 bis 1955) wurden für die pflanzliche Produktion rund 375 Millionen DM und für die Förderung der tierischen Produktion rund 360 Millionen DM ausgegeben. Für wasser- und forstwirtschaftliche Maßnahmen verausgabte die Regierung rund 234 Millionen DM und für sonstige Aufgaben der privaten Landwirtschaft rund 59 Millionen DM. Zur Unterstützung der Neubauernhöfe der ehemaligen Umsiedler wurden 110 Millionen DM bereitgestellt.

Im Haushaltsplan 1957 standen zur Förderung der Landwirtschaft 4,75 Milliarden DM zur Verfügung, das sind 12 Prozent der gesamten Haushaltsmittel. In der Bundesrepublik werden für die Aufgaben der Landwirtschaft nicht einmal 5 Prozent der Haushaltsmittel verwendet, wovon der größte Teil des Geldes noch für den „Strukturwandel“ in der Landwirtschaft (sprich Bauernlegen) verbraucht wird.

Fördert der Staat die Landwirtschaft insgesamt oder nur bestimmte Sektoren?

Die Förderungsmaßnahmen der Regierung der DDR für die Landwirtschaft kommen allen Bauern zugute. Das schließt nicht aus, daß für die LPG zusätzlich Erleichterungen geschaffen werden, damit sie sich schneller festigen und entwickeln können (siehe Seite 114).

Der Übergang zu den neuen gemeinschaftlichen Arbeits- und Organisationsformen bringt Anfangsschwierigkeiten mit sich. Es ist nur recht und billig, hier helfend einzugreifen.

Den schwachen und zurückgebliebenen LPG wird vor allem deshalb geholfen, weil sie trotz ihrer Anfangsschwierigkeiten die Einzelwirt-

schaften in verhältnismäßig kurzer Zeit leistungsmäßig überholen und sich ihre Unterstützung mit höheren Erträgen schnell bezahlt macht.

Wie wirken sich die Vergünstigungen für die Landwirtschaft im einzelnen Betrieb aus?

Die wichtigste Vergünstigung besteht neben den niedrigen Tarifen für die Arbeiten der Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS) zweifellos darin, daß der Staat einen Teil der Produktion zu Aufkaufpreisen übernimmt, die bedeutend höher sind als die Erfassungspreise für Soll-Lieferungen.

Durch die Neufestsetzung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse vom 29. Mai 1958 sind einige Veränderungen eingetreten. Die Erfassungspreise wurden erhöht, die Aufkaufpreise etwas gesenkt. Einnahmeausfälle entstehen dadurch nicht. Davon zeugen folgende Beispiele:

Angenommen, ein 10-Hektar-Betrieb hätte 40 dz Getreide auf Pflichtablieferung abzuliefern:

	bisher. Preis DM/dz	Erlös DM	neuer Preis DM/dz	Erlös DM
24 dz Roggen	21,—	504,—	24,—	576,—
10,5 dz Weizen	21,50	225,75	22,50	236,25
2,5 dz Braugerste	29,—	72,50	33,50	83,75
1 dz Futtergetreide	22,40	22,40	22,40	22,40
2 dz Hafer	19,—	38,—	20,—	40,—
40 dz insgesamt		862,65 DM		958,40

Mehreinnahmen: 95,75 DM

In beiden Fällen kommt noch die Zahlung der Frühdruschprämie für die vorfristige Ablieferung von Getreide hinzu, d. h. also, daß das System der gestaffelten Frühdruschprämie beibehalten wird.

Eine Wirtschaft in der Betriebsgrößengruppe 10 bis 15 ha im Kreis Zossen, Bez. Potsdam, hatte 1957 für den Markt geliefert:

Rind	Pflichtablieferung	365 kg
	freier Aufkauf	300 kg
Schwein	Pflichtablieferung	678 kg
	freier Aufkauf	412 kg

Nach den bisherigen Durchschnittspreisen in Erfassung und Aufkauf hatte dieser Betrieb eine Einnahme aus dem Verkauf von Schlachtvieh in Höhe von 4883,80 DM. Unter Zugrundelegung der neuen Erfassungs- und Aufkaufpreise für Schlachtvieh würde dieser Betrieb eine Einnahme von 5053,20 DM erzielen.

Vergleicht man die durchschnittlichen Erlöse aus Erfassung und Aufkauf, die die Bauern in der DDR erzielen, mit denen in Westdeutschland, so ergibt sich nachstehendes Bild:

	1957	
	gezahlter Durchschnittspreis pro t in der DDR	in Westdeutschland
Rind	2100,— DM	1800,— DM
Schwein	3451,— DM	2600,— DM
Milch	442,— DM	300,— DM
Eier (tausend Stück) ..	306,— DM	150,— DM

Die LPG Sachsendorf im Kreis Seelow, die im Jahre 1957 aus ihrer pflanzlichen Produktion eine Einnahme von 253 000 DM hatte, erhielt bei gleicher Produktion nunmehr 277 000 DM. Bei ihrer tierischen Produktion wäre das Verhältnis 265 000 DM zu 273 000 DM. Sie würde somit durch die neuen Erfassungs- und Aufkaufpreise schon bei gleich hoher Produktion eine Mehreinnahme von rund 32 000 DM erzielen.

Es zeigt sich also, daß die Neufestsetzung der Erfassungs- und Aufkaufpreise den landwirtschaftlichen Produzenten zum Vorteil gereicht.

Was ist eine MTS?

Die Maschinen-Traktoren-Station (MTS) ist ein volkseigener landwirtschaftlicher Produktionsbetrieb. Er unterstützt die Bauern durch Bereitstellung von Maschinen und hilft so, die landwirtschaftliche Produktion zu steigern. Die MTS ist mit Traktoren, landwirtschaftlichen Geräten und modernen Großmaschinen, wie Mähdrescher, Kartoffel- und Rüben-vollerntemaschinen, ausgerüstet und bearbeitet die Felder der Genossenschafts- und Einzelbauern gegen geringes Entgelt. Jede MTS berät außerdem unentgeltlich die Genossenschafts- und Einzelbauern in agronomischen Fragen. In ihren Kulturhäusern finden kulturelle Veranstaltungen sowie wissenschaftliche und fachliche Vorträge statt.

Weil die MTS den Bauern die Großmaschinen zur Verfügung stellt, braucht sich z. B. kein Bauer für teures Geld einen eigenen Traktor zu kaufen. Die Anschaffung eines Traktors bedeutet für bäuerliche Klein- oder Mittelbetriebe eine sehr große finanzielle Belastung, weil sie die Maschinen nicht ausnutzen und folglich auch die Kosten nicht wieder einbringen können. Hinzu kommt, daß der Traktor allein noch keine Mechanisierung des Betriebes bedeutet. Zum Schlepper müssen die entsprechenden Anhänge- und Anbaugeräte gekauft werden, d. h., es sind große Investitionen erforderlich. Da die MTS die Maschinen in weit größerem Umfang als der Einzelbetrieb ausnutzt, kann die MTS die Kosten der Einzelarbeiten sehr niedrig halten. Von den Vorteilen der MTS haben sich die Bauern in der Vergangenheit bereits überzeugt. Viele Bauern lassen ihre gesamten Feldarbeiten von der MTS ausführen.

Es gibt in der DDR insgesamt 605 MTS. Der Maschinenbestand wird sich 1960 im Vergleich zu 1957 u. a. folgendermaßen erhöhen:

	1957	1960
Traktoren (auf 15 PS umgerechnet)	46 912	49 900
Mähdrescher	3 644	5 070
Kartoffel-Vollerntemaschinen	1 479	7 580
Rüben-Vollerntemaschinen	270	4 410

Was bezahlt der Bauer für die Bearbeitung der Felder durch die MTS?

Die Tarife der MTS sind nach der Größe der bäuerlichen Betriebe gestaffelt, die die MTS in Anspruch nehmen. Bei der Staffe lung der Tarife wurde von dem Grundsatz ausgegangen, für die kleinsten Betriebe und für die LPG die billigsten Tarifsätze zu berechnen. Bis Mitte 1956 gab es vier Tarifgruppen. Am 1. August 1956 wurde die IV. (höchste) Gruppe auf Beschluß der Regierung der DDR aufgehoben, so daß für die Betriebe über 20 ha ebenfalls der Tarif der Gruppe III angewendet wird.

Somit gelten jetzt folgende Tarifgruppen:

- Tarifgruppe I für alle LPG
- Tarifgruppe II für Wirtschaften bis 10 ha LN
- Tarifgruppe III für Wirtschaften über 10 ha LN.

Folgende Kostenvergleiche landwirtschaftlicher Arbeiten, ausgeführt von den MTS in der DDR bzw. von landwirtschaftlichen Lohnunternehmen in der Bundesrepublik, zeigen, welche Vorteile die Bauern in der DDR durch die MTS gegenüber den Bauern in der Bundesrepublik haben:

	DDR	Westdeutschland
	MTS Tarifgruppe I-III DM je ha	Lohnunternehmen* DM je ha
Mähdrusch	12,— bis 20,—	120,— bis 200,—
Tiefpflügen (25 bis 28 cm)	19,— bis 26,—	36,— bis 48,—
Eggen	3,— bis 4,50	6,— bis 9,—
Drillen	4,— bis 10,—	8,— bis 15,—

Wie groß ist der Anteil der MTS-Leistung an der Feldarbeit?

Die vor der Landwirtschaft der DDR stehenden Aufgaben erfordern, daß die landwirtschaftlichen Arbeiten noch mehr mechanisiert werden. Bis Ende 1960 wird sich der Umfang der von den MTS geleisteten Feldarbeiten im Vergleich zu 1955 verdoppeln. Es ist vorgesehen, den Anteil der mechanisierten Feldarbeiten auf 70 Prozent und den der Hackfrucht-pflegearbeiten auf 64 Prozent zu erhöhen. Der Mechanisierungsstand der

* Diese Preise erhöhen sich noch entsprechend der PS-Zahl des eingesetzten Schleppers; eine solche Anrechnung gibt es bei den MTS nicht.

Kartoffel- und Zuckerrübenenernte durch die MTS soll 1960 das 2,6fache im Vergleich zu 1955 betragen. Im Jahre 1956 wurden 13,4 Prozent des gesamten Getreides durch Mähdrescher abgeerntet, 1957 waren es bereits 17,1 Prozent. Bis Ende 1960 sollen in den LPG mindestens 82 Prozent der Kartoffeln und 87 Prozent der Zuckerrüben mit Vollerntemaschinen eingebracht werden.

Was sind sozialistische Errungenschaften auf dem Lande?

Neben den LPG, VEG und MTS gibt es weitere sozialistische Errungenschaften auf dem Lande (siehe Abschnitt „Die Produktionsgenossenschaften“ und „Die volkseigenen Güter“). Die vielen Gemeinschaftseinrichtungen, die die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB) auf dem Lande schuf, wie Kükenaufzuchtstationen, Brütereien, Wasch- und Trockenanlagen, haben besonders den Bäuerinnen die Arbeit erleichtert. Soziale und kulturelle Errungenschaften auf dem Lande sind vor allem die gut eingerichteten Landambulatorien (1957: 280), die Erntekindergärten (1957: 2444 mit 42758 Plätzen), die Saisonkrippen (1957: 1859), die Landbibliotheken (über 10000), die ländlichen mehrklassigen Zentralschulen, die es ermöglichten, die einklassigen Schulen fast vollständig aufzulösen (von 4114 im Jahre 1945 bestehen nur noch 23).

Welche Aufgaben

hat die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB)?

Die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe ist die politische Massenorganisation der werktätigen Bäuerinnen und Bauern. Sie vertritt die Interessen aller Bauern. Die VdgB arbeitet an der Seite der Arbeiterklasse aktiv mit am Aufbau des Sozialismus in der DDR, wobei ihr besonderes Interesse der Entfaltung der sozialistischen Demokratie im Dorfe gilt. Sie unterstützt die Volksvertretungen durch die Mitarbeit bei der Verwirklichung ihrer Beschlüsse und durch die Tätigkeit ihrer Abgeordneten. In den Volksvertretungen unserer Republik sind 24796 Abgeordnete aus den Reihen der VdgB vertreten. Außerdem arbeiten Tausende von Bauern in den staatlichen Kommissionen und Ausschüssen.

Die VdgB erzieht die Bauern zur Erfüllung ihrer staatsbürgerlichen Pflichten, zur Planerfüllung und Plandisziplin. Sie läßt sich davon leiten, daß der Einzelbauernwirtschaft in der weiteren Steigerung der Hektarerträge, der Produktivität der Viehwirtschaft, der vollen Ausnutzung der modernen Technik, der Hebung des Lebensniveaus Grenzen gesetzt sind. Die VdgB fördert daher die Bildung von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften auf freiwilliger Grundlage und unterstützt sie. Dabei setzt sie sich für eine enge kameradschaftliche Zusammenarbeit zwischen Genossenschaftsbauern und werktätigen Einzelbauern ein.

Was wird gegen die Landflucht getan?

Die Landflucht, d. h. die Abwanderung von Dorfbewohnern in die Stadt, besonders in die Industrie, ist eine allgemeine Erscheinung in jedem Land.

Dennoch hat sie in der DDR im Gegensatz zu Westdeutschland grundverschiedene Ursachen.

In Westdeutschland hat die Landjugend ungenügende Entwicklungsmöglichkeiten. Immer mehr Klein- und Mittelbauern werden durch die Agrarpolitik der Adenauer-Regierung ruiniert und müssen sich anderen Beschäftigungen zuwenden. Die schwere körperliche Arbeit drängt ebenfalls viele Jugendliche dazu, in besser bezahlte und leichtere Berufe abzuwandern.

In der DDR übt infolge des raschen sozialistischen Aufbaus der sehr große Bedarf an Industriearbeitern auf die Landjugend einen besonderen Anreiz aus. Deshalb kehren viele dem Dorfe den Rücken. Hinzu kommt, daß einige den Lockungen und Versprechungen der Abwerber zum Opfer fallen und republikflüchtig werden. Entscheidend aber ist, daß sich die Regierung der DDR energisch bemüht, die Landflucht einzudämmen, indem sie wirksame Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensverhältnisse auf dem Dorf schafft. So fiel z. B. die Ortsklasse C weg, wodurch sich der Lohn für die Arbeitskräfte in der Landwirtschaft erhöhte. Um die vielfach noch ungenügenden Wohnverhältnisse zu verbessern, wurde der Wohnungsbau verstärkt. Die gute Ausbildung der jungen Menschen in Lehrstellen und Schulen ist garantiert. Allen stehen die gleichen Bildungsmöglichkeiten offen, und für alle Jugendliche sind Aufstiegsmöglichkeiten in der Landwirtschaft vorhanden.

Der gegenwärtig in der Landwirtschaft der DDR noch bestehende Arbeitskräftemangel wird in dem Maße beseitigt, wie es gelingt, die Rückständigkeit des Dorfes schrittweise zu überwinden und sozialistische Verhältnisse auf dem Lande zu schaffen. Je schneller und besser die moderne Technik in der Landwirtschaft wirksam wird, um so eher können wir die Lücken in der Arbeitskräfteversorgung schließen.

Die Produktionsgenossenschaften

Was ist eine LPG?

Eine landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft ist ein Großbetrieb sozialistischen Charakters, der durch den freiwilligen Zusammenschluß mehrerer Bauern im Dorf entsteht. Die Bauern bewirtschaften die Bodenflächen gemeinschaftlich. Das ermöglicht den Genossenschaftsbauern, moderne landwirtschaftliche Großmaschinen einzusetzen und sie rationell auszulasten; das erleichtert allen Mitgliedern die Arbeit und gibt ihnen mehr Freizeit.

Es gibt drei verschiedene Formen landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften: die Typen I, II und III.

Der Typ I ist die einfachste Form. Die Mitglieder bringen entsprechend dem Statut nur ihr Ackerland zur gemeinsamen Bewirtschaftung und Nutzung in die Produktionsgenossenschaft ein.

Beim Typ II bringen die Mitglieder außer dem Ackerland ihre Zugkräfte, landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte zur gemeinsamen Benutzung in die LPG ein.

Die dritte Art ist der Typ III, die höchste Form der Produktionsgenossenschaften. Die Mitglieder bringen ihr Land einschließlich Wiesen, Wälder, Weiden, des Zugviehs, einen Teil des Zucht- und Nutzviehs sowie landwirtschaftliche Maschinen und Geräte in die LPG ein. Hier umfaßt die gemeinschaftliche Wirtschaft alle Zweige der landwirtschaftlichen Produktion.

Beim Eintritt in eine LPG vom Typ III ist von den Bauern ein Inventarbeitrag zu zahlen. Die Höhe des Inventarbeitrages bestimmt die Mitgliederversammlung. In der Regel schwankt er um 500 DM je Hektar LN. Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Genossenschaftsbewegung in der DDR zeigt folgende Übersicht:

	1953	1954	1955*	1956	1957	31. 8. 1958
Zahl der LPG	4 691	5 120	6 047	6 281	6 691	9 296
LN d. LPG genoss. und individuell	754 301	931 393	1 279 200	1 500 686	1 631 882	2 193 318
Anzahl der Mitglieder	128 550	158 356	196 946	219 599	2 290 026	323 909
Darunter ehemalige Einzelbauern, einschl. Familienangehörige	74 993	75 217	79 949	89 216	94 127	155 327
In LPG zusammengeschlossene bäuerliche Betriebe	55 116	62 052	77 392	91 457	101 451	185 785**

Wer kann Mitglied der LPG werden?

Laut Statut können Mitglied der LPG werden „werktätige Bauern und Landarbeiter sowie alle Dorfbewohner ohne Rücksicht auf das Geschlecht, wenn sie das 16. Lebensjahr vollendet haben“. Nicht aufgenommen werden aber „Schieber, Spekulanten, Großgrundbesitzer, frühere Großhändler sowie Kaufleute und Gastwirte, welche Lohnarbeitskräfte beschäftigen“. Die Kinder der zuletzt genannten Personen können Mitglied der LPG werden, „wenn sie sich mit ihrem Vermögen

* 15. 11. 1955 ** 30. 6. 1958

und Boden von den Eltern getrennt haben, gesellschaftlich nützliche Arbeit verrichten und gewissenhaft arbeiten“.

Großbauern, die sich loyal zum Staat verhalten, können ebenfalls in die LPG aufgenommen werden, wobei jedoch in der Regel nicht der gesamte von ihnen eingebrachte Boden angerechnet wird, sondern nur so viel Land, wie die anderen Mitglieder der LPG im Durchschnitt eingebracht haben.

Über die Aufnahme als Mitglied in die Genossenschaft entscheidet in allen Fällen die Mitgliederversammlung. Es darf niemand zum Beitritt in die LPG gezwungen werden. Im Statut wird klar und eindeutig gesagt: „Der Eintritt in die Produktionsgenossenschaft erfolgt nur auf Grund freiwilliger Zustimmung.“

Wer bestimmt in der LPG?

Das höchste Organ der Produktionsgenossenschaft ist die Mitgliederversammlung. Sie entscheidet über alle grundsätzlichen Fragen der Genossenschaft; ihre Beschlüsse sind für alle Genossenschaftsmitglieder, auch für den Vorsitzenden, bindend.

Die Mitgliederversammlung wählt den Vorsitzenden, den Vorstand und die Revisionskommission auf die Dauer eines Jahres; sie hat das Recht, Mitglieder dieser Organe vor Ablauf der Jahresfrist abzusetzen, wenn sie ihre Aufgabe schlecht erfüllen oder ihre Rechte mißbrauchen.

Die Mitgliederversammlung entscheidet über die Aufnahme neuer Mitglieder und über den Ausschluß aus der Genossenschaft. Sie bestätigt den Produktionsplan und den Plan der Einnahmen und Ausgaben, den Ankauf von Vieh oder von Maschinen und Geräten, sie legt die Arbeitsnormen fest usw., d. h., das gesamte wirtschaftliche Leben der Genossenschaft wird nur mit Zustimmung der Mitglieder der Genossenschaft gestaltet.

Diese demokratischen Rechte legen auch jedem einzelnen Mitglied die Verantwortung auf, aktiv an der Verwaltung, am Aufbau und an der Festigung der Genossenschaft mitzuarbeiten und den Vorsitzenden und den Vorstand mit allen Kräften bei der Erfüllung ihrer Aufgaben für die Genossenschaft zu unterstützen.

Bleibt der Bauer bei Eintritt in die LPG Eigentümer des Bodens?

Dazu heißt es im Statut: „Der Boden bleibt Eigentum der Bauern. Die Produktionsgenossenschaft führt ein Bodenbuch, in das der gesamte, durch die Genossenschaft bewirtschaftete Boden auf den Namen der betreffenden Mitglieder, die ihn eingebracht haben, eingetragen wird.“ Daraus geht hervor, daß die Bauern, die in die LPG eintreten, den eingebrachten Boden nach wie vor als ihr Eigentum behalten. Von der LPG erhält der Bauer für sein eingebrachtes Land außerdem noch einen beachtlichen Anteil aus den Gesamteinkünften der LPG.

In der LPG Typ I (gemeinsame Ackernutzung) werden im allgemeinen 40 Prozent, in der LPG vom Typ II (gemeinsame Nutzung des Ackers, des Zugviehs und der Geräte) 30 Prozent und in der LPG vom Typ III (gemeinsame Feld-, Grünland-, Wald- und Viehwirtschaft) 20 Prozent der Überschüsse auf Bodenanteile ausgegeben.

Landarbeiter, die ohne Land in die LPG eingetreten sind, können bis zu 6 ha Boden aus dem staatlichen Bodenfonds erhalten, der als ihr Eigentum in das Bodenbuch eingetragen wird.

Worin zeigt sich die Überlegenheit der LPG?

Es ist bereits heute so, daß die Produktion zahlreicher LPG über der durchschnittlichen Marktproduktion der Gesamtheit der Bauern vieler Einzelbauerndörfer liegt. Der durchschnittliche Hektarertrag der LPG überstieg bei Getreide, Ölfrüchten und Faserpflanzen im Jahre 1956 bereits den Durchschnittsertrag der einzelbäuerlichen Betriebe. 1957 lagen z. B. die Getreideerträge in den LPG um 0,2 dz höher als im einzelbäuerlichen Sektor. Die Produktivität in der Viehhaltung ist bei den Genossenschaften schneller als bei den Einzelbauern gestiegen. Die Marktproduktion erhöhte sich 1957 im Vergleich zu 1956 bei:

	LPG	Einzelbauern
Milch	122 %	110 %
Lebendvieh (ohne Schweine)	129 %	113 %
Schweine.....	123 %	107 %

Die Arbeitsproduktivität und Pro-Kopf-Leistung je Arbeitskraft liegt in den LPG weit höher als in den einzelbäuerlichen Betrieben.

Das Entwicklungstempo in den LPG übersteigt das bei den Einzelbauern. Es wird nicht mehr allzulange dauern, bis auch jene LPG, die jetzt noch Schwierigkeiten haben, weit höhere Erträge als die besten Einzelbauern erzielen.

Die gut organisierten volkseigenen Güter weisen natürlich jetzt schon höhere Arbeitsergebnisse auf. Folgende Zahlen beweisen das:

	Arbeitsstunde je dz in		
	Einzelwirtschaften	LPG	VEG
Getreide	7,1	4,0	3,3
Kartoffeln	2,9	2,6	2,2
Zuckerrüben	2,3	2,0	1,8

Wie wird die Arbeit der Genossenschaftsbauern bewertet?

Die Arbeit der Genossenschaftsmitglieder wird nach den von der Mitgliederversammlung bestätigten Tagesarbeitsnormen gemessen. Eine Tagesarbeitsnorm besagt, welche Menge einer bestimmten Arbeit das

Genossenschaftsmitglied an einem Arbeitstag zu leisten hat, z. B. 0,5 ha Pflügen, 20 cm tief bei mittlerem Boden mit zwei Pferden und Einscharpflug; 6,1 ha Drillen mit einer 3-m-Drillmaschine, zwei Pferden und drei Mann Bedienung; 12 Kühe pflegen; 100 Mastschweine pflegen usw. Bei der Bewertung der Arbeit nach Arbeitseinheiten wird außerdem die Art der Arbeit berücksichtigt, d. h., ob es sich um leichte oder schwere, einfache oder komplizierte Arbeit handelt, ob die betreffende Arbeit viel oder weniger Fachkenntnisse und Verantwortung erfordert. Die Erfüllung einer Tagesarbeitsnorm beim Pflügen wird z. B. mit 1,4 Arbeitseinheiten, die Tagesarbeitsnorm beim Getreideaufstellen mit 1,0 Arbeitseinheiten bewertet. Ein Druschmaschinist bekommt bei Normerfüllung 1,6 Arbeitseinheiten angerechnet.

Es versteht sich, daß die Arbeiten sorgfältig und in einwandfreier Qualität ausgeführt werden müssen, anderenfalls werden sie entsprechend niedriger bewertet.

Hat ein Genossenschaftsbauer z. B. an einem Tage 0,6 ha gepflügt, also seine Norm um 20 Prozent übererfüllt, so werden ihm für diesen Tag 1,68 Arbeitseinheiten gutgeschrieben.

Die Einkünfte der Genossenschaften werden überwiegend nach Arbeitseinheiten verteilt, nachdem ein bestimmter Anteil für die Bildung der genossenschaftlichen Fonds und zur Verteilung nach Bodenanteilen bereitgestellt wurde. Für jede geleistete Arbeitseinheit erhält das Mitglied eine bestimmte Summe in Geld und eine bestimmte Menge Naturalien, deren Höhe von den Produktionsergebnissen der LPG abhängt und von der Mitgliederversammlung festgelegt wird.

Verteilt eine LPG je Arbeitseinheit 10,— DM, 3 kg Getreide und 5 kg Kartoffeln, dann werden dem obengenannten Genossenschaftsbauern für seine Leistung beim Pflügen 16,80 DM, 5,04 kg Getreide und 8,4 kg Kartoffeln gutgeschrieben.

Im Viehstall wird nicht nur die tägliche Pflegearbeit, sondern auch die Milchleistung der Kühe, die Gewichtszunahme der Rinder und Schweine, die Legeleistung der Hühner usw. bewertet. Dieses Bewertungsprinzip bildet die Grundlage für eine leistungsgerechte Verteilung der Einkünfte in den LPG und spornt die Genossenschaftsbauern zu hohen Leistungen an; denn wer mehr leistet, der erhält auch mehr für seine Arbeit.

Was verdienen die Genossenschaftsbauern?

Der Verdienst der Genossenschaftsbauern hängt ab von den geleisteten Arbeitseinheiten (AE) und vom Umfang der landwirtschaftlichen Erzeugung der LPG. Jede Ertragssteigerung wirkt sich in höheren Einkünften aus. Außerdem hat jedes Genossenschaftsmitglied noch die Möglichkeit, zusätzliche Einnahmen aus der individuellen Hauswirtschaft zu schöpfen.

Ab 1. Januar 1959 entfällt die Ablieferungspflicht für die individuellen Hauswirtschaften der Genossenschaftsbauern in den LPG Typ III. Dadurch erhöhen sich wiederum die Einnahmen, weil dann alle Erzeugnisse aus der Hauswirtschaft zu Aufkaufpreisen bezahlt werden.

Was ein Genossenschaftsmitglied verdient, zeigt folgendes Beispiel aus der LPG in Lühsdorf, Krs. Luckenwalde, die 1957 einen realen Wert pro AE von 7,90 DM geplant hatte, aber 8,62 DM erreichte.

Neben dem Bargeld erhalten die Mitglieder je Arbeitseinheit 2 kg Getreide, 4 kg Kartoffeln, 5 kg Rüben, 1 kg Heu. Darüber hinaus bekommt jedes Mitglied 25 kg Raps. Je Hektar eingebrachten Bodens verteilt die Genossenschaft 123,35 DM sowie 40 kg Getreide, 100 kg Kartoffeln, 14 kg Heu und 50 kg Gemüse.

Je mehr Arbeitseinheiten geleistet werden, um so höher werden die Einnahmen. In der LPG „Glückauf“ in Wuthenow, Krs. Neuruppin, verdiente der Schweinemeister 12 850 DM, der Viehzuchtbrigadier 10 045 DM.

Erhalten LPG besondere Vergünstigungen?

Die LPG erhalten unter anderem vorrangig Hilfe durch die MTS, steuerliche Vergünstigungen, Erleichterungen bei der Ablieferung, bevorzugte Bewilligung von Krediten, Düngemittelzuteilungen, damit bei Umstellung der Fruchtfolge keine Ertragsminderung eintritt; die MTS-Kosten werden nach der niedrigsten Tarifgruppe berechnet; die prophylaktischen Maßnahmen zur Gesunderhaltung der Viehbestände werden kostenlos vorgenommen; Neubauern bekommen die Bodenreformraten gestrichen; Altsiedler bekommen die vor 1945 bei agrarkapitalistischen Banken gemachten Schulden erlassen; die Sozialversicherungsbeiträge werden gesenkt.

Darüber hinaus erhalten LPG, die gegenüber dem Vorjahr die Marktproduktion gesteigert, die genossenschaftlichen Fonds gebildet, die Ablieferungsverpflichtungen erfüllt und die Tilgungsraten pünktlich bezahlt haben, 5 Prozent der langfristigen Kredite gestrichen. Den noch wirtschaftsschwachen LPG werden weiterhin Erleichterungen in Form von Stundungen der Zinsen für langfristige Kredite gewährt. Entsprechend den Empfehlungen der LPG-Beiratskonferenz hat der Ministerrat der DDR beschlossen, daß den LPG, die Flächen aus örtlichen Landwirtschaftsbetrieben und von heruntergewirtschafteten Großbauernbetrieben ohne Vieh übernommen haben, die zur Wiederherstellung der Wirtschaftsfähigkeit aufgenommenen Kredite gestrichen werden. Weiterhin werden für solche Flächen, die jetzt übernommen werden, staatliche Zuschüsse von 100 bis 400 DM je Hektar gegeben. Ab 1. Januar 1959 ist die Hauswirtschaft bei LPG vom Typ III abgelieferungsfrei. Die in die LPG eintretenden Bauern erhalten für jede eingebrachte Kuh oder Färse neben der Anrechnung als Inventarbeitrag einen staatlichen Zuschuß je nach Qualität von 300 bis 750 DM.

Können die LPG eigene Maschinen besitzen?

Es wäre unwirtschaftlich, würden sich die LPG selbst große Maschinen für die Feldarbeit zulegen. Die MTS können die landwirtschaftlichen Großmaschinen wirtschaftlicher einsetzen.

Um jedoch die LPG künftig noch wirkungsvoller mit Maschinen unterstützen zu können, werden bei bestimmten LPG, bei denen die Voraussetzungen gegeben sind, Maschinenbrigaden der MTS stationiert. Über den Einsatz der Maschinen entscheidet der LPG-Vorsitzende gemeinsam mit dem Brigadeleiter.

Neben der Feldarbeit fallen in den LPG aber auch viele Arbeiten in der Innenwirtschaft an. Sie betragen teilweise bis zu 60 Prozent des gesamten Arbeitsaufwandes. Für die Innenwirtschaft können die LPG sich selbst Maschinen aus eigenen Mitteln oder mit staatlichen Krediten zu günstigen Tilgungsbedingungen anschaffen. In erster Linie sind das Maschinen für die Hof-, Speicher- und Stallwirtschaft, z. B. Hoftraktoren, Gebläse, Melkanlagen, Dungkräne usw. Diese technischen Mittel, die in verschiedenen Größenklassen hergestellt werden, sind nach den bisherigen praktischen Erfahrungen durch die LPG ohne weiteres rentabel einzusetzen. Um auch kleineren Genossenschaften in dieser Hinsicht zu helfen, stellen die MTS auch einen Teil von Maschinen, Geräten und Fahrzeugen für die Innenwirtschaft zur Verfügung. Der derzeitige Mechanisierungsgrad in der Innenwirtschaft liegt bei etwa 30 Prozent, und es ist vorgesehen, ihn bis 1960 auf etwa 70 Prozent zu erhöhen.

Wie ist die soziale Betreuung der Genossenschaftsbauern?

Ebenso wie die Arbeiter und Angestellten in der Industrie haben die Genossenschaftsbauern vollen Versicherungsschutz, d. h., sie erhalten kostenlose ärztliche Betreuung, Arzneimittel und kostenlosen Krankenhaus- und Kuraufenthalt. Seit dem Jahre 1953 bekommen die LPG durch die Sozialversicherung in Verbindung mit dem Feriendienst der Gewerkschaften kostenlose Erholungskuren für ihre Mitglieder. Bis 1957 wurden insgesamt 6145 Reisen in Erholungsheime zur Verfügung gestellt.

Außerdem wird den Mitgliedern der LPG Krankengeld, Schwangerenunterstützung und entsprechend ihrer Beitragsleistung eine Rente gewährt. Bei Einnahmen bis 600,— DM monatlich, die sich aus den Geld- und Naturaleinkünften der genossenschaftlichen Wirtschaft zusammensetzen, entrichten die Mitglieder einen Sozialversicherungsbeitrag von 9 Prozent. Einkünfte über 600,— DM sind nicht beitragspflichtig. Der Betriebsanteil in Höhe von 50 Prozent des Beitrages, wie er von den volkseigenen und privaten Betrieben zu leisten ist, wird für die Mitglieder der LPG vom Staat getragen. Alle Genossenschaftsmitglieder erhalten je Kind 20,— DM Kinderbeihilfe. Sie wird generell bis zum 15. Lebensjahr, wenn das Kind die Oberschule besucht, bis zum 18. Lebensjahr gezahlt.

Viele LPG gewähren ihren Mitgliedern bei Krankheit, Unfällen, im Alter usw. zusätzliche Unterstützung aus dem für diese Zwecke gebildeten Hilfsfonds.

Auf Beschluß der Mitgliederversammlung können den Mitgliedern Erholungsurlaub bewilligt und Beihilfen aus dem Kulturfonds gewährt werden.

Die Räte der Gemeinden und die MTS organisieren für ihre Bereiche den regelmäßigen Besuch von Theater- und sonstigen Kulturveranstaltungen. Teilnahmeberechtigt sind alle Einwohner. Die Vereinbarungen mit dem Theaterring werden für ein Jahr abgeschlossen.

Wie ist die Berufsausbildung in der LPG?

Die Anzahl der Lehrlinge stieg seit 1952 ständig. Gleichzeitig verbesserte sich auch die Ausbildung.

In den LPG waren beschäftigt:

Ende 1952 = 1000 Lehrlinge
Ende 1953 = 1145 Lehrlinge
Ende 1954 = 2015 Lehrlinge
Ende 1955 = 4340 Lehrlinge
Ende 1956 = 7300 Lehrlinge
Ende 1957 = 7855 Lehrlinge.

Die Ausbildung beruht auf den von der Regierung der DDR zusammen mit Praktikern und Wissenschaftlern erarbeiteten Lehrplänen für die 23 verschiedenen landwirtschaftlichen Berufe, z. B.

Landwirt (Acker- und Pflanzenbau)	Hopfenbauer
Landwirt (Saatzucht)	Schäfer
Landwirt (Rinderhaltung)	Geflügelzüchter
Landwirt (Schweinehaltung)	Imker
Landwirt (Pferdezucht)	Gärtner usw.

Für die praktische Ausbildung werden Genossenschaftsmitglieder entsprechend der Anzahl der Lehrlinge in den einzelnen LPG verantwortlich eingesetzt. Diese Genossenschaftsbauern sind Landwirte, die in der Regel eine längere praktische Erfahrung haben (Meisterbauern, hervorragende Genossenschaftler, Meister einer bestimmten Fachrichtung oder staatlich geprüfte Landwirte).

Die theoretische Ausbildung erhalten die Lehrlinge in der Berufsschule, die sie zweimal in der Woche ganztägig besuchen.

Die Vergütung der Lehrlinge kann entsprechend dem Beschluß der Mitgliederversammlung der LPG nach folgenden Grundsätzen erfolgen (Lehrzeit 2 Jahre):

1. nach einem feststehenden Lehrlingsgehalt

1. Lehrhalbjahr	75,— DM
2. Lehrhalbjahr	85,— DM
3. Lehrhalbjahr	95,— DM
4. Lehrhalbjahr	105,— DM

2. jeder Lehrling wird entsprechend seiner Arbeitsleistung nach AE vergütet.

Darüber hinaus erhalten die Lehrlinge bei besonderen Leistungen Geld- und Sachwertprämien.

Werden die Lehrlinge von der LPG voll verpflegt und sind sie in einer Lehrlingsunterkunft untergebracht, müssen sie 30 Prozent ihres Verdienstes für Verpflegung und Unterkunft an die LPG zurückzahlen. Diese Summe darf aber 30,— DM nicht überschreiten. Alle LPG, die Lehrlinge ausbilden, erhalten je Lehrling und Jahr einen finanziellen Zuschuß vom Staat bis zu 500,— DM.

Bei der Einrichtung einer Lehrlingsunterkunft in einem genossenschaftseigenen Gebäude erhält die LPG 75 Prozent der Um- bzw. Ausbaurkosten sowie bis zu 150,— DM je einzurichtenden Platz als Zuschuß.

Werden die Lehrlinge von der LPG voll verpflegt, wird ein Zuschuß bis zu 2,— DM je Lehrling und Tag gewährt.

Sind Lehrlinge gemeinsam in einer Unterkunft untergebracht, wird im Einverständnis zwischen LPG und Rat des Kreises ein Erzieher bzw. ein Leiter eingesetzt. Die Vergütung dieser Personen erfolgt durch den Rat des Kreises.

Für die bereits tätigen Lehrausbilder finden im Institut zur Aus- und Weiterbildung von Lehrmeistern fünfmonatige Lehrgänge zur weiteren Qualifizierung statt. An diesem Institut werden auch, in zweijähriger Ausbildung, Lehrmeister für die Zweige Acker- und Pflanzenbau oder Rinder- und Schweinezucht ausgebildet.

Die volkseigenen Güter

Welche Aufgaben haben die volkseigenen Güter (VEG)?

Die volkseigenen Güter sind staatliche sozialistische Großbetriebe der Landwirtschaft, die nach den neuesten Erkenntnissen der Agrarwissenschaft und der sozialistischen Betriebswirtschaft geleitet und mit der modernsten Agrartechnik ausgerüstet werden. Infolge dieser Bedingungen weisen die VEG eine hohe Arbeitsproduktivität sowie hohe Produktionsleistungen auf. Ihre Aufgaben sind:

1. Unterstützung der LPG durch Übermittlung von Erfahrungen bei der Leitung, Organisation und Bewirtschaftung der sozialistischen

- Großbetriebe der Landwirtschaft, um so die Überlegenheit der sozialistischen Großproduktion auch in der Landwirtschaft zu beweisen;
2. Produktion von hochwertigem Saatgut, Zucht- und Nutzvieh für die LPG und werktätigen Einzelbauern;
 3. praktische Ausbildung von Hoch- und Fachschulkadern sowie von Facharbeitern für die LPG, MTS und VEG;
 4. Aufbau von Musterbetrieben, mit einer hohen Arbeitsproduktivität und einer hohen Flächenproduktivität;
 5. Produktion von Konsumgütern, insbesondere von Getreide, Schweine-, Rind- und Geflügelfleisch.

**Wie sind die Arbeitsbedingungen,
und wie sieht die soziale Betreuung in den VEG aus?**

In den VEG, als staatlichen sozialistischen Großbetrieben der Landwirtschaft, ist die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt. Die Belegschaftsmitglieder werden nach ihrer Leistung unabhängig von Alter und Geschlecht entlohnt. Jeder Landarbeiter ist entsprechend seinen Fähigkeiten in eine bestimmte Lohngruppe eingestuft. Die Entlohnung erfolgt auf der Grundlage der Lohngruppen in Verbindung mit der Erfüllung der für die einzelnen Arbeiten festgesetzten technisch begründeten Arbeitsnormen. Die Arbeitswoche beträgt für Erwachsene 48, für Jugendliche von 16 bis 18 Jahren 45 und für Jugendliche von 14 bis 16 Jahren 42 Arbeitsstunden.

Für die Erfüllung und Übererfüllung der staatlichen Aufgaben erhalten sowohl die Produktionsarbeiter als auch das technische und kaufmännische Personal aus dem Betriebsprämienfonds Prämien entsprechend ihrer Leistung.

Neben ihrem Lohn erhalten die Landarbeiter, einschließlich Familienangehörige, Naturalien im Rahmen der Belegschaftsversorgung zu verbilligten Preisen, die ihr Realeinkommen durchschnittlich um 30 bis 40 DM monatlich erhöhen. Außerdem können sie ein Werkküchenessen gegen einen Unkostenbeitrag von durchschnittlich 0,50 DM erhalten.

In der Mehrzahl der VEG gibt es solche sozialen und kulturellen Einrichtungen wie Sanitätsstuben, Waschhäuser, Dusch- und Baderäume, Kindergärten und -krippen, Verkaufsstellen, Kulturhäuser bzw. -räume, Sportplätze, Jugend- und Klubräume usw. In den VEG wurden auch eine Reihe neuer Wohnungen gebaut bzw. alte Wohnungen renoviert. Die Belegschaftsmitglieder zahlen für Neubauwohnungen eine Miete von 20,— bis 35,— DM und für Altbauwohnungen 10,— bis 20,— DM monatlich.

Der Mähdrescherfahrer Ulbrich vom VEG Hohenlückow zahlt z. B. für eine Zweizimmerwohnung mit Küche, Bad und großer Diele im neuen Haus 20,— DM Miete.

Die Einzelbauern

Wie lebt der Einzelbauer in der DDR?

Die Politik des Arbeiter-und-Bauern-Staates ist darauf gerichtet, die Lebenslage aller arbeitenden Menschen in der DDR stetig zu verbessern. Die Bauern erhalten eine umfangreiche Unterstützung, um ihre Produktion zu steigern.

Der sozialistische Staat gibt ihnen verbilligte Kredite, bestes Saatgut aus den staatlichen Saatgutbetrieben, von Jahr zu Jahr mehr und bessere Düngemittel, um nur einige der Hilfsmaßnahmen zu nennen. Nicht zuletzt sind die staatlichen MTS zu nennen, die auch den Einzelbauern große Produktionshilfe leisten und damit die Arbeit und das Leben der Bauern und ihrer Familien erleichtern.

Der Absatz ihrer landwirtschaftlichen Erzeugnisse ist zu festen Preisen gesichert. Je mehr der Einzelbauer produziert, desto höher sind seine Einnahmen. Nach Erfüllung des Ablieferungssolls werden für alle Erzeugnisse die Preise des freien Aufkaufs gezahlt. Eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und die damit verbundene höhere Marktleistung führt in der DDR nicht zu einem Sinken der Preise, sondern zu einer Steigerung der Einnahmen.

Nachdem schon im Jahre 1957 Preiserhöhungen für Spezialkulturen (Saatgut, Faserpflanzen, Zuckerrüben usw.) eintraten, sind mit Wirkung vom 29. Mai 1958 für fast alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse höhere Erfassungspreise in Kraft getreten. Die neuen Saat- und Pflanzgutpreise bedingen eine Erhöhung des Einkommens um rund 17 Millionen DM jährlich. Die Preisänderungen für Zucht- und Nutzvieh bringen Mehreinnahmen von rund 9 Millionen DM. Durch die Maßnahmen vom 29. Mai 1958 werden sich die Gesamteinnahmen der Landwirtschaft allein im Jahre 1958 um etwa eine halbe Milliarde erhöhen.

Werden die Einzelbauern „abgewürgt“?

Davon kann keine Rede sein. Der Bauer, der gut wirtschaftet, jedoch noch nicht in eine LPG eintreten will, hat dadurch keine Nachteile. Das beste Zeugnis dafür geben Zehntausende von Einzelbauern. Ihr Viehbestand ist gewachsen, ihre Einnahmen sind höher als je, ihr heutiger Wohlstand ist an ihren Einrichtungen, Sparkonten und Neuanschaffungen für jedermann zu erschen.

Allerdings sind der Entwicklung der einzelbäuerlichen Betriebe natürliche, objektive Grenzen gesetzt. Diese Grenzen wurden um so deutlicher und enger, je mehr sich die Landmaschinenteknik entwickelte.

Erhält der Bauer genügend Düngemittel, und was kosten sie?

Die verteilten Mengen sind in den vergangenen Jahren gestiegen. So erhöhte sich von 1953 bis 1956 in den Bäuerlichen Handelsgenossenschaften (BHG) der Umsatz von Düngemitteln um 25 Prozent. Ein Ver-

gleich der Verteilung von Reinnährstoffen je ha in der DDR mit der in der Bundesrepublik gibt folgendes Bild (in kg je ha):

	Wirtschaftsjahr 1949/1950		Wirtschaftsjahr 1955/1956	
	DDR	West- deutschland	DDR	West- deutschland
Stickstoff	27,8	23,1	30,8	33,1
Phosphorsäure	14,2	24,2	23,5	33,6
Kali	51,1	41,6	70,7	59,4
Kalk	85,4	46,1	107,6	52,0

In den Jahren 1956/57 erhöhte sich in der DDR die Zuteilung von Stickstoff auf 34,8 kg/ha, von Phosphorsäure auf 28,4 kg/ha, und der Verbrauch von Kali stieg auf 70,9 kg/ha und von Kalk auf 114,5 kg/ha.

Der Bauer zahlt für Düngemittel folgende Endverbraucherpreise:

Schwefelsaures Ammoniak.....	18,75 DM je 100 kg
Superphosphat 16—20 Prozent.....	9,35 DM je 100 kg
Kali 40 Prozent	9,60 DM je 100 kg
Gebrannter Kalk in Stücken	3,80 DM je 100 kg

Beim Einkauf ab Waggon zahlt der Bauer je 100 kg Dünger 0,30 DM weniger.

Was wird dem Bauer für seine Erzeugnisse gezahlt?

Für Erzeugnisse, die der Bauer an den Staat verkauft, um sein Ablieferungssoll zu erfüllen, erhält er den staatlich garantierten Erfassungspreis. Für die Produkte, die der Bauer über sein Ablieferungssoll hinaus dem freien Aufkauf liefert, erhält er erhöhte Sonderpreise.

Da das „Soll“ eine feste Größe ist, die sich auch bei Mehrproduktion nicht erhöht (sie umfaßt etwa 45 Prozent seiner Gesamtproduktion), bemüht sich jeder Bauer, seine Produktion ständig zu steigern, um recht viele Produkte zu erhöhten Sonderpreisen zu verkaufen.

Preise für Erzeugnisse, die als Ablieferungssoll geliefert werden:

Schwein kg	durchschnittlich	2,20 DM
Rind kg	durchschnittlich	2,00 DM
Milch kg (3,5% Fett)		0,27 DM
Eier (in kg) Sommerpreis		3,50 DM
Winterpreis		4,10 DM
Speisekartoffeln (spät) dz		7,70 DM
Weizen dz		22,50 DM
Raps dz		80,00 DM
Erbsen dz Kl. A		90,00 DM
Roggen dz		24,00 DM
Zuckerrüben t.....		61,00 DM

Preise für Erzeugnisse, die im freien Aufkauf geliefert werden:

Schlachtschweine und Schlachtrinder. Die Aufkaufpreise werden im Rahmen der festgesetzten Durchschnittspreise differenziert festgelegt.

Milch kg.....	0,62 DM
Eier in kgdurchschnittlich	5,83 DM
Speisekartoffeln (spät) dzbis zu	12,50 DM
Weizen dz.....	45,50 DM
Roggen dz.....	49,50 DM
Zuckerrüben t.....	90,— DM
Raps dz.....	120,— DM
Erbsen dz Kl. A.....	150,— DM

Kann der Bauer selbst bestimmen, was er erzeugen will?

Der Bauer kann sowohl bei den pflanzlichen Hauptkulturen (Getreide und Kartoffeln) als auch bei der tierischen Produktion selbst bestimmen, was und wieviel er anbauen bzw. produzieren will. Für die übrigen Kulturen, z. B. Öl, Faserpflanzen, Gemüse usw., erhalten die Bauern Anbaubescheide, um die volkswirtschaftlichen Belange zu gewährleisten, d. h. die Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen und die wichtigen Rohstoffe für die Industrie zu sichern.

Diese Anbaubescheide stehen aber nicht im Widerspruch zu den Anbauwünschen der Bauern, sondern sie sind ein Vertrag zwischen dem Bauern und dem Staat und geben den staatlichen Organen eine Übersicht über das zu erwartende Aufkommen an Erzeugnissen.

Kann der Einzelbauer Landarbeiter beschäftigen?

Jeder Bauer in der DDR kann Arbeitskräfte nach Bedarf einstellen. Alle Landarbeiter schützt und unterstützt das von der Volkskammer der DDR beschlossene „Gesetz zum Schutze der Arbeitskraft der in der Landwirtschaft Beschäftigten“ (auch Landarbeiterschutzgesetz genannt). Dieses Gesetz sichert allen Landarbeitern den 8-Stunden-Tag, ganzjährige Beschäftigung und eine dem Tarif entsprechende Bezahlung.

Wie ist die Altersversorgung für Bauern geregelt?

Mit der Einführung der Pflichtversicherung in den Jahren 1946/47 für die Bauern der DDR wurde erstmalig in Deutschland auch für die Landbevölkerung eine ausreichende Altersversorgung sichergestellt. Nach den gesetzlichen Bestimmungen unterliegen Einzelbauern, die eingetragene Inhaber ihrer Wirtschaft sind, der Sozialversicherungspflicht. Der ständig mitarbeitende Ehegatte ist dagegen versicherungsfrei.

Die notwendige Wartezeit für den Bezug einer Rente beträgt bei Invalidität 5 Jahre, bei Altersrente 15 Jahre. Soweit pflichtversicherte Bauern nach Vollendung des 50. Lebensjahres erstmalig in die Sozialversicherung einbezogen werden, verkürzt sich die Wartezeit um die Zahl der Jahre,

die das 50. Lebensjahr übersteigen. Sie beträgt jedoch mindestens 5 Jahre. Zu der Altersrente, die ein Bauer empfängt, kommt ein Ehegattenzuschlag, wenn der Ehegatte erwerbsunfähig ist:

Mindestrente eines pflichtversicherten Bauern ab 65. Lebensjahr monatlich	105,00 DM
dazu Ehegattenzuschlag für die erwerbsunfähige Ehefrau (Vollendung des 60. Lebensjahres) monatlich	20,— DM
	<hr/>
	125,— DM

Ist die Ehefrau eines Bauern außer der Pflichtversicherung ihres Mannes Selbstversicherte, d. h., hält sie auf Grund eines einmal bestandenen Arbeitsverhältnisses durch freiwillige Weiterversicherung ihren Rentenanspruch aufrecht, so bekommt sie ebenfalls eine Mindestrente in Höhe von 105,— DM monatlich.

Die unversicherte Ehefrau eines verstorbenen Bauern hat Anspruch auf Witwenrente, wenn sie im Sinne des Gesetzes als erwerbsunfähig gilt. Sie erhält in jedem Falle nach Vollendung des 60. Lebensjahres eine Witwenrente, die mindestens 95,— DM monatlich beträgt.

Woher bezieht der Bauer die landwirtschaftlichen Bedarfsgüter?

Die Versorgung der Bauern und der Gärtner mit landwirtschaftlichen Bedarfsgütern erfolgt vorwiegend durch die Handelsgenossenschaften (BHG) der VdgB. Sie liefern sowohl Saat- und Pflanzgut, chemische Düngemittel, landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel und Futtermittel als auch landwirtschaftliche Textilien (Arbeits- und Arbeitsschutzbekleidung), Lederwaren (Geschirteile, Treibriemen usw.), Brennstoffe (Kohlen), Baustoffe für kleinere Reparaturen und Bedarfsgüter für den Betrieb und den Haushalt. Auch richten die bäuerlichen Handelsgenossenschaften in zunehmendem Maße Gemeinschaftseinrichtungen ein. Diese erleichtern den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und den Einzelbauern die Arbeit und fördern den Gemeinschaftsgedanken.

Durch eine gute und ausreichende Versorgung mit Produktionsmitteln helfen die BHG bei der weiteren Steigerung der Hektarerträge.

Kann der Einzelbauer Kredit aufnehmen und zu welchen Bedingungen?

In der DDR können alle Bauern für ihre Produktion, für die Anschaffung von Inventar und für Bauten Kredite erhalten, wenn sie nicht selbst die erforderlichen Mittel zur Verfügung haben. Mit kurzfristigen Krediten kann der Bauer Dünger, Saatgut, MTS-Arbeiten, Löhne, Futtermittel, Brennstoffe, Stromrechnungen, Tierarztrechnungen, Tierarzneimittel, Tierlebensversicherung, kleine Reparaturen sowie den Ankauf von Ferkeln bezahlen. Sie werden bis zur Höhe von 50 bis 90 Prozent der Erlöse aus der Pflichtablieferung gewährt. Die Laufzeit der kurzfristigen Kredite erstreckt sich von der Inanspruchnahme bis zur Ernte. Kurzfristige Kredite sind aus den Erlösen der landwirtschaftlichen Produktion zurück-

zuzahlen. In der Regel werden bis höchstens 5 Prozent Zinsen jährlich sowie eine monatliche Bearbeitungsgebühr von $\frac{1}{2}$ Prozent der in Anspruch genommenen Kredite berechnet.

Für die Beschaffung toten und lebenden Inventars sowie für Neu-, Aus- und Umbauten von Wohn-, Wirtschafts- und Stallbauten sowie für Meliorationen werden in der Regel langfristige Kredite zum Zinssatz von höchstens $4\frac{1}{2}$ Prozent gewährt. Hinzu kommt eine einmalige Bearbeitungsgebühr von $1\frac{1}{4}$ Prozent auf den zugesagten Kredit. Die Laufzeit dieser Kredite ist der Lebensdauer der kreditierten Objekte angepaßt. Die Kredite können bis zur Höhe von 50 bis 60 Prozent des Anschaffungswertes gewährt werden.

Auf überfällig gewordene Krediteile wird ein um 1 Prozent höherer Zinssatz berechnet. Für überfällige Kredite werden Rückzahlungsvereinbarungen geschlossen und zusätzliche Sicherheiten bestellt. Zwangsmaßnahmen, wie Zahlungsbefehl oder Klageerhebung, werden nur bei Zahlungsunwilligkeit ergriffen.

Die in Einzelfällen zurückgebliebenen und daher verschuldeten landwirtschaftlichen Betriebe erhalten mit Zustimmung des Kreisrates kurzfristige Sonderkredite zu den gleichen Bedingungen, um ihnen die Möglichkeit zu geben, den Betrieb wieder auf eine gesunde Grundlage zu stellen.

Sind die Steuern für den bäuerlichen Betrieb tragbar?

Der Bauer der DDR zahlt an den Staat Einkommen-, Vermögen- und Grundsteuer. Von der Vermögensteuer sind landwirtschaftliche Betriebe mit einem Einheitswert bis zu 10 000,— DM befreit. Bei der Besteuerung des Einkommens bis zu 6000,— DM wird ein Freibetrag von 1000,— DM gewährt. Einnahmen aus freien Spitzen und Gewinne von Verkäufen auf Bauernmärkten werden steuerlich nicht erfaßt.

Für einen landwirtschaftlichen Betrieb von 15 ha Betriebsgröße sind unter Zugrundelegung einer mittleren Bodenwertklasse — wenn der Betriebsinhaber verheiratet ist und ein Kind hat — folgende Steuern zu zahlen:

Einkommensteuer.....	70,— DM
Umsatzsteuer	96,75 DM
Vermögensteuer	60,— DM
Grundsteuer	410,— DM
Insgesamt	636,75 DM

Das ergibt somit eine steuerliche Belastung von rund 42,— DM je ha. In Westdeutschland beträgt die Steuer in dieser Betriebsgröße 74,— DM je ha.

Sollte der bäuerliche Betrieb durch Naturkatastrophen, z. B. Hochwasserschäden, ganz oder teilweise betroffen werden, so wird ihm auch auf steuerlichem Gebiet Hilfe gewährt. Diese steuerlichen Vergünstigungen sind in §§ 68 und 94 der Veranlagungs-Richtlinien 1956 festgelegt.

Ist es dem Bauer möglich, Maschinen zu kaufen?

Jeder Bauer kann die verschiedensten Maschinen und Geräte käuflich erwerben, z. B. für die Innenmechanisierung, Maschinen und Geräte für die Futteraufbereitung, wie Futterreißer, Futtermuser, Rübenschneider, Schrotmühlen, Häckselmaschinen, Kartoffelwaschmaschinen usw. Die Großmaschinen erhält er von der MTS zu niedrigen Tarifen bereitgestellt. Für die Arbeit auf dem Felde werden die verschiedensten Arten von Pflügen, Acker- und Saateggen, Walzen, Unkrautstriegeln und Bodenfräsen verkauft. Auch eine Reihe von Maschinen für den Gespannzug, wie Vielfachgeräte, Gespannkultivatoren, Drillmaschinen, Kartoffelroder, Heuwender und Pferderechen, werden angeboten.

Nachstehend seien einige Preise für wichtige Maschinen und Geräte genannt, aus denen eindeutig hervorgeht, daß gleichartige Erzeugnisse in Westdeutschland wesentlich teurer als in der DDR sind:

Schwingpflug, einscharig, Arbeitsbreite 24 cm	Einzelhandelspreis	66,25 DM
etwa gleichartiger Pflug in Westdeutschland	rund	110,— DM
Karrenpflug, einscharig, Arbeitsbreite 24 cm	146,25 DM
etwa gleichartiger Pflug in Westdeutschland	rund 265,00 DM
Ackeregge, 45 Zinken, dreifeldig, Arbeitsbreite 3,25 m		57,50 DM
etwa gleichartige Egge in Westdeutschland	rund 90,— DM
Netzegge (Unkrautstriegel), Arbeitsbreite 2,00 m	72,50 DM
etwa gleichartige Egge in Westdeutschland	rund 135,— DM

Die Lage des Mittelstandes

Das Handwerk

Welche Betriebe zählen zum Handwerk?

Ein Betrieb zählt zum Handwerk, wenn seine Beschäftigtenzahl zehn Personen nicht überschreitet und sein Inhaber durch die Ablegung der Meisterprüfung den Befähigungsnachweis erbracht hat. Sofern Personen, die im Besitz des amtlichen Schwerbeschädigtenausweises sind, beschäftigt werden, wird die Grenze der Beschäftigtenzahl auf 11 erhöht. In die Beschäftigtenzahl werden nicht mit einbezogen der Betriebsinhaber, sein Ehegatte sowie bei individuell arbeitenden Handwerkern je ein Lehrling pro Lehrjahr.

Die Art des Betriebes muß im Verzeichnis der Handwerksberufe enthalten und die Produktion handwerklich, d. h. nicht industriell, insbesondere nicht auf Serienproduktion spezialisiert, sein.

Es gibt in der DDR rund 230 000 private Handwerksbetriebe mit insgesamt 805 000 Beschäftigten.

Warum schließen sich

die Handwerker zu Produktionsgenossenschaften (PGH) zusammen?

Seit 1952 schließen sich Handwerker zu Produktionsgenossenschaften zusammen. Bildeten sich in den Jahren 1952/53 die ersten 47 PGH, so waren es 1955 85, 1956 239, 1957 284. In den Monaten Januar bis Juni des Jahres 1958 entstanden etwa 500 neue Produktionsgenossenschaften. Im Gegensatz zu den sozialistischen Großbetrieben können die Ergebnisse des technischen Fortschritts im handwerklichen Kleinbetrieb nicht genügend ausgenutzt werden bzw. sind viele Großmaschinen nicht anwendbar. Die Leistung pro Beschäftigten im Einzelhandwerk stieg z. B. in den Jahren 1953/54 um 14 Prozent, während der Anstieg in den Jahren 1955/56 nur noch 4,5 Prozent betrug. Andererseits überstieg die Stundenleistung der Berliner Handwerksgenossenschaften die der handwerklichen Einzelbetriebe um etwa 63 Prozent.

Deshalb schlug der V. Parteitag der SED den Handwerkern vor, „die Probleme der sozialistischen Umgestaltung in sachlicher Aussprache mit den Vertretern der staatlichen Organe und der in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland zusammengeschlossenen Parteien zu erörtern, sich über den genossenschaftlichen Zusammenschluß zu unterrichten und diesen Weg auf der Grundlage der Freiwilligkeit zu beschreiten.“

Die Bildung von Produktionsgenossenschaften im Handwerk führt mit der Beseitigung der Ausbeutung auch in diesem Teil unserer Wirtschaft einen Schritt weiter zum Sozialismus. Handwerker, Gesellen und Arbeiter werden gleichberechtigte Genossenschaftsmitglieder. Sie können ihre Fähigkeiten und Erfahrungen besser ausnutzen. Ihnen ist eine wöchentliche Arbeitszeit von höchstens 48 Stunden garantiert. Sie erhalten die gleichen Leistungen von der Sozialversicherung und – am Jahresende – ihren Umsatzanteil. Durch die gemeinsame Arbeit in der Genossenschaft wird gleichzeitig damit die neue Produktionstechnik rationeller ausgenutzt und die Arbeitsproduktivität gesteigert. Insgesamt ergibt sich für die Genossenschaftsmitglieder eine fühlbare Besserstellung.

Es gibt Produktionsgenossenschaften gleicher und verschiedener Betriebsarten. Die Anzahl der Mitglieder in einer PGH ist nicht begrenzt.

Nach dem Musterstatut der Produktionsgenossenschaften des Handwerks gibt es für sie zwei Entwicklungsstufen: Die genossenschaftliche Arbeit ist sowohl in mehreren Werkstätten als auch in einer gemeinsamen Werkstatt möglich. Vielfach wird zunächst auf genossenschaftlicher Grundlage in mehreren Werkstätten (in den Arbeitsräumen der einzelnen Mitglieder) gearbeitet. Die Produktionsmittel bleiben Eigentum der Handwerksmeister. Von der Genossenschaft wird eine Nutzungsgebühr gezahlt.

Soll die Arbeit sofort in einer gemeinsamen Werkstatt aufgenommen werden, so ist es Aufgabe des Gründungskomitees, in Zusammenarbeit mit den örtlichen Organen geeignete Produktionsräume zu finden. In

diesem Fall kann der Handwerksmeister seine Produktionsmittel an die Genossenschaft entweder verkaufen oder verpachten.

Das Ergänzungsgesetz zur Förderung des Handwerks vom 12. März 1958 schafft Voraussetzungen, um den Handwerkern mehr als bisher bei der Einbeziehung in den sozialistischen Aufbau zu helfen und ihnen den Weg zum genossenschaftlichen Zusammenschluß zu erleichtern. Die örtlichen Organe in Verbindung mit den Gewerkschaften, der Nationalen Front und den anderen Massenorganisationen sowie die Handwerksorganisationen selbst sind jetzt durch Gesetz zur aktiven Mithilfe verpflichtet.

Wie wird das Handwerk besteuert?

Nach dem Gesetz über die Besteuerung des Handwerks vom 12. März 1958 ist die Handwerkssteuer für Handwerksbetriebe bis zu drei Beschäftigten eine Normativsteuer, d. h., sie setzt für jede Berufsgruppe einen bestimmten Satz auf Grund durchschnittlicher Betriebsergebnisse fest (Handwerkssteuergrundbetrag). Hinzu kommt der Handwerkssteuerzuschlag, der sich nach der Jahresbruttolohnsumme bzw. nach dem Materialeinsatz oder dem Rohgewinn richtet. Es werden weder Einkommensteuer noch Gewerbe- oder Vermögensteuer erhoben. Diese Steuerregelung ist – unverändert seit 1950 – nach wie vor für etwa 84 Prozent aller Handwerksbetriebe in der DDR gültig. Die bisherige Besteuerung berücksichtigte jedoch den unterschiedlichen Stand der Arbeitsproduktivität in den einzelnen Handwerksbetrieben nicht.

Viele Handwerksbetriebe mit mehr als drei Beschäftigten haben sich in den vergangenen acht Jahren weitaus schneller entwickelt als die Betriebe mit weniger Beschäftigten. Das führte dazu, daß die Steuerleistungen bei diesem Teil der Handwerker den Einkommensverhältnissen nicht entsprachen. Die bisherige Besteuerung nach Normativsätzen bei Handwerkern mit mehr als drei Beschäftigten wurde daher abgeschafft. Eine nach Berufszweigen unterschiedliche Mindeststeuer sichert, daß die Steuerleistungen in diesen Betrieben im Vergleich nicht niedriger sind als in den kleinen Handwerksbetrieben. Besteuerungsgrundlagen bei diesen Handwerkern sind Umsatz und Gewinn. Die Handwerker mit mehr als drei Beschäftigten werden auch nach der Regelung vom 12. März 1958 günstiger als die privatkapitalistischen Unternehmer besteuert.

Der Staat gewährt den Produktionsgenossenschaften des Handwerks erhebliche Steuererleichterungen. Im Interesse des gesellschaftlichen Fortschritts und der Hebung des Lebensstandards der gesamten Bevölkerung fördert der sozialistische Staat mit dieser Steuerpolitik die Entwicklung sozialistischer Produktionsverhältnisse im Handwerk.

Welche Vergünstigungen haben die Produktionsgenossenschaften bei der Steuerveranlagung und Kreditaufnahme?

Die Produktionsgenossenschaften des Handwerks sind gegenüber den individuell arbeitenden Handwerkern erheblich steuerbegünstigt. So

sind die Genossenschaften auf die Dauer von zwei Jahren von der Körperschaftssteuer befreit und zahlen weder Vermögen- noch Gewerbesteuer. Das ermöglicht der Genossenschaft, die Nettogewinnausschüttung an die Genossenschaftsmitglieder zu erhöhen.

Die Mitglieder der Genossenschaft zahlen für ihren Arbeitsverdienst genau die gleichen Steuern wie die Arbeiter der volkseigenen Industrie. Die Einnahmen aus der Nettogewinnausschüttung werden einheitlich mit zehn Prozent versteuert. Die Einnahmen aus dem Verkauf von Produktionsmitteln der Mitglieder an die Genossenschaft sind steuerfrei. Ebenso sind die Pachtzahlungen für die Nutzung von Produktionsmitteln dann steuerfrei, wenn die Nutzungsdauer mindestens fünf Jahre beträgt. Die Produktionsgenossenschaften des Handwerks erhalten langfristige Kredite zur Finanzierung ihrer Grundmittel (Maschinen, Werkzeuge und andere Einrichtungsgegenstände) zu einem Zinsfuß von $4\frac{1}{2}$ Prozent. Voraussetzung ist, daß die Genossenschaft rentabel wirtschaftet und sich an den Investitionen mit mindestens 20 Prozent beteiligt. Ausnahmen gibt es in der Anlaufzeit, wo auch dann Kredit gewährt wird, wenn z. B. ein Anlaufverlust entsteht.

Der Zinsfuß für kurzfristige Kredite beträgt zwei Prozent. Neben diesen planmäßigen Krediten werden noch Sonderkredite gewährt, z. B. bei Abweichungen von einer normalen Bestandhaltung, Zahlungsschwierigkeiten durch Abnehmer und ähnliche Fälle.

Die Kreditsicherung erfolgt durch Sicherungsübereignung der mit Kreditmitteln finanzierten Gegenstände. Zusatzsicherungen sind nicht erforderlich.

Werden die Leistungen des Handwerks in die Planung der Volkswirtschaft einbezogen?

Ja. Aber die Leistungen der Handwerksbetriebe werden nicht alle direkt geplant, sondern das Handwerk erhält – getrennt nach dem genossenschaftlichen und privaten Sektor – in Kontrollziffern festgelegte bestimmte Aufgaben im Volkswirtschaftsplan.

Die Plankommission bei den Räten der Kreise (für die Produktionsgenossenschaften) bzw. die Einkaufs- und Liefergenossenschaften des Handwerks (für die individuell arbeitenden Handwerker) machen auf der Grundlage der Kontrollziffern ein Leistungsangebot, das in den Planvorschlag des Rates des Bezirks einbezogen wird. Nach Annahme des Volkswirtschaftsplanes in der Volkskammer werden die Planaufgaben über die Räte der Bezirke den Kreisplankommissionen bzw. den Einkaufs- und Liefergenossenschaften des Handwerks übergeben. Diese Aufgaben stellen somit die Leistungen dar, die der Staat vom Handwerk erwartet; sie zeigen zugleich dem Handwerk die Möglichkeit seiner eigenen Entwicklung.

Können sich die Handwerker über Auftragsmangel beklagen?

Im Gegenteil. Die Volkswirtschaft der DDR sichert dem Handwerkerstand so viel Aufträge aus der Bevölkerung, der volkseigenen und privaten Wirtschaft, daß sie nur schwer erfüllt werden können.

Die Leistungen des Handwerks sind in den Jahren von 1950 bis 1957 von 4,4 Milliarden DM auf 8,1 Milliarden DM — das sind 184 Prozent — gestiegen. Das Gesetz über den zweiten Fünfjahrplan sieht bis 1960 eine Leistungssteigerung auf 121 Prozent vor; die Reparaturleistungen sollen auf 143 Prozent gegenüber 1955 anwachsen.

Der Aufstieg des Handwerks zeigt sich u. a. in seinen reichhaltigen und qualitativ hochwertigen Angeboten auf den Leistungsschauen der einzelnen Bezirke und ganz besonders auf der Leipziger Messe. Der Abschluß von Exportgeschäften beweist, welche Wertschätzung das Handwerk der DDR im Ausland genießt.

Welche Leistungen erhalten die Handwerker in der DDR von der Sozialversicherung?

Mitglieder von Produktionsgenossenschaften des Handwerks sind sozialversicherungsrechtlich den Arbeitern in volkseigenen Betrieben gleichgestellt.

Alle selbständigen Handwerker und ihre anspruchsberechtigten Familienangehörigen sind in die Sozialpflichtversicherung einbezogen. Sie können Sachleistungen, Geldleistungen und Renten beanspruchen.

Die Sachleistungen erhalten die Handwerker wie auch ihre anspruchsberechtigten Familienangehörigen in gleichem Umfang, und zwar: ärztliche und zahnärztliche Behandlung, Arzneien, Heil- und Hilfsmittel, Körperersatzstücke (Prothesen) und Zahnersatz, Pflege in Krankenhäusern, Kliniken und Entbindungsheimen, Sanatorien, Heilstätten und Genesungsheimen, Hauskrankenpflege und Hebammenhilfe, Krankentransport und notwendige Fahrtkosten.

Die Sachleistungen werden in der Regel kostenlos ohne Rücksicht auf die Höhe der zu zahlenden Sozialversicherungsbeiträge gewährt.

An Geldleistungen erhalten die versicherten Handwerker Kranken-, Haus- oder Taschengeld, Schwangeren- und Wochengeld, Kinderzuschläge und staatliche Kinderbeihilfen.

Bei entsprechender versicherungsrechtlicher Voraussetzung erhalten die Handwerker entweder Altersrente oder Invalidenrente, Unfallrente und Pflegegeld.

Beim Tode eines Handwerkers oder eines anspruchsberechtigten Familienangehörigen wird Sterbegeld gezahlt. Die Höhe der Geldleistungen richtet sich nach dem gezahlten Sozialversicherungsbeitrag. Sind die Voraussetzungen erfüllt, erhalten im Todesfall eines versicherungspflichtigen Handwerkers seine Hinterbliebenen Witwen- bzw. Waisenrenten.

Welche Aufgaben haben die Handwerkskammern?

Die Handwerkskammer des jeweiligen Bezirks mit ihren Geschäftsstellen in den Kreisen ist durch das Gesetz zur Förderung des Handwerks vom 9. August 1950 und das Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes zur Förderung des Handwerks vom 12. März 1958 als die Organisation bestimmt, die die Interessen der Handwerker, insbesondere der Produktionsgenossenschaften der Handwerker, wahrzunehmen hat.

Die Unterstützung von Produktionsgenossenschaften durch die Organisationen des Handwerks, besonders durch die Handwerkskammer, war bisher gesetzlich nicht vorgesehen.

Daneben helfen die Handwerkskammern auch bei der Erfüllung der wirtschaftlichen Aufgaben des Handwerks im jeweiligen Bezirk. Dabei stehen die Erweiterung der Produktion und die volle Ausnutzung der vorhandenen Kapazitäten und örtlichen Reserven im Mittelpunkt. Besondere Aufmerksamkeit wird auf die richtige Verteilung der Rohstoffe und Materialien, die Organisierung und Vergrößerung der örtlichen Rohstoffbasis, die Erweiterung der Sortimente und Verbesserung der Qualität der produzierten Erzeugnisse gelegt. Die Handwerkskammer unterstützt auch die Handelsorgane, damit sie die Waren schneller an die Verbraucher heranbringen; sie unterstützt ständig die Bemühungen, die Selbstkosten der Produktion zu senken und die Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Die Privatindustrie

Welchen Anteil hat die Privatindustrie an der Gesamtwirtschaft?

Gegenwärtig gibt es mehr als 12000 private Industriebetriebe in der DDR, in denen rund 440000 Beschäftigte arbeiten. Die Leistungen der privaten Industrie sind Bestandteil der Volkswirtschaftspläne.

In einigen Industriezweigen – u. a. in der Textil-, Zellstoff- und Papierindustrie sowie bei Leder-, Schuh- und Rauchwaren – spielt die Privatindustrie eine beachtliche Rolle. Der Anteil der Privatbetriebe an der industriellen Bruttoproduktion beträgt bei Erzeugnissen der Leichtindustrie etwa 24,6 Prozent und bei der Lebensmittelindustrie etwa 11,7 Prozent. Zahlreiche Qualitätserzeugnisse der Privatindustrie ergänzen sortimentsgerecht das Warenangebot der volkseigenen Betriebe. Die Bruttoproduktion der Privatindustrie betrug im Jahre 1957 11,4 Prozent der industriellen Bruttoproduktion.

Welche Bedeutung hat die staatliche Beteiligung an Privatbetrieben?

Mit der Aufnahme der staatlichen Beteiligung erhalten Privatbetriebe halbstaatlichen Charakter, d. h., sie werden auf der Grundlage der Freiwilligkeit direkt und unmittelbar in den Aufbau des Sozialismus einbezogen.

Die staatliche Beteiligung bezweckt die schrittweise, allmähliche sozialistische Umgestaltung der Privatbetriebe. In diesen Betrieben wird die

Ausbeutung eingeschränkt. Sie werden sich in enger Verbindung mit den volkseigenen Betrieben unter Anwendung sozialistischer Wirtschaftsprinzipien entwickeln und haben eine große Perspektive. Gleichzeitig damit wird der Einfluß und die schöpferische Initiative der Arbeiterklasse in diesen Betrieben wachsen, wodurch Arbeitsproduktivität und Umsätze steigen.

Der kapitalistische Unternehmer selbst wird sich auf diesem Wege durch seine eigene ständige Mitarbeit und Leistung eine sichere soziale Grundlage schaffen und an der Seite der Arbeiterklasse allmählich zu einem werktätigen Mitglied der sozialistischen Gesellschaft werden.

Die staatliche Beteiligung trägt dazu bei, das Angebot an Verbrauchsgütern in Menge und Qualität zu verbessern, indem sie mit Krediten in wachsendem Maße Möglichkeiten schafft, die benötigten Produktionsmittel entsprechend der volkswirtschaftlichen Perspektivplanung besser zu verteilen. Die Betriebe mit staatlicher Beteiligung unterstehen den Plankommissionen bei den örtlichen Volksvertretungen und sind dadurch in die Volkswirtschaftspläne einbezogen.

Die für die staatliche Beteiligung gewählte Rechtsform entspricht den handelsrechtlichen Bestimmungen.

Der Staat – vertreten durch die Deutsche Investitionsbank oder direkt durch volkseigene Betriebe – tritt als Kommanditist und der private Unternehmer – jetzt rechtlich gesehen geschäftsführender Gesellschafter – als Komplementär auf. Beide teilen sich den Gewinn je nach der Höhe ihres Kapitalanteils.

In allen Fällen staatlicher Beteiligung wird den Unternehmern gegenüber das Prinzip der Freiwilligkeit streng gewahrt. Mit dem Abschluß des Gesellschaftsvertrages obliegt dem Unternehmer gleichzeitig die Verwaltung der staatlichen Mittel. Dafür erhält er vom Staat eine finanzielle Anerkennung in Form einer Geschäftsführervergütung, die sich nach dem Umfang seiner Mitarbeit, seinen technischen und kaufmännischen Kenntnissen und Fähigkeiten sowie nach der ihm obliegenden Verantwortung richtet. Die Höhe dieser Vergütung wird jeweils durch Vereinbarung festgesetzt.

Wie wird die Privatindustrie besteuert?

Die Steuerpolitik der Regierung der DDR gegenüber der privaten Industrie bezweckt einerseits, die volle Leistungsfähigkeit der privaten Betriebe zur Vergrößerung des Warensortiments heranzuziehen. Andererseits ist sie Ausdruck der sozialistischen Wirtschaftspolitik, die eine schrittweise sozialistische Umgestaltung dieses Wirtschaftssektors zum Ziele hat und die daher auch keinen Platz für Monopole und Monopolbestrebungen läßt.

Die Höhe der Einkommensteuer ist progressiv gestaffelt und wird von der Leistungsfähigkeit des Betriebes mitbestimmt. Die Steuergesetzgebung berücksichtigt ferner solche betrieblichen Leistungen, die für den Aufbau der Volkswirtschaft von besonderer Bedeutung sind. Es wurden von der

Regierung der DDR bestimmte Steuerbefreiungen und Steuervergünstigungen geschaffen, so z. B. die Möglichkeit der steuerfreien Neuananschaffungen, die Steuervergünstigungen für den Export und für den innerdeutschen Handel, für Lohnveredelungsgeschäfte mit dem Ausland und der Bundesrepublik, für die Herstellung von Ziegeleierzeugnissen und Natursteinen usw.

Hervorragende Einzelleistungen von Unternehmern werden finanziell anerkannt. So sind z. B. Einnahmen aus der Überlassung von Patenten und Gebrauchsmustern an andere Betriebe beim Erfinder steuerbefreit bzw. steuerbegünstigt, und Patentinhaber erhalten für die Nutzung geschützter Erfindungen im eigenen Betrieb eine Steuervergünstigung.

Unternehmer, die staatliche Forschungsaufträge ausführen, genießen ebenfalls steuerliche Vergünstigungen. Entgelte aus der Fertigung von Konstruktionsentwürfen für die volkseigene Wirtschaft werden für die Unternehmer besonders vorteilhaft besteuert.

Welche Aufgaben hat die Industrie- und Handelskammer der DDR?

Alle Privatbetriebe — ausgenommen die Betriebe mit staatlicher Beteiligung — sind der Industrie- und Handelskammer angeschlossen. Sie nimmt unmittelbar lenkend und kontrollierend Einfluß auf Art und Umfang der Produktion dieser Betriebe. Die Industrie- und Handelskammer versucht, die Versorgungswünsche der Bevölkerung mit den Interessen der Unternehmer abzustimmen. Die dabei gesammelten Erfahrungen werden von der Industrie- und Handelskammer ausgewertet. Sie schafft der privaten Wirtschaft die Möglichkeiten für ihre feste Einbeziehung in den Aufbau des Sozialismus und schlägt solche der Regierung der DDR vor.

Der private Einzelhandel

Welche Entwicklungsmöglichkeiten

gibt der Aufbau des Sozialismus dem privaten Einzelhandel?

Aufgabe der sozialistischen Wirtschaftspolitik ist es, die Bevölkerung ständig und planmäßig besser zu versorgen. Der private Einzelhandel hilft mit, diese Aufgaben zu erfüllen. Dabei hat er eine reale und gesicherte Entwicklungsmöglichkeit.

Der Umsatzanteil des privaten Einzelhandels am gesamten Einzelhandelsumsatz der DDR beträgt etwa 30 Prozent. Gegenwärtig verfügt der private Einzelhandel über rund 166 000 Verkaufsstellen, davon 27 000 Gaststätten, in denen etwa 295 000 Menschen tätig sind.

Der Abschluß von Kommissionsverträgen mit sozialistischen Einzelhandelsbetrieben erhöht die Umsätze und den Gewinn der privaten Einzelhändler und führt gleichzeitig zu einer besseren Versorgung der Bevölkerung. Zudem ergibt sich dadurch die Möglichkeit, den privaten Einzelhandel mehr und mehr in das System der Volkswirtschaftsplanung einzubeziehen und ihn gleichzeitig weiter zu spezialisieren. Das entspricht den persönlichen Interessen vieler Einzelhändler der DDR.

Auf diese Weise wird der private Einzelhandel aktiv in den Aufbau des Sozialismus einbezogen. In Zukunft werden auf Grund der Kommissionsverträge private Einzelhändler Waren des sozialistischen Einzelhandels in ihren Geschäften umsetzen. Dabei sind sie als Kommissionäre laut Kommissionsvertrag am Warenumsatz beteiligt. Sie zählen handels- und steuerrechtlich als selbständige Gewerbetreibende. Gewinne aus den Kommissionsgeschäften werden nach Lohnsteuertarif besteuert. Es wird weder Gewerbesteuer erhoben, noch wird die Provision versteuert.

Vom 1. Januar bis 30. Juni 1958 wurden über 2800 Kommissionsverträge zwischen dem sozialistischen Handel und dem privaten Einzelhandel abgeschlossen. Am 30. Juni 1958 waren insgesamt 4244 private Kommissionshändler tätig, davon 1599 Lebensmittelhändler, 1428 Inhaber von Gaststätten und 1217 Einzelhändler mit Industriewaren. Als neuer Weg für die Einbeziehung der mittleren und größeren privaten Einzelhandelsbetriebe, Gaststätten und Hotels in den Aufbau des Sozialismus wird gegenwärtig mit diesen Gewerbetreibenden in den Parteien des Demokratischen Blocks und in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland ausführlich über die staatlichen Beteiligungen beraten (siehe Seite 129).

Welche Steuer zahlt der Einzelhandel?

Für die Handelsumsätze und Handelsgewinne werden Umsatzsteuer, Gewerbesteuer und Einkommensteuer, für das Vermögen Vermögensteuer erhoben.

Der Umsatzsteuer unterliegt der Gesamtumsatz im Sinne des Umsatzsteuergesetzes. Die Umsatzsteuer ist nach der Art der Umsätze gestaffelt (Großhandel, Einzelhandel und Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen).

Jeder Einzelhandelsbetrieb unterliegt der Gewerbesteuer.

Die Einkommensteuer ist eine Personensteuer und erfaßt außer den Einkünften aus dem Handelsunternehmen auch die übrigen Einkünfte, z. B. aus Vermietung und Verpachtung, aus Kapitalvermögen usw. Sie berücksichtigt als Personensteuer den Familienstand.

Die Vermögensteuer wird für das vorhandene Gesamtvermögen erhoben. Auch bei der Vermögensteuer werden die persönlichen Verhältnisse berücksichtigt, indem je nach Familienstand das Gesamtvermögen bis zu einem bestimmten Betrag steuerfrei ist.

Die Sorge um den Menschen in der Deutschen Demokratischen Republik

Gesundheitswesen und Sozialversicherung

Wie kümmert sich der Arbeiter-und-Bauern-Staat um die Gesundheit der Bevölkerung?

Der Gesundheitsschutz der Bevölkerung ist zur Staatsaufgabe erhoben worden. Das staatliche Gesundheitswesen leistet eine umfassende Arbeit auf dem Gebiete der Heilbehandlung und vorbeugenden Gesundheitsfürsorge (Prophylaxe). An seiner Spitze steht das Ministerium für Gesundheitswesen.

Ein breites Netz von staatlichen Gesundheitseinrichtungen für stationäre und ambulante Behandlung in den Gemeinden und Kreisen, in den Betrieben und auf dem Lande wurde geschaffen. Es entstanden zahlreiche modern eingerichtete Sanatorien und Heilstätten zur Bekämpfung von Krankheiten wie Tuberkulose und besonders auch von Berufskrankheiten wie Silikose u. a.

Die staatlichen Aufwendungen für Gesundheit und Sozialwesen werden von Jahr zu Jahr erhöht. Sie wurden von 420 DM pro Kopf der Bevölkerung im Jahre 1950 auf 541 DM im Jahre 1957 gesteigert.

Die medizinische Wissenschaft und Forschung wird durch Errichtung spezieller Forschungsinstitute gefördert.

Ein einheitliches Sozialversicherungswesen gewährleistet den Versicherten kostenlos ärztliche Hilfe und medizinische Versorgung jeglicher Art und materielle Sicherheit im Krankheitsfalle.

Welchen Vorteil bietet die staatliche Organisation des Gesundheitswesens?

Allein die stationären und ambulanten Einrichtungen des staatlichen Gesundheitswesens, in erster Linie die Polikliniken, sind in der Lage, medizinische Spezialbehandlungen auf neuester wissenschaftlicher Basis durchzuführen, wie es keinem einzelnen, frei praktizierenden Arzt möglich ist. Das Netz dieser staatlichen Einrichtungen wird planmäßig erweitert.

Neu sind besonders für Arbeiter die ambulante Heilbehandlung und Gesundheitsfürsorge durch Betriebspolikliniken und Ambulatorien.

Die Polikliniken haben mindestens fünf fachärztlich geleitete Abteilungen (Innere Krankheiten, Chirurgie, Frauenkrankheiten und Geburtshilfe, Kinderkrankheiten, Zahnheilkunde).

Sie verfügen über eine Röntgendiagnostik, ein medizinisches Laboratorium, eine elektrophysikalische Abteilung und eine Medikamentenausgabe bzw. Apotheke. Oft sind noch weitere Fachabteilungen angeschlossen, z. B. für Augenkrankheiten, Hals-Nasen-Ohren-Krankheiten, Haut- und Geschlechtskrankheiten, Orthopädie, Bäderbehandlung, Krankengymnastik und Massage.

Eine großartige Leistung stellen auch die Nachtsanatorien einiger Betriebe dar. In ihnen erhalten Betriebsangehörige im Anschluß an die Arbeit im Betrieb kostenlos Aufenthalt zur Weiterbehandlung oder für Heilkuren.

Folgende Tabelle zeigt die Entwicklung von Gesundheitseinrichtungen der Betriebe:

	1955	1957
Betriebspolikliniken	78	82
Betriebsambulatorien	157	165
Betriebssanitätsstellen	3386	3405
Nachtsanatorien	19	22

Für die Landbevölkerung stehen außer 229 kommunalen Polikliniken folgende Einrichtungen zur Verfügung:

	1955	1957
Landambulatorien.....	299	345
Außenstellen von ambulanten Einrichtungen	288	680
Gemeindeschwesternstationen.....	4031	4231

Die Landambulatorien und poliklinischen Ambulanzen unterscheiden sich nur in der Größenordnung von Polikliniken. Sie sind ebenfalls mit mehreren Ärzten besetzt. Zum großen Teil sind den Landambulatorien Entbindungsstationen angeschlossen. Für je 1500 Einwohner ist auf dem Lande eine Gemeindeschwesternstation zur Betreuung der Kranken eingerichtet. In den Gemeindeschwesternstationen werden auch Arzt-sprechstunden abgehalten.

Krankentransport und Bettennachweis sind zentralisiert, so daß bei dringenden Krankenhauscinweisungen keine kostbare Zeit vergeudet wird.

Gibt es in den Betrieben auch vorbeugende Gesundheitsfürsorge?

Die Arbeit des Betriebsarztes ist in weitgehendem Maße vorbeugende Gesundheitsfürsorge. Der Betriebsarzt übt zusammen mit bestimmten Betriebsangehörigen eine ständige Kontrolle des Gesundheitsschutzes aus. Dazu gehören u. a. die Überwachung der Arbeit und der Arbeits-

plätze auf Krankheitsursachen, die Verordnung von Schonplätzen bei vorübergehender Beschränkung der Arbeitsfähigkeit, insbesondere bei Schwangerschaft. Eine neuartige Einrichtung sind die Frauenruheräume in den Betrieben. Sie bieten Schwangeren wie auch anderen Frauen bei Unpäßlichkeiten die Möglichkeit, sich während der Arbeitszeit hinzulegen.

Die Nachtsanatorien der Betriebe dienen der vorbeugenden wie der Nachbehandlung. Arbeitsfähige, doch gesundheitsgefährdete Betriebsangehörige werden vom Betriebsarzt – natürlich mit ihrem Einverständnis – in das Nachtsanatorium eingewiesen. Zwischen Arbeitsschluß und Arbeitsbeginn unterziehen sich diese Patienten – bei völligem Aufenthalt im Sanatorium – Wochen hindurch Kuren, die ihre Gesundheit wieder festigen, die Verschleppung akuter Erkrankungen und die Entstehung chronischer Leiden verhindern.

Regelmäßige Reihenuntersuchungen werden unter vordringlicher Berücksichtigung bestimmter Personengruppen vorgenommen, z. B. in Betrieben mit gesundheitsgefährdenden Arbeiten, für Schwerarbeiter, Jugendliche u. a. Zur Bekämpfung der Lungentuberkulose werden für alle Betriebsangehörigen regelmäßig Schirmbildaufnahmen angefertigt. Es gibt Spezialreihenuntersuchungen für Geschwulstkrankheiten oder bestimmte Krankheitsgruppen, z. B. Silikose, Herzkrankheiten, Magen- und Darmkrankheiten.

In regelmäßigen Abständen fertigen der Betriebsarzt und der Rat für Sozialversicherung Analysen des Krankenstandes und Ursachenuntersuchungen an. Kranken-Ursachenstatistik und Reihenuntersuchung sind die Grundlagen, von denen aus Maßnahmen für die ständige Verbesserung der vorbeugenden Gesundheitsfürsorge im Betrieb getroffen werden. Ein wesentliches Mittel des vorbeugenden Gesundheitsschutzes sind die vorbeugenden vierzehntägigen Erholungsaufenthalte in Heimen des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, die von der Sozialversicherung finanziert werden.

Wie sieht die Gesundheitsfürsorge für Kinder und Jugendliche aus?

Säuglinge und Kleinkinder bis zum vollendeten dritten Lebensjahr werden in Krippen, Heimen und Mütterberatungsstellen gesundheitlich betreut (siehe Abschnitt „Die Frau in der Gesellschaft“, S. 141).

Vom 4. bis zum vollendeten 18. Lebensjahr erfolgt die kostenlose gesundheitliche Betreuung durch fachärztliche Jugendberatungsstellen, durch Schulärzte und Zahnärzte des staatlichen Gesundheitswesens.

Von den Abteilungen für Gesundheit bei den Räten der Kreise werden alle Arten von Untersuchungen und andere vorbeugende Maßnahmen bei Kindern und Jugendlichen teils obligatorisch, teils nach Notwendigkeit durchgeführt. Obligatorisch sind z. B. Reihenuntersuchungen auf Tuberkulose, verbunden mit Schutzimpfungen und Untersuchungen der häuslichen Verhältnisse.

Grundsätzlich wird jedes Kind bei der Aufnahme in eine Kindertagesstätte oder ein Kinderheim, bei der Einschulung, im 4., 8. und 10. Schuljahr und jeder Jugendliche in Berufsschulen sorgfältig untersucht. Es wird darauf hingewirkt, den Gesundheitszustand aller Kinder in Heimen und Schulen jährlich in einer Reihenuntersuchung zu überprüfen.

Nach überstandenen Krankheiten erfolgen Nachuntersuchungen. In jedem Falle werden die Eltern der Kinder und Jugendlichen über das Ergebnis der Untersuchung unterrichtet. Die Eltern werden, falls eine ärztliche Behandlung der Kinder notwendig ist, auf die Behandlungsmöglichkeiten hingewiesen. Dafür stehen zahnärztliche, kieferorthopädische, orthopädische, psychiatrische und andere mit ärztlicher Behandlung verbundene Beratungsstellen zur Verfügung.

Unter den vorbeugenden Erholungskuren der Sozialversicherung nimmt die Kinderverschickung einen hervorragenden Platz ein.

Wie arbeitet die allgemeine Gesundheitsfürsorge?

In die Maßnahmen des vorbeugenden Gesundheitsschutzes wird die gesamte Bevölkerung einbezogen. In allen Wohnbezirken werden auf freiwilliger Grundlage Schirmbildaufnahmen gemacht, die auch für Nichtversicherte völlig kostenlos sind.

Jeder Bürger kann die Krebsberatungsstellen aufsuchen, in denen Spezialuntersuchungen, z. B. Kolposkopien (Krebsuntersuchungen für Frauen), vorgenommen werden.

Für viele Fachgebiete stehen der Bevölkerung weitere Beratungsstellen kostenlos zur Verfügung, z. B. für Tuberkulose, rheumatische Erkrankungen, Diabetes, Psychiatrie u. a.

Wer verwaltet die Sozialversicherung?

Seit dem 6. September 1956 wird die Sozialversicherung völlig vom Freien Deutschen Gewerkschaftsbund verwaltet. Damit erfüllte der erste deutsche Arbeiter-und-Bauern-Staat eine seit der Jahrhundertwende von den deutschen Gewerkschaften erhobene Forderung.

Noch 1928 forderte der Hamburger Gewerkschaftskongreß: „Befreiung (der Sozialversicherung) von der Vormundschaft der Arbeitgeber und der behördlichen Bürokratie. Die Versicherten haben ein Recht auf Selbstverwaltung.“

Die Arbeiter und Angestellten haben mit der vollen Selbstverwaltung auch die Finanzen und den Verwaltungsapparat in ihre Hände genommen. Sie versorgen sich selbst mit den Leistungen ihrer Sozialversicherung, und das geschieht unbürokratisch. Die Verwaltungskosten betragen weniger als ein Prozent.

Die Gewerkschaftsvorstände müssen den Kongressen, von denen sie gewählt wurden (der Bundesvorstand dem Gewerkschaftskongreß),

Rechenschaft über die Leistungen und die Finanzen der Sozialversicherung ablegen.

Die Mitglieder der Gewerkschaftsgruppen in den Betrieben wählen ihren Sozialbevollmächtigten. Bei den Gewerkschaftswahlen 1955/56 wurden rund 200 000 gewählt. Die Sozialbevollmächtigten eines Betriebes wählen aus ihrer Mitte einen Rat für Sozialversicherung. Die Kollegen im Rat für Sozialversicherung kümmern sich nicht nur um den Gesundheitsschutz im Betrieb, sorgen nicht nur für die Betreuung erkrankter Kollegen, sie genehmigen auch einfache verordnete Heil- und Hilfsmittel wie Bäder, Massagen, Brillen usw.

Wie hoch sind die Beiträge für die Sozialversicherung und wer zahlt sie?

Die Sozialversicherung der DDR vereint alle Zweige der sozialen Versicherung (Kranken-, Renten-, Unfallversicherung). Alle Arbeiter und Angestellten sind pflichtversichert. Der Beitrag beträgt 10 Prozent des beitragspflichtigen Bruttoverdienstes, höchstens jedoch 60,— DM monatlich. Weitere 10 Prozent werden vom Betrieb gezahlt.

Bergbaubetriebe zahlen 20 Prozent des Bruttoverdienstes.

Studenten, Hoch- und Fachschüler sind von der Beitragszahlung befreit.

Wie hoch ist das Krankengeld?

Jeder vom Arzt arbeitsunfähig geschriebene Arbeiter oder Angestellte erhält von der Sozialversicherung vom ersten Tage der Arbeitsunfähigkeit an ein Krankengeld in Höhe von 50 Prozent seines Bruttolohnes oder Gehaltes bis zur Höchstgrenze von 10,— DM je Tag. Dieser Höchstsatz entspricht der Höchstgrenze des beitragspflichtigen Einkommens von 600,— DM im Monat.

Für die Dauer von sechs Wochen innerhalb eines Kalenderjahres erhält der Kranke zu seinem Krankengeld einen Lohnausgleich vom Betrieb. Beides zusammen beträgt 90 Prozent seines Nettoverdienstes.

Verfolgte des Naziregimes erhalten ein Krankengeld in Höhe von 75 Prozent ihres Bruttoverdienstes und bis zu 6 Wochen im Kalenderjahr einen Lohnausgleich vom Betrieb. Beides zusammen beträgt 100 Prozent des Nettoverdienstes. Danach beziehen sie Krankengeld in Höhe von 75 Prozent ihres Bruttoverdienstes.

Bei Arbeitsunfähigkeit durch Arbeitsunfall oder Berufskrankheit zahlt der Betrieb Lohnausgleich bis zur Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit oder, falls der Unfall zur Invalidität führt, bis zum Übergang auf Unfallrente.

Nach Wegfall des Lohnausgleichs erhalten Mitglieder der Gewerkschaft eine tägliche Krankengeldunterstützung in Höhe des Wochenbeitrages zur Gewerkschaft für die Dauer von weiteren sechs Wochen. Nach ununterbrochener dreijähriger Mitgliedschaft im FDGB verlängert sich diese Zeit um eine Woche, nach ununterbrochener sechsjähriger Mitglied-

schaft um zwei Wochen und nach ununterbrochener neunjähriger Mitgliedschaft um drei Wochen.

Für Versicherte im Bergbau wird zum Krankengeld vom achten Tage an für den Ehegatten und für jedes Kind ein Zuschlag von 4 Prozent des Grundbetrages (Bruttoverdienst) gezahlt. Versicherte im Bergbau, die drei und mehr Kinder erziehen, bekommen den Zuschlag vom vierten Tage an.

Die Sozialversicherung zahlt Krankengeld in der Regel 26 Wochen lang. Besteht nach ärztlicher Meinung Aussicht auf Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit in den folgenden 13 Wochen, so wird Krankengeld bis zur 39. Woche gezahlt.

Lehrlinge erhalten im Krankheitsfalle Krankengeld und zwölf Wochen lang den Differenzbetrag zwischen Krankengeld und 100 Prozent ihres Nettolohnes vom Betrieb.

Wer bezahlt die Behandlung im Krankenhaus?

Bei Behandlung im Krankenhaus, Sanatorium oder Genesungsheim zahlt die Sozialversicherung die Hälfte des Krankengeldes als Taschengeld. Versicherte, die Angehörige zu unterhalten haben, bekommen Hausgeld in Höhe von 80 Prozent des Krankengeldes.

Bei Tbc-Kranken und Betriebsunfallverletzten wird während der Krankenhausbehandlung das Krankengeld in voller Höhe gezahlt. Die Kosten der Krankenhausbehandlung werden von der Sozialversicherung für die Versicherten und die Familienangehörigen für die Dauer von 26 Wochen übernommen. Ist mit der Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit in den folgenden 26 Wochen zu rechnen, so erfolgt die Übernahme der Kosten der Krankenhausbehandlung bis zu 52 Wochen. Bei Betriebsunfällen und Berufskrankheiten sowie für Verfolgte des Naziregimes wird die Krankenhausbehandlung zeitlich unbegrenzt gewährt.

Zahlt die Sozialversicherung Sterbegeld?

Beim Tode des Versicherten wird für die Bestattung eine einmalige Unterstützung in Höhe von 100,— DM bis zu 400,— DM ausgezahlt. Beim Tode eines Familienangehörigen wird von der Sozialversicherung ein Sterbegeld in Höhe von 50,— DM bis 200,— DM gezahlt. Im Todesfalle von Gewerkschaftsmitgliedern erhalten die Angehörigen auch von der Gewerkschaft ein Sterbegeld. Die Höhe richtet sich nach den gezahlten Beiträgen und nach der Dauer der Mitgliedschaft im FDGB.

Kann man den Arzt frei wählen?

Es besteht freie Arztwahl. Jeder Versicherte kann selbst entscheiden, ob er sich in einer Poliklinik oder von einem Arzt mit eigener Praxis behandeln lassen will.

Jeder Arzt mit eigener Praxis ist zur Behandlung der Versicherten und deren Familienangehörigen berechtigt und verpflichtet.

Die Mehrzahl der Ärzte mit eigener Praxis wirken in den ambulanten und stationären Einrichtungen des staatlichen Gesundheitswesens mit (so z. B. auch bei Kinderferienlagern usw.).

Was kostet die ärztliche Behandlung?

Jede ärztliche Behandlung ist für Versicherte, ihre Familienangehörigen und für Rentner für unbegrenzte Zeit kostenlos.

Muß man für Medikamente oder Heil- und Hilfsmittel etwas bezahlen?

Der behandelnde Arzt hat das Recht, jedes notwendige Medikament oder Heilmittel, wie Bäder und Massagen, in der erforderlichen Menge ohne Rücksicht auf die Höhe des Preises und die Dauer der Behandlung zu verschreiben. Es gibt keine Rezeptgebühr oder Zuzahlungen.

Prothesen und andere Hilfsmittel, z. B. Brillen, ebenso Zahnersatz, sind für Versicherte und Angehörige völlig kostenlos. Bei orthopädischen Schuhen werden nur die Kosten für Normalschuhe (für Erwachsene 12,—DM, für Kinder und Rentner 6,—DM) von dem Versicherten getragen.

Wer beantragt und genehmigt Kurverschickungen?

Zur Zeit verfügt die Sozialversicherung des FDGB über 205 Sanatorien, Genesungs- und Kindererholungsheime. Nicht mitgezählt sind die Tbc-Heilstätten. Sie unterstehen dem staatlichen Gesundheitswesen.

Außer vielen Neubauten stehen der Sozialversicherung und dem Feriendienst der Gewerkschaften ehemalige Schlösser, Herrenhäuser und Villen enteigneter Kriegsverbrecher zur Verfügung, die in Sanatorien, Genesungs- und Erholungsheime für die Werktätigen umgewandelt wurden. Sie sind heute wirkliche Heilstätten für die werktätigen Menschen.

Für Heil- und Genesungskuren stehen den Arbeitern 70 Prozent, den Angestellten 15 Prozent, sonstigen Versicherten einschließlich aller Familienangehörigen gleichfalls 15 Prozent der Plätze zur Verfügung.

Eine Heil- oder Genesungskur für Versicherte, Familienangehörige und alle Kuren für Kinder wird vom Arzt beantragt, wenn eine Behandlung in einem Bad oder Sanatorium zweckmäßig erscheint.

Eine Kurenkommission, der Ärzte und Gewerkschafter angehören, beschließt über die Gewährung einer Kur. Die Gewerkschaften setzen sich für schnelle Verschickung ein.

Die Einweisung in ein Sanatorium, Genesungs- oder Erholungsheim geschieht entsprechend dem Beschluß der Kurenkommission durch die betreffende Industrie-Gewerkschaft oder durch die zuständige Außenstelle der Sozialversicherung.

Alle Kosten einer Kur einschließlich Fahrgeld trägt die Sozialversicherung sowohl für Versicherte wie auch deren Familienangehörige und für Rentner.

Folgende Kuren (ohne Tbc-Kuren) wurden durchgeführt:

Art der Kuren	1955	1957
Heilkuren, 28- bis 42tägig	153 823	169 932
Genesungskuren, 21- bis 28tägig	100 399	93 460
Vorbeugende Erholungsaufenthalte, für Erwachsene 13tägig, für Kinder 21tägig	211 136	224 708

Wie gewährleistet der Arbeiter-und-Bauern-Staat den Arbeitsschutz?

Der Schutz der Arbeitskraft wird in der Verfassung, Artikel 15, Absatz 1, zum Grundrecht jedes Bürgers erklärt. Die Betriebsleiter oder Betriebsinhaber tragen „persönlich die volle Verantwortung dafür, daß die Arbeiter und Angestellten während der Arbeit und der Anwesenheit im Betrieb vor Gefahren für Leben und Gesundheit geschützt sind“ (Verordnung zum Schutze der Arbeitskraft, 25. Oktober 1951 § 2).

Die öffentliche Kontrolle über die Verwirklichung der gesetzlichen Bestimmungen auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes und der Unfallverhütung erfolgt durch staatliche Arbeitsschutzinspektionen, in besonders gefährdeten Betrieben sind Sicherheitsinspektionen tätig.

Der Staat stellt jährlich große Mittel für Ausbau, Entwicklung und Forschung auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes bereit.

Welchen Einfluß haben die Gewerkschaften auf den Arbeitsschutz?

Die Kontrolle über den Arbeitsschutz in den Betrieben wird weitgehend von den Arbeitern selbst ausgeübt. Sie wählen in den Betrieben Arbeitsschutzkommissionen bzw. Arbeitsschutzobleute. Der § 44 des Gesetzes der Arbeit vom 15. April 1950 bestimmt: „Die Arbeitsschutzkommissionen (Arbeitsschutzobleute) sind gewerkschaftliche Organe der Arbeiter und Angestellten und unmittelbarer Ausdruck ihres Mitbestimmungsrechtes im Betrieb bei der Organisierung des Arbeitsschutzes und der Betriebs hygiene. Sie werden in ihrer Tätigkeit von den Arbeitsschutzinspektoren unterstützt.“

Die Arbeitsschutzkommissionen bzw. -obleute haben das Recht, bei festgestellten Mängeln die sofortige oder befristete Abstellung zu fordern. Die Betriebsleiter oder Betriebsinhaber sind verpflichtet, diese Forderungen zu erfüllen (§ 35 Verordnung zum Schutze der Arbeitskraft).

Zur effektiven Kontrolle des Arbeitsschutzes und der richtigen Verwendung der staatlichen Mittel bestimmt die Verordnung vom 10. Dezember 1953 über „Die weitere Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter und der Rechte der Gewerkschaften“: „Die Gewerkschaften haben das Recht, bei vorsätzlichen und fahrlässigen Verstößen gegen die Bestimmungen zum Schutze der Arbeitskraft, gegen besondere Arbeitsschutzbestimmungen oder gegen die abgeschlossenen

Arbeitsschutzvereinbarungen von den zuständigen Ministern die Bestrafung der schuldigen verantwortlichen Wirtschaftsleiter zu verlangen“ (Kapitel V, Ziffer 3).

Die Gewerkschaftsorganisationen der Betriebe schließen jährlich mit ihren Werkleitungen Arbeitsschutzvereinbarungen als Bestandteil der Betriebskollektivverträge ab. In ihnen verpflichten sich die Werkleitungen, bestimmte Maßnahmen zur Verbesserung des Gesundheits- und Arbeitsschutzes durchzuführen. Die Einhaltung dieser Verpflichtungen wird von den Betriebsgewerkschaftsorganen kontrolliert. Der Betriebskollektivvertrag 1957 des VEB Berliner Glühlampenwerk enthält u. a. folgende Verpflichtungen der Werkleitung:

„Bereitstellung von 5940,— DM für Arbeitsschutzbekleidung und von 103 872,— DM für Hygienebekleidung und für Arbeitsschutzmittel zur kostenlosen Versorgung der Werktätigen.

Die Verbesserung der Entlüftung durch Ventilatoren in der Abteilung W-Feinzug.

Beschaffung eines Ärtzelabormikroskops zur Verbesserung der regelmäßigen Untersuchungen der Arbeiter, die mit gesundheitsgefährdenden Arbeiten beschäftigt sind.“

Die Arbeitsschutzkommission arbeitet mit dem Rat für Sozialversicherung im Betrieb aufs engste zusammen.

Die Frau in der Gesellschaft

Wie wird die Gleichberechtigung der Frau verwirklicht?

Die Gleichberechtigung der Frau ist in der DDR voll verwirklicht. Die gesetzliche Grundlage dafür bilden die Verfassung und die demokratische Gesetzgebung. So sind im „Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau“ alle Grundsätze der Gleichberechtigung festgelegt worden, um den Frauen als gleichberechtigten Bürgern die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Die jahrzehntelange Forderung der Frauen nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit ist erfüllt, ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit gewährleistet. Die Frauen haben die uneingeschränkte Möglichkeit, einen ihnen zusagenden Beruf zu erlernen und auszuüben. Sie können den gewählten Beruf auch weiter ausüben, wenn sie eine Ehe eingehen. Sie sind als Hausfrau und Mutter frei in ihrer Entscheidung.

Wie wirkt sich die Gleichberechtigung der Frau in der Ehe und in der Familie aus?

In der DDR sind die Voraussetzungen dafür geschaffen worden, daß Mann und Frau ohne wirtschaftlichen Zwang als freie und selbständige Menschen die Ehe miteinander aus wahrer Zuneigung eingehen. Die Eheleute sind gleichberechtigte Partner. Will ein Ehepartner einen Beruf

erlernen, ein Studium aufnehmen, einem Erwerb nachgehen oder sich gesellschaftlich, kulturell oder sportlich betätigen, so kann er — die Frau ebenso wie der Mann — darüber selbständig entscheiden.

Die elterliche Sorge über die Kinder steht beiden Ehegatten gemeinschaftlich zu. Auch über Fragen der Kindererziehung einschließlich der Berufswahl entscheiden beide Eltern gemeinsam.

Der Grundsatz der Gleichberechtigung bedeutet auf dem Gebiet des ehelichen Güterrechts, daß alles Vermögen, das ein Ehegatte vor der Eheschließung oder während der Ehe für sich erworben hat, sein persönliches Eigentum darstellt. Der Entwurf des Familiengesetzbuches sieht vor, daß das von jedem Ehegatten durch Arbeit erworbene Vermögen, das gemeinsam genutzt wird oder sonst der gemeinsamen Lebensführung dient, gemeinsames Vermögen der Ehegatten wird, das sie gemeinschaftlich verwalten. Bei Auflösung einer Ehe erhält eine Frau, die wegen ihrer Pflichten als Hausfrau und Mutter nicht oder nur in geringem Maße durch berufliche Tätigkeit einen Arbeitsverdienst erzielen konnte, einen Teil des während der Ehe durch Arbeit oder mit Hilfe von Arbeits-einkünften erworbenen Vermögens des Mannes (Ausgleich).

Selbstverständlich ist es ein Ammenmärchen, daß im Zeichen der Gleichberechtigung den Frauen nicht mehr die besondere Höflichkeit und Achtung entgegengebracht würde und die Männer nicht mehr den Hut zu ziehen brauchten.

Wird eine Ehe ohne weiteres geschieden?

Eine Ehe wird nur dann geschieden, wenn ernstliche Gründe hierfür vorliegen und wenn das Gericht durch eine eingehende Untersuchung festgestellt hat, daß die Ehe ihren Sinn für die Eheleute, für die Kinder und für die Gesellschaft verloren hat. Dabei hat das Gericht insbesondere zu prüfen, ob die Folgen der Scheidung für den anderen Teil eine unzumutbare Härte bedeuten und ob das Wohl der minderjährigen Kinder einer Scheidung entgegensteht.

Das Recht in der DDR kennt keine einzeln aufgeführten zwingenden Scheidungsgründe mehr. Keinesfalls können die Ehegatten nach Belieben eine Scheidung vereinbaren und dem Gericht unwahre Tatsachen vorspiegeln; die Gerichte entscheiden nach sorgfältiger Untersuchung aller Umstände des Einzelfalles, die nicht an die von den Parteien vorgebrachten Gründe gebunden ist.

Haben die geschiedene Frau und die Kinder Anspruch auf Unterhalt?

Ist einer der früheren Ehegatten nach der Scheidung der Ehe außerstande, seinen Unterhalt aus eigenen Arbeitseinkünften oder aus sonstigen Mitteln zu bestreiten, dann hat ihm der andere Teil Unterhalt zu gewähren. Die Höhe des Unterhaltes richtet sich nach den Lebensbedürfnissen des Unterhaltsberechtigten und den Verhältnissen des Unterhaltspflichtigen. Die genaue Höhe des Unterhaltes und die Zeit, für die er zu

gewähren ist, werden nach den besonderen Umständen jedes Einzelfalles festgelegt.

Seit der vollen Gleichberechtigung der Frau spielt der Unterhalt vorwiegend nur noch bei der Scheidung einer langjährigen Ehe eine Rolle, wenn die Ehefrau keinen Beruf erlernt hat oder wegen Alter oder Krankheit arbeitsunfähig ist. Ist eine geschiedene Frau arbeitsfähig, so wird ihr im Falle der Unterhaltsbedürftigkeit und der entsprechenden finanziellen Leistungsfähigkeit des Ehegatten meist für eine Übergangszeit bis zur voraussichtlichen Eingliederung in den Arbeitsprozeß ein Unterhaltsbetrag zugesprochen.

Für den Unterhalt der ehelichen Kinder haben beide Ehegatten gemeinsam aufzukommen. Sind die Eltern geschieden, dann wird der Ehegatte, dem die elterliche Sorge über die Kinder zugesprochen wurde, seiner Unterhaltsverpflichtung vorwiegend durch die materielle und geistige Betreuung der Kinder nachkommen, während der andere Teil einen Beitrag zum Unterhalt zu zahlen hat. Die Übertragung des Sorgerechts und die Unterhaltspflicht sind aber nicht mehr wie früher davon abhängig, wer die „Schuld“ an der Scheidung trägt, eine Frage, um die gerade wegen dieser finanziellen Auswirkungen früher oft erbittert, zum Nachteil der Kinder, gestritten wurde.

Weshalb arbeiten Frauen, wenn es keinen Arbeitszwang gibt?

Jeder Bürger hat das Recht, einen Beruf zu wählen, der seinen Neigungen und Fähigkeiten entspricht. Die Gesetze sichern auch der Frau dieses Recht, weil es die Voraussetzung für die wirkliche Gleichberechtigung ist und die Frau aus ihrer untergeordneten und abhängigen Stellung befreit. Die Regierung verstärkt von Jahr zu Jahr die finanziellen, sozialen und kulturellen Maßnahmen, um den Frauen die Möglichkeit zur Wahrnehmung dieses neuen Rechts trotz ihrer größeren häuslichen Belastungen zu gewährleisten.

Viele jungverheiratete Frauen üben ihren Beruf auch weiterhin aus, weil sie das Familieneinkommen dadurch wesentlich erhöhen. Die Wünsche der Ehepaare nach moderner und behaglicher Ausstattung des Heimes werden so schneller erfüllt. Viele Frauen lösen sich auf solche Weise aus der „Abhängigkeit vom Kostgeld“, das den Hausfrauen von den Ehemännern als den Verdienern mehr oder weniger genau zugemessen wurde. Ständig aber nimmt die Zahl der Frauen zu, die aus Liebe zum Beruf und zur Selbständigkeit eine Tätigkeit ausüben und so ihre völlige Gleichberechtigung verwirklichen.

In welchen Berufen arbeiten die Frauen?

Mit Ausnahme der aus gesundheitlichen Gründen verbotenen Arbeiten stehen den Frauen alle Berufe offen. Der Staat gibt den Mädchen und Frauen die gleichen Möglichkeiten wie den Männern, sich im gewählten Beruf weiterzuentwickeln und in leitende Stellungen aufzurücken.

Sie arbeiten nicht nur in typischen Frauenberufen, sondern auch in Berufen, die früher nur von Männern ausgeübt wurden. Hier einige Beispiele aus dem Leben:

- Ella Heese, Fahrlehrerin in den Berliner Verkehrsbetrieben;
- Gertrud Wollwage, Lehrausbilderin für Schweinezucht im volkseigenen Gut Falkenberg;
- Waltraud Seefeld, Gütekontrollleurin im VEB Bergmann-Borsig, Berlin-Wilhelmsruh;
- Bärbel Zertner, Maschinensetzerin in der Volksdruckerei Aschersleben;
- Lisa Busch, früher Verkäuferin, jetzt Meisterin im Maschinentransport im VEB Ernst-Thälmann-Werk, Magdeburg.

Auch in leitenden Stellungen sind viele Frauen tätig. Dies sollen einige Beispiele beweisen:

- Thea Meinke, Ingenieur für Maschinenbau im VEB Bergmann-Borsig, Berlin-Wilhelmsruh;
- Gerda Lück, Oberdispatcher in den Berliner Verkehrsbetrieben;
- Maria Dank, früher Arbeiterin, jetzt Oberbürgermeisterin in Dessau;
- Luise Ermisch, Betriebsleiterin in Mühlhausen;
- Elisabeth Steinert, Vorsitzende des Rates des Kreises Großenhain, Bezirk Dresden;
- Inge Eifert, Sicherheitsinspektorin im VEB Energieversorgung Leipzig.

Auch an der akademischen Ausbildung wächst das Interesse der Frauen. So nimmt der Anteil der Mädchen und Frauen am Studium ständig zu. Am 30. September 1957 erreichte er mit 20 551 Studentinnen 30,8 Prozent der Studierenden. 1953/1954 studierten nur 11 291 = 25 Prozent Mädchen und Frauen.

Sind die Frauen bei der Entlohnung wirklich gleichberechtigt?

Ja! Es gibt in keinem Beruf einen Unterschied zwischen Männer- und Frauenlöhnen. Jede Frau erhält bei gleicher Arbeit den gleichen Lohn wie der Mann.

Wie hoch ist das Einkommen in Berufen, die vorwiegend von Frauen ausgeübt werden?

Durch den Wegfall der Lebensmittelkarten ab 1. Juni 1958 erhalten alle Werktätigen mit einem monatlichen Verdienst bis zu 800 DM einen Netto-Zuschlag. Zugleich tritt eine Lohnerhöhung für alle Berufstätigen mit einem Monatseinkommen bis zu 380 DM ein.

Gehälter	dazu: Nettozuschläge für die niedrigste Gehaltsgruppe bzw. für die höchste Gehaltsgruppe
Kindergärtnerinnen:	
Ortsklasse S v. 340 DM—500 DM	zwischen 22 DM und 11 DM
Ortsklasse A v. 330 DM—490 DM	zwischen 23 DM und 11 DM
Ortsklasse B v. 320 DM—480 DM	zwischen 24 DM und 11 DM
Hortnerinnen:	
v. 380 DM—610 DM	zwischen 18 DM und 7 DM
Säuglingsschwestern:	
Ortsklasse S v. 340 DM—428 DM	zwischen 22 DM und 13 DM
Ortsklasse A v. 336 DM—423 DM	zwischen 22 DM und 13 DM
Ortsklasse B v. 332 DM—418 DM	zwischen 22 DM und 13 DM
Säuglingspflegerinnen:	
Ortsklasse S v. 270 DM—351 DM	zwischen 29 DM und 20 DM
Ortsklasse A v. 267 DM—347 DM	zwischen 29 DM und 21 DM
Ortsklasse B v. 264 DM—343 DM	zwischen 29 DM und 21 DM

Ärztinnen:

Das Medizinstudium der Frauen wird in der DDR stark gefördert. Verantwortliche und entscheidende Tätigkeiten wie Bezirksarzt, ärztlicher Direktor und Chefarzt werden von Frauen ausgeübt.

Die Vergütung erfolgt nach 12 Gruppen, von 620,— DM bis 1790,— DM. Für Ärztinnen im ersten Jahr der Pflichtassistentz beträgt das Gehalt 620,— DM bis 685,— DM zusätzlich 7,— DM bzw. 5,— DM, im 2. Jahr 686,— DM bis 805,— DM. Bei einer Vergütung bis zu 800,— DM kommt ein Nettobetrag von 5,— DM hinzu. Eine Stationsärztin erhält 875,— DM bis 940,— DM.

Dürfen Frauen Männerarbeit verrichten?

In vielen Berufen und Industriezweigen ist die Frau dem Manne längst gleichwertig an die Seite gerückt. Zum Schutz ihrer Gesundheit sind für sie jedoch laut einem gesetzlichen Verzeichnis alle körperlich schweren oder gesundheitsgefährdenden Arbeiten verboten. Frauen dürfen nicht mit der dauernden Bewegung von Lasten beschäftigt werden, deren Gewicht 15 kg übersteigt. Bei einer unvermeidbaren Einzelleistung darf eine solche Last nicht mehr als 30 kg betragen. Für werdende und stillende Mütter liegt die Grenze bei acht bzw. 15 kg. Unter anderem sind Arbeiten unter Tage als Häuer, Verloader, beim Ausbau, bei Schießarbeiten für den Streckenvortrieb usw. für Frauen nicht zugelassen.

Arbeiten an Öfen in Kokereien, Schwelereien, in metall erzeugenden, -bearbeitenden und -verarbeitenden Betrieben und viele andere, die der Konstitution der Frau nicht zuträglich sind, stehen in jenem Verzeichnis verbotener Arbeiten für Frauen, das von den Gewerkschaften, dem Demokratischen Frauenbund Deutschlands und dem Ministerium für Gesundheitswesen ausgearbeitet wurde und Gesetzeskraft erlangt hat.

Wer vertritt die Interessen der Frau im Betrieb?

Das ist Aufgabe der Gewerkschaft. Die von den Mitgliedern gewählte Betriebsgewerkschaftsleitung im Betrieb und die gewerkschaftlichen Vertrauensleute wachen darüber, daß die Gesetze zum Schutze der berufstätigen Frau eingehalten werden. Sie sorgen dafür, daß die im Frauenförderungsplan und im Betriebskollektivvertrag vorgesehenen Maßnahmen verwirklicht werden. Im Betriebskollektivvertrag und im Frauenförderungsplan sind die berufliche Weiterentwicklung, die soziale und die gesundheitliche Betreuung der Frau für das laufende Jahr festgelegt. Darüber hinaus wählen sich die Frauen in den Betrieben Frauenausschüsse. Diese setzen sich für die unmittelbaren Frauenfragen ein, z. B. Unterbringung der Kinder, Wohnungsfragen, berufliche Weiterbildung, Schaffung sozialer und kultureller Einrichtungen.

Die Frauenausschüsse nehmen auch öffentlichen Einfluß auf die Kindererziehung. Sie fordern ebenfalls die vermehrte Produktion mechanischer und elektrischer Haushaltsgeräte, die die Küchenarbeit erleichtern. Die Frauenausschüsse sind den Frauen unentbehrliche demokratische Organe geworden, mit deren Hilfe die Frauen ihre Kenntnisse vom wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Leben der Arbeiter-und-Bauern-Macht erweitern und an der Ausübung der Macht teilnehmen.

Zur Zeit gibt es in den Betrieben rund 15 400 Frauenausschüsse mit etwa 85 000 Mitarbeiterinnen.

Welche sozialen Einrichtungen erleichtern das Leben der berufstätigen Frau?

Um die Frauen von der häuslichen Arbeit zu entlasten, wurden Werkküchen in den Betrieben geschaffen. 1957 nahmen durchschnittlich 2 136 000 Werktätige am verbilligten Werkküchenessen aller Kategorien teil.

In vielen Betrieben wurden Wäschereien und Nähstuben eingerichtet. HO- und Konsumverkaufsstellen in den Betrieben erleichtern den Einkauf der berufstätigen Frau. In einem Teil der Betriebsverkaufsstellen kann die Kundin die Waren morgens bestellen und sie fertig verpackt am Feierabend mit nach Hause nehmen. Außerdem gibt es Spätverkaufsstellen. In den Industriezentren werden Dienstleistungsbetriebe errichtet, die das Säubern der Wohnung übernehmen.

Jede Frau, die den Ehemann, Kinder bis zu 16 Jahren oder pflegebedürftige Familienangehörige zu versorgen hat und einen eigenen Haushalt führt, erhält einen bezahlten Haushaltstag im Monat.

Wie schützt der Arbeiter-und-Bauern-Staat die werdende und stillende Mutter?

In der DDR steht die werdende und die stillende Mutter unter besonderer Fürsorge. Schwangeren- und Mütterberatungsstellen betreuen die Frauen vor und nach der Entbindung sowie ihre Säuglinge und Kleinkinder bis

zum 3. Lebensjahr. 1957 wurden über 94 Prozent* der Säuglinge in solchen Beratungsstellen betreut. Die Frauen werden in gesundheitlichen, sozialen und rechtlichen Fragen kostenlos beraten.

Über dreiviertel aller Geburten erfolgen in Entbindungsheimen und Entbindungsstationen.

Über 75 Milchsammelstellen sammeln Frauenmilch für Frühgeburten und kranke Säuglinge, und 19 Schwangerenerholungsheime helfen jährlich rund 10 000 werdenden Müttern, sich in vierwöchigen Kuren zu kräftigen und zu erholen.

Diese Sorge um Mutter und Kind, die obligatorische Bekämpfung der Rachitis, Schutzimpfungen und andere vorbeugende Maßnahmen verringerten die Säuglingssterblichkeit 1957 auf 4,5 Prozent* gegenüber 1950 mit 7,2 Prozent.

Berufstätige Frauen erhalten einen vollbezahlten Schwangerschafts- und Wochenurlaub für die Dauer von fünf Wochen vor und sechs Wochen nach der Geburt. Verläuft die Entbindung anomal oder werden Zwillinge geboren, so verlängert sich der Urlaub um weitere zwei Wochen.

Schwangere und Wöchnerinnen dürfen ohne ihre Einwilligung nicht entlassen werden. Sie genießen in der DDR einen besonderen Kündigungsschutz.

Überstunden und Sonntagsarbeit sind für werdende und stillende Mütter verboten.

Schwangere Frauen dürfen nicht mit Arbeiten beschäftigt werden, die nach Urteil des Betriebs- oder Beratungsarztes der Sozialversicherung Leben und Gesundheit der werdenden Mutter oder des zu erwartenden Kindes gefährden. Sie erhalten leichtere Tätigkeiten (Schonplatz) ohne Lohneinbuße.

Alle ärztlichen Kosten, die durch Schwangerschaft und Geburt entstehen, trägt die Sozialversicherung. Stillende Mütter bekommen für die Dauer von sechs Monaten nach der Geburt des Kindes monatlich 10,— DM Stillgeld.

Vom Freien Deutschen Gewerkschaftsbund erhält die junge Mutter bei dreijähriger Mitgliedschaft eine einmalige Beihilfe von 30,— DM.

Berufstätige alleinstehende Mütter erhalten, wenn sie zur Pflege ihres erkrankten Kindes der Arbeit fernbleiben müssen, für die ersten zwei Tage der Erkrankung ihres Kindes (bis zum 14. Lebensjahr) 90 Prozent des Nettoverdienstes und vom dritten Tage an eine Unterstützung in Höhe des Krankengeldes. Diese Zeit wird bei Erkrankung der Mutter nicht von ihrem Anspruch auf Krankengeld abgesetzt.

Die Unterstützung wird bis zu einer Dauer von insgesamt vier Wochen innerhalb eines Jahres gewährt.

* Vorläufige Zahl.

Ist eine Schwangerschaftsunterbrechung zulässig?

Die Schwangerschaftsunterbrechung ist zulässig, wenn eine Ärztekommision die Zustimmung erteilt. Gegenwärtig ist diese Zustimmung noch notwendig, um Mißbrauch und Schaden an der Gesundheit der Frauen zu verhüten. Mit den neuen sozialistischen Beziehungen der Menschen zur Arbeit und zueinander bildet sich bei ihnen auch ein neues Verhältnis zur Familie, zum Staat heraus. Dabei gewinnen sie nicht nur die Gewißheit ihrer sozialen Sicherheit im Falle der Mutterschaft, sondern es wächst auch das Bewußtsein ihrer hohen Verantwortung gegenüber sich selbst und ihrem Staat.

Wieviel Kinderbeihilfe und wieviel Kindergeld gibt es?

Alle Mütter erhalten bei der Geburt eines Kindes eine einmalige Geburtenbeihilfe. Sie beträgt

für das 1. Kind	500,— DM
für das 2. Kind	600,— DM
für das 3. Kind	700,— DM
für das 4. Kind	850,— DM
für das 5. Kind und jedes weitere Kind	1000,— DM.

Bei der Geburt des sechsten Kindes übernimmt der Präsident der Republik auf Antrag die Patenschaft und überreicht als Patengabe ein Sparkassenbuch mit einer Einlage von 100,— DM und eine vollständige Babypausstattung im Werte von 100,— DM.

Seit der Aufhebung der Rationierung am 28. Mai 1958 wird für jedes Kind ein staatlicher Kinderzuschlag von monatlich 20,— DM bzw. 15,— DM in der Regel bis zur Vollendung des 15. Lebensjahres gewährt. Außerdem erhalten Mütter mit mehr als drei im Haushalt der Familie lebenden Kindern vom Staat Kindergeld, und zwar:

für das 4. Kind	20,— DM monatlich,
für jedes weitere Kind	25,— DM monatlich.

Das Kindergeld wird bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres gezahlt.

Werden außereheliche Kinder benachteiligt?

Im Artikel 33 der Verfassung der DDR und im § 15 des Gesetzes über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau ist festgelegt, daß die nichteheliche Geburt weder dem Kinde noch seinen Eltern zum Nachteil gereichen darf und kein Makel ist. Der Mutter des nichtehelichen Kindes steht die volle elterliche Sorge über das Kind zu. Sie wird in der Ausübung ihrer Rechte durch die Abteilung Jugendhilfe/Heimerziehung des Rates des Kreises unterstützt. Das nichteheliche Kind erhält bei der Geburt den Namen, den seine Mutter zur Zeit der Geburt führt. Sein Vater hat ihm, ebenso wie beim ehelichen Kind, Unterhalt bis zur wirtschaftlichen Selbständigkeit zu gewähren.

Wie werden Kinder berufstätiger Mütter betreut?

Eine der wichtigsten Maßnahmen zur Sicherung des Rechts der Frauen, einen Beruf auszuüben, ist die Entlastung der arbeitenden Mütter von der täglichen Sorge um ihre Kinder. Ein großes, sich immer weiter ausbreitendes Netz kommunaler und betrieblicher Kinderkrippen, -gärten und -horte wurde geschaffen. Beruhigt können die Mütter ihrer Arbeit nachgehen, denn sie wissen ihre Kinder in Obhut geschulter Kinderpflegerinnen und Erzieherinnen.

Kinderkrippen:

Kinder bis zu drei Jahren finden Aufnahme in Kinderkrippen. Säuglings-schwestern bzw. -pflegerinnen und Hilfspersonal betreuen und versorgen die Kleinen in vorbildlicher Weise. Die Plätze in Kinderkrippen wurden seit 1950 von 4674 auf 62 036 im Jahre 1957 vermehrt. Während der Sommermonate werden in den Dörfern Saisonkrippen eingerichtet. Am 31. Dezember 1957 standen 9943 Plätze zur Unterbringung der Landkinder zur Verfügung.

Die Eltern zahlen einen geringen Kostenbeitrag, und zwar:

in Kinderkrippen mit Tagesbelegung und Vollverpflegung
je Kind und Tag 1,10 DM bis 1,40 DM,

in Kinderkrippen mit Wochenbelegung
je Kind und Tag 1,60 DM bis 1,80 DM,

in Dauerheimen für Säuglinge und Kleinkinder
je Tag 1,80 DM bis 2,— DM,

in Saisonkinderkrippen, in denen ein Mittagessen verabreicht wird,
je Kind und Tag 0,25 DM bis 0,40 DM.

In den kommunalen und betrieblichen Kinderkrippen und Dauerheimen werden die bereits geringen Kostenbeiträge noch nach dem Einkommen gestaffelt und je nach Zahl der Kinder prozentual ermäßigt.

Kindergärten:

Für die Unterbringung der Kinder von drei bis sechs Jahren stehen eine große Anzahl Kindergärten und -wochenheime zur Verfügung. Im Jahre 1947 gab es nur 1943 Kindergärten mit 100 831 Plätzen. Bis 1957 stieg ihre Zahl auf 7826 mit 303 614 Plätzen. 1957 gab es außerdem noch 2757 Erntekindergärten, in denen 53 856 Kinder der Landarbeiterinnen und Bäuerinnen betreut wurden.

Die Kindergärten sind gleichzeitig pädagogische Einrichtungen. Die Kinder werden durch geprüfte Pädagogen auf den Schulbesuch vorbereitet. Die Kindergärten sind in ausreichendem Maße mit modernem Spielzeug, Bastelmaterialien und Sportgeräten ausgestattet. Bis zum Jahre 1957 wurde erreicht, daß über 40 Prozent aller im vorschulpflichtigen Alter befindlichen Kinder einen Kindergarten besuchten. Für jedes Kind, das im Kindergarten untergebracht ist, gibt die DDR jährlich 511,— DM aus. Außerdem stellen die volkseigenen Betriebe für ihre Kindergärten noch erhebliche Summen aus dem Kultur- und Sozialfonds zur Verfügung.

Der Anteil, den die Eltern zu entrichten haben, ist sehr gering. Die Kosten betragen im allgemeinen in Kindergärten und Erntekindergärten, in denen ein Mittagessen verabreicht wird, täglich 0,25 bis 0,35 DM für ein Kind, in Kindergärten, außer Erntekindergärten, in denen kein Mittagessen ausgegeben wird, 0,05 DM und in Wochenheimen mit Vollverpflegung 1,40 bis 1,80 DM. Hierbei werden Ermäßigungen gewährt, die sich nach dem Bruttoeinkommen und der Zahl der im Kindergarten betreuten Kinder einer Familie richten.

Kinderhorte:

Schulpflichtige Kinder berufstätiger Eltern können einen Hort besuchen. Unter der Aufsicht der Erzieherinnen machen sie ihre Schulaufgaben und werden von ihnen tagsüber auch betreut. Im Jahre 1957 waren es 143 714 Kinder, die solche Horte besuchten. In den staatlichen Kinderhorten sind für Verpflegung die örtlich üblichen Sätze der Schulspeisung zu zahlen.

In allen Einrichtungen wird die Gesundheit und die Betreuung der Kinder von Ärzten überwacht.

Das Leben der Jugend

Jugend und Staat

Mit wieviel Jahren ist die Jugend wahlberechtigt?

In der DDR ist jeder Bürger, der das 18. Lebensjahr vollendet hat, wahlberechtigt.

Im Artikel 52 der Verfassung der DDR ist das aktive Wahlrecht auf 18 Jahre, das passive Wahlrecht auf 21 Jahre festgelegt. Das entspricht sowohl den jahrzehntelangen Forderungen der Arbeiterbewegung als auch den hervorragenden Leistungen, die die Jugend beim Aufbau der DDR vollbracht hat.

In Westdeutschland hat der junge Mensch, der zwar schon mit 18 Jahren wehrpflichtig ist, erst mit 21 Jahren die Möglichkeit, zu wählen, und erst mit 25 Jahren kann er als Abgeordneter gewählt werden.

Die Forderung der westdeutschen Gewerkschaftsjugend, das aktive Wahlrecht von 21 Jahren auf 18 Jahre herabzusetzen, hat die Bonner Regierung bisher unbeachtet gelassen.

Ist die Jugend in den Parlamenten vertreten?

Seit der Gründung der DDR sind erstmalig in der Geschichte Deutschlands Jugendliche ab 21 Jahre als gewählte Volksvertreter tätig. Jeder Jugendliche in der DDR, der das 21. Lebensjahr erreicht hat, kann als Abgeordneter in alle Parlamente der DDR, von der Gemeindevertretung bis zur Volkskammer, gewählt werden. Bei den Wahlen zu den örtlichen Organen am 23. Juni 1957 stellte die Jugend auf der Liste der

Nationalen Front ihre eigenen Kandidaten auf. 13 139 junge Abgeordnete im Alter von 21 bis 25 Jahren arbeiten in den Gemeindevertretungen, 218 in den Stadtverordnetenversammlungen, 995 in den Kreistagen und 175 in den Stadtbezirksversammlungen. 52 Abgeordnete unter 30 Jahren wurden in die Volkskammer gewählt. Nicht uninteressant ist die Tatsache, daß in den Bonner Bundestag nur 3 Abgeordnete unter 30 Jahren einzogen.

Die jungen Abgeordneten in der DDR haben die gleichen Rechte und gleichen Pflichten wie jeder andere gewählte Volksvertreter. Sie nehmen die Interessen der Jugend wahr und unterbreiten Vorschläge, die der weiteren Förderung der Jugend dienen und dazu beitragen, die Jugend der DDR stärker zur verantwortlichen Mitarbeit in Staat und Wirtschaft heranzuziehen.

Kann die Jugend im gesellschaftlichen Leben mitbestimmen?

Die Jugend in der DDR ist nicht das „fünfte Rad am Wagen“. Ihre Forderungen und Vorschläge, gleich welcher Art, finden überall größte Beachtung. In der DDR werden grundsätzliche Fragen niemals ohne oder gegen die Jugend entschieden.

Einen bedeutsamen Beschluß faßte die Staatliche Plankommission auf Vorschlag des Zentralrats der FDJ am 28. August 1958. Er umfaßt die weitere Einbeziehung der Jugend bei der Leitung des Staates und der Wirtschaft und sieht die stärkere Teilnahme der Jugend bei der Lösung wirtschaftlicher Aufgaben vor.

Sowohl die Staatliche Plankommission als auch die Wirtschaftsräte der Bezirke und die Leitungen der Betriebe werden darin verpflichtet, bei ihren Beratungen die Vertreter der FDJ hinzuzuziehen. Der Jugend werden zugleich verantwortliche Aufgaben gestellt wie z. B. der Bau der Erdölleitung und die Errichtung des Erdöl-Verarbeitungswerkes sowie die Arbeiten zum Bau des Nord-Süd-Kanals, der den Übersee-Hafen Rostock mit den Binnengewässern verbinden wird.

Ein weites Betätigungsfeld für die Mitarbeit und Mitbestimmung der Jugend sind die Ständigen Kommissionen der Organe der Volksvertretungen.

Großen Einfluß auf das gesellschaftliche Leben übt die Jugend durch ihre sozialistische Jugendorganisation, die Freie Deutsche Jugend, aus. So organisieren die Mitglieder der FDJ z. B. in den volkseigenen Betrieben Kontrollposten, die sich für die Einhaltung der Planaufgaben einsetzen und gegen Verluste und Schleichhandlung kämpfen.

An den Schulen und Universitäten helfen die FDJ-Grundeinheiten bei der Erziehung der Jugend. FDJ-Gruppen können erfahrene junge Menschen als Schöffen für die Gerichte zur Wahl vorschlagen. Das täglich erscheinende Zentralorgan der FDJ, die „Junge Welt“, nimmt durch seine Beiträge nicht nur auf vielfältige Art zu gesellschaftlichen Problemen Stellung, sondern hilft auch, sie im Interesse der Jugend zu lösen.

Allerdings nehmen noch nicht alle Jugendlichen ihre Rechte wahr. Aber schon heute kann sich jeder überzeugen, daß die junge Generation auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens mitbestimmt.

Welche besonderen Gesetze gibt es für die Jugend?

Das umfassendste Gesetz auf dem Gebiet der Jugendförderung ist das „Gesetz über die Teilnahme der Jugend am Aufbau der DDR und die Förderung der Jugend in Schule und Beruf, bei Sport und Erholung“, beschlossen am 8. Februar 1950. Bisher wurden zu diesem Gesetz jährlich Anordnungen von der Regierung der DDR erlassen, in denen festgelegt ist, was auf den einzelnen Gebieten der Jugendförderung zu tun ist und wieviel Mittel dafür bereitgestellt werden. Im Jahre 1957 wurden z. B. 2,6 Milliarden DM zur Förderung der Jugend und des Sports ausgegeben. Die Bürgermeister und Betriebsleiter sind verpflichtet, jedes Jahr vor den Wählern in den Gemeinden und Städten bzw. vor ihrer Belegschaft öffentlich über die Förderung der Jugend Rechenschaft abzulegen.

Im Gesetz über den Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft in der DDR werden umfassende Maßnahmen festgelegt, die dazu dienen, qualifizierte Facharbeiter heranzubilden und Jugend und Sport zu fördern.

Eines der wichtigsten Gesetze, das Gesetz über die Herabsetzung des Volljährigkeitsalters vom 17. Mai 1950, wird dem hervorragenden Anteil der Jugend beim Aufbau der neuen gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR gerecht und legt fest, daß die Volljährigkeit mit dem 18. Lebensjahr eintritt.

Das 1952 beschlossene Jugendgerichtsgesetz hat die Aufgabe, die Jugendlichen, die gegen die Gesetze verstoßen haben, zu vollwertigen Bürgern unseres demokratischen Staates zu erziehen. Dabei wird den Erziehungsmaßnahmen der Vorzug vor der Strafe eingeräumt und eine Strafe nur dann verhängt, wenn der Zweck des Gesetzes nicht anders zu erreichen ist.

Im September 1955 beschloß der Ministerrat eine Verordnung zum Schutze der Jugend, die alle Erziehungspflichtigen, die Staatsorgane und die demokratischen Organisationen verpflichtet, Jugendliche vor körperlicher, moralischer und politischer Gefährdung zu schützen. Sie richtet sich vor allem gegen die Einschleusung westlicher Schund- und Schmutzliteratur sowie militaristischer und faschistischer Schriften, verbietet den Alkoholverkauf an Jugendliche unter 16 Jahren sowie den Aufenthalt Jugendlicher unter 16 Jahren nach 21 Uhr in Gaststätten, sofern sie sich nicht in Begleitung von Erwachsenen befinden.

Man kann ohne weiteres feststellen, daß die vom gesamtdeutschen Jugendkongreß 1954 für ganz Deutschland geforderten gesetzlichen Bestimmungen in der DDR voll verwirklicht sind (Jugendarbeitsschutz siehe S. 161).

Besteht eine allgemeine Wehrpflicht?

Nein; die Nationale Volksarmee besteht ausschließlich aus Freiwilligen. Trotz der Gefahr, die sich durch die Einführung der Wehrpflicht in der

Bundesrepublik für die friedliebende Bevölkerung Deutschlands und Europas ergibt, hat die Regierung der DDR auf die Einführung der Wehrpflicht verzichtet und ihre Streitkräfte auf 90 000 Mann begrenzt.

Die Regierung der DDR vertritt den Standpunkt, daß die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in der Bundesrepublik die Spaltung Deutschlands vertieft und die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands erschwert.

Am 29. Mai 1956 hatte die Regierung der DDR die Bundesregierung aufgefordert, die Wehrpflicht nicht einzuführen und mit der Regierung der DDR eine Vereinbarung über die Begrenzung der Streitkräfte in beiden deutschen Staaten zu treffen. Diese Aufforderung wurde, wie viele Vorschläge zur Entspannung, mit der beschleunigten Aufrüstung beantwortet.

Warum melden sich soviel Jugendliche freiwillig zur Nationalen Volksarmee?

Die Jugendlichen in der DDR haben nicht deshalb in vorderster Front beim Aufbau der Republik gearbeitet, um sich die Früchte ihrer Arbeit aus den Händen nehmen zu lassen. Sie haben erkannt, daß der Schutz der Errungenschaften der DDR vor dem wiedererstandenen deutschen Militarismus in Westdeutschland eine Lebensnotwendigkeit geworden ist. Deshalb verteidigen sie ihre Rechte, ihre Familie und sich selbst.

Die Jugend betrachtet es als Ehrendienst, in den Reihen der Nationalen Volksarmee den Schutz der Republik zu übernehmen. Es ist ihnen nicht entgangen, daß sich die Nationale Volksarmee der DDR grundlegend von den Armeen der kapitalistischen Länder unterscheidet, was sich u. a. auch in der Zusammensetzung des Offizierskorps der Nationalen Volksarmee widerspiegelt.

Welche Entwicklungsmöglichkeiten haben westdeutsche Jugendliche, die in die DDR übersiedeln?

Die Regierung der DDR und der Nationalrat der Nationalen Front wandten sich am 11. Juli 1956, kurz nach der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Westdeutschland, an die durch die allgemeine Wehrpflicht unmittelbar bedrohten westdeutschen Jugendlichen mit der Aufforderung, sich der Bonner Militärdiktatur zu entziehen, und versprach diesen Jugendlichen jede Unterstützung.

Inzwischen sind Tausende diesem Ruf gefolgt und genießen heute die gleichen Rechte wie jeder Bürger der DDR. Solche Personen aber, die zwischen der DDR und Westdeutschland pendeln und ständig ihren Wohnsitz wechseln, können bei uns nicht auf eine erneute Zuzugsgenehmigung rechnen. (Siehe Seite 167.)

Durch die Politik des friedlichen Aufbaus garantiert die DDR jedem Menschen eine gesicherte Existenz, frei von der Sorge um den Arbeitsplatz. Jeder Jugendliche aus Westdeutschland hat die Gewißheit, daß er nicht zur Armee eingezogen wird, wie es in Westdeutschland auf Grund der Wehrpflicht jedem Jugendlichen bevorsteht. Sofern er eine abgeschlossene Berufsausbildung hat, kann er sofort in seinem Beruf arbeiten und sich entsprechend seinen Kenntnissen und Fähigkeiten in leitende Positionen emporarbeiten.

Studenten haben die Möglichkeit, ihr Studium abzuschließen und danach entsprechend ihrer Fachrichtung eine sie interessierende Tätigkeit aufzunehmen. Die DDR ermöglicht jedem Menschen, der daran interessiert ist, sich durch Kurse an Volkshochschulen und Abendkurse auf den verschiedensten Gebieten weiterzubilden.

FDJ – die sozialistische Jugendorganisation

Warum gibt es nur eine Jugendorganisation?

Daß Einigkeit stark macht, ist ein altes Sprichwort, eine tausendfach erprobte Wahrheit. Seit wann wurden und werden denn Erfolge in der Jugendarbeit durch möglichst kleine, zersplitterte Gruppen erreicht? Die Erfahrung lehrt, daß die Spaltung der Jugend in konfessionelle, parteipolitische und andere Gruppen das Ziel verfolgt, die jungen Menschen in ihrem Kampf gegen Militarismus und Krieg zu schwächen. Das beweist die Situation in der Bundesrepublik.

In der DDR haben die demokratischen Organisationen und Parteien von Anfang an auf die Bildung eigener Jugendorganisationen verzichtet. Die Freie Deutsche Jugend ist heute eine machtvolle Organisation, die die Interessen aller Jugendlichen vertritt und ihre Wünsche und Forderungen respektiert. Sie wurde zu einer bedeutsamen Kraft im gesellschaftlichen Leben der DDR und findet durch zahlreiche freundschaftliche Beziehungen auch internationale Anerkennung.

Welche Ziele und Aufgaben hat die Freie Deutsche Jugend?

Mitglieder der FDJ sind Jungen und Mädchen im Alter von 14 bis 26 Jahren, die für den Sieg des Sozialismus eintreten. Sie kämpfen dafür, daß die Macht der Militaristen, der Konzern- und der Bankherren in ganz Deutschland gebrochen wird, damit der Weg zu Frieden und Wohlstand frei wird. Deshalb gibt die FDJ der westdeutschen Jugend in ihrem Kampf jede mögliche Unterstützung.

Die Mitglieder der FDJ eignen sich in Zirkeln, Vorträgen und Diskussionen die Kenntnisse des Marxismus-Leninismus an und erweisen sich in der praktischen Arbeit als treue Helfer der Arbeiterklasse und ihrer Partei, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.

Das Leben des Verbandes besteht nicht zuletzt in einer sinnvollen Freizeitgestaltung in Form von Heimabenden, Wanderungen und den verschiedensten Interessengemeinschaften.

Tausende Mitglieder der FDJ stehen heute in den Reihen der bewaffneten Einheiten der DDR, um den friedlichen Aufbau und die Errungenschaften zu schützen. Zu den Pflichten der Mitglieder gehört das Eintreten für den Fortschritt und für die Sache der Werktätigen. Sie arbeiten vorbildlich, pflegen den Gedanken der Völkerfreundschaft und beweisen es durch die Tat. Grundeinheiten der FDJ gibt es in den verschiedenen Betrieben, in MTS, VEG, LPG, Wohngebieten, Dörfern, Schulen und Einheiten der bewaffneten Organe der DDR.

Was hat die FDJ zur Verständigung mit den westdeutschen Jugendorganisationen getan?

Seit ihrer Gründung tritt die Freie Deutsche Jugend für eine Zusammenarbeit der Jugendorganisationen ganz Deutschlands ein und hat den westdeutschen Jugendverbänden reale Wege zur Verständigung und friedlichen Wiedervereinigung gewiesen. Diese Bemühungen hat der Zentralrat der FDJ bis heute fortgesetzt. Er wandte sich z. B. am 23. Januar 1954 in einem 5-Punkte-Programm an die westdeutsche Jugend, gemeinsam gegen die EVG aufzutreten, Verhandlungen beider deutscher Regierungen zu fordern und eine gesamtdeutsche Delegation zur Außenministerkonferenz zu entsenden.

Am 20. Oktober 1954 erklärte sich der Zentralrat der FDJ zu Verhandlungen über alle Fragen mit dem Bundesjugendring bereit, die am 17. März 1955 in Bad Godesberg stattfanden. Sie gingen jedoch infolge der Haltung des Bundesjugendringes ergebnislos aus. Die FDJ hatte u. a. vorgeschlagen, einen gemeinsamen Erfahrungs- und Delegationsaustausch zu organisieren, Vorbereitungen für ein gesamtdeutsches Jugendwandern zu treffen, Jugendzeitschriften gegenseitig auszutauschen und von den Regierungen gesamtdeutsche Beratungen zu fordern. Auf dem V. Parlament erneuerte und erweiterte die FDJ ihre Vorschläge.

Inzwischen haben mit aktiver Unterstützung der FDJ zahlreiche gesamtdeutsche Jugendkonferenzen und -kongresse stattgefunden, an denen Tausende organisierte Jugendliche der Bundesrepublik teilnahmen. Ebenso waren viele FDJ-Delegationen Gäste westdeutscher Jugendveranstaltungen. Da Adenauer die Verständigung der Jugend fürchtet, hat er jegliche Beziehungen westdeutscher Jugendverbände zur FDJ

verboten. Trotzdem fordern immer mehr westdeutsche Jugendverbände Verständigung mit der DDR.

Unterhält die FDJ Beziehungen zu Jugendorganisationen anderer Länder?

Nachdem sich die Freie Deutsche Jugend in den Nachkriegsjahren aktiv am Neuaufbau der antifaschistisch-demokratischen Gesellschaftsordnung beteiligt hatte, gewann sie durch die Aufnahme in den Weltbund der Demokratischen Jugend und in den Internationalen Studentenbund im August 1948 internationale Anerkennung. Heute hat die FDJ einen Vertreter im Sekretariat des Weltbundes, der als Sekretär in dieser größten Weltorganisation der Jugend mitarbeitet. Die FDJ hat an allen internationalen Veranstaltungen beider Organisationen teilgenommen. 1949 führten 750 Jungen und Mädchen zu den II. Weltfestspielen nach Budapest, 1951 war die FDJ Gastgeber der III. Weltfestspiele in Berlin. 1953 wurden 3000 Mitglieder der FDJ zum IV. Festival nach Bukarest delegiert, bei den V. Weltfestspielen in Warschau waren es wieder 3000 Jugendliche, und zum größten und schönsten Festival im August 1957 in Moskau repräsentierten 1300 Jugendliche die DDR.

Große internationale Jugendveranstaltungen, Konferenzen und Seminare wurden von der FDJ aktiv unterstützt, z. B. die Konferenz zur Verteidigung der Rechte der Jugend 1953 in Wien, die Europäische Jugendkonferenz gegen die EVG und die internationale Konferenz zur Verteidigung der Rechte der Landjugend. Die FDJ unterhält Verbindungen u. a. mit der Eureka – Jugendliga Australiens –, der Vereinigung junger Demokraten Afrikas, dem Verband der radikalsozialistischen Jugend Chiles und der Union der demokratischen Jugend des Sudans. Die engsten Kontakte bestehen zwischen der FDJ und dem Komsomol – dem Jugendverband der Sowjetunion. In vielen Delegationsbesuchen tauschen Mitglieder dieser beiden großen Organisationen ihre Erfahrungen aus. Ähnlich hat sich die Zusammenarbeit mit den Jugendorganisationen der anderen sozialistischen Staaten entwickelt. Höhepunkte dieser Arbeit sind die jährlich stattfindenden Dreiländertreffen in Zittau (DDR) – Jelenia Gora (Polen) und Liberec (ČSR). Ein bedeutendes Ereignis war auch die Konferenz dieser Jugendorganisationen 1955 in Magdeburg.

Freundschaftliche Beziehungen bestehen zu Jugendorganisationen der Ostseeländer, die 1956 erstmalig gemeinsam ein großes Zeltlager durchführten. Neue Verbindungen wurden mit den Jugendorganisationen Jugoslawiens, Finnlands, Japans, Ceylons und Indiens aufgenommen.

Allein im Jahre 1956 empfing die FDJ weit über 100 offizielle Delegationen und Funktionäre mit rund 1500 Teilnehmern und entsandte 118 Delegationen zu den befreundeten Organisationen. Die FDJ bemüht sich, mit allen Organisationen zusammenzuarbeiten, die für die Verhinderung eines Krieges, die Ächtung der atomaren Waffen und eine Politik der friedlichen Koexistenz eintreten.

Was will die Gesellschaft für Sport und Technik?

Die Gesellschaft für Sport und Technik (GST) wurde am 7. August 1952 gegründet. Sie dient breiten Schichten der Bevölkerung, insbesondere der Jugend, zur Aneignung sportlicher Fähigkeiten und technischer Kenntnisse im Interesse der nationalen Verteidigung.

Vielen Jugendlichen, die heute in der Nationalen Volksarmee ihren Ehrendienst leisten, kommen die in der GST erworbenen Kenntnisse zugute.

Welche Ausbildungszweige gibt es in der GST?

Die Möglichkeiten der sportlichen und technischen Betätigung in der GST sind sehr vielseitig. So betreiben die Mitglieder Gelände- und Schießsport, um dann in Wettkämpfen ihre Leistungen zu messen.

Der Motorsport vermittelt theoretische und praktische Kenntnisse bei Fahrten auf Straßen und im Gelände. Alle Motorsportler haben in der GST die Möglichkeit, die Fahrerlaubnis für Motorräder, Lastkraft- und Personenkraftwagen zu erlangen. Im Seesport werden alle Disziplinen einschließlich Tauchsport betrieben. Der Nachrichtensport trägt durch Aneignung vielseitiger technischer Kenntnisse zur Ausbildung von Amateurfunkern, Fernsprech- und Fernschreibern bei.

In der GST lernt die Jugend auch Fliegen und Fallschirmspringen. Neben diesen wichtigen Sportarten vereinigt die GST in ihren Reihen Tausende Anhänger des Reit-, Hunde- und Taubensports.

Die Organisation stellt für die Ausbildung Maschinen und Geräte (Motorräder, Lastkraftwagen, Flugzeuge, Kutter, Funkgeräte u. ä.) zur Verfügung.

Als Höhepunkt in der Ausbildungstätigkeit der GST werden alljährlich in den einzelnen Sportarten die besten Mannschaften und Einzelsieger in den Meisterschaften ermittelt. Daneben finden zahlreiche Vergleichswettkämpfe statt.

Alle Mitglieder der GST und die Werktätigen der DDR können die Leistungsabzeichen der verschiedenen Sportarten erwerben.

Die GST-Sportler sind im Besitz mehrerer deutscher Rekorde im Sportschießen, Segelflug und im Fallschirmspringen. Natürlich beteiligt sich die GST auch an internationalen Wettkämpfen.

Jugend im Beruf

Welche Berufsaussichten hat ein Jugendlicher?

In der DDR gibt es keine Arbeitslosigkeit. Die Sorge um die Jugend ist in der DDR im Gegensatz zu Westdeutschland kein Wahlschlager, son-

dem ein wichtiger Grundsatz in der Politik der Partei der Arbeiterklasse und der Regierung. Jährlich werden große Anstrengungen unternommen, um die Jugendlichen entsprechend ihren Kenntnissen und Neigungen in Studien-, Lehr- und Arbeitsplätze zu vermitteln.

In den Jahren 1951 bis 1956 waren 1 535 000 Schulabgänger in Lehr- und Arbeitsplätze unterzubringen. Davon wurden 1 251 000 Jugendliche – das sind 84 Prozent – in die Berufsausbildung aufgenommen.

Da es keinen Berufszwang gibt, ist es nicht immer einfach, die Wünsche unserer Jugendlichen mit den volkswirtschaftlichen Aufgaben in Einklang zu bringen. Die örtlichen Organe, vor allem die Abteilung für Arbeit und Berufsausbildung, haben die Aufgabe, die Jugendlichen und die Eltern über die Berufs- und Arbeitsmöglichkeiten in ihrem Kreisgebiet zu informieren. Besonders für die Wirtschaftszweige Kohle und Energie, Land- und Forstwirtschaft, Bauwirtschaft und einzelne Berufe des Handwerks werden viele Facharbeiter benötigt. Beauftragte aus den verschiedenen Betrieben besuchen die Schüler der letzten Klassen der Grundschulen, um sie mit den Entwicklungsmöglichkeiten und einzelnen Berufen der gesamten Wirtschaft vertraut zu machen. Die Schulen führen Betriebsbesichtigungen durch, um so den jungen Menschen Anregungen für einen Beruf zu geben. Durch die gesetzlichen Bestimmungen über die Gleichberechtigung der Frau haben die jungen Mädchen die Möglichkeit, jeden Beruf zu erlernen, der nicht mit schwerer körperlicher Arbeit verbunden ist (siehe S. 143).

Wie lange dauert die Lehrzeit?

Das ist unterschiedlich, denn jeder Beruf stellt andere Anforderungen. Deshalb richtet sich die Dauer der Lehrzeit nach dem Wissen und Können, das ein Lehrling in der Zeit seiner Berufsausbildung erwerben muß, um eine gute fachliche Arbeit zu leisten. Dieses Wissen und Können ist in einem Berufsbild festgelegt, das von Fachausschüssen der einzelnen Berufsgruppen ausgearbeitet wurde. Von ihnen werden die Lehrpläne bestätigt und auch die Dauer der Lehrzeit festgelegt; in der volkseigenen Wirtschaft beträgt sie in der Regel zwei Jahre, im Handwerk und in der sonstigen privaten Wirtschaft, bis auf wenige Ausnahmen, ein Jahr länger.

Daß die Lehrzeit in den volkseigenen Betrieben meist kürzer als in der privaten Wirtschaft ist, liegt daran, daß die volkseigenen Betriebe feste Ausbildungsunterlagen haben, die für alle Werkabteilungen verbindlich sind, wodurch eine Einheit zwischen theoretischem und praktischem Unterricht geschaffen wird. Die Lehrpläne sind mit dem Fachunterricht in den Berufsschulen abgestimmt. Die Lehrlinge in der volkseigenen Wirtschaft werden mit den neuesten Maschinen vertraut gemacht, was in privaten Betrieben vielfach nicht möglich ist. Hinzu kommt, daß sich in den volkseigenen Betrieben die Lehrmeister ständig mit den Lehrlingen beschäftigen können, nur für sie da sind, während sich die Handwerks-

meister doch auch mit geschäftlichen Dingen wie z. B. mit der Materialbeschaffung usw. befassen müssen. Das besagt nicht, daß in den Handwerksbetrieben die Lehrlinge schlechter ausgebildet werden. Die obengenannten Faktoren machen jedoch eine längere Ausbildungszeit notwendig, um zu garantieren, daß die jungen Menschen gute Facharbeiter werden.

Welche Bedeutung haben die Berufsschulen?

Ein gutes fachliches Können setzt stets ein gutes fachliches Wissen voraus. Dieses Wissen zu vermitteln, ist Hauptaufgabe der Berufsschulen. Für die Ausbildung in den meisten Berufen ist festgelegt, daß während der Lehrzeit jeweils zwei Tage in der Woche je sieben Stunden Berufsschulunterricht gehalten wird. Bei einzelnen Berufen, besonders in der volkseigenen Wirtschaft, sinkt die Zahl der Unterrichtsstunden im Laufe der Ausbildung, d. h. im 1. Lehrjahr drei Tage Unterricht, im 2. Lehrjahr zwei Tage und im 3. Lehrjahr nur noch einen Tag in der Woche Unterricht. Das hat den Vorteil, daß sich der Lehrling im letzten Lehrjahr stärker mit der praktischen Arbeit befassen kann und ihm der Übergang in die normale Tätigkeit eines Facharbeiters erleichtert wird. Berufsschultage mit mindestens sechs Stunden Unterricht einschließlich Pausen und Fahrzeit gelten als volle Arbeitstage. Der Lehrling braucht an diesem Tag seine Arbeitsstelle nicht mehr aufzusuchen.

Bis 1957 wurden in der DDR 540 neue Betriebsberufsschulen geschaffen; die Zahl der Berufsschullehrer stieg von 8757 im Jahre 1949 auf 16800 im Jahre 1957. Für Lehr- und Fachbücher und für Lehrmittel wurden im Jahre 1957 2,5 Millionen DM von der Regierung zur Verfügung gestellt. In den Berufs- und Betriebsberufsschulen bestehen 1630 Lehrerbüchereien mit 900000 Bänden und 1900 Schülerbüchereien mit 1700000 Bänden.

Ein wichtiger Grundsatz in der Berufsausbildung ist die Verbindung von Theorie und Praxis. Um ihn durchzusetzen, waren neue Lehrpläne notwendig, die nicht nur den Unterrichtsstoff für die Berufsschule, sondern auch für die praktische Ausbildung enthalten. Damit wurde ein vollständig neuer, in Deutschland bisher nicht bekannter Weg beschritten.

Wie hoch ist der Lehrlingslohn?

Das ist verschieden; er richtet sich nach der Bedeutung, die der betreffende Beruf für unsere Volkswirtschaft hat. Zum anderen wird auch die Schwere des Berufs, Gesundheitsgefährdung und das Leistungsvermögen bei der Lohngestaltung beachtet. Beträgt die Lehrzeit nur zwei Jahre, dann erhöht sich der Lohn halbjährlich so, daß er bereits nach vier Lehrhalbjahren die letzte Stufe erreicht.

Industriezweig	Halbjahr	Lohn
Steinkohle, Braunkohle, Erzbergbau, Kalibergbau (über Tage)	1.	108,— DM
	2.	117,— DM
	3.	127,— DM
	4.	135,— DM
	5.	145,— DM
	6.	155,— DM
Metallurgie	1.	105,— DM
	2.	110,— DM
	3.	115,— DM
	4.	125,— DM
	5.	135,— DM
	6.	145,— DM
Gesundheitswesen	1.	75,— DM
	2.	87,— DM
	3.	100,— DM
	4.	112,— DM
	5.	125,— DM
Textil, Leder	1.	65,— DM
	2.	70,— DM
	3.	75,— DM
	4.	80,— DM
	5.	90,— DM
	6.	100,— DM

Lehrlinge, die vorbildlich arbeiten, erhalten von den Betrieben besondere Geldprämien.

Von großer Bedeutung für die jungen Arbeiter sind auch die sozialen Leistungen des Staates, die nicht auf dem Lohnstreifen stehen. Viele Jugendliche, die sich in der Berufsausbildung befinden, sind in Lehrlingsheimen untergebracht, in denen sie für Unterkunft und Verpflegung monatlich höchstens 43,50 DM bezahlen.

Wieviel Urlaub erhalten Lehrlinge?

Für die Lehrlinge in der DDR, gleich, ob sie in volkseigenen, Handwerks- oder Privatbetrieben arbeiten, ist der Urlaub gesetzlich festgelegt. Lehrlinge von 14 bis 16 Jahren erhalten 21 Tage Urlaub im Jahr, und im Alter von 16 bis 18 Jahren erhalten sie 18 Tage Urlaub. Als Urlaubstage zählen natürlich nur Werkstage.



Aus 28 m Höhe kann jeder Mutige einen Sprung vom Fallschirmsprungturm der GST in Frankfurt (Oder) wagen



Der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees, Avery Brundage (zweiter von links), als Gast des Nationalen Olympischen Komitees der Deutschen Demokratischen Republik. Hier im Gespräch mit NOK-Präsident Heinz Schöbel



Erster Stabwechsel bei der gesamtdeutschen 4x100-m-Weltrekordstaffel zwischen Erika Fisch und Christa Stubnick



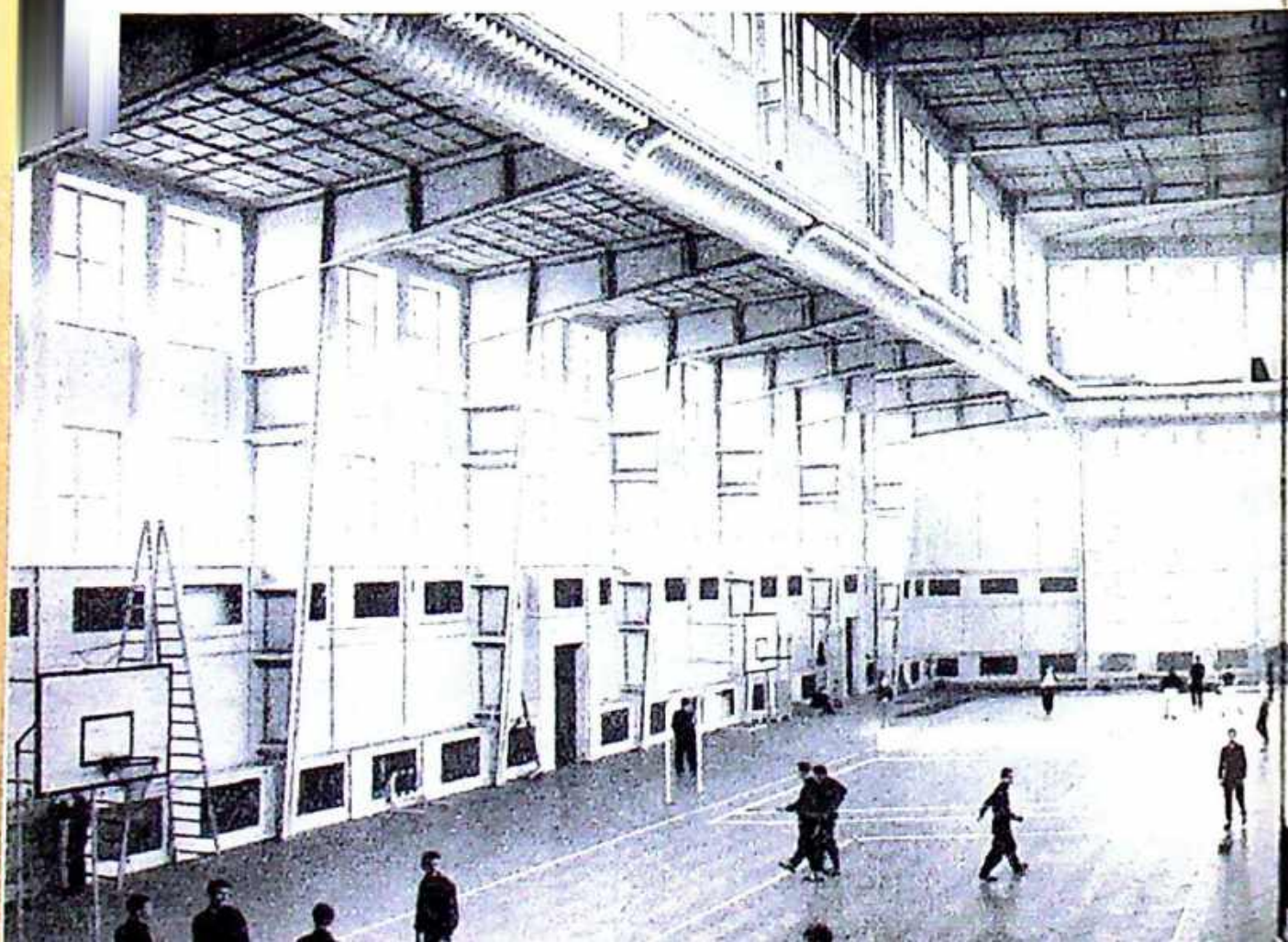
Über 2,6 Mill. DM stellte der Staat für den Bau der 9. Mittelschule in Berlin-Johannisthal zur Verfügung



Für die Jugendlichen des IX. Stadtbezirks Dresden war die Jugendweihe ein großes Erlebnis



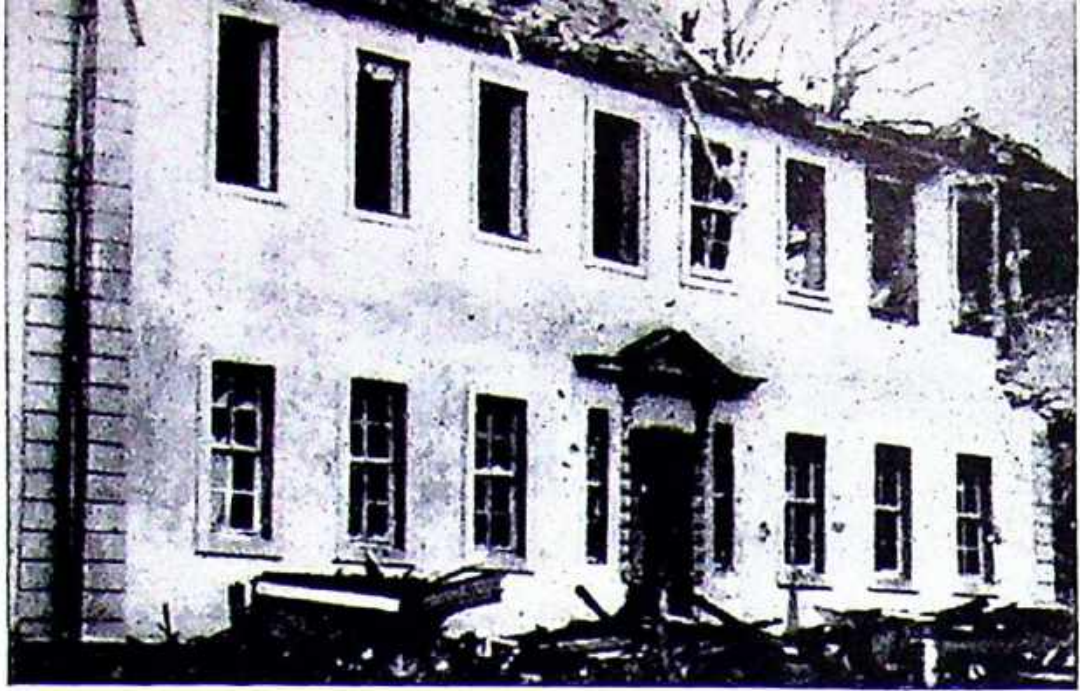
Im deutschen Sportzentrum: Das „Stadion der 100 000“





und die große Leichtathletikhalle der DHfK in Leipzig





Das Goethehaus in Weimar wurde durch anglo-amerikanische Bomben fast völlig zerstört

Blick in die renovierte nationale Gedenkstätte



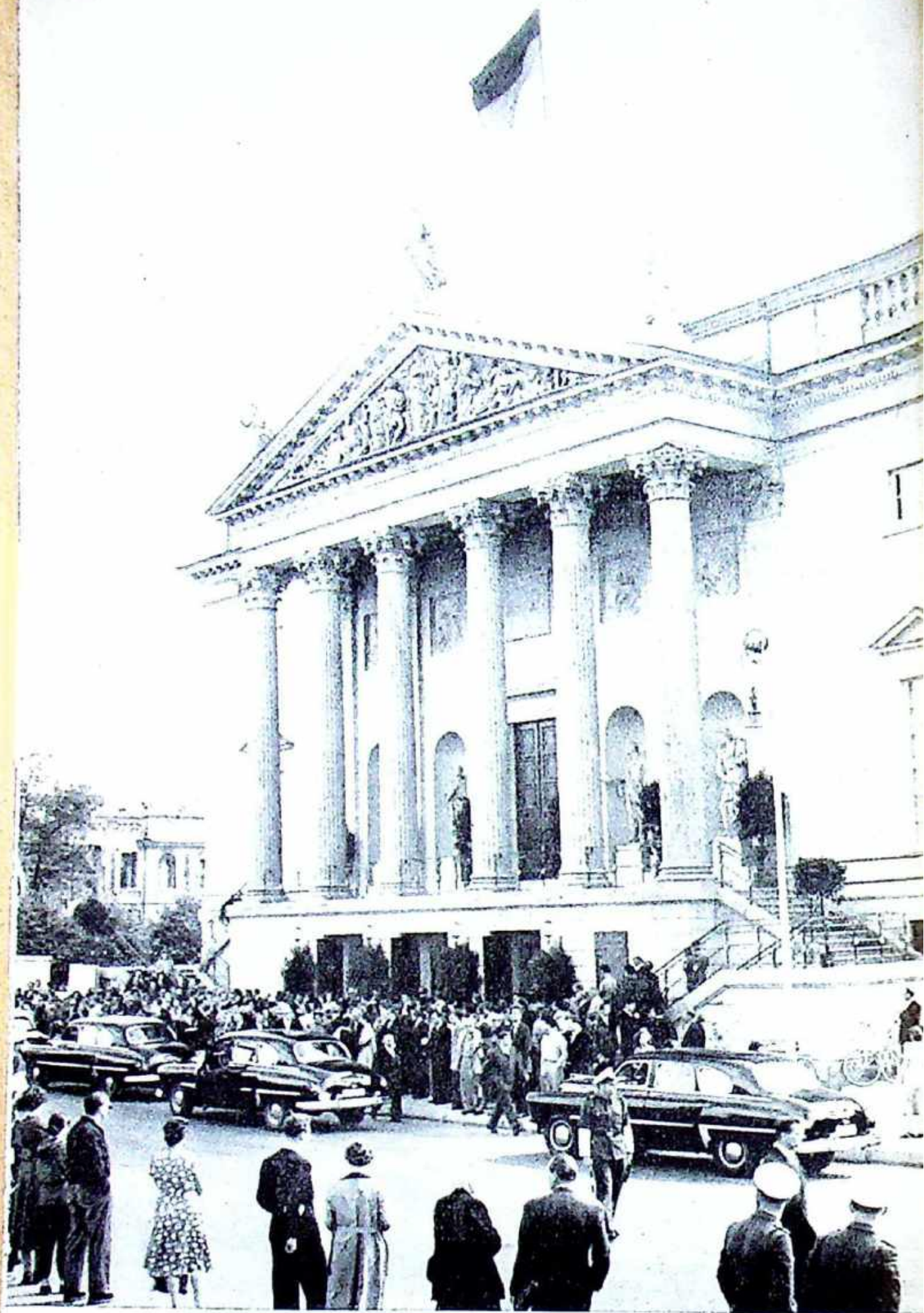


*Am 1. 9. 1958 wurde für
die Klassen 7 bis 12 der
wöchentliche Unterrichts-
tag in der sozialistischen
Produktion eingeführt*

Oben: Maispflege

*Unten: Einpassen eines
Kolbens in den Motor*





Die Deutsche Staatsoper in Berlin, Unter den Linden, wurde im Krieg zu 70 Prozent zerstört. Sie ist getreu dem Knobelsdorffschen Vorbild wiedererrichtet worden

Von vielen volkseigenen Betrieben und den Gewerkschaften werden jedes Jahr in den verschiedenen Gegenden der DDR Betriebsferienlager eingerichtet, in denen die Lehrlinge ihren Urlaub verbringen können. Die Betriebe und Gewerkschaften stellen dafür noch erhebliche Geldmittel zur Verfügung, damit die jungen Kollegen möglichst wenig für ihre Urlaubsreise zu zahlen brauchen.

Wie hoch ist der Verdienst eines Jugendlichen?

Die Forderung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit und Leistung“ ist in der DDR in die Tat umgesetzt, d. h., es gibt bei gleicher Leistung für junge wie für ältere Arbeiter den gleichen Lohn. Die jungen Arbeiter in Westdeutschland erhalten heute immer noch, auch wenn sie schon zwei oder drei Jahre ausgelernt haben, nicht ihren vollen Lohn, sondern nur 60 bis 90 Prozent des Verdienstes ihrer älteren Kollegen. Diese Ungerechtigkeit wurde in der DDR beseitigt.

Wie lange arbeiten Jugendliche?

In der Verordnung zum Schutze der Arbeitskraft wurde festgelegt, daß Jugendliche bis zum 16. Lebensjahr am Tage höchstens sieben Stunden beschäftigt werden dürfen, das ergibt 42 Stunden in der Woche. Jugendliche zwischen 16 und 18 Jahren arbeiten 7½ Stunden täglich oder 45 Stunden wöchentlich. Jeder Berufsschultag, an dem mindestens sechs Unterrichtsstunden erteilt werden, gilt als voller Arbeitstag.

Gibt es besondere Schutzbestimmungen für die Jugend?

Die Staatsorgane wachen besonders über die Gesundheit der Jugend. Deshalb wurden in der Verfassung und durch Verordnungen besondere Schutzmaßnahmen für die Jugend festgelegt.

Im Artikel 18 der Verfassung der DDR heißt es: „Die Jugend wird gegen Ausbeutung geschützt und vor sittlicher, körperlicher und geistiger Verwahrlosung bewahrt. Kinderarbeit ist verboten.“

In der Verordnung zum Schutze der Arbeitskraft vom 25. Oktober 1951 heißt es im § 18: „Die Beschäftigung Jugendlicher unter 16 Jahren ist in der Zeit von 20.00 bis 6.00 Uhr verboten.“ In § 26 wird gesagt: „Die Betriebsleiter oder Betriebsinhaber sind verpflichtet, alle Jugendlichen vor der Einstellung und während der Dauer der Beschäftigung in periodischen Abständen ärztlich untersuchen zu lassen. Ergibt die ärztliche Untersuchung der Jugendlichen, daß gesundheitliche Schäden zu befürchten sind, so ist er in demselben Betrieb mit einer anderen Arbeit zu beschäftigen oder in einem anderen Lehrberuf auszubilden.“

Schwere körperliche Arbeiten sind verboten, z. B. das Heben, Tragen oder Bewegen von Lasten mit der Hand, wenn die aufzuwendende Kraft in fortgesetzter Wiederholung 10 kg für einen Jugendlichen bis zu 16 Jahren und 15 kg für einen Jugendlichen bis zu 18 Jahren übersteigt.

Die Betriebsleitungen sind verpflichtet, diese Bestimmungen einzuhalten; die Kontrolle darüber wird von der Gewerkschaft ausgeübt.

Welche Entwicklungsmöglichkeiten hat die Landjugend?

Durch die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft, d. h. durch die Schaffung von MTS, VEG und die Gründung von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, wurden auch der Landjugend neue Entwicklungsmöglichkeiten gegeben. Neben der Bodenreform ist die demokratische Schulreform die größte Errungenschaft für die Landjugend. An Stelle der „Holzpantoffel-Gymnasien“, wie man im Dorfe die Ein- und Zweiklassenschulen nannte, wurden 1745 Zentralschulen auf dem Lande eingerichtet, in denen 400 000 Kinder lernen.

Entsprechend dem Artikel 38 der Verfassung besteht in der DDR – erstmalig in Deutschland – für alle Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr Berufsschulpflicht. 243 landwirtschaftliche Berufsschulen und 241 landwirtschaftliche Berufsschulaußenstellen gibt es neben landwirtschaftlichen Klassen an gewerblichen, kaufmännischen und allgemeinen Berufsschulen. Außer Lehrkräften für den allgemeinbildenden Unterricht und Körpererziehung arbeiten hier etwa 1400 Fachlehrer. Zur Zeit bestehen für die Land- und Forstwirtschaft sowie für den Gartenbau 23 Lehrberufe. Für alle landwirtschaftlichen Berufe wurden Berufsbilder und Lehrpläne ausgearbeitet. Der praktische Unterricht in der sozialistischen Landwirtschaft wird gegenwärtig von rund 2200 Lehrausbildern und Lehrmeistern erteilt.

Bei den VEG, MTS, LPG und staatlichen Forstwirtschaftsbetrieben wurden bisher rund 400 Lehrlingswohnheime eingerichtet, in denen zur Zeit 260 Heimleiter und 480 Heimerzieher tätig sind. Durch staatliche Mittel ist der Bau von weiteren Lehrlingswohnheimen gesichert. Allein für Verpflegung werden je Tag und Lehrling vom Staat 2,— DM als Zuschuß gezahlt.

Um die fachliche Ausbildung zu unterstützen, gibt es bis jetzt über 1500 Klubs Junger Neuerer der Landwirtschaft, die von landwirtschaftlichen Berufsschullehrern, Lehrausbildern und Agronomen angeleitet werden. Im Jahre 1956 stellten die Räte der Kreise den Klubs 565 000 DM zur Verfügung, etwa 75 Prozent der Klubs erhalten vom Institut der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften kleine wissenschaftliche Aufträge.

Über 70 Prozent aller Traktoristen der MTS sind Jugendliche. Ein Großteil der 3932 Ober- und Brigadeagronomen, 100 Grünlandagronomen, 465 Innenmechanisatoren, 2235 Zootechniker und 2404 Pflanzenschutzagronomen sind noch nicht 25 Jahre alt.

Während vor dem zweiten Weltkrieg an der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät der Berliner Humboldt-Universität nur 200 bis 300 Jugendliche studierten, sind es heute annähernd 3600. Zusätzlich wurden

neue Hochschuleinrichtungen für die Landwirtschaft geschaffen: die Hochschule für die LPG in Meißen, das Institut für Zootechnik, das Institut für Agronomie und das Institut für Agrarökonomie. Außerdem gibt es zahlreiche Fachschulen, die allen Befähigten offenstehen.

Heute sind mehrere junge Landarbeiter Nationalpreisträger, Tausende sind Verdiente Aktivisten und Zehntausende Aktivisten und Bestarbeiter. Junge Menschen sind Dorfbürgermeister und Abgeordnete der Volksvertretungen.

Freizeitgestaltung

Was macht die Jugend nach Feierabend?

Besonderen Reiz für die Jugend haben natürlich, wie überall, Film und Tanz. Aber auch die Theater sind ständig stark besucht. 1957 erlebten allein 13 Jugend- und Kinderstücke ihre Premiere. Durch Anrechtsverträge wird der Eintrittspreis für Theaterbesuche bis zu 50 Prozent ermäßigt. Groß ist außerdem die Zahl der Jugendlichen, die nach Feierabend Sport treiben.

Immer stärkere Anziehungskraft üben in den letzten Jahren die 53 Klubhäuser der FDJ und die über 700 Jugendheime aus. Im Berliner Klubhaus der FDJ nehmen zum Beispiel monatlich über 5000 Jungen und Mädchen ständig an den 74 verschiedenen Interessengemeinschaften teil. Das sind z. B. solche Interessengemeinschaften wie Gesellschaftstanz, Volkstanz, Ballett, dramatischer Zirkel, Akkordeon, Chor, Tanzorchester, Jazz, Kabarett, Fotografie, Chemie, Radio, Filmtechnik, Flugmodellbau, Eisenbahnmodellbau, Funkstudio, Sputnikzirkel, Kochen, Nähen, Fahr- schule, Philatelie, Schach, Tischtennis.

Außerdem gibt es zahlreiche Vorträge, Diskussionsabende und Rätselveranstaltungen, die sich mit Jugendproblemen, wissenschaftlichen Fragen und anderem befassen.

Viele junge Menschen bilden sich auch in ihrer Freizeit durch den Besuch der Volkshochschule und der Betriebsabendschulen weiter, besuchen Vorträge und andere Veranstaltungen.

Welche Vergünstigungen haben Wandergruppen?

In der DDR gibt es heute 417 Jugendherbergen und Wanderhütten mit insgesamt 21000 Plätzen, die 1956 rund drei Millionen Wanderer beherbergten. Schüler, Studenten und Lehrlinge zahlen 25 Pfennig, alle anderen Personen 50 Pfennig für eine Übernachtung. In Wanderhütten beträgt der Preis 10 bzw. 25 Pfennig. Demgegenüber wurde im Sommer 1958 in den westdeutschen Jugendherbergen der Preis für Übernachtungen auf 1,50 DM bzw. 1,— DM heraufgesetzt. Für die Förderung der Touristik und des Wanderns stellte die Regierung der DDR 1957 23,6 Millionen DM zur Verfügung. Außerdem zahlen volkseigene Betriebe und Organisationen vielfach Zuschüsse.

Wandergruppen erhalten bei Reisen bis zu 100 km 50 Prozent und über 100 km 75 Prozent Fahrpreismäßigung bei der Deutschen Reichsbahn. Der staatliche Handel hat ein Netz von Ausleihstationen für Wanderausrüstungen geschaffen, um der Jugend Zelte, Zeltplanen, Boote und andere Gegenstände gegen ein geringes Entgelt auszuleihen.

Für nur 30,— DM verbringen viele Jugendliche ihren Erholungsurlaub in den schönen Ferienlagern der DDR. Viele Betriebe haben eigene Ferienheime und Sportstätten, wo sich die Lehrlinge bei Spielen, Wanderungen und kulturellen Darbietungen erfreuen können.

Von Jahr zu Jahr wächst die Zahl der Jugendlichen, die als Touristen die volksdemokratischen Länder und die Sowjetunion besuchen. Im Jahre 1957 haben rund 10000 Jugendliche und Werktätige der DDR diese Länder besucht. Eine zehntägige Wanderfahrt nach Moskau kostet z. B. 315,— DM, während für 20 Tage Aufenthalt an der Schwarzmeerküste 525,— DM aufzubringen sind.

Hat die Jugend eigene Zeitungen und Zeitschriften?

Natürlich; die Jugend besitzt sogar erstmalig in Deutschland in der „Jungen Welt“ eine Tageszeitung. Außerdem gibt es zahlreiche Zeitschriften für alle Altersklassen und Interessen:

Studenten:	„Forum“, „Weltstudenten-Nachrichten“
Jugendbewegung:	„Junge Generation“
Pionierorganisation:	„Der Junge Pionier“
Schuljugend:	„Schulpost“, „ABC-Zeitung“, „Fröhlich sein und singen“
Klubarbeit:	„Neues Leben“
Landjugend:	„Landjugend“
Wissenschaft und Kunst:	„Jugend und Technik“, „Wissenschaft und Fortschritt“, „Junge Kunst“, „Wissen und Leben“.

Die Lage der ehemaligen Umsiedler

Sind die Umsiedler gleichberechtigte Bürger der DDR?

Entsprechend dem Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 wurden in das Gebiet der damaligen sowjetischen Besatzungszone 4,3 Millionen Menschen umgesiedelt. Sie machten 24,2 Prozent der Bevölkerung aus. Trotz der schweren Zerstörungen durch den Krieg und trotz der katastrophalen wirtschaftlichen Situation wurde von allen staatlichen Stellen von Anfang an erfolgreich versucht, den Umsiedlern völlig gleichberechtigte Existenzmöglichkeiten zu schaffen und ihnen eine neue Heimat zu geben. Deshalb gab es in der DDR zu keiner Zeit eine besondere Kategorie

„Flüchtlinge“. Niemand wurde oder wird danach gefragt, ob er Umsiedler oder Einheimischer ist. Alle haben als Bürger der DDR die gleichen Rechte und Pflichten.

Am 31. März 1949 waren z. B. in den öffentlichen Verwaltungen der damaligen sowjetischen Besatzungszone insgesamt 140 360 Umsiedler beschäftigt, davon in der Verwaltung 72 865, bei der Post 8 734, bei der Reichsbahn 35 350 und als Lehrer 23 411. In der Stadtverwaltung Leipzig und ihren Betrieben waren im Jahre 1953 1350 Umsiedler beschäftigt, davon 14 leitende Angestellte, 70 Sachgebietsleiter und Sachbearbeiter, 105 Kanzleiangestellte, 725 Arbeiter, 38 Ärzte, 318 Pflegepersonen, 21 Künstler, 4 Förster und 55 Baufachkräfte.

Wie ging die Eingliederung vor sich?

Von Anfang an konzentrierte sich die Unterstützung der Umsiedler auf die Wiedereingliederung in den Arbeitsprozeß, um ihnen ein gesichertes Auskommen zu geben. Hierbei wurde versucht, die örtlichen Gegebenheiten in der DDR und die beruflichen Belange der Umsiedler in Übereinstimmung zu bringen. Dadurch fanden sie zum großen Teil sofort wieder Arbeit in ihrem Beruf. So konnten z. B. die Handwerker mit Hilfe staatlicher Kredite ihre Betriebe wieder aufbauen und ihre Gewerbetätigkeit fortführen. Die Schmuckwarenarbeiter aus der Tschechoslowakei eröffneten ihre neuen Produktionsstätten in den Gebieten Quedlinburg und Gotha. Ein im Kriege geräumtes Dorf bei Jüterbog, das von der Hitler-Wehrmacht als Zielort für die Artillerie benutzt worden war, wurde von einer Gruppe Umsiedler bezogen, die Bijouteriewaren herstellten. Bald entwickelte sich dort eine umfangreiche Produktion von Schmuckwaren.

Wie wurden die Umsiedler bei der Bodenreform berücksichtigt?

90 551 Umsiedlerfamilien erhielten durch die Bodenreform 762 323 ha Land. Außerdem erhielten sie unmittelbar 19 180 Wohngebäude, 21 862 Stallungen und 9 141 Scheunen sowie landwirtschaftliche Geräte und Maschinen.

In der Landwirtschaft wurden den Umsiedlern an Vieh 62 000 Pferde, 210 000 Stück Rindvieh, 200 000 Schweine und 51 000 Schafe übergeben. Außerdem erhielten die bäuerlichen Umsiedler Kredite bis zur Höhe von 5000 DM für den Aufbau von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden. Mit Hilfe dieser Kredite, deren Rückzahlung später zu großen Teilen von der Regierung der DDR erlassen wurde, wurden insgesamt 200 000 Neubauten errichtet und viele Scheunen und Stallungen fertiggestellt.

Durch diese Unterstützung und vor allem durch die Bodenreform konnten die umgesiedelten Bauern und Landarbeiter zu ihrer Zufriedenheit eingegliedert werden.

Welche Gesetze wurden zur Verbesserung der Lage der Umsiedler erlassen?

Am 8. September 1950 wurde von der Regierung der DDR das Gesetz „Über die weitere Verbesserung der Lage der ehemaligen Umsiedler in der Deutschen Demokratischen Republik“ erlassen. Nach diesem Gesetz wurden die damaligen Landesregierungen und Gemeindeorgane beauftragt, die wirtschaftliche Eingliederung der Neubauern-Umsiedler abzuschließen und den Bau von Wohnhäusern und Wirtschaftsgebäuden für Umsiedler bis spätestens 1952 zu beenden. Außerdem erhielten bedürftige Neubauern zusätzlich einen zinslosen Kredit bis zur Höhe von 5000,— DM. Für diesen Zweck wurden 25 Millionen Mark zur Verfügung gestellt.

Ferner erhielten die bedürftigsten Umsiedler insgesamt 10 000 Milchkühe. Auch dafür stellte die Regierung besondere Kredite zur Verfügung, die innerhalb von drei Jahren in Raten zurückgezahlt werden konnten. Weiter wurde angeordnet, das Ablieferungssoll für Umsiedlerbauern, die wirtschaftlich noch nicht genügend gefestigt waren, und für Witwen und Invaliden bis auf die Hälfte herabzusetzen.

Die Maschinen-Ausleih-Stationen unterstützten die Umsiedlerbauern vorrangig mit Traktoren und Maschinen.

Bei der Zuteilung von Wohnraum an Arbeiter und Angestellte von volkseigenen Betrieben, Maschinen-Traktoren-Stationen und volkseigenen Gütern wurden die Umsiedler an erster Stelle berücksichtigt und das Wohnungsbauprogramm für Betriebe, in denen viele Umsiedler arbeiteten, sofort erweitert.

Gleichzeitig sah das Gesetz zinslose Kredite bis zur Höhe von 1000,— DM für jeden Haushalt zur Beschaffung von Möbeln und Gegenständen des Hausbedarfs vor. Handwerker erhielten zur Erweiterung ihrer Gewerbebetriebe Kredite bis zu 5000,— DM für die Dauer von zehn Jahren zu Vorzugsbedingungen.

Die Kinder von Umsiedlern, die durch die Kriegs- und Nachkriegsereignisse in ihrer Schulbildung zurückgeblieben waren, konnten zur Beendigung ihrer Schulausbildung besonders eingerichtete Klassen besuchen. Um dies den Eltern, deren Kinder das schulpflichtige Alter überschritten hatten und die Schule weiterhin besuchten, auch wirtschaftlich zu ermöglichen, wurde eine Erziehungsbeihilfe von 25,— DM monatlich gezahlt.

Dieses Gesetz trug viel dazu bei, die noch bestehenden materiellen Unterschiede zwischen den Umsiedlern und der alteingesessenen Bevölkerung zu beseitigen, und es diente damit erfolgreich der Eingliederung der Umsiedler als völlig gleichberechtigte Bürger.

Gibt es in der DDR noch Umsiedlerlager?

In der DDR wurde von Anfang an der vorhandene und neugebaute Wohnraum gleichmäßig auf die alteingesessene und die neuangesiedelte

Bevölkerung verteilt. Selbstverständlich gehörte die Wohnraumversorgung mit zu den schwersten Aufgaben und nahm lange Jahre in Anspruch. Trotzdem konnte die Regierung bereits 1950 die Barackenlager und Massenunterkünfte restlos auflösen.

Die Unterstützung der in die DDR übersiedelnden Personen

Wie kann man in die DDR übersiedeln?

Monatlich siedeln Tausende Westdeutsche in die DDR über. Angehörige fast aller Bevölkerungsschichten sind darunter. Sie werden gut aufgenommen und beraten, ihnen wird uneigennützig geholfen.

Der Ministerrat der DDR hat am 4. März 1954 erklärt, daß westdeutsche und Westberliner Männer und Jugendliche, die sich der Einberufung in die westdeutsche Armee entziehen wollen, in der DDR als gleichberechtigte Bürger Aufnahme finden. Auch können selbstverständlich solche Menschen in die DDR kommen, die wegen ihrer sozialistischen Überzeugung oder wegen ihres aktiven Eintretens für den Frieden in der Bundesrepublik Repressalien ausgesetzt werden.

Besteht die Absicht, überzusiedeln, meldet sich der westdeutsche Übersiedler an den Grenzkontrollpunkten oder bei der Aufnahmestelle im demokratischen Sektor, Berlin C 2, Neue Königstraße 65. Zuziehende Bürger werden vorübergehend in Aufnahmelagern zusammengefaßt. Dort erhalten sie Unterkunft und Verpflegung. Der Aufenthalt in einem solchen Lager dauert nur einige Tage, bis alle Formalitäten erledigt sind. Sie sind in keiner Weise eine Parallele zu den berüchtigten westdeutschen „Flüchtlingslagern“.

In kürzester Zeit wird dem Übersiedler eine ihm zusagende und seiner Ausbildung entsprechende Arbeit vermittelt. Auch die Zuweisung von Wohnraum ist gewährleistet.

Am 28. April 1958 wurde eine „Anordnung über die finanzielle Hilfe für Personen, die ihren Wohnsitz aus der Deutschen Bundesrepublik oder aus Westberlin in das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik verlegen“ erlassen. Die Anordnung sieht vor, daß Übersiedlern, die ihren Wohnsitz erstmalig aus der Bundesrepublik oder Westberlin in die DDR verlegen, ein Überbrückungsgeld gewährt werden kann. Es werden 50 DM für den Antragsteller, 40 DM für den Ehegatten und jeden sonstigen volljährigen unterhaltsberechtigten Angehörigen im gleichen Haushalt, 25 DM für jedes Kind oder für jeden Jugendlichen unter 18 Jahren gezahlt. Außerdem können den Zuziehenden die belegmäßig nachgewiesenen Kosten der Unterkunft bis zur Dauer von zwei Wochen, die Fahrtkosten, die zur Beschaffung des ersten Arbeitsplatzes und der ersten Wohnung notwendig sind, und die Umzugskosten erstattet werden. Die Leistungen brauchen im allgemeinen nicht zurückgezahlt zu werden.

In Ausnahmefällen können diese Leistungen auch an Rückkehrer gezahlt werden. Sie sind von diesen grundsätzlich zurückzuerstatten.

Um Bürgern, die in das Gebiet der DDR übersiedeln, die Gründung eines eigenen Hausstandes schneller zu ermöglichen, wurde am 24. Februar 1958 eine Anordnung über Kreditgewährung erlassen. Diese Kredithilfe wird demjenigen Bürger gewährt, der erstmalig in die DDR übergesiedelt ist und in einem festen Arbeitsverhältnis steht. Einzelpersonen kann ein Darlehen bis zur Höhe von 1000,— DM gewährt werden. Familien können ein Darlehen bis zur Höhe von 3000,— DM erhalten, wenn mehrere unterhaltspflichtige Kinder zur Familie gehören. Dies ist in monatlichen Teilbeträgen spätestens in vier, bei Familien mit mehreren Kindern in fünf Jahren zurückzuzahlen.

Warum gibt es Republikflucht?

Die Gründe, die die Menschen dazu bewegen, die DDR zu verlassen, sind sehr unterschiedlich.

Aus politischen Gründen verließen Menschen die DDR hauptsächlich in den ersten Jahren nach 1945. Das waren vor allem solche, die mit den veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen, mit der Leitung des Staates durch die Arbeiter und Bauern, mit dem Aufbau des Sozialismus in der DDR nicht einverstanden sind: Großindustrielle, Junker, Spekulanten und sonstige Geldschneider, die in der DDR die arbeitenden Menschen nicht mehr schrankenlos ausbeuten können, ehemalige Nazi-Beamte, faschistische Offiziere und sonstige Nutznießer des Hitler-Systems, die in Westdeutschland hohe Pensionen erhalten.

Ein großer Teil der Republikflüchtigen ließ sich von der Konjunktur und dem mit viel Propagandaaufwand gepriesenen „Wirtschaftswunder“ blenden. Sie nahmen den äußeren Glanz, die Schaufenster für das Typische, ohne hinter die Fassaden zu sehen und ohne zu bedenken, daß das kapitalistische System in der Bundesrepublik diese Konjunktur nicht auf die Dauer sichern kann, wie dies die Anzeichen eines Rückganges der Wirtschaft in Westdeutschland bereits jetzt beweisen.

Neben diesen Menschen gehen andere aus Abenteuerlust in den „goldenen Westen“. Oft sind es gestörte Familienverhältnisse, die Bewohner der DDR dazu bewegen, ihre Heimatorte zu verlassen. Dazu kommt auch ein nicht geringer Prozentsatz asozialer Elemente. Aber es gibt auch noch einige, die wegen nichtiger bürokratischer Schwierigkeiten im Betrieb oder im Ort alles im Stich lassen und republikflüchtig werden.

Ein anderer Teil der Menschen, die die DDR verlassen, tun diesen Schritt in das kapitalistische Deutschland jedoch nicht aus eigenem Entschluß, sondern sie werden systematisch abgeworben. Ähnlich wie die Agenten der französischen Fremdenlegion in Westdeutschland junge Menschen mit verbrecherischen Mitteln zu Kolonialsöldnern machen, treiben in der DDR oder von der Bundesrepublik aus Agenten der westdeutschen

Konzerne und der Bundeswehr ihr Unwesen. So werden beispielsweise von den in Westdeutschland neu errichteten großen Werken wie Zeiss, AEG, Olympia-Schreibmaschinen usw. die Facharbeiter der Stammwerke, die in der DDR als Rüstungs- und Kriegsverbrecherbetriebe 1946 rechtmäßig in die Hände des Volkes übergeführt wurden, systematisch mit Versprechungen in die Bundesrepublik gelockt. Andere haben es auf die gut ausgebildeten jungen Ingenieure, Techniker und Wissenschaftler der DDR abgesehen. Die Bundeswehr schließlich sucht Jugendliche, die als „Freiwillige“ für die Eroberungsgelüste der deutschen Imperialisten in Richtung Osten in Marsch gesetzt werden können.

Für die Bonner Herren ist die „Republikflucht“ ein gutes Geschäft. Sie setzen die „Flüchtlinge“ als Lohndrücker ein, sparen die Kosten für die Ausbildung von Facharbeitern und Ingenieuren; sie schwächen damit die DDR und schlagen zudem noch politisches Kapital daraus.

Welche Motive auch immer ausschlaggebend sein mögen, die Republikflucht ist ein Verrat am Arbeiter-und-Bauern-Staat, an den werktätigen Menschen der DDR. Sie entzieht der volkseigenen Wirtschaft Arbeitskräfte und nutzt denen, die nach wie vor die Arbeiter ausbeuten, die nach wie vor aufrüsten und auf einen Krieg hinarbeiten.

Was tut die DDR gegen die Republikflucht?

Es ist selbstverständlich, daß die DDR die zum Teil im großen betriebene Abwerbung von Fachkräften und Jugendlichen nicht tatenlos mit ansehen kann. Durch Aussprachen in Betrieben, Verwaltungen und Wohngebieten, durch Presse und Rundfunk werden die Bewohner der DDR auf das schädliche und gefährliche Verhalten der Republikflüchtigen hingewiesen. Dabei stellen sich viele Bürger zur Verfügung, die die Republik schon einmal verlassen hatten und wieder zurückkehrten, weil ihnen während des monatelangen Wartens in den Flüchtlingslagern oder infolge der Arbeitshetze in den westdeutschen Fabriken die Augen aufgingen.

Mit dem Strafrechtsänderungsgesetz vom 11. Dezember 1957 stellte die Volkskammer insbesondere die Abwerbung unter Strafandrohung. Der § 21 des genannten Gesetzes lautet: „Wer es unternimmt, eine Person

1. im Auftrage von Agentenorganisationen, Spionageagenturen oder ähnlichen Dienststellen oder von Wirtschaftsunternehmen oder
 2. zum Zwecke des Dienstes in Söldnerformationen
- zum Verlassen der Deutschen Demokratischen Republik zu verleiten, wird mit Zuchthaus bestraft; auf Vermögenseinziehung kann erkannt werden.“

Außerdem kann nach der Ergänzung des Paßgesetzes vom 11. Dezember 1957 mit Gefängnis bestraft werden, wer ohne die erforderliche Genehmigung die DDR verläßt. Eine solche Genehmigung ist in fast allen Ländern nötig, wenn man das Staatsgebiet dauernd verlassen will. Sie verstößt nicht gegen die durch die Verfassung garantierte Freizügigkeit. Auch die

Strafandrohung hält sich im Rahmen des international gültigen Rechts. So sieht das westdeutsche Paßgesetz ebenfalls Gefängnisstrafen für das unberechtigte Verlassen der Bundesrepublik vor.

Die Bekämpfung der Republikflucht ist nicht nur ein Problem der DDR, sondern sie liegt ebenso im Interesse der westdeutschen arbeitenden Bevölkerung. Viele „Flüchtlinge“ nehmen den westdeutschen Werk-tätigen Wohnungen und Arbeitsplätze weg, drücken die Löhne, hetzen gegen die DDR und betätigen sich so als Stützen des arbeiterfeindlichen Adenauer-Regimes.

Können Bürger, die die DDR verlassen haben, wieder zurückkehren?

Ja. Bürger, die in den vergangenen Jahren die Republik verlassen haben, können wieder zurückkehren. Die Regierung hat sogar mehrere Male dazu aufgefordert, weil ihr bekannt ist, daß viele dieser irreführten Menschen heute in äußerst schlechten Verhältnissen in Westdeutschland leben und ihren unüberlegten Schritt längst bereut haben. Kein Verständnis finden jedoch die Hin- und Herpendler, die zum Teil als Saisonarbeiter die Republik verlassen, wenn der Verdienst in Westdeutschland hoch ist, und nach ihrer Entlassung wieder die Hilfe und Unterstützung unseres Staates in Anspruch nehmen.

Die Lage der Rentner

Nach welchen Grundsätzen wird die Rente festgesetzt?

Die Renten werden nach dem Arbeitseinkommen und der Zahl der Arbeitsjahre berechnet. Jede Rente setzt sich aus dem Grundbetrag und einem Steigerungsbetrag zusammen. Der Grundbetrag beträgt 40,— DM im Monat. Er verhindert, daß die Renten zu Zwergrenten absinken, wie das oft in den kapitalistischen Ländern der Fall ist. Der Steigerungsbetrag wird für jedes Arbeitsjahr in Höhe von einem Prozent des durchschnittlichen Jahresverdienstes dem Grundbetrag zugeschlagen.

Seit 1949 wurden die Renten fünfmal erhöht. Regierung und Volkskammer gingen dabei von dem Solidaritätsprinzip aus, bis zur Schaffung eines einheitlichen sozialistischen Pensionsrechts die niedrigen Renten an die höheren Renten anzugleichen. Dazu dienten die gleichmäßige Anhebung aller Renten und die zweimaligen Sondererhöhungen der Mindestrente.

Wie hoch sind die Mindestrenten?

Die Rentenversicherung der Arbeiter im kapitalistischen Deutschland kannte keine Mindestrenten. Wer durch die kapitalistische Gesellschaft sein Leben lang auf schmalen Verdienst gesetzt war, erhielt auch im Rentenalter nur Hungerrenten. In Westdeutschland bekommen rund 1 ½ Millionen Menschen Renten, die unter 100,— DM liegen. Anderer-

seits erhalten Hitlergenerale, SS-Führer, Blutrichter und andere Nazi-verbrecher Pensionen und Ruhegehälter, die bis zu 2000,— DM und darüber im Monat betragen.

Nach der amtlichen Statistik betragen z. B. die Durchschnittsrenten der Alters- und Invalidenversicherungen

	1930	1938
für Alters- und Invalidenrentner	37,40 RM	31,— RM
für Witwen	22,48 RM	19,— RM
für Waisen	19,49 RM	10,50 RM

1957 betragen die Mindestrenten in der DDR

für Alters- und Invalidenrentner	105,— DM
(wenn ein nichtversicherter Ehegatte vorhanden)	125,— DM
für Witwen	95,— DM
für Vollwaisen	60,— DM
für Halbwaisen	40,— DM

Seit der Abschaffung der Lebensmittelkarten ab 1. Juni 1958 erhalten auch die Rentner im Durchschnitt einen Zuschlag von 9,— DM, in der Ortsklasse S (Sonderklasse) 12,— DM.

Hat der Rentner eine Entwertung seiner Rente zu befürchten?

Die Deutsche Mark der Deutschen Notenbank ist eine stabile Währung. Der Arbeiter-und-Bauern-Staat läßt keine Erhöhung der Preise zu. Im Gegenteil: Die Preise für Lebensmittel und Gebrauchsgüter wurden seit 1948 bereits 19mal gesenkt. Rentenerhöhungen werden nicht wie in Westdeutschland durch Preissteigerungen aufgehoben. Die Lebenslage der Rentner ist gesichert und verbessert sich ständig.

Welche Vergünstigungen gelten für Altersrentner?

Bei Eintritt des Rentenalters (65 Jahre für Männer, 60 Jahre für Frauen) behält der Altersrentner das Recht auf Arbeit und einen angemessenen Arbeitsplatz. Staat und Wirtschaft verzichten nicht auf seine Erfahrungen und seine Liebe zur Arbeit. Die Rente wird ohne Schmälerung auch bei vollem Arbeitsverdienst gezahlt. Der Rentner erhält wie jeder andere Versicherte die vollen Leistungen der Sozialversicherung. Arbeitet er nach Überschreitung der Altersgrenze weiter, zahlt er keine Sozialversicherungsbeiträge, bezieht aber im Falle von Arbeitsunfähigkeit durch nicht altersbedingte Krankheit neben der Rente Krankengeld und Lohnausgleich wie alle Versicherten. Bei altersbedingter Krankheit entfällt das Krankengeld.

Gibt es eine soziale Fürsorge?

Der Arbeiter-und-Bauern-Staat betrachtet es als seine Pflicht, hilfsbedürftigen alten und arbeitsunfähigen Menschen zu helfen und sie zu unterstützen. Die staatsbürgerlichen Rechte des Unterstützten unter-

liegen keinerlei Beschränkungen. Als hilfsbedürftig gelten Bürger, die keine Zuwendungen von unterhaltspflichtigen Angehörigen erhalten, keine Einkünfte aus Versicherungen oder kein eigenes Vermögen haben und durch Invalidität oder besondere Umstände dauernd oder zeitweilig arbeitsunfähig oder an der Ausübung einer Arbeit verhindert sind.

Die Höchstsätze für laufende Sozialfürsorgeunterstützung an Bürger mit mehreren nicht erwerbsfähigen Familienangehörigen betragen monatlich:

für Ortsklasse S (Sonderklasse).....	168,— DM
für Ortsklasse A und B	159,— DM

Die Ortsklassen C und D wurden durch Anordnung der Regierung am 15. November 1956 entsprechend den Vorschlägen des FDGB aufgehoben. Die Fürsorgesätze der Ortsklassen A und B traten an ihre Stelle.

Die Barunterstützung der Hauptunterstützungsempfänger erhöhte sich durch Gesetz vom 6. November 1956 um	30,— DM
für Angehörige unter 15 Jahren	5,— DM

Sonderleistungen sind Mietbeihilfen, Pflegegeld, Sonderpflegegeld, Zuschläge für zusätzliche Lebensmittel, Taschengeld bei Krankenhausaufenthalt, einmalige Beihilfen und schließlich Bestattungskosten.

Sozialfürsorgeunterstützungsempfänger sind bei der Sozialversicherung auf ärztliche Hilfe jeder Art und alle Sachleistungen versichert. Sie erhalten diese wie alle Versicherten kostenlos und im notwendigen Umfang.

Hilfsbedürftige alte oder gebrechliche Bürger können auf ihren Wunsch ihren Wohnsitz in Feierabendheimen oder in Pflegeheimen für ihren Lebensabend nehmen. Rentner, die in einem solchen Heim wohnen, erhalten außer Unterkunft, Verpflegung, Betreuung usw. noch mindestens 38,— DM Taschengeld im Monat. Sozialfürsorgeunterstützte haben Anspruch auf 38,— DM Taschengeld im Monat.

Die Kulturpolitik der Deutschen Demokratischen Republik

Volksbildung

Der Aufbau eines neuen, friedliebenden, demokratischen Deutschlands nach 1945 erforderte auch eine grundlegende Demokratisierung der deutschen Schule. Alle nazistischen und militaristischen Auffassungen und ihre Träger wurden aus der Schule entfernt, Völkerverhetzung und Rassenhaß aus den Schulstuben verbannt. Erstmals in der deutschen Geschichte wurden allen Kindern ohne Unterschied des Besitzes, des Glaubens oder der Abstammung die Tore zur Bildung weit aufgestoßen und damit die Bildungsvorrechte der bis dahin privilegierten Schichten für immer beseitigt. Das Bildungsniveau der Landschule hat sich dem der Stadtschulen weitgehend angeglichen.

Die Erziehung selbständig denkender und verantwortungsbewußt handelnder Menschen trat an die Stelle der Abrichtung blinder Untertanen und willenloser Werkzeuge in den Händen eines reaktionären Staates. Diese Forderungen bildeten die Grundlage des „Gesetzes zur Demokratisierung der deutschen Schule“, das im Jahre 1946 in Kraft trat. Entsprechende Artikel wurden auch in die Verfassung der DDR aufgenommen.

Die antifaschistisch-demokratische Schule war die erste wichtigste Etappe in der Entwicklung des Schulwesens. Der fortschreitende Aufbau des Sozialismus stellt jedoch neue und höhere Anforderungen an die allgemeinbildenden Schulen. Der Übergang zur sozialistischen Schule ist deshalb zur unumgänglichen Notwendigkeit geworden. Die Schüler von heute müssen so ausgebildet und erzogen werden, daß sie den vielfältigen Anforderungen des Lebens von morgen in der sozialistischen Gesellschaft gerecht werden.

Worin besteht das Wesen der sozialistischen Schule?

Die sozialistische Schule fördert die allseitige Entwicklung der Persönlichkeit. Sie erzieht zu Solidarität, kollektivem Handeln, kämpferischer Aktivität und zur Liebe zur Arbeit. Sie vermittelt eine hohe theoretische, polytechnische und musische Allgemeinbildung und fördert die Entfaltung aller geistigen und körperlichen Fähigkeiten der Kinder. Damit wird das sozialistische Bewußtsein der Jugend zum Wohle des Volkes und der Nation entwickelt.

Grundlage der sozialistischen Erziehung sind die Kenntnisse der objektiven allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung in Natur, Gesellschaft und im Denken. Sie können nur mit Hilfe der einzig wissenschaft-

lichen Weltanschauung, des dialektischen Materialismus, gewonnen werden.

Das qualitativ Neue der sozialistischen Schule besteht darin, daß die Kinder eine Ausbildung erhalten, die auf einem hohen wissenschaftlichen Niveau steht, gleichzeitig aber eng mit der sozialistischen Produktion und dem Leben verbunden ist. Diese Verbindung zwischen Theorie und Praxis, zwischen Unterricht und sozialistischer Produktion überwindet erstmalig die Kluft, die in der bürgerlichen Gesellschaft zwischen Schule und Leben besteht. Das entscheidende Mittel dazu ist die Einführung der polytechnischen Bildung. Sie läßt den jungen Menschen die Anwendung theoretischer Einsichten in der sozialistischen Industrie und Landwirtschaft unmittelbar erleben und selbst in der Praxis mit Hand anlegen.

Das gemeinsame Schaffen mit den Arbeitern und den Bauern erzieht die jungen Menschen zur Achtung vor der Arbeit und zur Verbundenheit mit den Werktätigen des eigenen Landes und der ganzen Welt. Damit wird zugleich die Bereitschaft geweckt, dafür zu kämpfen, daß alle kulturellen und technischen Errungenschaften – besonders aber die Atomenergie – nur für das Glück und den Wohlstand der Menschheit genutzt werden. Die sozialistische Erziehung ist somit ein zutiefst humanistisches Anliegen.

Wie ist das Schulwesen aufgebaut?

Das Bildungswesen der DDR hat einen einheitlichen Aufbau vom Kindergarten bis zur Hochschule. Es gibt kein Vorrecht für Besizende; alle Kinder besuchen die gleichen Schularten. Deshalb ist die Einrichtung von Privatschulen und die Ersetzung des staatlichen Unterrichts durch Privatunterricht nicht gestattet. Eine Aufsplitterung in Bekenntnis- und Gemeinschaftsschulen, wie sie in der Bundesrepublik vorhanden ist, besteht nicht.

Für dreijährige bis sechsjährige Kinder sind Kindergärten eingerichtet, deren Besuch freiwillig ist.

Auf den Kindergarten baut die obligatorische achtjährige Grundschule auf.

Alle Jugendlichen, die nach dem Besuch der Grundschule in das Berufsleben eintreten, sind zum dreijährigen Besuch der Berufsschule verpflichtet.

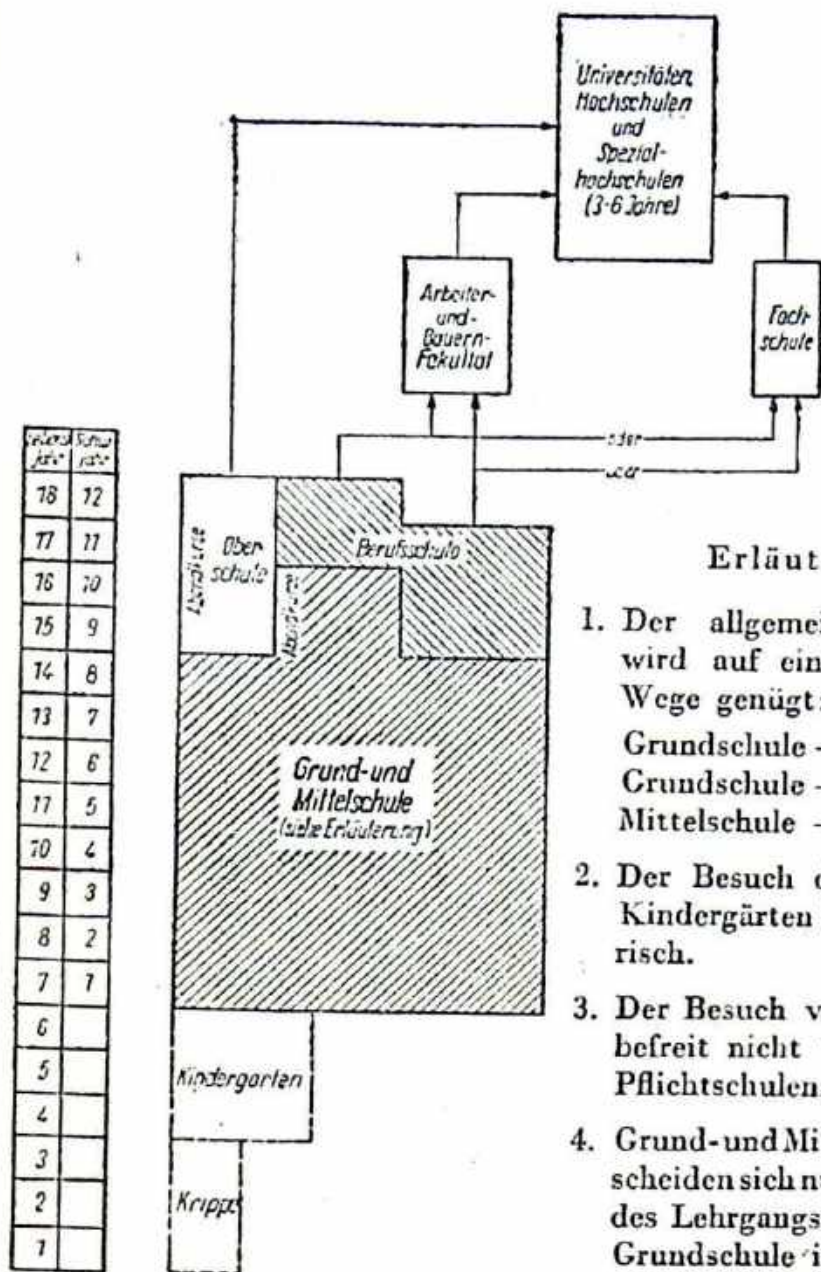
An die achtjährige Grundschule schließt sich weiterhin die vierjährige Oberschule an.

Im Jahre 1955 wurde mit der Einführung der zehnjährigen polytechnischen Mittelschule begonnen. Sie wird zunächst von einem Teil der Kinder besucht. Ab 1965 ist sie obligatorisch für alle Schüler.

Die Einheitlichkeit des Schulwesens kommt jedoch nicht nur im Schulaufbau zum Ausdruck; sie wird vor allem dadurch garantiert, daß von der ersten Klasse bis zur Beendigung der Hochschule die Achtung vor der Arbeit, die Liebe zur Wissenschaft und die Verbundenheit mit der sozialistischen Gemeinschaft entwickelt werden.

Der Aufbau des Bildungs- und Erziehungswesens in der DDR

Stand vom 1. 9. 1957



Erläuterungen

1. Der allgemeinen Schulpflicht wird auf einem der folgenden Wege genügt:
 Grundschule + Berufsschule
 Grundschule + Oberschule
 Mittelschule + Berufsschule
2. Der Besuch der Krippen und Kindergärten ist nicht obligatorisch.
3. Der Besuch von Abendkursen befreit nicht vom Besuch der Pflichtschulen.
4. Grund- und Mittelschulen unterscheiden sich nur durch die Dauer des Lehrgangs. Die achtjährige Grundschule ist zugleich integrierender Teil der Mittelschule.
5. Allgemeinbildende Abendkurse, die bis zum Abitur oder zur mittleren Reife führen, werden in den Volkshochschulen für interessierte Werktätige (ohne Altersbegrenzung) durchgeführt.
6. Die auf gleicher Höhe eingezeichneten Schularten stellen die Auswahlmöglichkeiten für die Schüler dar.
7. Die Arbeiter- und Bauern-Fakultät als Weg zur Hochschule wird auf Seite 186 näher erläutert.
8. Besondere Schulformen und Bildungswege, die nur für eine geringe Zahl von Schülern in Betracht kommen, sind aus Gründen der besseren Übersicht nicht in die Darstellung aufgenommen worden.

Was ist polytechnische Bildung und Erziehung?

Die Entwicklung eines sozialistischen Bewußtseins, die Vorbereitung auf das praktische Leben in der sozialistischen Gesellschaft und die Betrachtung der Arbeit als ein unmittelbares Lebensbedürfnis erfordern die Einheit von Theorie und Praxis in allen Unterrichtsfächern. Sie kann nur durch den polytechnischen Unterricht und die enge Verbindung mit der sozialistischen Produktion erreicht werden. Indem die Schüler durch eigene produktive Tätigkeit die Arbeit als grundlegende Existenzbedingung der Gesellschaft und Quelle allen Reichtums erkennen, werden sie humanistisch gebildet und erzogen.

Zur polytechnischen Bildung gehören:

1. die Verbundenheit der Schüler mit der Arbeiterklasse, die Verbindung des Unterrichts mit der produktiven Arbeit;
2. die Kenntnisse über den allgemeinen Ablauf und die Organisation des Produktionsprozesses;
3. ein polytechnischer Gesichtskreis, der einen allgemeinen Überblick über die Hauptproduktionszweige, ihren Zusammenhang und über die Standortverteilung der Produktion schafft;
4. die Aneignung elementarer Fertigkeiten im Umgang mit einfachen Werkzeugen und den gebräuchlichsten Meßinstrumenten.

Zur Verwirklichung der polytechnischen Bildung wurde am 1. September 1958 in den Klassen 7 bis 12 ein wöchentlicher Unterrichtstag in der sozialistischen Produktion eingeführt. Zum gleichen Zeitpunkt wurden in den Stundenplan der Klassen 8 und 9 das Fach „Technisches Zeichnen“ und der Klassen 9 bis 12 das Fach „Einführung in die Grundlagen der sozialistischen Produktion in Industrie und Landwirtschaft“ neu aufgenommen.

Weiterhin absolvieren die Schüler der Klassen 7 bis 12 einmal jährlich ein 14tägiges Betriebspraktikum in der sozialistischen Industrie oder Landwirtschaft.

In den Klassen 1 bis 6 vermittelt der Werkunterricht, der ebenfalls produktionsbezogen ist und mit gesellschaftlich nützlicher Arbeit verbunden wird, den Schülern grundlegende praktische Fähigkeiten und Fertigkeiten im Umgang mit den gebräuchlichsten Meßinstrumenten, Werkzeugen und Maschinen. Er ist die einfachste Form, die niedrigste Stufe der polytechnischen Bildung.

An der Verwirklichung der polytechnischen Bildung sind alle Unterrichtsfächer beteiligt. Jedoch fallen dem mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterricht besondere Aufgaben zu. Neben der Herausbildung der dialektisch-materialistischen Weltanschauung schafft er die Voraussetzungen für das Verständnis der sozialistischen Produktion.

Welche Aufgabe hat die zehnjährige Mittelschule?

Der Übergang zur sozialistischen Schule, insbesondere die Einführung des polytechnischen Unterrichts, erfordert einen neuen Schultyp, die zehnjährige Mittelschule. Sie hat die Aufgabe, die heranwachsende Gene-

ration im sozialistischen Geist zu erziehen und sie durch eine umfassende Allgemeinbildung zu befähigen, den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufgaben im Sozialismus gerecht zu werden. Der neue Wesenszug dieser Erziehung und Bildung ist der polytechnische Charakter der Allgemeinbildung von der ersten bis zur zehnten Klasse und die Vereinigung von Unterricht und produktiver Arbeit. Bereits heute besuchen rund 30 Prozent aller Abgänger der achtjährigen Grundschule die 9. Klasse der Mittelschule. Weitere 15 Prozent der Grundschulabgänger gehen zur Oberschule, so daß jetzt schon 45 Prozent aller Schüler eine mindestens zehnjährige Schulbildung erhalten. 1960 werden es weit über 50 Prozent sein.

Der Plan der schrittweisen Einführung der obligatorischen polytechnischen Mittelschulbildung sieht vor, daß im Jahre 1965 alle Grundschulabgänger, soweit sie nicht die Oberschule besuchen, in die 9. Klasse der Mittelschule übergehen. Das bedeutet, daß alle Kinder, die heute eingeschult werden, eine zehnjährige Schulbildung erhalten.

Welche Aufgaben haben die Oberschulen, und wer besucht sie?

Auch die Oberschulen haben bei der Vollendung des sozialistischen Aufbaus höhere Aufgaben zu erfüllen. Die Oberschüler werden für die wissenschaftliche und die praktische Arbeit in der sozialistischen Gesellschaft ausgebildet. Alle Oberschüler absolvieren jährlich ein berufliches Praktikum in der sozialistischen Industrie oder Landwirtschaft. In der Perspektive soll jeder Oberschüler neben der wissenschaftlichen Ausbildung einen praktischen Beruf erlernen. Das Ziel ist der Abiturient mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung.

Grundsätzlich kann jedes Kind die Oberschule besuchen, das die entsprechenden Leistungen aufweist. Voraussetzung ist eine positive Einstellung zur Deutschen Demokratischen Republik und die Bereitschaft, alle Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten für den sozialistischen Aufbau einzusetzen.

Es wird besonderer Wert darauf gelegt, daß sich die soziale Zusammensetzung der Bevölkerung auch in der Oberschule widerspiegelt. Während in der Weimarer Republik etwa 5 Prozent der Kinder von Arbeitern und werktätigen Bauern die Oberschule besuchten, sind es in der DDR z. Z. etwa 50 Prozent. Erstrebt wird, daß etwa 70 Prozent der Schüler diesen Klassen entstammen. Neben Arbeiter- und Bauernkindern werden auch die Kinder der werktätigen Intelligenz bevorzugt aufgenommen.

Warum werden die Arbeiter- und Bauernkinder besonders gefördert?

In der DDR üben die Arbeiter und Bauern die Macht aus. Es ist deshalb notwendig, daß deren Kinder als Angehörige der führenden Klasse besonders sorgfältig ausgebildet und frühzeitig auf ihre verantwortungsvolle Tätigkeit als zukünftige Träger des wirtschaftlichen, staatlichen und kulturellen Lebens vorbereitet werden.

Es handelt sich also nicht in erster Linie um die Beseitigung eines früheren durch das Bildungsprivileg verursachten Unrechts und die Liquidierung der reaktionären bürgerlichen „Begabten-Theorie“, wonach nur „bessere“ Herkunft und Besitz zu höherer Bildung befähigen.

Die Arbeiter und Bauern sind die Produzenten aller materiellen Werte, sie bilden die Mehrheit der Bevölkerung. Der Fortschritt der Gesellschaft wird daher von der Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins in der Arbeiterklasse bestimmt. Deshalb müssen die Söhne und Töchter der führenden Klasse befähigt werden, das Werk ihrer Väter weiterzuführen und zu vollenden.

Da der Aufbau des Sozialismus, der nur unter der weitsichtigen Leitung der Arbeiterklasse möglich ist, im Interesse der gesamten Bevölkerung liegt, hat die besondere Förderung der Kinder der Arbeiter und der Genossenschaftsbauern große Bedeutung für die Zukunft der Nation und die soziale Befreiung aller Werktätigen.

Was kostet der Schulbesuch?

An allen Schulen der DDR besteht Schulgeldfreiheit. Darüber hinaus erhalten in der Grundschule 25 Prozent der Schüler sämtliche Lernmittel, weitere 50 Prozent die Hälfte der Lernmittel unentgeltlich, so daß nur für 25 Prozent der Schüler keine Lernmittelfreiheit besteht. Von der 9. Klasse der Mittelschule an und in den Oberschulen erhalten rund 75 Prozent aller Schüler sämtliche Lernmittel unentgeltlich.

In den Oberschulen und in den 9. und 10. Klassen der Mittelschule erhalten darüber hinaus 60 Prozent aller Schüler Erziehungsbeihilfen in Höhe von 25,— bis 60,— DM.

Wie hat sich das Landschulwesen entwickelt?

Eine Aufgabe der demokratischen Schulreform bestand darin, die Landschulen auf das Niveau der Stadtschulen zu heben. Deshalb wurden Zentralschulen errichtet, die jeweils von den Kindern mehrerer Landgemeinden besucht werden. In vielen Fällen besuchen die Kinder der 1. bis 4. Klasse die Heimatschule, während sie von der 5. Klasse an zur Zentralschule gehen. Diese Maßnahme führte dazu, daß die Zahl der wenig gegliederten Schulen wesentlich zurückgegangen ist. Die früher für das Dorf typischen einklassigen Schulen wurden, wie nachstehende Aufstellung zeigt, fast völlig beseitigt:

1945	4114 einklassige Schulen,
1957	23 einklassige Schulen.

Unter den Bedingungen des fortschreitenden sozialistischen Aufbaus hat die Landschule die Aufgabe, unter Berücksichtigung der Besonderheiten der Produktion auf dem Lande die Schüler so zu erziehen und zu bilden, daß sie landwirtschaftliche Berufe ergreifen und aktiv an der sozialistischen Umgestaltung des Dorfes teilnehmen. Das macht eine gewisse Differenzierung zwischen Stadt- und Landschule mit dem Ziel, das

Bildungsniveau zu erhöhen, notwendig. Die künftigen Genossenschaftsbauern müssen durch den polytechnischen Unterricht so vorbereitet werden, daß sie später durch die Berufsausbildung befähigt werden, mehrere Berufe zu meistern. Deshalb ist der Aufbau von Mittelschulen auf dem Lande, vor allem in Orten mit einer Maschinen-Traktoren-Station, von besonderer Bedeutung.

Wie ist das Sonderschulwesen für Kinder mit geistigen und körperlichen Mängeln eingerichtet?

Der Ausbau des Sonderschulwesens erfuhr besondere Beachtung. Bei den Hilfsschulen sichert das Aufnahmeverfahren, daß wirklich nur hilfsschulbedürftige Kinder in solche Schulen aufgenommen werden, während Kinder, die lediglich durch ungünstige Umweltverhältnisse einen Leistungsrückstand zeigen, in die normalen Schulen aufgenommen und dort besonders gefördert werden. Auf dem Lande wurden Zentralhilfsschulen, die mit Internaten verbunden sind, eingerichtet. Für die Hilfsschulen werden, genau wie für andere Sonderschulen, besondere Lehrbücher herausgegeben.

Die sonstigen Sonderschulen erfuhren eine weitgehende Spezialisierung. Während früher die Gehörlosenschulen neben eigentlichen Gehörlosen auch ertaubte, schwerhörige und sprachgestörte Kinder unterrichteten, werden die Schwerhörigen und sprachgestörten Kinder aus der Gehörlosenschule ausgegliedert und an besonderen Schulen unterrichtet. Auch die später ertaubten Kinder sind in gesonderten Schulen zusammengefaßt. In gleicher Weise wird auch zwischen Blinden- und Sehschwachenschulen unterschieden. Für blinde und für schwerhörige Kinder wurden außerdem Mittel- und Oberschulklassen eingerichtet.

Für Kinder, die durch Tbc, Kinderlähmung oder andere langwierige Krankheiten körperlich behindert sind und ärztlicher Behandlung bedürfen, bestehen in Tbc-Heilstätten und in Krankenhäusern besondere schulische Einrichtungen, die dafür sorgen, daß die Kinder nach der Genesung ohne Wissensrückstände wieder in ihre alten Klassen aufgenommen werden können. Auch für diese Kinder gibt es in einigen Tbc-Heilstätten und Krankenhäusern Mittelschulklassen.

Gibt es ausreichenden Schulraum?

Obwohl im Kriege besonders in den Städten viele Schulgebäude zerstört wurden, hat die heutige Kapazität der Schulen den Vorkriegsstand weit überschritten. Es waren umfangreiche Mittel für den Schulbau, vor allem auf dem Lande, notwendig, da die Einrichtung von Zentralschulen größere Gebäude erfordert. Weiter kam hinzu, daß z. B. in Mecklenburg an Stelle der uralten, primitiven Schulgebäude neue errichtet werden mußten. Im staatlichen Investitionsplan wurden dafür jährlich viele Millionen DM zur Verfügung gestellt. Nach einem besonderen Programm werden in jedem Jahr auch neue Turnhallen gebaut, da gerade auf dem

Lande viele Schulen keine Turnhallen hatten. Neue Schulen entstanden bzw. entstehen in den neuen Wohnstädten, z. B. in Stalinstadt oder in Hoyerswerda, wo mit dem Aufbau des Kombinats „Schwarze Pumpe“ zugleich ein neuer großer Stadtteil aufgebaut wird.

Der Schichtunterricht ist im allgemeinen beseitigt worden. Durch den Ausbau des Mittelschulwesens ergibt sich ein großer Bedarf an weiteren Schulbauten. Es ist aber damit zu rechnen, daß insbesondere durch die Hilfe der Bevölkerung bei Ausschachtungsarbeiten usw. Mittel eingespart werden, die der schnelleren Errichtung von Schulen dienen. So sind in vielen Orten der DDR durch die freiwillige Mitarbeit der Bevölkerung neue Schulräume, Turnhallen und sogar ganze Schulen entstanden und damit erhebliche Kosten eingespart worden. Diese aktive Hilfe trägt wesentlich dazu bei, den steigenden Bedarf an Schulraum zu decken.

Die Kosten für Schulbauten werden nicht den einzelnen Gemeinden auferlegt, sondern vom Staat übernommen.

Wie sieht es mit der Klassenbelegung aus?

Die durch das Ministerium festgelegte durchschnittliche Klassenfrequenz für Grundschulen beträgt 30 Schüler. In Wirklichkeit liegt die durchschnittliche Klassenfrequenz unter dieser Zahl.

Sie beträgt in den

Grundschulen	27,6
Mittelschulen	26,2
Oberschulen	24,9

Diese für die sozialistische Erziehung günstigen Arbeitsbedingungen sind im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß die Klassenbelegung auf dem Lande besonders großzügig geregelt wird. In den Städten liegt im allgemeinen die Schülerzahl je Klasse etwas über dem Durchschnitt von 30.

Gibt es genügend Lehrer?

Im Jahre 1946 betrug die Zahl der Lehrer 63 700 und stieg bis zum Jahre 1957 auf 79 534. Im Durchschnitt entfallen an den Grundschulen 25, an den Oberschulen 15,6 und an den Sonderschulen 13,8 Schüler auf einen Lehrer.

Neben den wachsenden Erfolgen in der Ausbildung des erforderlichen Lehrernachwuchses schafft dieses günstige Verhältnis zwischen der Anzahl der Lehrer und der Schüler gute Voraussetzungen für die weitere Entwicklung und Verbesserung des Schulwesens.

Wieviel Pflichtstunden erteilt der Lehrer?

Die wöchentliche Pflichtstundenzahl für die Lehrer ist seit Beginn des Schuljahres 1952/53 wie folgt festgelegt:

Lehrer der Unterstufe (Klasse 1 bis 4)	28 Std.
Lehrer der Mittelstufe (Klasse 5 bis 8)	26 Std.
Lehrer der Oberstufe (Klasse 9 bis 12)	24 Std.

Für Direktoren und Schulleiter verringert sich diese Stundenzahl; sie erteilen je nach Größe der Schulen bis zu 16, stellvertretende Direktoren bis zu 6 Wochenstunden weniger. Außerdem erhalten die Lehrer, die als Fachberater oder in den Bildstellen tätig sind, Ermäßigung.

Welche Vergünstigungen gibt es für langjährigen Schuldienst?

Die Lehrer und Erzieher, die mindestens 20 Jahre im Schuldienst, in Erziehungsheimen oder in Kindertagesstätten tätig waren, erhalten bei Vollendung des 65. Lebensjahres – bzw. des 60. Lebensjahres bei Frauen – eine zusätzliche Altersversorgung zu der von der Sozialversicherung gezahlten Rente. Beides zusammen beträgt bei fast allen Lehrern 90 Prozent ihres Nettogehaltes. Diese Altersversorgung ist ebenso wie alle Renten steuerfrei. Wenn ein Lehrer über dieses Alter hinaus tätig ist, erhält er neben seinem vollen Gehalt auch die Rente ausgezahlt. Lehrerwitwen erhalten 50 Prozent dieser Rente unter den gleichen Bedingungen.

Lehrer, die 10, 25 und 40 Jahre Dienst in der deutschen demokratischen Schule geleistet haben, werden mit der Pestalozzi-Medaille ausgezeichnet. Darüber hinaus werden jährlich am Tag des Lehrers, der am 12. Juni jeden Jahres begangen wird, die besten Lehrer als „Verdiente Lehrer des Volkes“ ausgezeichnet. Mit der Ehrenurkunde wird den Ausgezeichneten eine Medaille verliehen, die das Bildnis Adolf Diesterwegs trägt.

Wie können die Eltern

bei der schulischen Erziehung der Kinder mitwirken?

Die sozialistische Schule legt großen Wert darauf, mit den Eltern, den Jugendorganisationen und der gesamten Öffentlichkeit zusammenzuarbeiten.

Die Vertretung der Eltern ist der Elternbeirat, der alljährlich von einer Elternversammlung gewählt wird. Es werden mindestens so viel Eltern in den Beirat jeder Schule gewählt, wie Klassen vorhanden sind. Über 100 000 Frauen und Männer sind in den Elternbeiräten tätig. Da außerdem für jede Klasse noch ein Elternaktiv mit drei bis fünf Mitgliedern gebildet wird, sind es insgesamt rund 300 000 Menschen, die der Schule unmittelbar bei ihrem Erziehungsauftrag helfen. Regelmäßig finden Klassenelternversammlungen statt. Um die Beziehungen zu den Eltern möglichst eng zu gestalten, halten die Lehrer Sprechstunden ab und machen von sich aus Elternbesuche. Der Demokratische Frauenbund fördert die Zusammenarbeit zwischen Schule und Eltern durch Elternseminare, in denen z. B. folgende Themen behandelt werden: „Wie können die Eltern die sozialistische Erziehung unterstützen?“ „Gibt es Flegeljahre?“

Enge Verbindungen bestehen auch zwischen volkseigenen Betrieben, landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, volkseigenen Gütern, Maschinen-Traktoren-Stationen und den Schulen. Fast alle Schulen haben Patenschaftsverträge mit einem der obengenannten Betriebe abgeschlossen. Lehrer sprechen in Versammlungen des Patenbetriebes über pädagogische Fragen. Die Patenbetriebe ihrerseits entsenden Vertreter in die Sitzungen der Pädagogischen Räte und Elternbeiräte. Hohe Bedeutung haben diese Patenschaften für die Sicherung der polytechnischen Bildung, insbesondere für den Unterrichtstag in der Produktion. So helfen viele Patenbetriebe bei der sachgemäßen Einrichtung von Werkräumen in den Schulen oder stellen ihre betrieblichen Einrichtungen für den polytechnischen Unterricht zur Verfügung. Ingenieure, Techniker und qualifizierte Arbeiter unterstützen die Lehrer im Werkunterricht. Gemeinsam werden Betriebsbesichtigungen für die jüngeren Jahrgänge und Betriebspraktika für die oberen Klassen vorbereitet und durchgeführt.

Welche Rolle spielt die Pionierorganisation bei der Erziehung der Kinder?

Die Pionierorganisation „Ernst Thälmann“ ist die sozialistische Massenorganisation der Kinder. In ihren Leitungen sind klassenbewußte Arbeiter, erfahrene Pädagogen und junge Menschen tätig. Durch frohes Leben und Treiben, gewissenhaftes Lernen, körperliche Arbeit, Spiel und Sport in kindmäßiger Weise trägt der Pionierverband zur sozialistischen Erziehung, zur polytechnischen Bildung und zur Formung eines wissenschaftlichen Weltbildes der Kinder bei.

Junge Pioniere zeichnen sich durch Bescheidenheit und Hilfsbereitschaft gegenüber Älteren aus. Sie werden dazu erzogen, ihre Eltern zu achten. Hauptzweck der Tätigkeit ist es, die Kinder auf das vor ihnen liegende Leben in der sozialistischen Gesellschaft vorzubereiten, sie zur Liebe und Treue zur Arbeiterklasse und ihrer Partei zu erziehen, sie mit den revolutionären Traditionen des deutschen Volkes vertraut zu machen und sie anzuhalten, nützliche Taten für den Sozialismus zu vollbringen.

Aus diesen Zielen ergibt sich die Notwendigkeit, daß Elternhaus, Schule und Pionierorganisation eng zusammenarbeiten.

Zur Anleitung und Unterstützung der Arbeit der Pionierorganisationen an den Schulen bestehen 92 Häuser der Jungen Pioniere und 39 Stationen der Jungen Touristen. Mit ihrer Hilfe führen die Pioniergruppen und -freundschaften interessante und lehrreiche Veranstaltungen auf kulturellem, technischem, sportlichem und naturwissenschaftlichem Gebiet durch.

Die Mitgliedschaft im Pionierverband ist freiwillig. Schüler, die nicht Mitglieder der Pionierorganisation sind, werden in keiner Weise benachteiligt. Da der Pionierverband durch vielseitige und inhaltsreiche Betätigungsmöglichkeiten immer stärker zum Zentrum der Freizeitgestaltung der Kinder wird, nehmen sie im wachsenden Maße am Leben der Pioniergruppen teil. Bisher gehören ihnen etwa 60 Prozent der Schul-

kinder an. Die Sechs- bis Neunjährigen sind bei den Jungen Pionieren, während die Zehn- bis Vierzehnjährigen zu den Thälmann-Pionieren zählen.

Von der 9. Klasse an organisieren sich die Jugendlichen auf freiwilliger Grundlage in der Freien Deutschen Jugend, die eine ihrer Hauptaufgaben darin sieht, die Schule bei der Erziehungsarbeit zu unterstützen.

Welche außerschulischen Einrichtungen fördern die Arbeit in der Schule?

Die verantwortlichen Dienststellen der DDR sind unermüdlich bestrebt, dafür zu sorgen, daß vor allem die Kinder berufstätiger Eltern in besonderen Einrichtungen ganztätig erzogen und betreut werden. Im Jahre 1957 besuchten 143 714 Schüler 3091 Horte. Staatlich angestellte Erzieher sorgen für die geistige und körperliche Entwicklung der Kinder. Die Schüler erhalten im Hort ein Mittagessen, außerdem können sie ihre Hausaufgaben erledigen, spielen und Sport treiben.

Weiterhin bestehen an den Schulen Hausaufgabenzimmer, in denen die Kinder unter pädagogischer Anleitung und Hilfe die Schulaufgaben anfertigen. Die Beaufsichtigung erfolgt durch Lehrer und Erzieher sowie durch freiwillige Helferinnen des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands. Der Besuch des Schulaufgabenzimmers ist unentgeltlich.

An den Schulen bestehen Arbeitsgemeinschaften der Jungen Techniker und Naturforscher und der Jungen Künstler sowie Schulsportgemeinschaften, an denen sich alle Kinder beteiligen können. Sie unterstützen die sozialistische Erziehung, besonders die polytechnische, ästhetische und körperliche Entwicklung. Die Arbeitsgemeinschaften dienen vor allem der besonderen Förderung der Arbeiter- und Bauernkinder.

Die Teilnahme an den Arbeitsgemeinschaften ist freiwillig und unentgeltlich.

Zur politisch-pädagogischen und fachlich-methodischen Anleitung der technischen und naturwissenschaftlichen außerunterrichtlichen Tätigkeit an den Schulen wurden

- 101 Stationen der Jungen Techniker und Naturforscher,
- 98 Stationen der Jungen Techniker,
- 30 Stationen der Jungen Naturforscher

geschaffen. Diese staatlichen Einrichtungen verfügen über vielfältige Arbeitsmöglichkeiten und werden ständig weiterentwickelt.

Welche Erholungsmöglichkeiten haben die Kinder?

Gesundheitlich bedürftige Kinder werden durch die Sozialversicherung kostenlos zum Kuraufenthalt geschickt. In den Ferien haben alle Kinder die Möglichkeit, sich in Ferienlagern, bei Fahrten, Spielen und Wanderungen zu erholen. Der Staat stellt jährlich 65 Millionen DM für die Feriengestaltung zur Verfügung. In dieser Summe sind nicht die Mittel einbegriffen, die die volkseigenen Betriebe dafür ausgeben. Über eine

Million Kinder nehmen in jedem Sommer an Ferienlagern in festen Häusern oder in Zelten teil, die von den volkseigenen Betrieben und der Pionierorganisation in den landschaftlich schönsten Gegenden der DDR eingerichtet wurden. Hunderttausende Kinder gehen mit den Lehrern während der Ferien auf Wanderfahrt. Dabei lernen die Kinder die schönsten Gegenden sowie historische Gedenk- und Kulturstätten der DDR kennen.

Für die daheim gebliebenen Kinder, vor allem aus dem 1. bis 4. Schuljahr, werden örtliche Ferienspiele mit allerlei Belustigungen und Ausflügen in die nähere Umgebung veranstaltet.

Was ist die Jugendweihe?

Die Jugendweihe wird von dem Zentralen Ausschuss für Jugendweihe, dem bekannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens angehören, und entsprechenden Ausschüssen in den Bezirken, Kreisen und Gemeinden getragen. Die Jugendweihe ist ein alter schöner Brauch der sozialistischen Arbeiterbewegung, den die DDR auf neuer Grundlage fortführt. Das Ziel der Jugendweihe ist es, die Kinder durch vorbereitende Jugendstunden und die abschließende Jugendweihefeier für den Eintritt in das Leben der Erwachsenen, auf ihre Teilnahme am sozialistischen Aufbau vorzubereiten. In den Jugendstunden werden die Kenntnisse und Erkenntnisse der Kinder von den Entwicklungsgesetzen in Natur, Gesellschaft und im Denken vertieft und erweitert. Arbeiterveteranen, Aktivisten, Wissenschaftler, Künstler sprechen zu den jungen Menschen. Die Jugendstunden werden auch durch die Besichtigung von volkseigenen Betrieben, Maschinen-Traktoren-Stationen und landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, durch die Vorführung wissenschaftlicher Filme wie auch durch Wanderungen und Sport und durch den Besuch von Theatern, Museen, Ausstellungen und wissenschaftlichen Forschungsstätten interessant und lehrreich gestaltet. Da die Jugendstunden und die Jugendweihe der Entwicklung zu charakterfesten und allseitig gebildeten Menschen dienen, ist die Teilnahme für alle Jungen und Mädchen sehr nützlich, gleichgültig, welche Weltanschauung die Eltern haben oder in welcher Weltanschauung die Kinder bisher erzogen wurden. Von Jahr zu Jahr wächst die Zahl der Jugendlichen, die sich an der Jugendweihe beteiligen.

Wie können sich die Erwachsenen weiterbilden?

Ein großer Anteil an der Erwachsenenbildung entfällt auf die Volkshochschulen, die vor allem bestrebt sind, die Allgemeinbildung der Erwachsenen zu erhöhen. So wurden Kurse eingerichtet, denen die Lehrpläne der Mittel- und der Oberschule zugrunde liegen. Außerdem gibt es Kurse für einzelne Fächer je nach Bedarf der einzelnen Hörergruppen, z. B. für die üblichen Schulfächer, für Fremdsprachen, Kurse für Stenografie und Maschineschreiben. Jeder Hörer kann an der Volkshochschule eine Abschlußprüfung ablegen und erhält eine entsprechende Urkunde mit dokumentarischer Gültigkeit, die z. B. den Abschluß der Mittel- oder

Oberschule sowie das Studium von Einzelfächern bestätigt. Um den Werktätigen das Studium zu erleichtern, werden viele Volkshochschulkurse unmittelbar in den Betrieben abgehalten.

Die Mittel für die Weiterbildungsmöglichkeiten in den Volkshochschulen werden nahezu vollständig vom Staat getragen. Der Beitrag für eine Doppelstunde beträgt 0,30 DM. In den Lehrgängen, die zur Grund-, Mittel- oder Oberschulabschlußprüfung führen, betragen die Gebühren für eine Doppelstunde nur 0,10 DM.

Die fachliche Weiterbildung übernehmen die volkseigenen Betriebe durch technische Betriebsschulen. Für die Landbevölkerung werden Kurse zur fachlichen Qualifizierung durch die MTS-Stützpunkte eingerichtet.

Wissenschaft — Forschung — Lehre

Was heißt sozialistische Umgestaltung des Hochschulwesens?

Nach der Zerschlagung des Hitler-Faschismus erhielt das Hochschulwesen in der DDR einen neuen Inhalt und eine neue Struktur. Das bürgerliche Bildungsmonopol wurde gebrochen und der militaristische und chauvinistische Ungeist für immer beseitigt.

Die Vollendung des sozialistischen Aufbaus stellt die Universitäten und Hochschulen vor neue große Aufgaben. Die Umgestaltung des Hochschulwesens im sozialistischen Sinne ist zur unerläßlichen Notwendigkeit geworden. Das Ziel besteht in der Heranbildung einer Intelligenz, die hohe Achtung vor der Arbeiterklasse besitzt, von tiefer Liebe zur Wissenschaft erfüllt ist und sich eng mit der sozialistischen Gemeinschaft verbunden fühlt.

Nur die Beherrschung und Anwendung der neuesten Erkenntnisse der Wissenschaft und Technik befähigen den zukünftigen Wissenschaftler, den ständig steigenden Anforderungen der sozialistischen Entwicklung gerecht zu werden. Der dialektische Materialismus als einzige wissenschaftliche Weltanschauung ist an den Hochschulen bestimmend. Sein Studium während der gesamten Studien- und Assistentenzeit bildet die Grundlage der wissenschaftlichen Arbeit.

Die sozialistische Umgestaltung der Universitäten und Hochschulen bedingt weiterhin die enge Verbindung von Theorie und Praxis. Die Vorlesungsprogramme, Studien- und Forschungspläne fußen auf den fortgeschrittensten Erkenntnissen der Wissenschaft und entsprechen zugleich den Erfordernissen der sozialistischen Praxis. Die Studenten haben während ihres gesamten Studiums ständig enge Verbindung mit den Werktätigen und der sozialistischen Produktion. In der Zukunft soll erreicht werden, daß alle an Universitäten und Hochschulen Studierenden in der Produktion tätig waren und das Hochschulstudium selbst mit produktiver Arbeit verbunden wird.

Wer studiert in der DDR?

An den sozialistischen Universitäten und Hochschulen studieren in erster Linie die Kinder der Arbeiter und Bauern. Die führende Rolle der Arbeiterklasse im sozialistischen Staat erfordert die sorgfältigste Ausbildung ihrer Söhne und Töchter, damit sie das große Werk ihrer Väter fortsetzen und vollenden können.

Daneben haben auch die befähigten Kinder aller anderen Schichten der Bevölkerung Zugang zur Hochschule. Die Hochschulreife kann an der Oberschule oder nach Abschluß der Berufsausbildung an der Arbeiter- und-Bauern-Fakultät erworben werden. Außerdem ist es möglich, über Abendoberschulen, Volkshochschulen oder nach einem erfolgreichen Fachschulbesuch zum Hochschulstudium zu gelangen.

Im Studienjahr 1957/58 wies die Studentenschaft der DDR folgende soziale Zusammensetzung auf:

- 60 Prozent Arbeiter- und Bauernkinder
- 20 Prozent Kinder von Angestellten
- 14 Prozent aus den Kreisen der Intelligenz
- 5 Prozent Kinder von selbständigen Handwerkern und Gewerbetreibenden
- 1 Prozent Kinder von Privatunternehmern und Großbauern.

Damit entspricht die soziale Zusammensetzung der Studentenschaft im wesentlichen der sozialen Zusammensetzung der Bevölkerung.

Wie hoch ist der Anteil der Studenten an der Gesamtbevölkerung?

Seit 1945 und insbesondere seit dem Beginn des ersten Fünfjahrplans erfolgte ein systematischer Aufbau der Universitäten und Hochschulen. Die Zahl der Direktstudenten stieg von 27 822 im Jahre 1951 auf 63 911 im Jahre 1956. Im Studienjahr 1957/58 studierten insgesamt 92 000 junge Menschen an den 46 Universitäten, Hochschulen und ihnen gleichgestellten Instituten der DDR: 66 300 im Direktstudium, 18 000 im Fernstudium, 7 700 an den Arbeiter- und-Bauern-Fakultäten.

Auf 1000 Einwohner kommen in der DDR 5,3 Studenten (in dieser Zahl sind die Fernstudenten einbegriffen), in der Bundesrepublik 2,8 Studenten.

Warum gibt es Arbeiter- und-Bauern-Fakultäten?

In den ersten Nachkriegsjahren mußte vor allem den befähigten jungen Menschen aus der Arbeiterklasse, die in der Zeit des Faschismus keine Oberschule besuchen konnten, die Möglichkeit gegeben werden, sich das notwendige Wissen für das Hochschulstudium anzueignen. Die Arbeiter- und-Bauern-Fakultäten (ABF) haben nach wie vor erstrangige Bedeutung. Sie sind charakteristisch für das Bildungssystem während des Aufbaus des Sozialismus und geben Arbeiter- und Bauernkindern nach der

Erlernung eines Berufes die Möglichkeit, die Hochschulreife zu erwerben. Die Studenten der Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten werden von den Betrieben oder von demokratischen Massenorganisationen zum Studium delegiert.

Das Studium an einer Arbeiter-und-Bauern-Fakultät dauert für Absolventen der achtklassigen Grundschule drei Jahre, für Absolventen der zehnklassigen Mittelschule zwei Jahre. Die Ausbildung erfolgt in den auf den Oberschulen üblichen Unterrichtsfächern. Zur besseren Vorbereitung auf das spätere Hochschulstudium erfolgt die Ausbildung nach dem ersten Studienjahr in drei Studienzweigen. Alle Studierenden der Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten erwerben Kenntnisse in mindestens zwei Fremdsprachen.

Unter welchen Bedingungen erfolgt die Zulassung zum Hochschulstudium?

Zum Hochschulstudium kann sich jeder Bürger der DDR im Alter bis zu 35 Jahren bewerben, sofern er die Hochschulreife besitzt. Auf Grund der günstigen materiellen Bedingungen melden sich jährlich weit mehr Bewerber, als trotz der Erweiterung der Ausbildungskapazität angenommen werden können. Um jedem Hochschulabsolventen nach dem Studium einen Arbeitsplatz zu sichern, ist es notwendig, jährliche Zulassungsquoten für die einzelnen Fachrichtungen festzulegen.

Die Auswahl der Bewerber wird durch eine Kommission vorgenommen, die aus Vertretern des Lehrkörpers, der Gewerkschaft und der Studentenschaft (Freie Deutsche Jugend) gebildet wird. Maßgebend sind die aus dem Zeugnis ersichtlichen Abschlußleistungen sowie die Einstellung des Studienbewerbers zum sozialistischen Staat.

Bevorzugt aufgenommen werden solche Bewerber, die bereits einen Beruf erlernt haben oder mehrere Jahre in der Produktion tätig waren, und solche, die in Ehren aus den bewaffneten Streitkräften ausgeschieden sind.

Warum praktisches Jahr für Studenten?

Der fortschreitende Aufbau des Sozialismus stellt auch an die Studenten und jungen Wissenschaftler ständig höhere gesellschaftliche und wissenschaftliche Anforderungen. Ein schnelleres Wachstum der industriellen und der landwirtschaftlichen Produktion erfordert ein enges Zusammenwirken von Theorie und Praxis. Ohne eine direkte Verbindung der Studenten mit der werktätigen Bevölkerung und dem gesellschaftlichen Leben ist diese Aufgabe nicht zu lösen. Daher zählt seit 1957 für Absolventen der Oberschule die Ableistung eines praktischen Jahres zu den Voraussetzungen für das Hochschulstudium jeder Fachrichtung.

Diese einjährige Tätigkeit in der Produktion, sei es in der Industrie oder in der Landwirtschaft, dient der Entwicklung der menschlichen Reife und erhöht das Verantwortungsbewußtsein der zukünftigen Studenten gegenüber der Gesellschaft und dem Arbeiter-und-Bauern-Staat. Die produk-

tive Tätigkeit gibt ihnen Gelegenheit, die notwendige Achtung vor der körperlichen Arbeit der Menschen, die ihnen ihr Studium ermöglichen, zu gewinnen. Darüber hinaus leisten sie einen unmittelbaren Beitrag zum Aufbau der sozialistischen Wirtschaft.

Alle Studenten haben die Möglichkeit und die Pflicht, nach Abschluß eines jeden Studienjahres die erworbenen theoretischen Kenntnisse in einem sechswöchigen Berufspraktikum zu überprüfen.

Im Sommer 1957 wurden die Studenten von der Regierung und der Freien Deutschen Jugend aufgerufen, in den Ferien 14 Tage freiwillig an den Schwerpunkten unserer Industrie und Landwirtschaft zu arbeiten. Rund 82000 Studenten, Fach- und Oberschüler folgten diesem Ruf. Viele von ihnen erklärten, daß sich ihr Gesichtskreis durch diese Einsätze erweitert habe und sie diese freiwillige Arbeit für ihre weitere Entwicklung als sehr nützlich betrachten. Ein großer Teil der Studenten hat seine Bereitschaft erklärt, die sozialistische Heimat mit der Waffe zu verteidigen, wenn es sich als notwendig erweisen sollte. Daher finden vierwöchige Lehrgänge für die vormilitärische Ausbildung der Studenten statt.

Warum gibt es Studienpläne?

Der steigende Bedarf an wissenschaftlich ausgebildeten Kräften und die wachsenden Anforderungen, die der Aufbau des Sozialismus an jeden einzelnen stellt, erfordern ein intensives Studium. Die hohen materiellen Aufwendungen des Staates für die Studenten erlegen jedem Studierenden die moralische Verpflichtung auf, die bestmöglichen Studienergebnisse zu erzielen. Eine Verzettlung der Kräfte der Studenten muß verhindert werden. Aus diesen Gründen sind für jede Fachrichtung verbindliche Studienpläne vorhanden, die die obligatorischen Hauptvorlesungen nach ihrem Umfang und ihrer zeitlichen Verteilung auf die Semester festlegen. Die Studienpläne werden von den erfahrensten und angesehensten Hochschullehrern der DDR ausgearbeitet und ständig dem neuesten Stand der Wissenschaft angepaßt. Sie geben den Studenten ausreichend die Möglichkeit, insbesondere in den höheren Studienjahren, über das obligatorische Minimum hinaus, ihren speziellen wissenschaftlichen Interessen nachzugehen.

Jeder Hochschulabsolvent wird jeweils auf seinem Fachgebiet Probleme des sozialistischen Aufbaus zu lösen haben. Dazu ist er jedoch nur in der Lage, wenn er sich mit dem Wesen der neuen, sozialistischen Gesellschaftsordnung vertraut macht, die Entwicklungsgesetze in Natur und Gesellschaft kennt und sie in der Praxis anzuwenden versteht. Die Grundlage dafür bietet das Studium des Marxismus-Leninismus während des gesamten Studiums.

Wer erhält Stipendien und wie hoch sind sie?

Rund 90 Prozent der Studenten erhalten ein Stipendium, das ihren materiellen Lebensunterhalt sicherstellt. Voraussetzung dafür ist ein erfolgreiches Studium und eine gute persönliche und gesellschaftliche Entwicklung.

Die Höhe der Stipendien wird nach sozialen Gesichtspunkten bemessen. Die Kinder von Arbeitern und werktätigen Bauern sowie Studierende, die Vollwaisen sind, erhalten ein Grundstipendium von monatlich 190,— DM; die Kinder von Angestellten, Handwerkern, Angehörigen der Intelligenz und freischaffenden Berufe erhalten monatlich 140,— DM. Die Vergabe von Stipendien ist begrenzt auf ein monatliches Einkommen der Eltern bis 1200,— DM brutto. Bei mehreren Kindern und im Falle der beruflichen Tätigkeit beider Eltern erhöht sich die Einkommensgrenze. Von den rund 10 Prozent der Studierenden, die kein Stipendium erhalten, bekommt ein weiterer Teil bei Vorliegen besonderer Bedürftigkeit noch eine monatliche Beihilfe von 80,— DM.

Seit dem 1. Januar 1957 werden keinerlei Studiengebühren mehr erhoben. Die Gebührenfreiheit schließt auch die Kosten für unmittelbare Arbeitsmittel wie Chemikalien, Laborgeräte usw. ein.

Bei guten und sehr guten Studienleistungen können 30 Prozent der Studenten einen Leistungszuschlag von 40,— DM und 10 Prozent der Studenten einen Zuschlag von 80,— DM zum Stipendium erhalten. Studenten, die vor dem Studium mindestens fünf Jahre in der Produktion oder in der staatlichen Verwaltung tätig waren und besondere Verdienste erworben haben, können gleichfalls durch ein Zusatzstipendium berücksichtigt werden.

Außerdem werden für ausgezeichnete Studienleistungen Sonderstipendien verliehen. So können 100 Studenten das Karl-Marx-Stipendium in Höhe von 460,— DM und 150 Studierende das Wilhelm-Pieck-Stipendium von 310,— DM monatlich erhalten.

Wie werden die Studenten sozial und kulturell betreut?

Alle Studenten sind beitragsfrei kranken- und unfallversichert. Damit ist entsprechend den Grundsätzen der Sozialversicherung die volle gesundheitliche Betreuung einschließlich Arzneimittel, Krankenhaus- und Kur-aufenthalt gesichert. Im Krankheitsfall erhalten die Studenten jährlich bis zu sechs Wochen das volle Stipendium und von der siebenten bis 26. Woche 50 Prozent dieses Betrages.

Insgesamt stehen den Studenten in der DDR 23 000 Internatsplätze zur Verfügung. Die monatliche Miete einschließlich Licht und Heizung beträgt ohne Verpflegung 10,— bis 12,— DM und mit Vollverpflegung 69,— bis 75,— DM. Jede Universität verwaltet ihre eigene Mensa, in der ein ausreichendes Mittagessen zum Preise von 0,60 bis 0,80 DM an die Studenten abgegeben wird. Der Prorektor für Studienangelegenheiten jeder Hochschule verfügt über erhebliche Mittel für kulturelle und soziale Zwecke, aus denen Beihilfen, Prämien und Zuschüsse für Exkursionen, Ferienreisen, Theater- und Kinobesuche und sonstige kulturelle Veranstaltungen gezahlt werden. Dieser Fonds beläuft sich auf 1,5 Prozent der Gesamtstipendiumsumme, die z. B. bei der Humboldt-Universität über 20 Millionen DM beträgt.

Können Studenten der DDR im Ausland studieren?

Im Jahre 1957 studierten über 1000 Studenten aus der DDR im befreundeten Ausland. Der größte Teil von ihnen besucht die Universitäten und Hochschulen der Sowjetunion, insbesondere in Moskau und Leningrad. Weitere Studenten befinden sich in Polen, der ČSR, China, Rumänien, Ungarn, Bulgarien und Albanien. Die Ausbildung der Studenten in befreundeten Ländern erfolgt im Rahmen von Regierungsabkommen und -vereinbarungen, durch die die Bezahlung der Ausbildungskosten und die Stipendiengewährung gesichert werden. Damit ist das Auslandsstudium nicht mehr Privileg begüterter Schichten der Bevölkerung.

Da die Studenten nach Abschluß des Studiums an maßgeblicher Stelle am Aufbau des Sozialismus teilnehmen werden, ist es verständlich, daß sie in erster Linie in den sozialistischen Ländern, vorwiegend in der Sowjetunion, studieren, zumal die sowjetische Wissenschaft und Technik schon heute auf vielen Gebieten führend in der Welt ist und in absehbarer Zeit den Westen auf weiteren Gebieten überflügeln wird.

Ein Studium in den westlichen Staaten, das in bestimmten Einzelfächern von Interesse sein könnte, ist gegenwärtig noch nicht möglich. Diese Staaten haben die DDR bisher nicht anerkannt und zeigen sich nicht bereit, Abkommen über den kulturellen und wissenschaftlichen Austausch zu schließen.

Studieren in der DDR auch Ausländer?

Im Jahre 1957 studierten über 1300 ausländische Studenten aus 38 Nationen an Universitäten und Hochschulen der DDR. Ihr Studium vollzieht sich auf der Grundlage von Regierungsabkommen und -vereinbarungen mit den sozialistischen Ländern und einer Reihe von anti-imperialistischen, ehemals kolonialen Staaten, wie Indien, Ägypten, Syrien, dem Sudan, Indonesien, Birma. Das Ausländerstudium soll insbesondere der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung dieser Länder dienen und es ihnen ermöglichen, frei von diskriminierenden wirtschaftlichen Bedingungen eine nationale Intelligenz heranzubilden. Weiterhin stellt die Regierung der DDR internationalen Organisationen, wie dem Internationalen Studentenbund und dem Weltgewerkschaftsbund, Studienplätze zur Verfügung.

Kann man auch als Berufstätiger Hochschulbildung erwerben?

Im Jahre 1950 wurde das Fernstudium an Universitäten und Hochschulen eingerichtet. Zur Zeit besteht die Möglichkeit, an 17 Institutionen ein Studium der technischen und naturwissenschaftlichen Fachrichtungen, Wirtschaftswissenschaften, Landwirtschaftswissenschaften, Geschichte, Journalistik, Rechtswissenschaft, Körperkultur und Pädagogik ohne Unterbrechung der normalen beruflichen Tätigkeit zu betreiben. Dieses Fernstudium schließt mit einem vollwertigen und gleichberechtigten Staatsexamen bzw. Diplom ab. 1957 waren 19111 Werktätige im

Hochschul-, 21021 im Fachschulfernstudium und 28943 im Fachschulabendstudium immatrikuliert.

Die Studienpläne für das Fernstudium sind auf der Grundlage der Pläne des Direktstudiums aufgestellt; die Voraussetzungen, wie Nachweis der Hochschulreife, sind die gleichen wie beim Direktstudium. Durch die Berücksichtigung einiger methodischer Besonderheiten des Fernstudiums wird erreicht, daß das Ziel und das Ausbildungsniveau in beiden Studienarten auf gleicher Höhe liegen.

Hinzu kommen wichtige Vergünstigungen, z. B. arbeitsfreie Tage zum Besuch von Lehrveranstaltungen, jährlicher zusätzlicher Arbeitsurlaub für Seminare, Prüfungen und in Sonderfällen zum Selbststudium.

Der Studiengang dauert ein bis zwei Jahre länger als im Direktstudium. Er schließt mit dem Staatsexamen bzw. Diplom ab, zu deren Vorbereitung der Fernstudent bis zu sechs Monaten unter Weiterzahlung des Gehalts von der Arbeit freigestellt wird.

Welchen Betrag wendet die DDR zur Finanzierung von Lehre und Forschung jährlich auf?

Die Universitäten und Hochschulen werden zentral vom Staat finanziert. Sie erhalten die benötigten Mittel sowohl für ihre Personal- und Sachausgaben, für die Stipendien als auch für die Lösung der Forschungsaufgaben.

Zusätzlich werden Investitionsmittel für den Wiederaufbau, Neubau und die Modernisierung der Hochschuleinrichtungen bereitgestellt. Im Jahre 1957 belief sich der Gesamtansatz im staatlichen Haushalt für Wissenschaft und Forschung auf rund 1,4 Milliarden DM, davon erhielten die Universitäten rund 513 Millionen DM (1951: 154 Millionen DM). Die Summe hat sich also im Verlauf von sechs Jahren mehr als verdreifacht. Mit diesen Mitteln wurde nicht nur die Zahl der Hochschuleinrichtungen erhöht, sondern sie kamen in fast gleichem Umfange auch den bestehenden Universitäten und Hochschulen zugute.

Die Haushaltspläne der Technischen Hochschule Dresden und der Humboldt-Universität Berlin weisen folgende Steigerung auf:

Technische Hochschule

1951 21 486 600 DM
1957 77 607 200 DM

Humboldt-Universität (ohne Kliniken)	Kliniken (Charité)
1951 35 755 200 DM	19 611 000 DM
1957 67 560 900 DM	36 824 100 DM

In beiden Fällen sind die Mittel für Investitionen und Forschungsaufträge nicht einbegriffen.

Auch durch die Modernisierung der Hochschuleinrichtungen fördert die Regierung der DDR die Entwicklung des Hochschulwesens und stellt Investitionsmittel in beträchtlichem Umfang bereit.

In den Jahren 1956/1957 standen dem Hochschulwesen 234 Millionen DM an Investitionsmitteln zur Verfügung. Das bedeutet gegenüber der durchschnittlichen Summe der Jahre 1951 bis 1955 eine Steigerung auf das Eineinhalbfache.

Wie hoch ist das Einkommen der Hochschullehrer?

Die Vergütungen für das Lehrpersonal sind gesetzlich geregelt. Es erhalten Assistenten 675,— DM bis 875,— DM, Oberassistenten 800,— DM bis 1000,— DM, Dozenten 1500,— DM bis 1800,— DM Gehalt monatlich. Während sich die westdeutschen Assistenzärzte jahrelang mit einem geringen Taschengeld begnügen müssen, gleichen die Gehälter der Assistenzärzte in der DDR ungefähr dem Einkommen der Assistenten. In vorbildlicher Weise werden die Professoren materiell sichergestellt. Sie erhalten monatlich 2400,— DM bis 3200,— DM.

Mit besonders verdienten Wissenschaftlern können Einzelverträge abgeschlossen werden, in denen zum Teil wesentlich höhere Einkommen als das eines Hochschullehrers vereinbart werden. Die Wissenschaftler an den Akademien und anderen Forschungsinstituten werden in gleicher Weise gefördert wie die Hochschullehrer.

Wie ist die Kranken- und Altersversorgung der Wissenschaftler geregelt?

Professoren erhalten neben kostenloser ärztlicher Versorgung im Krankheitsfalle für die Dauer von mindestens sechs Monaten das volle Gehalt weiter. Alle übrigen Wissenschaftler erhalten die gleichen Leistungen wie jeder andere arbeitende Staatsbürger, d. h. 90 Prozent des Gehaltes für die Dauer von sechs Wochen und bis zu 26 Wochen Krankengeld.

Seit der Abschaffung des Berufsbeamtentums gibt es in der DDR keine Beamtenpension mehr, somit fallen auch die Emeritierungsgehälter für Professoren fort. Die Altersversorgung ist in der DDR auch hier in Form einer Altersrente durch die Sozialversicherung geregelt. Alle Einzelvertragsinhaber und alle anderen Wissenschaftler vom Dozenten aufwärts erhalten zur üblichen Altersrente eine zusätzliche Altersversorgung, die vom vollendeten 65. Lebensjahr (bei Frauen 60. Lebensjahr) an gewährt wird. Sie beträgt mindestens 60 Prozent des monatlichen Bruttogehalts des letzten Jahres vor Eintritt des Versorgungsfalles. Sie wird unabhängig davon gezahlt, ob der betreffende Wissenschaftler bereits emeritiert oder weiterhin tätig ist. Sie wird gleichfalls im Falle der Invalidität oder Berufsunfähigkeit gezahlt.

Die Hinterbliebenenversorgung ist auf der gleichen Grundlage geregelt. Die Hinterbliebenenrente beträgt für die Ehefrau 50 Prozent, für die Kinder bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres, bei andauernder Ausbildung bis zu ihrem Abschluß, zusätzlich 25 Prozent der Rente des Versicherten.

Wie sieht die Nachwuchsförderung in der DDR aus?

Bereits in den Jahren 1947/1948 wurde mit der systematischen Förderung von wissenschaftlichen Nachwuchskräften begonnen. Die Zahl der

Assistenten- und Oberassistentenstellen wurde erheblich vergrößert. Damit wurde nicht nur garantiert, daß der Forschung und der Lehre in steigendem Maße Nachwuchskräfte zugeführt werden können, sondern es wurde vor allem die wissenschaftliche und erzieherische Anleitung der Studenten wesentlich verbessert. Am 31. Dezember 1956 waren fast 6000 Assistenten an den Universitäten und Hochschulen tätig, das bedeutet, daß auf elf Studenten ein Assistent kam.

Als besonderes Förderungsverfahren wurde die wissenschaftliche Aspirantur eingerichtet. Ausgewählte hochbegabte Hochschulabsolventen können auf diesem Weg nach drei Jahren mit der Promotion, nach weiteren vier Jahren mit der Habilitation abschließen. Die Aspiranten sind von anderen Verpflichtungen freigestellt und erhalten ein Stipendium in Höhe von 460,— bis 560,— DM monatlich, außerdem ein jährliches Büchergeld.

Bereits praktisch tätige Akademiker können in einer sogenannten außerplanmäßigen Aspirantur unter besonderen Vergünstigungen (ein freier Arbeitstag pro Woche und vier Wochen zusätzlicher Arbeitsurlaub pro Jahr) ohne Arbeitsunterbrechung promovieren bzw. sich habilitieren.

Selbstverständlich haben auch die Assistenten die Möglichkeit zu promovieren und sich zu habilitieren. Ein derartiger Wunsch wird in den wissenschaftlichen Instituten bei der Arbeitsverteilung berücksichtigt. Die Dauer der Assistententätigkeit beträgt vier Jahre, die zusätzlich möglichen vier Jahre Oberassistentz sollen möglichst mit der Habilitation abschließen.

Welche Berufsaussichten haben die Hochschulabsolventen?

Nach Abschluß seines Studiums hat jeder Student die Möglichkeit, an einem seinen Kenntnissen und Fähigkeiten entsprechenden Arbeitsplatz am weiteren Aufbau des Sozialismus mitzuhelfen.

In jedem Jahr finden Gespräche mit den vor dem Abschluß stehenden Studenten statt, in denen sie in der speziellen Berufswahl beraten und in die einzelnen Arbeitsgebiete und Industriezweige vermittelt werden. Während der ersten zwei Jahre nach Aufnahme einer Tätigkeit in der volkseigenen Wirtschaft befindet sich der Student außerdem in einem gesetzlich festgelegten Förderungsverfahren. In ihm werden der weitere Ausbildungsweg im Betrieb oder im Institut sowie die fachliche und kulturelle Betreuung festgelegt und die Vergütung geregelt. Auf diesem Wege wird der Hochschulabsolvent systematisch auf eine verantwortliche Tätigkeit vorbereitet.

Welche Aufgaben hat der Forschungsrat der DDR?

Die Lösung der ökonomischen Hauptaufgabe in der DDR erfordert die stärkste Konzentrierung der technisch-wissenschaftlichen Arbeit auf die entscheidenden volkswirtschaftlichen Schwerpunkte. Diesem Zweck dient der Forschungsrat der DDR, der auf Vorschlag der Regierung nach eingehenden Beratungen mit Vertretern der Wissenschaft und der

Wirtschaft im August 1957 ins Leben gerufen wurde. Er umfaßt 44 Mitglieder und setzt sich fast ausschließlich aus führenden Vertretern der naturwissenschaftlich-technischen Forschung und Lehre aus Institutionen, Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen der Wirtschaft zusammen. Er entscheidet unter Mitwirkung der Wissenschaftler über die Verwendung der vom Staat in reichem Maße für die wissenschaftliche Forschung und technische Entwicklung zur Verfügung gestellten Mittel. Der Plan für Forschung und Technik, der ein Bestandteil des Volkswirtschaftsplanes ist, wird vom Forschungsrat beraten. Der Forschungsrat legt auch langfristige Pläne für den Aufbau von Forschungskapazitäten sowie für die Neueinrichtung von wissenschaftlichen Instituten fest und lenkt so die Gesamtentwicklung der Forschung.

Zum Plan für Forschung und Technik – darauf sei ausdrücklich hingewiesen – gehören auch solche Aufgaben wie die Forschung auf dem Gebiete der Kernphysik, der Kerntechnik, des Luftfahrtwesens, d. h. also solcher Gebiete, bei denen das Mitspracherecht der Wissenschaftler im westdeutschen sogenannten Wissenschaftsrat von vornherein ausgeklammert ist. Mit der Bildung des Forschungsrates ist das in der DDR geltende Prinzip der Selbstverantwortung der Wissenschaftler für die wissenschaftliche Forschungsarbeit in der gegenwärtig höchstmöglichen Stufe verwirklicht worden.

Gibt es eine Zusammenarbeit der Wissenschaftler beider deutscher Staaten?

Eine solche Zusammenarbeit gibt es. Zwischen den Gelehrten und den wissenschaftlichen Institutionen Westdeutschlands und denen der DDR bestehen bemerkenswerte wissenschaftliche Beziehungen. Die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin als höchste wissenschaftliche Institution der DDR zählt eine Reihe westdeutscher Wissenschaftler zu ihren Mitgliedern.

Auch von den Hochschulen und Universitäten der DDR werden die wissenschaftlichen Beziehungen im Interesse des Friedens gefördert. Diese Zusammenarbeit tritt neben der Teilnahme von Wissenschaftlergruppen an internationalen und westdeutschen Tagungen und wissenschaftlichen Veranstaltungen unter anderem in gemeinsamen wissenschaftlichen Unternehmen in Erscheinung — im Bereich der Deutschen Akademie der Wissenschaften z. B. beim Deutschen Wörterbuch, dem Goethe-Wörterbuch und dem Mittellateinischen Wörterbuch. Gesamtdeutsche wissenschaftliche Unternehmen sind auch die „Deutsche Literaturzeitung“, die wissenschaftliche Zeitschrift „Forschungen und Fortschritte“ und das „Chemisch-technische Zentralblatt“.

Diese Tatsachen können aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die bestehenden Verhältnisse anomal und unbefriedigend sind. Viele westdeutsche Wissenschaftler sind wie ihre Kollegen aus der DDR und die Regierung der DDR an der Vertiefung einer völlig gleichberechtigten wissenschaftlichen Zusammenarbeit interessiert. Diese Bestrebungen

werden jedoch von der westdeutschen Regierung sabotiert. Durch ihre Weigerung, die DDR anzuerkennen, verhindert sie die wissenschaftliche Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten und beschränkt die Verbindungen einzelner Wissenschaftler. Diese Politik gipfelt in der Weigerung der westdeutschen Hochschulbehörden, sich an den großen akademischen Feiern, wie z. B. der 500-Jahr-Feier der Universität Greifswald, der 400-Jahr-Feier der Universität Jena und der 550-Jahr-Feier der Universität Leipzig zu beteiligen und offizielle Beziehungen zu den Universitäten und Hochschulen der DDR zu pflegen. Gleichzeitig wird immer wieder versucht, die bestehenden wissenschaftlichen Beziehungen durch das Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen und andere Organe unlauteren Zwecken nutzbar zu machen und in den Besitz von Forschungsergebnissen aus der DDR zu gelangen. Solange sich diese Haltung der westdeutschen Regierung nicht ändert, wird die wissenschaftliche Zusammenarbeit nicht voll wirksam werden können.

Welche internationalen Beziehungen haben die wissenschaftlichen Institutionen der DDR?

Internationale wissenschaftliche Verbindungen bestehen von der DDR sowohl zu den befreundeten volksdemokratischen Ländern wie zum übrigen Ausland. Besonders eng sind dabei natürlich die wissenschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion und zu den Volksdemokratien. Hier haben sie zum Teil bereits die Form fester wissenschaftlicher Arbeitsabkommen gefunden. Diese Abkommen stellen dabei einen neuartigen Typ wissenschaftlicher Zusammenarbeit dar. So werden Hauptthemen der Forschungspläne ausgetauscht, gegenseitig Studienplätze in wissenschaftlichen Institutionen zur Verfügung gestellt und der rege gegenseitige Besuch von Wissenschaftlern gefördert. Aber auch mit dem nichtsozialistischen Ausland gibt es zahlreiche wissenschaftliche Beziehungen. So haben zum Beispiel wissenschaftliche Institutionen der DDR – unter ihnen nicht zuletzt die Deutsche Akademie der Wissenschaften – unmittelbare Verbindungen zu wissenschaftlichen Vereinigungen des nichtsozialistischen Auslandes.

Wieviel Fachschulen gibt es und wer besucht sie?

Zur Zeit bestehen an 307 Fachschulen Ausbildungsmöglichkeiten in 285 Fachrichtungen, die sich auf ingenieurtechnische, landwirtschaftliche, ökonomische, medizinische und künstlerische Fächer erstrecken. 1957 gab es 115753 Fachschüler, davon waren 65789 Direktstudenten. 65 Prozent der Studierenden sind Arbeiter- und Bauernkinder.

Die besten Facharbeiter werden in Zusammenarbeit mit den demokratischen Parteien und Massenorganisationen für das Studium ausgewählt. Eine der Mittelschulreife entsprechende Ausbildung ist Voraussetzung.

Den Fachschülern werden die gleichen sozialen und kulturellen Leistungen gewährt, wie Studierenden an Universitäten und Hochschulen. 1957 wurden in der DDR 114,1 Millionen DM für Fachschulstipendien ausgegeben.

Kunst und Literatur

Welchem Zweck dienen die Kulturhäuser?

Im ungleich größeren Maße als jemals zuvor in Deutschland werden die kulturellen Institutionen durch die Arbeiter-und-Bauern-Macht gefördert. Dem Ziel, die Werktätigen stärker an die sozialistische Kultur heranzuführen, dienen vor allem die Kulturhäuser und der Ausbau des Laienschaffens. In den Großbetrieben entstanden Kulturhäuser, die dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund unterstehen. Die volkseigenen Betriebe stellen aus ihrem Kulturfonds Mittel zur Verfügung. In Tausenden Betrieben wurden Kulturräume geschaffen. Besonderes Augenmerk wurde auf die Errichtung von Kulturhäusern auf dem Lande gelegt. 1956 gab es in der DDR 776 Kulturhäuser, 413 Klubhäuser und 19223 Klub- und Kulturräume.

Damit entstanden neuartige kulturelle Zentren in Gebieten, die bisher vom Kulturleben weitgehend abgeschnitten waren. In den Kulturhäusern gibt es Kinosäle, oft auch technisch hervorragend ausgerüstete Bühnen, Bibliotheken und Klubräume für das Volkskunst- und Laienschaffen. Die vielfältigsten Fachvorträge, Zirkel und Arbeitsgemeinschaften für alle Interessengebiete werden von Fachleuten gehalten oder angeleitet.

In Leipzig gibt es ein Zentralhaus für Volkskunst, das Bezirkshäuser in den einzelnen Bezirken und Kabinette in den Kreisen unterhält. Ihnen obliegen die Anleitung der Volkskunstgruppen, die Pflege der volkskünstlerischen Traditionen und ihre Weiterentwicklung zur sozialistischen Volkskultur.

Zur Zeit gibt es neun hauptberufliche Volkskunstensembles. In 497 Volkskunstensembles und 20 170 Volkskunstgruppen haben sich Menschen aller Berufe aus Stadt und Land zusammengeschlossen.

Wie leben die Künstler in der DDR?

In der DDR erhalten die Schriftsteller und Künstler alle ideellen und wirtschaftlichen Möglichkeiten, um ihre Fähigkeiten entfalten und weiterentwickeln zu können. Kein Künstler und Schriftsteller braucht ein Hungerdasein zu führen; denn Kunst und Literatur sind in der sozialistischen Gesellschaft nicht Luxuswaren, sondern wesentlicher Bestandteil des Lebens der Gesellschaft.

Die Schriftsteller und Künstler haben sich zur Schaffensmethode des sozialistischen Realismus bekannt. Zahlreiche bedeutende Werke sind bereits auf dieser Grundlage entstanden. In ihrer Vielgestaltigkeit sind sie der beste Beweis dafür, daß der sozialistische Realismus kein Dogma ist, sondern im Gegenteil jedem Künstler die Möglichkeit gibt, seiner spezifischen Art gemäß zu schaffen und seine künstlerischen Fähigkeiten frei zu entwickeln.

Zur staatlichen Förderung von Schriftstellern und Künstlern gehören besonders Auftragserteilung, Auszeichnung und Wettbewerbe. Wett-

bewerbe — ausgetragen in allen künstlerischen Sparten — geben vor allem jungen Künstlern die Möglichkeit, ihr Können zu beweisen. So werden anlässlich der in regelmäßigen Abständen veranstalteten Feste junger Künstler Wettbewerbe für Musik und für bildende und angewandte Kunst ausgetragen und Diplome verliehen.

Seit der Gründung der DDR wird alljährlich als höchste Auszeichnung der Nationalpreis für Kunst und Literatur (I. Klasse: 100 000 DM; II. Klasse: 50 000 DM; III. Klasse: 25 000 DM) an hervorragende Künstler und Schriftsteller verliehen.

Darüber hinaus werden auf allen Gebieten der Kunst und Literatur zahlreiche Preise gestiftet, so der Heinrich-Greif-Preis für Leistungen auf dem Gebiet der Filmkunst, der Arthur-Nikisch-Preis für das Gebiet der Musik, der Heinrich-Mann-Preis für literarische Arbeiten, um nur einige zu nennen. Speziell zur Förderung junger Künstler wird seit 1957 vom Zentralrat der FDJ die Erich-Weinert-Medaille verliehen.

Welche Ziele verfolgt die Auftragserteilung an Künstler?

Den Künstlern der DDR kommt die große Aufgabe zu, mit den Mitteln der Kunst entscheidend zu helfen, die sozialistische Moral und das sozialistische Bewußtsein zu entwickeln und durchzusetzen. Die Auftragserteilung durch staatliche Stellen oder kulturelle Institutionen verfolgt das Ziel, die Künstler zur Gestaltung wichtiger gesellschaftlicher Probleme anzuregen und ihr Schaffen im Dienste der sozialistischen Gesellschaft materiell zu sichern. Das ist keine Einschränkung der künstlerischen Freiheit; denn Künstler und Werktätige arbeiten gemeinsam am Aufbau des Sozialismus. Es besteht eine grundlegende Übereinstimmung zwischen den Interessen des Staates und der Künstler. Weil ihre materielle Lage gesichert ist, sind sie in der Lage, ihre Fähigkeiten voll wirksam werden zu lassen. Darum sind viele Künstler an Aufträgen durch den Staat, durch volkseigene Betriebe, Parteien und Massenorganisationen interessiert. Andererseits bringen die Künstler selbst Vorschläge zur Gestaltung bestimmter Themen ein. Selbstverständlich ist kein Künstler gezwungen, Aufträge oder Themenvorschläge anzunehmen.

Art und Weise der Auftragserteilung sind bei den einzelnen Künsten unterschiedlich. Für die bildenden Künstler besteht eine Zentrale Auftragskommission, die Aufträge zur künstlerischen Ausgestaltung wichtiger zentraler Bauvorhaben vergibt. In dieser Kommission beraten gemeinsam Vertreter des Staates und der Künstler im Auftrage ihres Verbandes. Für Aufträge von örtlicher Bedeutung gibt es entsprechende Bezirkskommissionen, die über eigene Mittel verfügen. Bei den Musikern geht die Auftragserteilung über den Verband Deutscher Komponisten. Die Auftragserteilung für Bühnenwerke geht von den Theatern und vom Verband der Bühnenschaffenden aus. In der gleichen Weise erhalten die Schriftsteller durch ihren Verband und durch Verlage Aufträge.

Wie hoch ist die Buchproduktion?

Die Buchproduktion ist der Anzahl der Titel und der Gesamtauflagenhöhe nach ständig gewachsen. 1957 erschienen allein auf dem Gebiet der Schönen Literatur 1025 Titel mit einer Auflage von 11 130 000 Stück.

Die steigende Buchproduktion bedeutet, daß für immer mehr Menschen in der DDR das Buch zum ständigen Begleiter und Erzieher geworden ist. Der großen kulturpolitischen Aufgabe, dem Buch weitestgehende Verbreitung zu sichern, wurde der Arbeiter-und-Bauern-Staat durch eine verantwortungsbewußte Preisgestaltung und durch die Herausgabe billiger Reihen gerecht.

Die „Bibliothek fortschrittlicher deutscher Schriftsteller“ erschien mit 45 Titeln und 1 190 000 Exemplaren. Diese Reihe wurde in ausgezeichneter Ausstattung und zu stark herabgesetzten Preisen herausgegeben.

Die Reihe „Deutsche Volksbibliothek“ ermöglicht jedem, bedeutende literarische Werke zu besitzen. Bisher erschienen über 80 Bände. Der Preis je Einzelband (200 bis 500 Seiten, Ganzleinen) beträgt 2,85 DM. Jedes Exemplar der „Kleinen Inselbücherei“ kostet 1,25 DM. Natürlich gibt es auch die billigen Taschenbücher zwischen 1,50 und 2,— DM.

In der altbekannten Form erscheinen die Reclam-Heftchen, je Nummer 0,40 DM.

Was wird auf dem Büchermarkt angeboten?

Alle Gattungen der Literatur sind vertreten. Das Buchangebot reicht vom Kochbuch bis zum Zukunftsroman, vom Bilderbuch bis zum Fachbuch, vom Taschenbuch bis zur Akademieausgabe. Romane der Weltliteratur (Balzac, Stendhal, Flaubert, Dickens, Dreiser, Gogol, Gorki, Tolstoi, Dostojewski usw.) sind in ebenso reicher Auswahl vorhanden wie die deutsche Nationalliteratur (Goethe, Schiller, Heine bis Thomas und Heinrich Mann, Becher, Brecht, Bredel, Marchwitza, Seghers, Zweig u. a.). Die gute Literatur aller Länder und Zeiten ist vertreten.

Es gibt in großer Auswahl, in ausgezeichneter Qualität und Ausstattung wertvolle Kinder- und Jugendliteratur. Dazu einige Auflagenziffern:

	Titel	Auflage
1955.....	458	17 353 000
1956.....	497	21 834 000
1957.....	493	20 093 000

Zur weiteren Förderung der Kinder- und Jugendliteratur veranstaltet das Ministerium für Kultur alljährlich Preisausschreiben. Bedeutende Autoren wie Ludwig Renn („Trini“, „Der Neger Nobi“) und Erwin Strittmatter („Tinko“) haben sich der Jugendliteratur zugewandt.

Die alten deutschen Hausmärchen (Grimm, Musäus u. a.) und die berühmtesten Märchen aus der Schatzkammer der Welt (persische, arabische, russische usw.) erschienen in den Verlagen der DDR, außerdem Übersetzungen der besten Kinder- und Jugendliteratur aller Länder.

Der oberste Grundsatz für die gesamte Buchproduktion heißt Sauberkeit. „Hartgesottene Krimis“ sind daher im Buchangebot der DDR nicht zu finden. Gute Kriminalromane sind selbstverständlich vorhanden. Im Verlag „Das Neue Berlin“ erscheinen in der „Gelben Reihe“ Kriminal- und Tatsachenromane. Im Jugendbuchverlag „Neues Leben“ wird die Reihe „Spannend erzählt“ herausgegeben.

Zum Schutze der Jugend wurde ein Gesetz geschaffen, das die Produktion, Einfuhr und Verbreitung jugendgefährdender Literatur eindeutig verbietet und unter Strafe stellt. Zur jugendgefährdenden Literatur gehören aber nicht nur blutrünstige Comics, sondern aller Schund und Schmutz, aller Kitsch, der dazu angetan ist, die Gefühle und Empfindungen der Jugend zu verfälschen – ganz besonders aber gehört zu dieser Kategorie alle faschistische und militaristische Literatur.

Welche Aufgaben hat das Institut für Literatur?

Die gute Literatur aller Völker und Zeiten wird dank der differenzierten und wohlabgestimmten Tätigkeit der Verlage immer mehr zum Wegbegleiter der werktätigen Menschen der DDR. Eine besonders hohe Bedeutung hat die sozialistische Gegenwartsliteratur; denn sie trägt mit den spezifisch künstlerischen Mitteln der Literatur wesentlich zur sozialistischen Bewußtseinsbildung bei. Die Schöpfer der jungen sozialistischen Literatur sind größtenteils aus den Reihen der Werktätigen hervorgegangen. Die unmittelbare Teilnahme am Aufbau der neuen Gesellschaftsordnung war für viele die Triebkraft, ihre Erlebnisse literarisch zu gestalten. Um sie zu befähigen, für das Neue Partei zu nehmen und es durchsetzen zu helfen, wurde in Leipzig das Institut für Literatur gegründet. Das Institut, das unter Leitung von Professor Kurella seine Arbeit aufgenommen hat, vermittelt den jungen Schriftstellern die Kenntnisse, die notwendig sind, um künstlerisch hochwertige Werke zu schaffen.

Was wurde für die

Verbreitung der klassischen deutschen Literatur getan?

Eine vornehmliche Aufgabe der Kulturpolitik der Regierung ist es, die deutsche Nationalliteratur zum Bildungsschatz breiter Bevölkerungsschichten zu machen. Der Schulunterricht, die kulturelle Massenarbeit der Parteien und Massenorganisationen und nicht zuletzt die verantwortungsbewußte verlegerische Tätigkeit und die Preisgestaltung halfen und helfen mit, dieses Ziel zu erreichen.

Auf Grund einer Regierungsverordnung vom 6. August 1953 entstanden die „Nationalen Forschungs- und Gedenkstätten der klassischen deutschen

Literatur in Weimar“. Ihre Aufgabe ist es, die Stätten von Goethes und Schillers Wirken zu erhalten und zu pflegen, sich kritisch ihr Vermächtnis anzueignen und es zum Allgemeingut des deutschen Volkes zu machen. Zu den Forschungs- und Gedenkstätten gehören u. a. das Goethe-Schiller-Archiv, das Goethe-Nationalmuseum, das Goethe-Gartenhaus und die Goethe-Schiller-Gruft. Ständig wird an der Verbesserung der musealen Gestaltung gearbeitet.

Die Forschungs- und Gedenkstätten wurden zu einem Mittelpunkt der Erforschung der klassischen deutschen Dichtung und Literatur. Im eigenen Verlag, dem Arion-Verlag, Weimar, werden die Forschungsergebnisse veröffentlicht. Diese wissenschaftliche Arbeit ist eine wichtige Voraussetzung für die starke Verbreitung, die die klassische deutsche Literatur in der DDR gefunden hat.

Ein erster wichtiger Schritt, breiteste Bevölkerungskreise mit der klassischen Literatur vertraut zu machen, war die Herausgabe der „Volkslesebücher“. Sie bringen eine Auswahl aus den Werken großer Dichter und sind mit einer ausführlichen Einleitung und einer Zeittafel versehen (Beispiel: Goethe-Lesebuch, 120 000 Auflage; Lessing-Lesebuch, 55 000 Auflage). Der Preis beträgt je Band 6,50 DM bei einem durchschnittlichen Umfang von etwa 500 Seiten.

Seit einigen Jahren erscheint im Weimarer Volksverlag die „Bibliothek deutscher Klassiker“ (z. B. Goethes Werke in zehn Bänden, Herders Werke in fünf Bänden, Hauffs Werke in zwei Bänden). Jeder Band (Leinen, 400 bis 500 Seiten) kostet 5,— DM.

Was produziert die DEFA?

Die DEFA, der einzige Filmproduzent der DDR, ist ein volkseigener Betrieb. Im Filmschaffen der DDR gibt es keine Filmproduktion nach den Grundsätzen der kapitalistischen Profitwirtschaft, keinen wirtschaftlichen und politischen Einfluß privater Banken und Konzerne und keine technisch und künstlerisch schädliche Zersplitterung. Es ist undenkbar, daß DEFA-Filme Rassen- und Völkerhaß propagieren, den Überfall und die Unterjochung anderer Länder verherrlichen und Schund- und Kitschthemen illustrieren. Das widerspricht den Prinzipien sozialistischer Kulturpolitik.

Die Filme der DEFA entspannen und unterhalten den Zuschauer. Sie tragen jedoch gleichzeitig durch Inhalt und künstlerische Gestaltung zur Herausbildung einer sozialistisch-humanistischen Moral bei. Die Filmschaffenden der DDR sehen es als ihre Hauptaufgabe an, Filme herzustellen, in deren Mittelpunkt der neue Mensch steht, der in seiner täglichen Arbeit mit dem Blick in die Zukunft die sozialistische Wirklichkeit schafft. Bei Vielfalt der Thematik und der Genres werden von der DEFA vor allem solche Filme produziert, die ihren Stoff dem sozialistischen Aufbau in der DDR und der Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung entnehmen. Die Filmschaffenden können sich dabei

auf Erfahrungen stützen, die sie bei der Herstellung so vorbildlicher Filmwerke wie „Ernst Thälmann“, „Stärker als die Nacht“, „Lissy“ und „Vergeßt mir meine Traudel nicht“ gewonnen haben.

Seit 1956 werden von der DEFA neben Breitwandfilmen auch Spielfilme in „Totalvision“ gedreht („Totalvision“ ist ein dem Cinemascope ähnliches Aufnahme- und Produktionsverfahren). Die technischen Einrichtungen der DEFA-Studios haben internationale Anerkennung gefunden. Sie ermöglichen es, Filme zu drehen, die allen Anforderungen der modernen Filmtechnik entsprechen.

Laufen DEFA-Filme auch im Ausland?

DEFA-Filme laufen seit dem Bestehen der DEFA in den Filmtheatern der ganzen Welt. Am Jahrestag ihres zehnjährigen Bestehens (17. Mai 1956) konnte die DEFA auf eine stolze Bilanz im Exportgeschäft zurückblicken: In diesen Jahren kamen 650 Filmabschlüsse mit 43 Ländern zustande. Allein in den vergangenen beiden Jahren konnte die DEFA an 19 Länder, darunter elf kapitalistische, ihre Filme verkaufen.

Umgekehrt werden auch in der DDR viele Filme aus dem Ausland gezeigt.

1957 wurden in der DDR insgesamt 114 Spielfilme aufgeführt. 22 Filme entstammten der Produktion der DEFA. Die ausländischen Spielfilme kamen unter anderem aus der Sowjetunion, aus China, Ungarn, Polen, Jugoslawien und der CSR, aus Frankreich, Italien, Dänemark und Brasilien. Seit 1954 wurden mehr als 50 westdeutsche Filme in den Programmen der Filmtheater aufgeführt.

Die internationale Anerkennung, die die DEFA in aller Welt erworben hat, kommt neben den zahlreichen Gastspielverträgen, die westdeutsche und ausländische Schauspieler und Regisseure mit der DEFA abschließen, vor allem in der stetig steigenden Anzahl von Gemeinschaftsproduktionen mit dem sozialistischen und dem kapitalistischen Ausland zum Ausdruck.

Warum laufen in Westdeutschland so wenig DEFA-Filme?

Bei großen Teilen des westdeutschen Kinopublikums und bei vielen Filmverleihern und Kinobesitzern besteht starkes Interesse an DEFA-Filmen. Die Bundesregierung untersagte jedoch von 1950 bis 1954 ausnahmslos die Übernahme von DEFA-Filmen in das gewerbliche Programm der westdeutschen Filmtheater. Nach 1954 erreichten die Proteste westdeutscher Filmschaffender in einigen Fällen die Freigabe von DEFA-Filmen für die öffentliche Aufführung. Im Herbst 1957 mußten erneut einige Spiel- und Kulturfilme aus der DDR und der Sowjetunion freigegeben werden. Aber bereits im Juni 1958 kündigte die Bundesregierung in einer Bundestagsdebatte an, daß künftig die Einfuhr von DEFA-Filmen wieder einer „stärkeren Einengung“ unterliegen wird.

DEFA-Filme, die dazu beitragen, die imperialistische Machtpolitik zu entlarven oder die Themen aus der Geschichte der deutschen Arbeiter-

bewegung und des Widerstandskampfes gegen den Faschismus behandeln, werden von vornherein nicht für die Einfuhr in die Bundesrepublik zugelassen. Dafür sorgt ein sogenannter „interministerieller Ausschuß“, dem alle DEFA-Filme, wie überhaupt alle Filme der sozialistischen Länder, zu einer politischen und ideologischen Überprüfung vorgeführt werden müssen. Erst die Zustimmung dieser verfassungswidrigen Zensurbehörde erlaubt es dem westdeutschen Verleiher, den übernommenen Film der eigentlichen Kontrollinstanz, der Freiwilligen Selbstkontrolle der westdeutschen Filmwirtschaft (FSK), vorzulegen.

So wie die Bundesregierung einen ungestörten Filmaustausch zwischen beiden deutschen Staaten verhindert, hat sie bis jetzt auch jede Co-Produktion mit der DEFA verboten, obwohl westdeutsche Filmproduzenten seit Jahren eine Genehmigung beantragen. Vor wenigen Monaten hat die Bundesregierung die von Filmproduzenten beider deutscher Staaten geplante gemeinsame Verfilmung der „Buddenbrooks“, die auf einen besonderen Wunsch von Thomas Mann zurückgeht, endgültig abgelehnt.

Was kostet ein Kinobesuch?

Die Eintrittspreise liegen zwischen 0,80 DM und 2,— DM. Der Besuch einer Landfilmveranstaltung kostet 0,40 DM bis 0,80 DM. Für Schwerbeschädigte, Rentner, Kinder und Gruppenbesuche werden Ermäßigungen gewährt. 1956 ging jeder DDR-Bürger siebzehn Mal in das Kino.

Neben 1423 Filmtheatern in Städten und größeren Ortschaften gab es 1957 etwa 8600 Spielstellen in den Landgemeinden. Durch Verordnungen der Regierung wurde im Landfilmwesen erreicht, daß in 90 Prozent aller Ortschaften, in denen Kinoaufführungen möglich sind (Bauernstuben und Klubräume, filmgeeignete Säle), wöchentliche Filmveranstaltungen stattfinden. Die im zweiten Fünfjahrplan geforderte zweimalige Filmvorführung in den Landgemeinden konnte bisher in etwa 400 Landgemeinden erreicht werden. Spielstellen mit regelmäßigen Veranstaltungen wurden außerdem in Betrieben, Schulen, Krankenhäusern und Ferienheimen eingerichtet.

Wer geht ins Theater?

Für die Werktätigen ist es selbstverständlich geworden, regelmäßig am kulturellen Leben teilzunehmen. Die materiellen Voraussetzungen dafür (verbilligte Anrechte) sind nur eine Seite. Ebenso wichtig sind die Einführungsvorträge und Diskussionen über gesehene Stücke, die oft unter Anwesenheit der Autoren oder Darsteller in den Betrieben stattfinden. Auf diese Weise werden die Arbeiter und Bauern an das Theater herangeführt und mit der Problematik der einzelnen Stücke bekanntgemacht. Dadurch wird ein enges Verhältnis zwischen Künstlern und Publikum hergestellt.

In der DDR gibt es 87 Theater und Opernhäuser. Neben dem Neuaufbau und Wiederaufbau großstädtischer Bühnen wurde besonderer Wert auf die Erneuerung bestehender und die Schaffung neuer Theater in Bezirks- und Kreisstädten gelegt, denn gerade diese Bühnen sind ein bedeutender Faktor der sozialistischen Theaterarbeit. Sie sind personell und materiell so ausgerüstet, daß sie nach künstlerischen Gesichtspunkten arbeiten können und nicht durch kommerzielle Überlegungen eingeengt werden. Unter anderen wurden folgende Theater wiederaufgebaut oder umgebaut: Deutsche Staatsoper Berlin, Volksbühne Berlin, Schauspielhaus Leipzig, Staatstheater Dresden, Landestheater Dessau, die Theater in Frankfurt/Oder, Zwickau, Jena, Meißen, Brandenburg, Neustrelitz, Eisenleben, Rudolstadt und Borna. In der Spielzeit 1956/57 gaben die Theater vor 17 607 268 Besuchern 31 168 Vorstellungen.

Die Höchstpreise für den Theaterbesuch betragen für Schauspiel und Oper in den Theatern des demokratischen Sektors von Berlin 12,— und 15,— DM, in den Theatern der Großstädte der DDR 10,— und 12,— DM und in den Mittel- und Kleinstädten durchschnittlich 6,— DM.

Einzel- und Gruppenanrechte erleichtern und verbilligen den Theaterbesuch. Es werden Ermäßigungen bis zu 50 Prozent des Eintrittspreises gewährt, 60 Prozent aller Theaterbesucher gehen über Anrechte in die Theater.

Völlig neu im Theaterleben ist die großzügige Organisation des Theaterbesuches für die Landbevölkerung, die früher vom Theatererlebnis fast gänzlich ausgeschlossen war. Das Netz der Gastspiele in theaterfreien oder theaterarmen Städten und Gebieten durch Abstecher oder Zubringer ist kaum überschaubar. In der Spielzeit 1956/57 fanden auf dem Lande 8219 Veranstaltungen der Theater vor über 4 Millionen Besuchern statt.

Nach welchen Gesichtspunkten werden die Spielpläne gestaltet?

Das Bühnenschaffen entwickelt sich in immer stärkerem Maße zum sozialistischen Theater hin. In ständiger Auseinandersetzung mit rückständigen Auffassungen vollzieht sich die Befreiung des Theaterschaffens der DDR von den Einflüssen einer dekadenten, lebensfeindlichen bürgerlichen Kunst.

Die Entscheidung über die Spielplangestaltung liegt beim Intendanten, der sich vorher mit den Künstlervorständen berät und sich auf die Empfehlungen der Besucherräte (in der Hauptsache Arbeiter und Bauern) stützt.

Besonderer Wert wird auf Stücke gelegt, die die Herausbildung eines sozialistischen Bewußtseins fördern. Während vor einigen Jahren noch Stücke mit allgemeiner sozialistischer Thematik die Gegenwartsdramatik an den Bühnen der DDR repräsentierten, gibt es heute bereits die ersten dramatischen Werke, die sich direkt mit den Problemen der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft oder mit der Arbeit in der volkseigenen Industrie befassen, wie Helmut Baiers „Feststellung“ und

Heiner Müllers „Lohndrücker“. Die sozialistische Dramatik ist mehr als das Abbild der neuen gesellschaftlichen Wirklichkeit in der DDR, sie hilft mit, diese Wirklichkeit sozialistisch zu verändern. Daneben haben die humanistischen Werke aller Zeiten und aller Länder an den Theatern der DDR eine Pflegestätte gefunden. Es ist selbstverständlich, daß solche Stücke nicht gespielt werden, die den Krieg als unvermeidlich hinstellen, den Haß gegen andere Völker schüren oder der Rassendiskriminierung dienen. Einige Bühnen der DDR errangen bei internationalen Theaterfestspielen große Anerkennung und haben mit ihrem Schaffen teilweise neue internationale Maßstäbe gesetzt.

In der Spielzeit 1956/57 wurden von den Theatern der DDR insgesamt über 31000 Vorstellungen gegeben. Im einzelnen betrug der Anteil:

Schauspiel	42,1 Prozent	Operette	24,9 Prozent
Oper	19,8 Prozent	Jugendstücke	8,7 Prozent

Den Rest bilden Veranstaltungen verschiedenen Charakters.

Was wird in der DDR für das Konzertwesen getan?

Auf der Grundlage einer großzügigen Förderung konnte sich das Musikschaffen der DDR in den vergangenen Jahren auf allen Gebieten fruchtbar entwickeln. Es entstanden viele zum Teil hervorragende sinfonische, vokalsinfonische und kammermusikalische Werke, instrumentale Konzerte und Lieder. Das Anliegen des neuen musikalischen Schaffens ist die künstlerische Gestaltung humanistischer, fortschrittlicher Ideen und die Volksverbundenheit der musikalischen Sprache, wobei die kritische Aneignung des nationalen Kulturerbes eine bedeutende Rolle spielt.

Die Konzertausbübung erfuhr ebenfalls eine bisher unbekannte Förderung. Neben den weltberühmten Klangkörpern der Dresdner Staatskapelle, der Berliner Staatskapelle und dem Leipziger Gewandhausorchester gibt es weitere 38 Sinfonieorchester (ohne Theaterorchester). Durch die Veranstaltung von Jugend- und Schulkonzerten und die seit 1955 alljährlich in allen Bezirken stattfindenden „Ländlichen Musiktage“ konnten erstmalig auch diese Bevölkerungsgruppen regelmäßig Konzerte besuchen. Die Regierung stellt für die Musikpflege jährlich umfangreiche Mittel zur Verfügung.

Wird auch die Kirchenmusik gepflegt?

Die geistliche Musik (Schütz, Bach, Buxtehude, Pepping usw.), die einen bedeutsamen Teil des deutschen Kulturerbes darstellt, wird in der DDR von weltlichen und kirchlichen Organen gepflegt. Durch die Ausübung der Kirchenmusik haben sich beispielsweise der weltberühmte Thomanerchor unter Leitung von Professor Thomas (Nachfolger des verstorbenen Nationalpreisträgers Professor Dr. h. c. Ramin) und der ebenso bekannte Dresdner Kreuzchor unter Leitung von Nationalpreisträger Professor Mauersberger besonders verdient gemacht. Beide Chöre sind im sonntäg-

lichen Programm des Demokratischen Rundfunks zu hören. Der Thomanerchor pflegt die Tradition der Wochenendmotette in der Leipziger Thomaskirche.

Herausragende Veranstaltungen auf dem Gebiet der Kirchenmusik waren 1957: Das Eisenacher Bach-Fest (28. Juni bis 2. Juli) und die Schütz-Festtage in der wiederhergestellten Dresdner Kreuzkirche (28. September bis 1. Oktober).

Werden die nationalen Kultur- und Gedenkstätten erhalten?

Die Regierung der DDR legt großen Wert auf die Wiederherstellung aller künstlerisch und historisch wertvollen Baudenkmäler, soweit sie restaurierbar sind. In systematischer Arbeit wurden viele im Krieg zerstörte Bauwerke wiederhergestellt oder andere vor weiterem Verfall gesichert. Zu ihnen gehören u. a. der Zwinger und die Hofkirche in Dresden, die Deutsche Staatsoper Unter den Linden, die Humboldt-Universität, die Neue Wache, das Zeughaus und das Brandenburger Tor in Berlin, die Dome in Magdeburg, Halberstadt und Stendal, Domstift Quedlinburg, die Wartburg bei Eisenach, die alte Handelsbörse in Leipzig, das Goethe-Haus und andere klassische Gedenkstätten in Weimar, die Barlach-Gedenkstätte in Güstrow und die Krämerbrücke in Erfurt. In Bautzen, Freiberg, Pirna und Potsdam wurden größere Arbeiten an alten Bürgerhäusern und im Kern der Altstadt vollendet.

Die Bevölkerung der DDR betrachtete es als ihre Pflicht, auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald eine würdige Mahn- und Gedenkstätte zu errichten. Hervorragende Künstler haben sie gestaltet. Ähnliche Erinnerungsstätten entstehen in Ravensbrück und Sachsenhausen.

Zum ersten Mal in der deutschen Geschichte werden auch historische Stätten der deutschen Arbeiterbewegung gepflegt. Gebäude, die unlöslich mit den großen revolutionären Ereignissen der deutschen Arbeiterbewegung verbunden sind, wurden restauriert, durch Gedenktafeln gekennzeichnet und zum Teil als Museen eingerichtet. Sie sind nicht nur Stätten der Erinnerung, sondern auch der sozialistischen Bewußtseinsbildung. Zu ihnen gehören die Druckerei der „Iskra“, der Zeitung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, an der Lenin mitgearbeitet hat, in Probstheida bei Leipzig, die Stätte der letzten Sitzung des Zentralkomitees der KPD unter Ernst Thälmann im Jahre 1933 in Ziegenhals bei Berlin, das Clara-Zetkin-Haus in Wiederau, die ersten Tagungsstätten der alten Sozialdemokratie in Gotha (Tivoli) und Erfurt (Kongreßsäle). Das Reichsgericht in Leipzig wurde als Dimitroff-Museum eingerichtet.

An den Häusern der ermordeten Kämpfer gegen den Faschismus und an Stellen, wo Kämpfer aus der revolutionären Epoche nach 1918 ermordet wurden, sind Gedenktafeln angebracht worden. Viele Straßen und Plätze wurden nach ihnen benannt.

Körperkultur und Sport

Wie ist der Sport in der DDR organisiert?

Bis zum Jahre 1948 wurde der Sport in der damaligen sowjetischen Besatzungszone auf kommunaler Grundlage ausgeübt, um den Einfluß der militaristischen und faschistischen Kräfte auf den Sport zu brechen. Im Oktober 1948 wurde die einheitliche demokratische Sportbewegung gegründet. Entsprechend den Gewerkschaften der einzelnen Industriezweige entstanden die Sportvereinigungen. Somit gab es mehr als ein Dutzend verschiedener sportlicher Verbände. Im Laufe der Entwicklung machte sich eine Reorganisation und Vereinfachung notwendig. Am 28. April 1957 wurde nach eingehender Beratung und langer öffentlicher Diskussion der „Deutsche Turn- und Sportbund“ gegründet, der sich in 33 Sportfachverbände gliedert. Grundorganisationen des DTSB sind die verschiedenen Betriebssportgemeinschaften und Sportgemeinschaften in den Hochschulen, Städten und Dörfern und die Sportclubs. In den Bezirken und Kreisen bestehen DTSB-Leitungen, die jeweils für ihr Gebiet verantwortlich sind. Das höchste Organ des DTSB ist der Deutsche Turn- und Sporttag.

1 254 095 Mitglieder vereinigt der DTSB. Sie sind in 5372 Grundeinheiten zusammengefaßt.

Da die Sportorganisationen durch die Regierung großzügig unterstützt werden und die Betriebe den Sportgemeinschaften ebenfalls Mittel zur Verfügung stellen, sind die Mitgliedsbeiträge sehr niedrig. Sie betragen 0,20 DM für Kinder und Jugendliche bis zu 16 Jahren, 0,80 DM für Lehrlinge, Schüler, Studenten, Rentner und Hausfrauen und 1,30 DM für alle anderen Mitglieder.

Damit sind alle Sportarten allen zugänglich.

Der DTSB betreut außerdem 250 000 Sporttreibende, die in Sportgruppen zusammengefaßt sind.

Wie wird der Sport gefördert?

Seit dem 8. Februar 1950 gibt es ein „Gesetz zur Förderung der Jugend und des Sports“. Jährlich werden im Staatshaushaltsplan beträchtliche Summen für die Jugend und den Sport vorgesehen. Im Jahre 1957 waren es 2,6 Milliarden DM, von denen große Teile für die Gesunderhaltung und Körpererziehung der Werktätigen Verwendung fanden. Allein 70 Millionen DM wurden zur Entwicklung des Kinder- und Jugendsports, des Massen- und Leistungssports, sowie des nationalen und internationalen Sportverkehrs ausgegeben.

Mehr als 18 000 Sportstätten stehen heute den Sportlern zur Verfügung. In den letzten vier Jahren wurden über 470 Millionen DM für die Entwicklung des Sports ausgegeben. Es entstanden neu: 91 Sportstadion, 2850 Sport- und Turnplätze, 37 Sporthallen, 380 Turnhallen, 110 Freischwimmbäder, 3 Kunsteisbahnen; darunter das „Stadion der 100 000“

in Leipzig, das beim II. Deutschen Turn- und Sportfest in Leipzig eingeweiht wurde, und die Schwimmhalle in Rostock, die neben der Schwimmanlage im Moskauer Leninstadion die modernste ihrer Art in Europa ist. Eines der großzügigsten Bauunternehmen für den deutschen Sport ist die inzwischen fast fertiggestellte Deutsche Hochschule für Körperkultur (DHfK) in Leipzig.

Eine andere nicht minder wichtige Seite der staatlichen Förderung der Körperkultur umfaßt die schulische Körpererziehung und die Ausbildung von Sportlehrern. Mit dem Gesetz vom 8. Februar 1950 wurde der obligatorische Sportunterricht vom Kindergarten über die Grundschulen, die Berufs- und die Oberschulen bis zu den Universitäten eingeführt. Die Körpererziehung ist somit einheitlich aufgebaut.

Gegenwärtig haben die Schulkinder der Klassen eins bis fünf zwei Stunden Sport in der Woche, vom sechsten Schuljahr aufwärts drei Stunden.

Auch in den Berufsschulen hat sich die Körpererziehung verbessert. Dort werden zwei Wochenstunden Sport gegeben. Eine Ausnahme machen die Berufsschulen des Bergbaus: Sechs bis zehn Wochenstunden Körpererziehung sorgen für den notwendigen Ausgleich zur anstrengenden Arbeit im Bergbau.

Wie werden Sportlehrer und Übungsleiter ausgebildet?

Die Ausdehnung der Körpererziehung erforderte die Ausbildung Tausender Sportlehrkräfte. An der Deutschen Hochschule für Körperkultur werden in drei- bis vierjährigem Studium Diplom-sportlehrer ausgebildet. Ein anderer Zweig der Hochschule bildet Lehrer für Deutsch, eine Fremdsprache, Werkunterricht und Körpererziehung aus. Der Hochschule ist eine Arbeiter-und-Bauern-Fakultät angeschlossen. Hier können erfolgreiche Sportler ihr Abitur nachholen. Wie an allen Hochschulen in der DDR ist das Studium an der DHfK schulgeldfrei. Alle Studenten erhalten ein angemessenes Stipendium. Ein Internat bietet den Studierenden ausgezeichnete Wohnungen.

Im Jahre 1957 beendeten 184 Studenten ihre Ausbildung als Diplom-sportlehrer an der DHfK. Sie haben als Trainer und Sportlehrer ihre Tätigkeit aufgenommen. Außerdem beteiligten sich laufend rund 300 Lehrer der Berufsschulen am Fernstudium der DHfK, um das Sportlehrerdiplom zu erwerben.

Weitere sechs Institute für Körpererziehung an den Universitäten in Greifswald, Rostock, Halle, Jena, Berlin und am Pädagogischen Institut in Karl-Marx-Stadt sorgen für Sportlehrernachwuchs.

An allen übrigen pädagogischen Fakultäten bestehen Fachrichtungen zur Ausbildung von Sportlehrern für die Unterstufen.

Es entstanden auch Kinder- und Jugendsportschulen. Damit wurde in der DDR ein neuer Weg in der Ausbildung des sportlichen Nachwuchses beschritten. In 21 derartigen Schulen, die genau wie andere allgemeinbildende Schulen Unterricht in allen Fächern erteilen, erhalten

6000 Schüler der Klassen fünf bis zwölf ihre besondere Ausbildung. Hier ist die Zahl der Sportstunden wesentlich erhöht worden. Nur sportlich besonders begabte Kinder und Jugendliche werden in diese Schulen aufgenommen. Fünf Sportschulen der demokratischen Sportbewegung sind zur Ausbildung von Übungsleitern und Trainern für Sportgemeinschaften eingerichtet. Gelegentlich finden hier auch vorbereitende Trainingslager statt. Jährlich werden rund 600 Lehrgänge zur Ausbildung von Übungsleitern und zur Weiterbildung der Funktionäre und Trainer mit etwa 12 000 Teilnehmern abgehalten.

Wozu dient der Sporttoto?

Seit Dezember 1953 hat sich dem Sport in der DDR eine weitere Finanzquelle erschlossen. Die Regierung der DDR erließ das Gesetz zur Errichtung des Sporttotos in der DDR. Er hat den Charakter eines volkseigenen Unternehmens, so daß sich die Einnahmen des Sporttotos nicht durch die Gewinne einzelner privater Gesellschaften verringern. Deshalb sieht die Aufteilung der Wetteinlagen des Sporttotos so aus:

- 55 Prozent an Toto-Wetter,
- 25 Prozent für den Sport,
- 10 Prozent für Steuern,
- 7½ Prozent Provision für die Annahmestellen,
- 1½ Prozent Verwaltungskosten und Werbung,
- 1 Prozent für den Sicherheitsfonds.

Dagegen werden die Totocinnahmen in Westdeutschland wie folgt aufgeteilt:

- 50 Prozent an Toto-Wetter,
- 15 Prozent für den Sport,
- 16²/₃ Prozent für Steuern,
- 8²/₃ Prozent für private Annahmestellen,
- 7²/₃ Prozent für Werbung und Unkosten,
- 2 Prozent Reingewinn der Totogesellschaft.

Wie ist der Leistungsstand des Sports?

Innerhalb von vier Jahren wurde in den meisten Disziplinen internationales Niveau erreicht. Noch in den Jahren 1949 bis 1951 konnten die Sportler der DDR auf keinem sportlichen Gebiet zu einem Leistungsvergleich etwa mit den Sportlern aus Westdeutschland oder des Auslandes antreten. Einige Zahlen aus der Leichtathletik sollen den Weg der demokratischen Sportbewegung veranschaulichen:

Von 42 in der deutschen Leichtathletik geführten Rekorden gehörten 1952 18 in die Bundesrepublik, einer in die DDR, während noch 23 alte Rekorde aus der Zeit vor 1945 gültig waren.

1955 erhöhte die DDR ihren Rekordanteil auf sechs, die Bundesrepublik auf 25, elf alte Rekorde blieben.

1957 zeigt die Statistik 21 Rekorde und Bestleistungen für die DDR, 17 für die Bundesrepublik, und vier alte Rekorde sind bisher ungelöscht.

Insgesamt wurden von DDR-Sportlern bis zum 31. Juli 1958 38 Weltrekorde (davon hat der Motor-Wasserrennsport 25 inne, zwei wurden von der gesamtdeutschen Frauenstaffel 4×100 m errungen), 18 Europarekorde (drei davon wurden von den gesamtdeutschen Männer- und Frauenstaffeln 4×100 m erzielt) und 393 deutsche Rekorde (drei weitere sind im Besitz der gesamtdeutschen Männer- und Frauenstaffel) erobert. Alle DDR-Rekorde in der Leichtathletik wurden verbessert, ebenfalls zum größten Teil die Schwimmrekorde wie auch die Leistungen im Turnen.

Die demokratische Sportbewegung hat in ihren Reihen den Olympiasieger 1956 im Boxen, Wolfgang Behrendt, und drei Weltmeister 1958 im Radsport, den Straßenweltmeister Gustav Adolf Schur, den Steherweltmeister Lothar Meister und die Raddball-Weltmeister Martin/Degenkolb.

Die Namen der bekanntesten Sportler der DDR wie Gisela Birkemeyer, Christa Stubnick, Ursula Donath, Bärbel Mayer, Klaus Richtzenhain, Siegfried Herrmann, Friedrich Janke und Manfred Preußner in der Leichtathletik, Horst Fritsche, Hans-Joachim Reich, Jutta Langenau, Karin Beyer, Bärbel Walter, Anneliese Schneider und Eva-Maria ten Elsen bei den Schwimmern, Wolfgang Behrendt unter den Boxern, Gustav Adolf Schur, Egon Adler und Lothar Meister aus dem Radsport sind eng verknüpft mit der erfolgreichen Entwicklung der demokratischen Sportbewegung.

Gibt es in der DDR „Staatsamateure“?

Nein, die gibt es in der DDR nicht. Genausowenig gibt es „von der Regierung befohlene“ Rekorde. Der Sport in der DDR wird nach den international gültigen Amateurbestimmungen ausgeübt. Alle Leistungssportler der DDR stehen in einem ordentlichen Arbeitsverhältnis und sind zum speziellen Training in den Sportclubs zusammengefaßt.

Es gibt keine Berufssportler und keinen Profiverband. Kein Sportler in der DDR hat es nötig, seine sportlichen Fähigkeiten an einen Manager zu verkaufen.

Wird der Sport in der DDR politisch beeinflußt?

Ja. In keinem Land der Erde ist der Sport unabhängig von der Entwicklung des jeweiligen Landes, seinen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen. Deshalb wird in jedem Land der Erde die politische Entwicklung ihren Einfluß auf den Sport ausüben. Diese politische Beeinflussung des Sports geschieht in der DDR im Sinne der Völkerfreundschaft und des friedlichen Zusammenlebens der Völker, damit alle Menschen durch Spiel und Sport ihre Gesundheit festigen und tiefe Lebensfreude empfinden können.

Niemand kann in der DDR Einfluß auf den Sport nehmen, um zu Chauvinismus, Rassenhaß oder neuen Kriegsabenteuern aufzurufen. Es ist auch ausgeschlossen, daß sich große Konzerne zu Mäzenen des Sports aufschwingen und ihn mißbrauchen, denn solche Konzerne gibt es nicht.

Diese politische Grundhaltung ist für jeden annehmbar und fern aller Parteipolitik. Daher gehört der Sportpolitik der DDR die volle Zustimmung der Sportler, wurden doch durch den Arbeiter-und-Bauern-Staat alle jene Ziele verwirklicht, die die fortschrittlichen Sportler aller Zeiten auf ihre Fahnen geschrieben hatten.

Die Sportler nehmen am gesellschaftlichen Leben der DDR aktiven Anteil, und sind in den staatlichen Organen vertreten.

Das Sportabzeichen „Bereit zur Arbeit und zur Verteidigung der Heimat“ wurde zum Symbol für den Inhalt der Sportarbeit in der DDR.

Vom 1. August 1956 bis zum 30. Juni 1958 haben insgesamt 552 985 Sportler die Prüfung für das Sportabzeichen abgelegt. Davon wurden 191 027 Abzeichen von Kindern bis zu 14 Jahren erworben, 136 559 Abzeichen von Jugendlichen bis zu 18 Jahren und 225 399 Abzeichen von Erwachsenen. Die staatlichen Auszeichnungen für erfolgreiche Sportler sind die Titel „Meister des Sports“ und „Verdienter Meister des Sports“, die bis zum 31. Juli 1958 501mal bzw. 63mal verliehen wurden.

Schädigt ein mit diesen Titeln ausgezeichnete Sportler das Ansehen der demokratischen Sportbewegung, kann ihm auf Beschluß des Staatlichen Komitees für Körperkultur und Sport der Titel aberkannt werden.

Wie steht es mit der internationalen Anerkennung des DDR-Sports?

Daß die DDR unter den sporttreibenden Nationen einen guten Platz einnimmt, wurde u. a. in Melbourne erneut bewiesen. Der DTSB pflegt die traditionelle Freundschaft der Sportler über die Ländergrenzen hinaus und ist Gastgeber für die Sportler aus aller Welt.

1957 war ein Höhepunkt in der internationalen Sportarbeit der DDR. In diesem Jahr waren die Sportler der DDR 611mal an internationalen Wettkämpfen beteiligt und besuchten dabei über 50 Länder. Im Jahre 1956 kamen Sportler aus folgenden Ländern (ohne sozialistische Länder) in die DDR:

Australien	Großbritannien	Österreich
Brasilien	Holland	Schweden
Chile	Indonesien	Schweiz
Dänemark	Luxemburg	Sudan
Finnland	Norwegen	Türkei.
Frankreich		

Zwischen den Sportschulen der Sowjetunion, Finnlands, Polens, der CSR, Bulgariens, Rumäniens und der DDR werden Erfahrungen ausgetauscht.

Bis zum 31. Juli 1958 wurden von 37 internationalen Föderationen Fachverbände der DDR aufgenommen.

Drei Fachverbände wurden unter der Bedingung Mitglied der internationalen Föderationen, daß sie bei internationalen Meisterschaften mit gemeinsamen deutschen Mannschaften antreten.

Um so bedauerlicher ist es, daß zu der internationalen Anerkennung der Erfolge der demokratischen Sportbewegung kein westdeutscher Verband geholfen hat. Im Gegenteil, offiziell wurde in vielen Fällen eine Politik der Mißachtung und Verleugnung des DDR-Sports betrieben. Da auch das westdeutsche Olympische Komitee nicht bereit war, gesamtdeutsche olympische Belange vernünftigen Grundsätzen entsprechend wahrzunehmen, wurde das Nationale Olympische Komitee der DDR gegründet und hat – gegen die Stimmen der Vertreter des NOK der Bundesrepublik – Aufnahme in dem Internationalen Olympischen Komitee (IOC) gefunden.

Ist die demokratische Sportbewegung der DDR für den gesamtdeutschen Sportverkehr?

Die demokratische Sportbewegung hat immer wieder ihre Bereitschaft zur gesamtdeutschen Verständigung bewiesen. Jedoch geriet die Verständigung im deutschen Sport in der Vergangenheit mehrmals in Gefahr; denn immer wieder kamen von westdeutscher Seite Einschränkungen.

Traurigen Ruhm haben die Oberweseler Beschlüsse des DSB vom Jahre 1952, die den gesamtdeutschen Sportverkehr für westdeutsche Sportler untersagten. Aber der Protest der Sportler in Ost und West bewirkte eine Vereinbarung zwischen dem DSB und dem damaligen Deutschen Sportausschuß, die Berliner Beschlüsse vom 12. Dezember 1952, die die Oberweseler Beschlüsse außer Kraft setzten.

Den innerdeutschen Sportverkehr im Sinne der demokratischen und friedlichen Wiedervereinigung zu pflegen, entspricht dem Willen der Sportler in beiden Teilen Deutschlands.

Aus Westdeutschland waren 35 000 Sportler trotz Verbots beim II. Deutschen Turn- und Sportfest in Leipzig. Die gesamtdeutsche Olympiamannschaft für Melbourne war ein Triumph des guten Willens.

Aber noch sind Zusammenarbeit und Verständigung nicht selbstverständlich. Noch immer führt der DSB konstruierte Führungsansprüche im deutschen Sport ins Feld, statt den politischen und staatlichen Tatsachen entsprechende Grundsätze auch im Sport gelten zu lassen.

Mehrere die Zusammenarbeit fördernde Vorschläge hat die Sportbewegung der DDR auf der Tagung beider Sportorganisationen in Dortmund im Februar 1957 gemacht:

- a) Beide Verbände verpflichten sich, entsprechend den Grundsätzen der Wiedervereinigung den Militarismus abzulehnen und seinen Einfluß auf den Sport auszuschalten.

- b) Der gesamtdeutsche Sport darf nicht zur Beeinflussung der Sportler durch das Bonner gesamtdeutsche Ministerium mißbraucht werden. Der DSB tritt deshalb von seinen Vereinbarungen mit dem genannten Ministerium zurück.
- c) Sportliche Fairneß muß eingehalten werden. Versuche, bestimmte Sportler aus der DDR abzuwerben, müssen unterbleiben.
- d) Der gesamtdeutsche Sportverkehr dient der Verständigung und Annäherung in Deutschland, deshalb soll er verstärkt werden; der Delegationsaustausch ist zu erweitern und zu pflegen; der Erfahrungsaustausch der Sporthochschule Köln und der Deutschen Hochschule für Körperkultur in Leipzig wird angeregt; beim Meinungsaustausch der Sportpresse in Ost und West sollen gesamtdeutsche Sportprobleme der Gegenstand sein.
- e) Es existieren zwei Staaten in Deutschland. Dementsprechend sollen die Sportverbände die Namen ihres Staates tragen, ebenso die Sportfachverbände. Meisterschaften sollen dementsprechend Meisterschaften der Bundesrepublik und Meisterschaften der DDR genannt werden, wie auch der Titel „Deutscher Meister“ nur dann vergeben wird, wenn beide Sportverbände, des DSB und der DTSB, die Meisterschaften gemeinsam veranstaltet oder beschickt haben.

Leider hat der DSB diesen Vorschlägen nicht zugestimmt, sondern im Gegenteil solche Maßnahmen verstärkt, die den innerdeutschen Sportverkehr erneut bedrohen. Da sind die Abwerbungen, die jeder sportlichen Fairneß Hohn sprechen, oder die Bindung an die NATO-Politik durch Verträge mit dem Bonner Verteidigungsministerium. Dadurch sind gesamtdeutsche Meisterschaften unmöglich geworden. Diese Situation zu überwinden und den Sportverkehr zwischen den beiden deutschen Staaten zu fördern, wäre die Konföderation der beiden deutschen Staaten die beste Grundlage.

Wie wird die Touristik gefördert?

Um die Förderungsmaßnahmen und Bemühungen der verschiedenen Organisationen zusammenzufassen, wurde am 22. November 1956 das Komitee für Touristik und Wandern gegründet. Es ist ein selbständiges gesellschaftliches Organ in der DDR mit einem eigenen Statut. Es unterstützt alle Wandernden und Reiselustigen auf ihren Fahrten und Wegen im Gebiet der DDR und in das befreundete Ausland; es markiert Reiserouten, Wanderwege und Lehrpfade; veröffentlicht Schriften, Jahreskalender und eine regelmäßig erscheinende Touristenzeitschrift; betreut Jugendherbergen, Wanderunterkünfte und Zeltplätze.

An der Arbeit des Komitees beteiligen sich die Freie Deutsche Jugend, der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund, der Deutsche Kulturbund, das Deutsche Rote Kreuz und der Lehrstuhl für Touristik der DHfK in Leipzig.

Staatliche Unterstützung erhält das Komitee vom Büro für Wandern und Touristik beim Amt für Jugendfragen.

Im Jahre 1956 wurden von der Regierung der DDR 2,3 Millionen DM für die Förderung der Touristik ausgegeben und 15 000 zusätzliche Übernachtungsgelegenheiten geschaffen.

3500 Wanderquartiere stellte der FDGB zur Verfügung. So werden die Wandertage der Jugend alljährlich ein großer Erfolg. 1956 verlebten 100 000 Jugendliche die Pfingsttage auf Wanderungen. Ein ebenso schöner Erfolg war das Zeltlager im August 1956 aus Anlaß des II. Deutschen Turn- und Sportfestes; 5000 Jugendliche aus allen Teilen Deutschlands fanden sich zu touristischen Veranstaltungen zusammen.

Für die studentische Jugend zahlte der FDGB nochmals 100 000 DM für Reisen im Inland und in das Ausland.

Der Auslandsreiseverkehr erweiterte sich 1956. Erstmals besuchten 300 junge Landarbeiter und Einzelbauern sieben Tage die Sowjetunion, u. a. auch die Landwirtschaftsausstellung. 100 junge Touristen reisten mit dem Luxusdampfer „Maszowsze“ nach Leningrad. 1000 Jugendliche besuchten in Sonderomnibussen Prag.

Im Austausch weilte eine große Anzahl Jugendlicher in der DDR und wanderte auf 29 Routen je 14 Tage durch die schönsten Gegenden unserer Heimat.

Für 1957 waren 10 000 Touristenplätze allein für Fahrten in die UdSSR bereitgestellt worden.

Jeder Bürger der DDR kann von seinem 14. Lebensjahr an das Touristenabzeichen in den Stufen Bronze, Silber und Gold erwerben.

Wie wird sich die Deutsche Demokratische Republik in den nächsten Jahren entwickeln?

Im Verlauf des ersten Fünfjahrplans ist die DDR zu einer führenden Industriemacht geworden und steht unter den europäischen Staaten bereits an fünfter Stelle. In den nächsten Jahren soll das Entwicklungstempo der Volkswirtschaft der DDR noch weiter beschleunigt werden. Auf dem V. Parteitag der SED wurde als wirtschaftliche Hauptaufgabe bis zum Jahre 1961 festgelegt: „Die Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik ist innerhalb weniger Jahre so zu entwickeln, daß die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung der DDR gegenüber der Herrschaft der imperialistischen Kräfte im Bonner Staat eindeutig bewiesen wird und infolgedessen der Pro-Kopf-Verbrauch unserer werktätigen Bevölkerung an allen wichtigen Lebensmitteln und Konsumgütern den Pro-Kopf-Verbrauch der Gesamtbevölkerung in Westdeutschland erreicht und übertrifft.“

In einigen Produktionszweigen ist es bereits gelungen, die Industrie der Bundesrepublik mit den Qualitätserzeugnissen der DDR zu überflügeln. Es sei hier nur auf Spitzenleistungen im Werkzeugmaschinenbau oder in der optischen Industrie hingewiesen.

Schon jetzt ist der Lebensstandard breiter Schichten der Werktätigen – insbesondere auch der Familien mit mehreren Kindern – infolge der sozialen Errungenschaften höher als in Westdeutschland.

Bis zum Ende des zweiten Fünfjahrplans 1960 haben sich die Werktätigen in der DDR große Ziele gesetzt. Ein großes Atomkraftwerk wird in Betrieb genommen; der Rostocker Seehafen wird als Welthafen für eine Umschlagleistung von 6 Millionen Tonnen ausgebaut; die ersten eigenen Düsenverkehrsflugzeuge werden auf den Luftlinien der DDR verkehren; das Großkombinat „Schwarze Pumpe“ wird wichtige Erzeugnisse der Braunkohlenchemie liefern.

Bereits jetzt werden die ersten Großbauten des dritten Fünfjahrplans in Angriff genommen. In Lübbenau und Vetschau werden zwei hochmoderne Großkraftwerke entstehen, die etwa 15 Milliarden Kilowattstunden jährlich erzeugen. Schon 1959 will das Großkraftwerk Lübbenau den ersten Strom liefern. – Weiter werden in der DDR ein neues großes Erdölverarbeitungswerk errichtet und in St. Egidien eine Nickelhütte aufgebaut, die die DDR in diesem wichtigen Metall vom Import unabhängig macht.

Durch ein erhöhtes Warenangebot werden die Lebensbedingungen der arbeitenden Menschen in der DDR von Jahr zu Jahr besser und schöner. Während in den Jahren 1951 bis 1955 in der DDR insgesamt 117 000 Fernsehempfänger hergestellt wurden, erhöht sich die Produktion im zweiten Fünfjahrplan auf 800 000 Empfänger. 1961, dem ersten Jahr des dritten Fünfjahrplans, soll die Bevölkerung 400 000 Stück Fernsehgeräte gegenüber 100 000 Stück im Jahre 1957 erhalten. Die Zahl der Mopeds wird von 19 000 im ersten Fünfjahrplan auf 700 000 am Ende des zweiten Fünfjahrplans steigen. Die Möbelproduktion wird sich nahezu verdoppeln. Gegenüber 1957 wird 1961 die Produktion von Wollgeweben auf das Doppelte, von wollenen Obertrikotagen auf das 3,2fache, von Perlonseidengewebe auf das 5,3fache und von Teppichen, Läufern und Gardinen auf nahezu das Doppelte erhöht werden. 1961 bietet der Einzelhandel für über 4 Milliarden DM mehr Industriewaren an als 1955.

Auch der Wohnungsbau wird in schnellem Tempo weiterentwickelt. Im zweiten Fünfjahrplan gibt der Staat gegenüber dem ersten Fünfjahrplan mehr als das Doppelte für den Bau von Wohnungen aus. In den Jahren 1957 bis 1965 werden 750 000 neue Wohnungen an die Bevölkerung übergeben (bei einer Gesamteinwohnerzahl von 17,4 Millionen!).

Um die Bevölkerung der DDR im Verlauf des dritten Fünfjahrplans mit Fleisch, tierischem Fett und Milch völlig aus eigenem Aufkommen zu versorgen, wird auch die landwirtschaftliche Erzeugung in der DDR bedeutend erhöht. Das ist möglich durch die Mechanisierung und Großproduktion in der Landwirtschaft.

Der Traktorenbestand in den MTS wird sich weiter erhöhen. Gleichzeitig werden die MTS besonders mit Rüben-Vollerntemaschinen, mit Kartoffel-Vollerntemaschinen, Mähreschern und Stallungstreuern ausgerüstet. Bis 1960 werden 75 Prozent der Feldarbeiten mechanisiert sein. In den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften sollen mindestens 82 Prozent der Kartoffeln und 87 Prozent der Zuckerrüben mit Vollerntemaschinen eingebracht werden. Die großen finanziellen Mittel, die der sozialistische Staat bereitstellt, um die Lebenslage der Werktätigen stetig zu verbessern, müssen natürlich erst erarbeitet werden. Daher gehen letzten Endes alle Überlegungen und Anstrengungen darum, durch Steigerung der Arbeitsproduktivität, durch äußerste Sparsamkeit und rationellen Einsatz der Arbeitskräfte, der materiellen und finanziellen Mittel das Volkseinkommen zu erhöhen. Denn im Unterschied zur Bundesrepublik dient das Volkseinkommen nicht dazu, eine kleine Schicht von Konzernherren zu bereichern, sondern es wird im Interesse der Werktätigen verwandt.

Jeder in der DDR kann sich heute ein Bild machen, was 1960 in seinem Staat sein wird. Kann das auch jeder Bürger in der Bundesrepublik? Keineswegs. Das einst schnelle Entwicklungstempo der westdeutschen Wirtschaft hat sich bis zum Herbst 1957 merklich verlangsamt und stagniert seitdem. Die vielen Milliarden Mark, die in der nächsten Zeit für die Aufrüstung Westdeutschlands – insbesondere für die geplante

Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen – benötigt werden, sind für die westdeutsche Wirtschaft eine gefährliche Belastung. Die Situation der gesamten Wirtschaft, besonders aber die Lebenslage der Werktätigen, wird sich erheblich verschlechtern. Die westdeutsche Wirtschaft ist dem Konkurrenzkampf und dem Profitstreben in- und ausländischer Konzerne unterworfen. Die DDR hingegen ist beim Aufbau des Sozialismus nicht auf sich allein gestellt. Auch das muß man beachten, wenn man ihre künftige Entwicklung richtig einschätzen will. Der gemeinsame Weg aller sozialistischen Staaten, die Gemeinsamkeit ihrer Interessen und Ziele im Kampf gegen die imperialistische Bedrohung haben sie zu einer einträchtigen Gemeinschaft vereint.

Das sozialistische Lager ist so erstarkt, daß jeder Krieg, der gegen einen sozialistischen Staat entfesselt werden würde, mit der totalen Vernichtung des Angreifers endet. Damit ist in der Welt eine Lage entstanden, die es möglich macht, einen Krieg zu verhindern. Die feste, brüderliche Gemeinschaft der sozialistischen Länder gewährleistet, daß der Sozialismus in der DDR allen Anschlägen der in- und ausländischen Monopolherren trotzen wird. Die Partnerstaaten des Warschauer Vertrages haben unmißverständlich erklärt, daß sie jeden Angriff auf die DDR als einen Angriff auf ihr eigenes Land betrachten und mit ihrer ganzen militärischen Kraft den Angreifer zurückschlagen werden.

Monopolherren und Junker haben in der DDR keinen Raum mehr, weil die Arbeiter hier einig und geschlossen handelten. Die DDR, als der deutsche Staat, der den Sozialismus aufbaut, ist das Zentrum des nationalen Kampfes für ganz Deutschland. Der Aufbau des Sozialismus in der DDR zeigt auch den Werktätigen in der Bundesrepublik den einzigen Weg zu dauerhaftem Glück und Wohlstand für alle arbeitenden Menschen. Die Existenz der DDR hemmt die Monopolherren in Westdeutschland schon heute bei der vollen Entfaltung ihres Macht- und Ausbeutungsapparates gegen die Werktätigen.

Mancher, der heute noch an der sicheren Entwicklung der DDR zweifelt, wird bald erkennen, wie unrecht er mit seinem Pessimismus hat. Es wird ihm so ergehen wie den Zweiflern, die 1917 die UdSSR auslachten. Heute ist die Sowjetunion eine führende Weltmacht und hat selbst die USA auf dem Gebiet der Wissenschaft und Technik überflügelt. Auch die DDR hat große Entwicklungsmöglichkeiten vor sich. Nur eins ist nötig für diese Entwicklung:

Frieden, Frieden und nochmals Frieden!

A B K Ü R Z U N G S V E R Z E I C H N I S

ABF	Arbeiter-und-Bauern-Fakultät
AE	Arbeitseinheit (Maß einer Tagesarbeitsnorm in der Landwirtschaft)
AWG	Arbeiterwohnungsbaugenossenschaft
BGL	Betriebsgewerkschaftsleitung
BHG	Bäuerliche Handelsgenossenschaft
BSG	Betriebssportgemeinschaft
CDU	Christlich-Demokratische Union
DBD	Demokratische Bauernpartei Deutschlands
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DFD	Demokratischer Frauenbund Deutschlands
DHfK	Deutsche Hochschule für Körperkultur
DKB	Deutscher Kulturbund
DRK	Deutsches Rotes Kreuz
DSF	Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft
DTSB	Deutscher Turn- und Sportbund
DSB	Deutscher Sportbund (westdeutscher)
DVA	Deutsche Versicherungs-Anstalt
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
GST	Gesellschaft für Sport und Technik
HO	Handelsorganisation (staatlicher Einzelhandel)
JP	Junge Pioniere
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
LDPD	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
LN	Landwirtschaftliche Nutzfläche
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
MTS	Maschinen-Traktoren-Station
NATO	Nordatlantikpakt-Organisation
NDPD	National-Demokratische Partei Deutschlands
PGH	Produktionsgenossenschaft des Handwerks
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SG	Sportgemeinschaft
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SV	Sportvereinigung
TAN	Technisch begründete Arbeitsnorm
UNO	Vereinte Nationen
VdgB	Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe
VEAB	Volkseigener Erfassungs- und Aufkaufbetrieb
VEB	Volkseigener Betrieb
VEG	Volkseigenes Gut
VVB	Vereinigung Volkseigener Betriebe
VVN	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes

S A C H W O R T R E G I S T E R

	Seite		Seite
Abrüstung	49	DEFA	200 f.
Agrarpolitik	102 ff.	Demokratische Bauern-	
Aktivisten	94 ff.	partei Deutschlands	
Altersrente	170 f.	(DBD)	31 f.
Amateursport	209	Demokratischer Block	32
Arbeiter-und-Bauern-		Demokratischer Frauen-	
Fakultät	186 f.	bund Deutschlands	
Arbeiter-und-Bauern-Staat		(DFD)	31 f.
	5, 11 ff.	Denkmalspflege	205
Arbeiterwohnungsbau	84 f.	Deutsche Demokratische	
Arbeitslohn	98 f.	Republik	
Arbeitslosigkeit	88	Gründung	11
Arbeitsnormen	89 f.	Territorium	9
Arbeitsproduktivität	94 f.		
Arbeitsschutz	140 f.	Ehescheidung	141 f.
Arbeitszeit	93 f.	Eigentumsverhältnisse ...	57 ff.
Atombewaffnung	38, 46 f.	Einzelbauern	119 ff.
Atomenergie	68	Erzeugerpreise	120 f.
Auslandsstudium	190	Kreditbedingungen und	
Auszeichnungen	96 f.	Besteuerung	123 f.
Außenhandel	72 ff.	Einzelhandel, privat	131 f.
Außenpolitik	51 ff.	Elternbeiräte	181 f.
Grundsätze	51 f.	Enteignung der Kriegs-	
diplomatische Beziehun-		verbrecher	57 f.
gen	52 f.	Erfindungs- und Vor-	
Staatsverträge	53 ff.	schlagswesen	95 f.
Außerschulische Ein-			
richtungen	183		
Banken	71 f.	Fachschulen	195
Berufsausbildung	157 ff.	Familie	141 f.
Betriebsgewerkschafts-		Feriedienst	92 f.
leitung	99 ff.	Fernstudium	190 f.
Betriebskampfgruppen ...	39	Film	200 ff.
Betriebskollektivvertrag ..	100 f.	Finanzpolitik	69 ff.
Betriebspolikliniken	133 f.	Forschung	191 ff.
Bildungswesen	175	Frauenarbeit	143 ff.
Bodenreform	57, 102 f.	Frauenausschüsse	146
Buchhandel	198 f.	Freier Deutscher Gewerk-	
Buchproduktion	198	schaftsbund	31 f, 99 ff.
		Freie Deutsche Jugend	
			31 f, 151, 154 ff.
Christlich-Demokratische			
Union (CDU)	31 f.		

Seite	Seite
Gedenkstätten, nationale.. 205	Jugendwandern 163 f.
Gesellschaft für Sport und Technik 31 f., 157	Jugendweihe 184
Gesetzgebung 12, 15	Junge Pioniere 182 f.
Gesetz über Mutter- und Kinderschutz 141	Kinder, außereheliche 148
Gesundheitseinrichtungen . 133 ff.	Kinderbeihilfen 148
Gesundheitsfürsorge, staatliche 133 ff.	Kindererziehung 141 ff.
Gewerkschaften in VEB .. 99 ff.	Kinderferienlager 183 f.
Gewerkschaften in Privat- betrieben..... 102	Kinderkrippen, -gärten, -horte 108, 149 f, 183
Gewinnverwendung der VEB 60	Kinderliteratur 198 f.
Gleichberechtigung der Frau 89, 141 f, 144 f.	Kirche 40
Handel, innerdeutscher ... 76	Kirchenmusik 204 f.
Handelsabkommen ... 52, 75	Klubhäuser..... 163, 196
Handwerk 124 ff	Kollektivauszeichnungen . 96 f.
Genossenschaften 125 f.	Kollektives Sicherheits- system 48 f.
Kreditbedingungen und Besteuerung 126 f.	Kommissionshandel 131 f.
Sozialversicherung 128	Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) 32, 35
Handwerkskammer 129	Konföderation 42 f.
Haushaltstag der Frauen .. 146	Konzertwesen 204
Helden der Arbeit 97	Krankengeld 137 f.
Industrielle Entwicklung .. 57 ff.	Krankenhausbehandlung . 138 f.
Industrie- und Handels- kammer..... 131	Kulturhäuser 163, 196
Institut für Literatur 199	Kunst, bildende..... 196 f.
Invalidenrente 170 f.	Künstler 196 f.
Jugend im Beruf..... 151 ff.	Kuren 134 f, 139 f.
Entlohnung 159 ff.	Laienkunst 196
Entwicklungsmöglich- keiten 157 f. 162 f.	Landambulatorien .. 108, 134
Lehrzeit 158 f.	Landarbeiter 118, 121
Schutzbestimmungen .. 161 f.	Länderkammer 14, 18
Jugendklub 163 f.	Landfilm 202
Jugendliteratur 164	Landflucht 108 f.
Jugend und Staat..... 150 ff.	Landschulwesen..... 108, 178
Gesetze 152	Landwirtschaftliche Produktionsgenossen- schaften 109 ff.
Mitgestaltung des gesell- schaftlichen Lebens .. 151 f.	Berechnung des Arbeits- verdienstes 112 ff.
Wahlrecht..... 150 f.	Berufsausbildung..... 116 f.
	Eigentumsverhältnisse 111 f, 115
	Entwicklung..... 110
	Mitgliedschaft 110 f.
	soziale Betreuung 115

	Seite		Seite
Lebensmittelpreise	79	Prämien	95 f.
Lehrer	180 f.	Preise für	
Leistungslohn	89 f.	Nahrungsmittel	79
Leistungsprinzip	89 f.	Heizmaterial und Licht	80
Liberal-Demokratische		Industriewaren	79
Partei Deutschlands		landwirtschaftliche	
(LDPD)	31 f.	Erzeugnisse	79
Literatur	199	Mieten	83
Löhne, VE-Betriebe	89 f.	Preispolitik	79 f.
Lohnsteuer	69 f.	Preissenkungen	98 f.
Lohnzulagen	90	Privatbetriebe	58 f.
		Privatindustrie	129 f.
Maschinen-Traktoren-		Besteuerung	130 f.
Stationen	106 ff.	staatliche Beteiligung ..	129 f.
MTS-Tarife	107	Produktionsberatungen ...	86 f.
Massenbedarfsgüter	77 f.	Qualifizierung der Werk-	
Massenorganisationen	31 f.	tätigen	
Mieten	83	90, 101, 143 f., 157 f, 162 f.	
Ministerrat	19 ff.	Recht auf Arbeit	87 f.
Mitbestimmungsrecht	86 ff.	Recht auf Erholung	91 f.
Mittelstand	124 ff.	Rechtswesen	27 ff.
Mutterschutz	146 ff.	Kriminalität	30
		Rechtsprechung	27 f.
Nachtsanatorien	134 f.	Richterstand	28
Nachwuchs, wissenschaft-		Staatsanwaltschaft	27, 29
licher	186 f., 192 f.	Verhaftung	28
National-Demokratische		Regierung	18 ff.
Partei Deutschlands		Beteiligung der Werk-	
(NDPD)	31 f.	tätigen	22, 24 ff.
Nationale Front des demo-		Bildung	18 f.
kratischen Deutschland ..	32 ff.	Ministerrat	14, 19 ff.
Nationale Volksarmee		Religionsunterricht	40
35 ff., 71		Renten	170 f.
Nationalpreise	97, 197	Republikflucht	167 ff.
Normerfüllung	89 f.		
		Sanatorien	133 f, 138
Oberschulen	177 f.	Sonderschulwesen	179
Oder-Neiße-Grenze	55 f.	Souveränität	11, 54
Örtliche Volksvertretungen	23 ff.	Sozialdemokratische Partei	
		Deutschlands (SPD)	32, 35
Parlament		Sozialfürsorge	171 f.
(s. a. Volkskammer)	12 ff.	Sozialistische Einheits-	
Parteien	31 ff.	partei Deutschlands	
Planwirtschaft	60 ff.	(SED)	31 ff.
Polikliniken	133 f.	Sozialistische Errungen-	
Polytechnische Bildung ..	176	schaften auf dem Lande	108

	Seite		Seite
Sozialversicherung, Beiträge und Leistungen	136 ff.	Jugendliche	91, 160 f.
Spielplangestaltung der Theater	203 f.	Urlaubsreisen	92 f.
Sport	206 ff.	Verbesserungsvorschläge ..	96
Förderung	206, 213	Verbrauch, Lebensmittel .	81
Leistungsstand	208 f.	Vereinigung der gegen- seitigen Bauernhilfe (VdgB)	102
Organisation	206	Verkehrstarife	20 f.
Toto	208	Versicherungswesen	72
Schriftsteller	196, 199	Volksbildung	173 ff.
Schulwesen	173 ff.	Volkseigene Betriebe	57 ff.
Schundliteratur	199	Volkseigene Güter	117 ff.
Schwangerenfürsorge	146 f.	Volkseigentum	57 f.
Staatsanwaltschaft (s. Rechtswesen) ...	27, 29	Volkshochschule	124 f.
Staatshaushalt	69 f.	Volkskammer	12 ff.
Staatswesen	11 ff.	Abgeordnete	16 f.
Sterbegeld	138	Aufgaben	13 ff.
Steuern, Arbeiter	69 f.	Ausschüsse	12, 14 ff.
Einzelhandel	132	Soziale Zusammen- setzung	18
Handwerk	126 f.	Struktur	12
Landwirtschaft	123	Wahl	16
Stipendien	188 f.	Volkskunstgruppen	196
Studenten	186 ff.	Volkspolizei	39
Studium	187 f.	Volkvertretungen, örtliche	23 ff.
Tarifverträge	88 f.	Vorpraktikum	187
Tarife der öffentlichen Beförderungsmittel	80 f.	Wahlrecht	16, 150
Teilzahlung	81 f.	Wandern	212
Theater	202 f.	Warenangebot	76
Touristik	212	Warschauer Vertrag 38, 48,	54
Überstundenvergütung	94	Wehrpflicht ... 36 f., 42 f.	152 f.
Übersiedelnde Personen ..	167 f.	Wettbewerbe	94 f.
Umsiedler	164 ff.	Wiedervereinigungspolitik der Regierung	41 ff.
Unfall, Versorgung bei ...	137 f.	Aktionen und Vorschläge	41 f.
Universitäten und Hoch- schulen	185 ff.	Freie Wahlen	44 f.
Sozialistische Umge- staltung	185	Staatenbund	42 f.
Zulassung	186 f.	Wirtschaft Entwicklung	57 ff.
Finanzierung	191	Leitung und Lenkung 60 f., 85 f.,	99 ff.
Unterhaltspflicht	142 f.	Wissenschaft und Forschung	185 f., 193 ff.
Urlaubsregelung, allgemein	91 ff.	Wohnungsbau	82 ff.

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

	Seite
Vorwort zur dritten Auflage.....	5
Territorium und Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik	9
Das Staatswesen der Deutschen Demokratischen Republik	11
Die Volkskammer	13
Die Regierung	18
Die örtlichen Organe der Staatsmacht	23
Das Rechtswesen	27
Die politischen Kräfte	31
Die Arbeiter und Bauern schützen ihren Staat	35
Kirche und Staat	40
Die Deutsche Demokratische Republik und die Wiedervereinigung	41
Die Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik	51
Die Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik	57
Die Eigentumsverhältnisse	57
Die Planung der Wirtschaft	60
Die Industrie	63
Die Finanzpolitik	69
Der Außenhandel und innerdeutsche Handel	72
Handel und Versorgung	76
Wohnungsbau und Mieten	82
Die Lage der Arbeiter.....	85
Der Arbeiter und sein Betrieb.....	85
Wettbewerb und Aktivistenbewegung	94
Die Aufgaben der Gewerkschaften	99
Die Lage der Bauern	102
Die Agrarpolitik	102
Die Produktionsgenossenschaften	109
Die volkseigenen Güter	117
Die Einzelbauern	119

	Seite
Die Lage des Mittelstandes	124
Das Handwerk	124
Die Privatindustrie	129
Der private Einzelhandel	131
Die Sorge um den Menschen in der Deutschen Demokratischen Republik	133
Gesundheitswesen und Sozialversicherung	133
Die Frau in der Gesellschaft	141
Das Leben der Jugend	150
Jugend und Staat	150
FDJ – die sozialistische Jugendorganisation	154
Jugend im Beruf	157
Freizeitgestaltung	163
Die Lage der ehemaligen Umsiedler	164
Die Unterstützung der in die DDR übersiedelnden Personen	167
Die Lage der Rentner	170
Die Kulturpolitik der Deutschen Demokratischen Republik	173
Volksbildung	173
Wissenschaft – Forschung – Lehre	185
Kunst und Literatur	196
Körperkultur und Sport	206
Wie wird sich die Deutsche Demokratische Republik in den nächsten Jahren entwickeln?	214
Abkürzungsverzeichnis	217
Sachwortregister	218

Wissen Sie

wer dem Präsidium unserer Volkskammer
angehört?

wann der Film „Thomas Müntzer“ uraufgeführt
wurde?

wo die XVI. Olympischen Sommerspiele statt-
fanden?

was ein Kumpel im Ruhrbergbau im Durch-
schnitt verdient?

Vier Fragen aus unterschiedlichen Gebieten!

Das vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte in
Verbindung mit dem Verlag DIE WIRTSCHAFT
herausgegebene

JAHRBUCH
der Deutschen Demokratischen Republik

Ausgabe 1958

500 Seiten · 16 Seiten Bildteil · 1 Landkarte
Kunstleder 15,— DM

gibt Ihnen Antwort auf jede dieser Fragen und infor-
miert Sie in Beiträgen zu Innen- und Außenpolitik,
Volkswirtschaft, Sozial- und Gesundheitswesen, Volks-
bildung, Wissenschaft, Technik, Kultur und Sport über
die Entwicklung unserer Republik im Jahre 1957. Spe-
zielle Übersichten über Berlin und die Bundesrepublik,
Zeittafeln und ein Anschriftenverzeichnis ergänzen das
Buch und geben ihm den Charakter eines umfassenden
Nachschlagewerkes.



VERLAG DIE WIRTSCHAFT BERLIN

